

---

# Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung

## 2

trafo verlag  
dr. wolfgang weist, Berlin  
41. Jahrgang 1999

---

Karl Michael Scheriau: Vor über 150 Jahren: Der erste Flächentarif für das deutsche Buchdruckgewerbe .....	3
Ulla Plener: Theodor Leipart und das gewerkschaftliche Dilemma zwischen 30. Januar und 2. Mai 1933 .....	14
Günther Glaser: Es gab nicht allein das offizielle Konzept: Sicherheits- und militär-politisches Andersdenken in der SBZ Deutschlands 1948/49 .....	31
Hanna Behrend: Eine vergessene Facette der englischen Geschichte: Proletarisch-revolutionäre und antifaschistische Kultur und Literatur 1920-1939 .....	40
Ursula Herrmann: Frauen und Sozialdemokratie 1871 bis 1910. Zum Ringen der deutschen Sozialdemokratie und der II. Internationale um Frauenemanzipation .....	59
<b>Diskussion</b>	
Dieter Mechtel: "Zwie-Gespräch" – ein Modellprojekt zur Vollendung der inneren Einheit .....	74
Nachruf: Wolfgang Kießling ( <i>Fritz Zimmermann</i> ) .....	82
<b>Berichte</b>	
"...der Rosa Luxemburg, reichen wir die Hand...! – 11. Wissenschaftliche Konferenz der "Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft" ( <i>Gerhard Kaiser</i> ) .....	85
<b>Rezensionen</b>	
Bernd Kramer: "Laßt uns die Schwerter ziehen, damit die Kette bricht..." ( <i>Werner Grossert</i> ) .....	89
Elisabeth Dickmann/Eva Schöck-Quinteros (Hg.): Politik und Profession. Frauen in Arbeitswelt und Wissenschaft um 1900. ( <i>Ursula Herrmann</i> ) .....	89
Theodor Bergmann/Wolfgang Haible/Galina Iwanowa: Friedrich Westmeyer. ( <i>Karl Walcher</i> ) .....	91
Reinhard Adler: Der Aufbruch der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit nach 1918. ( <i>Günter Simon</i> ) .....	93
Karl-Joseph Hummel, u. Mitarb. v. Wolfgang Dierker: Deutsche Geschichte 1933-1945. ( <i>Harald Neubert</i> ) .....	95
Christof Dipper/Rainer Hudemann/Jens Petersen (Hrsg.): Faschismus und Faschismen im Vergleich. ( <i>Harald Neubert</i> ) .....	98

Wolfgang Keim: Erziehung unter der Nazi-Diktatur. Bd. 1: Antidemokratische Potentiale, Machtantritt und Machtdurchsetzung. ( <i>Karl Heinz Jahnke</i> ) .....	101
Ludwig Eiber: Die Sozialdemokratie in der Emigration. ( <i>Rainer Behring</i> ).....	102
Einhart Lorenz et al.: Ein sehr trübes Kapitel? Hitlerflüchtlinge im nordeuropäischen Exil 1933-1950. ( <i>Gerd Callesen</i> ) .....	104
Republik im Niemandsland. Ein Schwarzenberg Lesebuch. ( <i>Herbert Mayer</i> ) .....	105
Karl Schirdewan: Ein Jahrhundert Leben. Autobiographie ( <i>Manfred Behrend</i> ).....	107
Stanislaw Szwalbe: Wspomnienia. ( <i>Gerhard Kaiser</i> ) .....	110
Celina Budzynska: Strzepy Rodzinnej Sagi. ( <i>Gerhard Kaiser</i> ) .....	111
Wolfgang Kießling: "Leistner ist Mielke". Schatten einer gefälschten Biographie. ( <i>Manfred Behrend</i> ).....	112
Ernst Stock/Karl Walcher: Jacob Walcher (1887-1970). ( <i>Heinz Deutschland</i> ) .....	115
Herbert Crüger: Ein alter Mann erzählt. ( <i>Gerhard Kaiser</i> ).....	117
Monika Kaiser: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Führungsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972. ( <i>Manfred Behrend</i> ).....	118
Petra Schuh/Bianca M. von der Weiden: Die deutsche Sozialdemokratie 1989/90. SDP und SPD im Einigungsprozeß. ( <i>Stefan Bollinger</i> ) .....	120
Eckhard Müller-Mertens: Politische Wende und deutsche Einheit. Fixierung und Reflexion der Ereignisse in der DDR 1989/1990. ( <i>Stefan Bollinger</i> ) .....	123
Gisela Notz: Die neuen Freiwilligen. Das Ehrenamt – Eine Antwort auf die Krise? ( <i>Anneliese Braun</i> ) .....	125
Auf den Schienen des Erfolgs. Die Geschichte der DWA von 1989 bis 1998. Aufgeschrieben von Günther Krug. ( <i>Jörg Roesler</i> ).....	127
Bruno Margadant: Hoffnung und Widerstand. Das 20. Jahrhundert im Plakat der internationalen Arbeiter- und Friedensbewegung. ( <i>Fredi Sumpf</i> ) .....	129
Helmut Steiner / Wladimir A. Jadow (Hrsg.): Rußland – wohin? Rußland aus der Sicht russischer Soziologen. ( <i>Wladislaw Hedeler</i> ) .....	131
Elviera Thiedemann: Es kam ein langer lichter Herbst ( <i>Hanna Behrend</i> ) .....	132
Jörn Rüsen (Hrsg.): Westliche Geschichtsdenken. ( <i>Stefan Jordan</i> ) .....	136
Klaus Misgeld: Der Gewerkschaftliche Europaweg. ( <i>Dörte Putensen</i> ) .....	137
Eckart Mehls: Unzumutbar. Ein leben in der DDR. ( <i>Gerhard Fuchs</i> ) .....	138
Roland W. Schindler: Rationalität zur Stunde Null. ( <i>Rolf Weitkamp</i> ) .....	141
<b>Annotationen</b>	
Günther Gerstenberg: Rosa Aschenbrenner – ein Leben für die Politik. ( <i>Manfred Behrend</i> ).....	142
Zeitungen und Zeitschriften der deutschen Gewerkschaftsbewegung in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung. ( <i>Gerhard Kaiser</i> ) .....	143
Eingegangene Bücher .....	145
Redaktionelles und Impressum .....	148

# Vor über 150 Jahren: Der erste Flächentarif für das deutsche Buchdruckgewerbe

KARL MICHAEL SCHERIAU

Parallel zur bürgerlichen Revolution in den Jahren 1848/1849 fanden in Deutschland auf lokaler Ebene zahlreiche Lohnbewegungen der Arbeiter verschiedener Berufe statt. Im Falle der Zigarrenarbeiter und der Buchdrucker mündeten diese Bestrebungen sogar in die ersten Versuche einer nationalen Organisation der Arbeiter dieser Berufe. Bei den Buchdruckern kam es innerhalb kürzester Zeit zu drei offiziellen Vereinsgründungen.

Die drei Organisationsansätze weisen dabei drei (genauer gesagt sogar vier) völlig verschiedene Wege auf. Die Deutsche National-Buchdruckervereinigung, gegründet auf dem National-Buchdruckerkongreß vom 11.-14.6.1848, war eine auf Initiative von Gehilfen entstandene Vereinigung. An deren Gründung waren zwar auch Prinzipale beteiligt, sie sollte aber als nationale Vereinigung die Interessen der Gehilfen gegenüber einer eigenständigen nationalen Vereinigung der Arbeitgeber vertreten, um mit dieser die Geschicke des Gewerbes gemeinschaftlich zu lenken. Der Allgemeine Buchdruckerverein<sup>1</sup> war der Versuch von Prinzipalen, diese Bewegung aufzugreifen, sie aber unter ihre Vorherrschaft zu zwingen. Dagegen wurde der Gutenberg-Bund<sup>2</sup> initiiert als politisch weit links agitierender Arbeiterverein mit der Perspektive der Parteibildung. Er mußte sich aber schnell den gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Gehilfen zugunsten einer zünftigen Gemeinschaftsorganisation anpassen.

Während der Gutenberg-Bund die erste für längere Zeit existierende nationale Buchdruckervereinigung in Deutschland war, verkörpern die Beschlüsse der Mainzer National-Buchdruckerversammlung das Urmodell des modernen Flächentarifvertrages dar. Nur neun der 54 Beschlüsse befassen sich mit organisatorischen Fragen der Vereinigung<sup>3</sup>, drei Beschlüsse betreffen Proklamationen<sup>4</sup>. Die übrigen Beschlüsse befassen sich mit den differenzierten Details, die heute in Lohn-, Lohnrahmen- und Manteltarifverträgen geregelt werden.

Der erste und nicht nur von den Buchdruckergehilfen als wichtigstes Thema angesehene Komplex befaßt sich mit der Regulierung des Lehrlingswesens<sup>5</sup>. Bei die-

1 Gründungskongreß vom 27.-28.8.1848 in Frankfurt/M.

2 Gründungskongreß vom 30.9.-2.10.1849 in Berlin. Siehe dazu den Artikel in BzG 1/99: 3-13.

3 Beschluß 1: Gründung; Beschluß 43: Aufbau von Vereinsbibliotheken; Beschluß 45: Sitz der Organisation; Beschluß 47: Organ des Vereins; Beschluß 48: Unterstützungskassen; Beschlüsse 50, 51, 52 und 54: Satzungsfragen.

4 Beschluß 37: Zum arbeitsfreien Sonntag; Beschluß 38: Petition an das Paulskirchen-Parlament; Beschluß 49: Proklamationen an die Buchdruckergehilfen und Prinzipale.

5 Siehe Beschlüsse 2-6.

sen Bestimmungen ging es ausschließlich um die Begrenzung der Lehrlingszahlen und um das Einkommen der Gehilfen, nicht aber um die Qualität der Ausbildung<sup>6</sup>. Mit der Einführung der Gewerbefreiheit und dem Verbot des Postulats<sup>7</sup> war den Gehilfen nicht nur das Recht verlorengegangen, auf die Zahl der zur vollwertigen Berufsausübung zugelassenen Buchdrucker Einfluß zu nehmen, es war ihnen auch eine willkommene Einkommensquelle<sup>8</sup> verlorengegangen. Die von den Buchdruckergehilfen beklagte "Lehrlingszüchtereier" war im 19. Jahrhundert vor allem ein Problem der Kleinstädte und der Kleinbetriebe in der Provinz<sup>9</sup>, wo die überzählig ausgebildeten jungen Buchdrucker keine Arbeit fanden.

Die Bezahlung der Arbeit wurde in gleich 29 Beschlüssen behandelt. Detaillierte Bestimmungen für die Entlohnung der unterschiedlichen Setzertätigkeiten wurden in den Beschlüssen 8 bis 20, für die Druckertätigkeiten in den Beschlüssen 21 bis 35 festgehalten. Beschluß 36 legte den Mindestlohn ("gewisses Geld") fest. Damit waren wie in einem modernen Lohn- und Lohnrahmentarif sowohl die tarifliche Mindestbezahlung als auch die unterschiedlichen Bereiche der Erschwerniszulagen und des Leistungslohnes (berechnen nach "1000 n" für Setzer und nach Auflagenhöhe für Drucker) abgedeckt.

Die Begrenzung der Arbeitszeit, Zuschläge für Sonn-, Feiertags- und Nacharbeit, die Bezahlung von unverschuldeten Wartezeiten für die Gehilfen sowie der Zeitpunkt der Lohnauszahlung<sup>10</sup> (Beschlüsse 37 bis 42) zeigen, daß die Delegierten dieser Tagung sich nicht von einzelnen aktionistischen Lohnforderungen hatten leiten lassen, sondern die umfassende Regelung der gesamten Arbeitsbeziehung geplant hatten. Dem

- 6 Die Qualität der Ausbildung wurde von den organisierten Buchdruckern erstmals in den Forderungen der Kreisvorsitzendenkonferenz des Verbandes der Deutschen Typographischen Gesellschaften am 10. und 11.8.1918 zur Regelung der Lehrlingsausbildung problematisiert und mit der Gründung der Lehrlingsabteilung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker am 1.10.1920 zur gewerkschaftlichen Aufgabe gemacht. Siehe BdDB (Hg.) 1928: 46, und das Protokoll der 10. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in Nürnberg 1920: 186 ff.
- 7 Das Postulat regelte die Rechte und Pflichten der Gehilfen innerhalb der Zunftordnung und gab den Gehilfen einen relativ großen Einfluß bei der Begrenzung des Zugangs neuer Buchdruckergehilfen. Siehe auch W. Krahl 1916: 62.
- 8 Siehe Beschluß 7 über das Entgelt des Anfürgespan. Anfürgespan war der Gehilfe, dem der Lehrling als Ausbilder zugeordnet wurde. In den Zunftzeiten mußte der Lehrling, bzw dessen Vater, dem Anfürgespan einen bestimmten Betrag auszahlen, der laut W.G. Oschilewski mit dem Einschreibgeld, nicht jedoch mit dem Lehrgeld für den Lehrherrn identisch war. Teilweise war die Auszahlung an die Erreichung eines bestimmten Ausbildungsstandes gebunden. Siehe W. G. Oschilewski 1955: 28.
- 9 Siehe die Übersicht über die Jahre 1868 bis 1888 nach Erhebungen der Gau- und Bezirksverbände des Buchdruckerverbandes bei W. Krahl 1916: 428-438. In der Provinz wurden Lehrlinge häufig als billige Arbeitskräfte mißbraucht. So waren 1875 im Gau Pommern in 54 Druckereien 140 Gehilfen und 155 Lehrlinge beschäftigt. In den Großstädten wurden dagegen eher zuwenig Lehrlinge ausgebildet. Dies wird auch für das Jahr 1840 bestätigt durch die Angabe von 500 Buchdruckergehilfen und 62 Lehrlingen in Berlin. Siehe C. Koepsel 1898: 284. Ein Bestand von ca. 20-25 Lehrlingen je 100 Gehilfen hätte ungefähr dem Berliner Bedarf an Gehilfennachwuchs entsprochen.
- 10 Im 19. Jahrhundert hatte sich die Unsitte verbreitet, den Gehilfen nur einen Abschlag auf den Lohn auszusahlen, den Rest erst mit viertel- oder halbjähriger Verspätung zu Ostern und Michaelis, den traditionellen Einstellungs- und Kündigungsterminen der Buchdrucker. Zu den Einstellungs- und Kündigungsbedingungen der Zunftzeit siehe W. Krahl 1916: 109 ff.

entsprach auch die im Beschluß 53 angesprochene Maschinenfrage. Hierbei ging es um die Regelung der Besetzung mit gelernten Druckern für die erst vor kurzem erfundenen modernen Druckmaschinen. Von deren Einführung waren nur die Drucker betroffen<sup>11</sup>, die damals ca. ein Viertel der Buchdruckergehilfen stellten. Der in diesem Beschluß enthaltene Appell scheint eine zumindest in den 1830er Jahren noch geübte Praxis aufzugreifen. So berichtet C. Koepsel, daß in den 1830er Jahren die dampfgetriebenen Schnellpressen der Deckerschen Buchdruckerei in Berlin nur benutzt wurden, wenn die zu druckenden Zeitungen mehr als zwei Bogen stark waren. Die ersten beiden Bogen waren den Handpressen und den daran arbeitenden Druckern vorbehalten.<sup>12</sup>

Nur scheinbar unterrepräsentiert wirkt mit nur einem Beschluß das Kapitel der Unterstützungskassen. Im Jahr 1916 konnte noch die Gründung bzw. die Existenz von 72 lokalen und regionalen Buchdrucker- und -vereinen in 37 Städten und drei Regionen für die Zeit von 1758 bis 1851 nachgewiesen werden<sup>13</sup>. Allein 30 von diesen gewährten mit der Invalidenunterstützung eine Altersversorgung bei Arbeitsunfähigkeit. Aus diesen Kassen entwickelten die Gehilfen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts ein leistungsfähiges zentrales Unterstützungswesen des Buchdruckerverbandes, das teilweise Vorbild, teilweise sogar Vorläufer der modernen Sozialversicherungen<sup>14</sup> war.

In dem Beschluß 46 über die Einrichtung von Schiedsgerichten, die von Gehilfen und Prinzipalen zu besetzen seien, deuten sich gleich verschiedene Entwicklungen an. Die Schiedsgerichte sollten Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern regeln, damit diese nicht vor den regulären Zivilgerichten ausgetragen würden. Zum einen wurde damit durch einen Rückgriff auf die eigenständige Gerichtsbarkeit der Zünfte eine Vorform der späteren, paritätisch besetzten Arbeitsgerichtsbarkeit entworfen. Zum anderen enthält der Beschluß schon die Grundelemente der basisdemokratisch zu wählenden Schiedsgerichte, wie sie später in den Regelungen der

11 Nach den statistischen Angaben von K. Fröhlich im Sitzungsprotokoll gab es 1848 in Berlin 150 Handpressen und 54 Maschinen (W. Krahl 1933, 4. Teil: 40). Allein die Firma König & Bauer hatte 1.000 Schnellpressen zwischen 1823 und 1865 ausgeliefert. (Siehe C. B. Lorck 1883, 2. Teil: 311.) Die Einführung der modernen Schnellpressen ging zwar für damalige Verhältnisse rasend schnell vonstatten, wurde aber gleichzeitig begleitet von einem Aufschwung des Buch- und vor allem Zeitungsgewerbes. Die wesentlichen Auswirkungen auf die Arbeitsplätze der Drucker machten sich in den Jahren bis 1876 bemerkbar, als die Zahl der Drucker zeitweilig sogar rückläufig war, während die Gehilfenzahl insgesamt stagnierte. Das bedeutete, daß die Zahl der Setzer wegen des gestiegenen Auftragsvolumens zunahm. Aus diesem Grund wurde auf der Versammlung sogar der Antrag diskutiert, für zehn Jahre keine Drucker mehr auszubilden. Zu den Beschäftigtenzahlen siehe z. B. W. Krahl 1916: 439 für die Jahre 1868-1888. Zum Vergleich auch "Gutenberg" Nr. 40/41 vom 13.10.1848 (Bericht der Wahlprüfungskommission) und "Der Correspondent" Nr. 22 vom 25.5.1866: Die Angaben über die vertretenen Gehilfen auf den Gründungskongressen des Gutenbergbundes 1849 und des Buchdruckerverbandes 1866 zeigen nennenswerte Zuwächse nur für Leipzig (von 299 auf 650) und Hamburg (von 89 auf 400). Bei anderen Städten war teilweise ein Rückgang zu verzeichnen.

12 Siehe C. Koepsel 1898: 282f.

13 Siehe W. Krahl 1916: 173-175.

14 So gilt die Allgemeine Kranken- und Viatikumskasse der Berliner Buchdrucker als unmittelbare Vorgängerorganisation der "Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe". Siehe Jahresbericht 1931 des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer: 28.

Tarifgemeinschaft des ersten Buchdruckertarifs von 1873<sup>15</sup> festgelegt wurden. Die Strukturen dieser Tarifgemeinschaft waren darauf orientiert, daß der Arbeitskampf die Ausnahme, der Konsens in der Tarifpolitik aber die Regel sein sollte. Diese Haltung wird auch in der "Proklamation" an die Herren Buchdruckereibesitzer deutlich: "(B)ieten Sie ebenfalls die Hand zur Vereinigung und sie werden das Gespenst, das sich vor ihre Seele gestellt hat, Demonstrationen von unserer Seite, verschwinden sehen wie ein Nebelbild."<sup>16</sup>

Das bedeutete nicht, daß die Buchdruckergehilfen grundsätzlich auf den Streik verzichten wollten. So hatte die Mainzer Versammlung in ihrer Proklamation an die Frankfurter Nationalversammlung für den Fall einer Nichteinigung schon die Anwendung des Mittels angedroht, das "als das einzige nach der bisherigen Gesetzgebung ihnen zu Gebote steht, die Verweigerung ihrer Arbeitskraft"<sup>17</sup>. Für den Fall, daß dieser Tarif nicht ab dem 1.8.1848 angewandt werden sollte, wurde den Prinzipalen, die sich verweigern, mit der Arbeitseinstellung gedroht. Tatsächlich kam es zu einigen mehrwöchigen, in der Regel aber erfolglosen Arbeitskämpfen, z. B. in Berlin und Hamburg. Zu einer deutschlandweiten Anwendung dieses Tarifs kam es jedoch nicht. Allerdings war er bis zum Beginn der neuen Lohnbewegung der Buchdrucker in den 1860er Jahren die Orientierungsgrundlage zahlreicher örtlicher Tarife. Das Hauptproblem für die Durchsetzung des Flächentarifs war sowohl das Fehlen einer einheitlichen Gewerkschaft der Gehilfen, die erst 1866 mit dem Buchdruckerverband gegründet wurde als auch das Fehlen eines nationalen Arbeitgeberverbandes, der erst 1869 entstand.

## Beschlüsse der National-Buchdruckerversammlung vom 11.-14.6.1848

Die nachfolgend abgedruckten Beschlüsse wurden dem im 2. Band der Geschichte des Buchdruckerverbandes von 1933<sup>18</sup> abgedruckten Tagungsprotokoll entnommen.

- 15 Diese Regelungen wurden erst nach Abschluß des Tarifvertrages vereinbart und bestanden bis zum Arbeitskampf von 1891/1892. Mit dem Buchdruckertarif von 1896 wurde eine neue Tarifgemeinschaft in überarbeiteter Form gegründet, die bis 1922 Bestand hatte. Die Buchdruckertarife waren keine Verträge zwischen Gewerkschaft und Arbeitgeberverband, sondern das Ergebnis des Aushandlungsprozesses in dieser Tarifgemeinschaft, die von den Buchdruckern als "Wirtschaftsparlament" (siehe BdDV (Hg.) 1926: 6) und "Friedensorganisation" (siehe L. Rexhäuser 1912: 15) bezeichnet wurde.
- 16 W. Krahl 1916: 216
- 17 Zitiert nach W. Krahl 1916: 220. Der Streik war nach damaliger Rechtsprechung allerdings ausdrücklich verboten und unter Strafe gestellt. (Siehe §§ 182-184 der preußischen Gewerbeordnung von 1845.) Die Verweigerung der Arbeitskraft war nur nach ordnungsgemäßer Kündigung erlaubt und konnte für Gehilfen, die kein Heimatrecht im Ort genossen, die Ausweisung bedeuten.
- 18 Quelle: W. Krahl 1933, Vierter Teil: 17 ff. Auszeichnungen (fett und gesperrt) wie im Original. Dieser zweite Band ist ausgesprochen selten und weitgehend unbekannt. In einem Auszug des Bibliotheksverzeichnisses der Bibliothek des DGB-Bundesvorstandes (abgedruckt in D. Schuster 1976: 164-201) sind die Angaben zum Band 1 und der Voraugabe des statistischen Teils mit dem Vermerk "mehr nicht ersch." versehen. Der 2. Band wurde 1933 noch in der gemeinsamen Druckerei des Buchdruckerverbandes und des Bildungsverbandes der deutschen Buchdrucker gedruckt und in der Buchbindereiabteilung des "Vorwärts" in Berlin gebunden. Wegen der am 2. Mai 1933 durch die Nationalsozialisten erfolgten Besetzung des Buchdruckerhauses, in dem sich Druckerei und Vertrieb befanden, kam dieser Band aber anscheinend nicht mehr in den regulären Vertrieb. In der Literatur wird in der Regel nur der 1. Band oder die 1926 erschienene Voraugabe des statistischen Teils des 2. Ban-

Wortlaut und Schreibweise stimmen nicht immer mit dem Abdruck des Tarifs im 1. Band von 1916 überein<sup>19</sup>. Daß noch ein Tagungsprotokoll existierte, war bei der Drucklegung des 1. Bandes nicht bekannt<sup>20</sup>. 1916 lagen nur die gegen Ende des 19. Jahrhunderts gedruckten Beschlüsse in einer offensichtlich redaktionell überarbeiteten Form vor. Die Reihenfolge der Abschnitte dieser Fassung von 1916 stimmt nicht mit der Reihenfolge der Beschlüsse überein, die dem Tagungsprotokoll zu entnehmen sind. Die Löhne sollen "in süddeutscher und sächsischer Münze"<sup>21</sup> aufgeführt sein. Die sächsischen Neugroschen (Ngr.) hatten 10 Pfennige. Aus dem Beschluß 36 ergibt sich jedoch, daß der Groschen mit 12 Pfennigen berechnet wurde und damit dem preußischen Silbergroschen entsprach.

Die Beschlüsse werden im Wortlaut aufgeführt. Da mehrere Anträge im Verlauf der Tagung nach erneuter Diskussion in geänderter Fassung angenommen wurden, werden die angenommenen Ursprungsfassungen in den Anmerkungen aufgeführt. Dies gilt auch für die Erläuterungen zum Text.

**Beschluß 1:** Die Städte Aachen, Altona, Altorf, Ansbach, Aschaffenburg, Augsburg, Aurich, Baden-Baden, Baireuth, Bamberg, Barmen, Berlin, Bern, Bernburg, Birkenfeld, Braunschweig, Bremen, Breslau, Brünn, Bunzlau, Cannstadt, Carlsruhe, Cassel, Cleve, Coblenz, Cöln, Cosel, Crefeld, Cüstrin, Danzig, Darmstadt, Dessau, Dresden, Düsseldorf, Elberfeld, Emmerich, Erfurt, Erlangen, Essen, Frankenthal, Frankenstein, Frankfurt a.M., Frankfurt a.d.O., Freiburg (Breisgau), Freiburg (Schlesien), Friedberg, Fürth, Gießen (teilweise), Glatz, Gleiwitz, Ober-Glogau, Goldberg, Görlitz, Gotha, Göttingen, Greifenberg, Grimma, Grottkau, Güstrow, Habelschwerdt, Halle, Hamburg, Hanau, Hannover, Haynau, Heersbruck, Heidelberg, Heilbronn, Hirschberg, Hoyerswerda, Jauer, Jena, Itzehoe, Kaiserslautern, Kempen, Kiel, Königsberg, Kreuznach, Landsberg a.d.W., Landshut, Lauban, Leer, Leipzig, Lennep, Leobschütz, Liegnitz, Löwenberg, Lübeck, Lublinitz, Magdeburg, Mainz, Mannheim, Meurs, Mielitsch, Mülheim a.d. Ruhr, München, Münster, Namslau, Neisse, Neumarkt, Neurode, Neustadt (Schlesien), Neuß, Nürnberg, Oels, Oldenburg, Oldesloe, Oppeln, Ostrow, Pleß, Potsdam, Querfurt, Ratibor, Reichenbach, Reutlingen, Ribnik, Rosenberg, Rothenburg (Schlesien), Rudolfstadt, Schwelm, Schwerin, Stade, Steinau, Stettin, Stendal, Strehlen, Groß-Strelitz, Stuttgart, Sulzbach, Tarnowitz, Torgau, Trier, Tü-

des zitiert (W. Krahl 1926), die im 2. Band als "Dritter Teil" enthalten ist. Wohl auch wegen dieses teilweisen Vorabdruckes sind die vier Teile des 2. Bandes getrennt paginiert: 1. Teil = Verband, Tarif und Gewerbe – 408 Seiten; 2. Teil = Spartenbewegung, Fortbildungs- und Ausstellungswesen – 116 Seiten; 3. Teil = Statistischer Teil – 188 Seiten; 4. Teil = Beschlüsse der Heidelberger Vorkonferenz und der Mainzer National-Buchdruckerversammlung – 79 Seiten. Exemplare dieses 2. Bandes aus den Beständen der ehemaligen IG Medien-Bibliothek befinden sich in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn (Signaturen: A 54227, A 91-1691, AKO 1822a) und in der (nichtöffentlichen) Historischen Bibliothek des Landesbezirkes Berlin-Brandenburg der IG Medien.

19 Siehe W. Krahl 1916, Anhang: 25 ff.

20 Siehe die Ausführungen von W. Krahl 1916: 213.

21 W. Krahl 1916: 221.

bingen, Ulm, Usingen, Verden, Weimar, Weissenburg, Wesel, Wien, Wiesbaden, Wrietzen a.d.O. und Würzburg haben sich durch diese Versammlung zu einem deutschen National-Buchdrucker-Verein verbunden und sind die Beschlüsse dieser Versammlung maßgebend.

**Beschluß 2<sup>22</sup>:** Jeder eintretende Lehrling ist durch das unten näher zu bestimmende Schiedsgericht über sittliche Bildung und Fähigkeit zu prüfen; jedoch darf diese Prüfung erst nach einer zweimonatlichen Probezeit stattfinden.

**Beschluß 3:** Die Dauer der Lehrzeit, für Setzer sowohl als für Drucker, ist auf fünf Jahre festgesetzt. Ausnahmen in besonderen Fällen bedürfen der Zustimmung des Schiedsgerichts.

**Beschluß 4:** Die Zahl der Lehrlinge ist festgesetzt:

- a) Auf 3 Setzer 1 Setzerlehrling.
- b) Auf 9 Setzer 2 Setzerlehrlinge.
- c) Auf jede weitere 9 einen Lehrling weiter.
- d) Auf jedesmal 3 Pressen soll ein Druckerlehrling kommen.
- e) Kleinere Druckereien, vielleicht von einer Presse, dürfen einen Lehrling, gleichviel ob Setzer oder Drucker, haben.

**Beschluß 5<sup>23</sup>:** Das Ein- und Ausschreibegeld eines jeden Lehrlings ist zu Gunsten einer Unterstützungskasse für Buchdrucker zu verwenden.

**Beschluß 6:** Zwei Lehrlinge dürfen nicht zusammen arbeiten; ein jeder soll einem Anführergespan<sup>24</sup> beigegeben werden.

**Beschluß 7:** Der Anführergespan eines jeden Lehrlings ist von dem Prinzipal zu entschädigen.

**Beschluß 8<sup>25</sup>:** Cicero, Garamond und Borgis wird mit 9 kr. (2 ½ Ngr.), Petit mit 10 kr. (2 ¾ Ngr.), Nonpareille mit 12 kr. (3 ½ Ngr.) das Tausend **n**<sup>26</sup> bezahlt. Die romanischen Sprachen werden um ½ Ngr. (2 kr. rh.) das 1000 **n**, griechisch und polnisch um 1 Ngr. (3 ½ kr. rh.) per 1000 **n** höher bezahlt. Alle übrigen fremden Sprachen bedingen eine Entschädigung nach Uebereinkunft.

**Beschluß 9:** Jedes Stück Durchschuß zählt für ein **n**.

**Beschluß 10:** Die ein volles Tausend übersteigende Buchstaben- oder **n**-Zahl wird bis zu dem Belaufe von 499 **n** dem Setzer nicht bezahlt. Erreicht jedoch der Belauf die Zahl von 500 **n**, so sollen dem Setzer diese 500 als ein volles Tausend bezahlt werden. Geht noch ein Viertelgeviertes in die Zeile, so gilt dies für ein **n**.

22 Die zuerst angenommene Fassung des Beschluß 2 lautete: Jeder eintretende Lehrling ist durch das unten näher zu bestimmende Schiedsgericht über sittliche Bildung und Fähigkeit zu prüfen.

23 Die zuerst angenommene Fassung des Beschluß 5 lautete: Der eintretende Lehrling hat nach bestandener zweimonatlicher Probezeit 10 fl. Einschreibegeld und nach beendigter Lehrzeit 10 fl. Ausschreibegeld zu Gunsten einer Unterstützungskasse für Buchdrucker zu entrichten. Das Einschreibegeld hat einer Kranken- und Invalidenkasse zu Gute zu kommen; das Ausschreibegeld soll der Vereinskasse zufließen.

24 Der dem Lehrling als Ausbilder zugeordnete Gehilfe.

25 Die zuerst angenommene Fassung des Beschluß 8 lautete: Cicero, Garamond und Borgis wird mit 9 kr. (2 ½ Ngr.), Petit mit 10 kr. (2 ¾ Ngr.), Nonpareille mit 12 kr. (3 ½ Ngr.) das Tausend **n** bezahlt.



**Beschluß 11:** Lebende Columnentitel sind für zwei Zeilen, einfache für eine Zeile zu rechnen.

**Beschluß 12:** Der Setzer hat eine Correctur der von ihm selbst verschuldeten Fehler und die Revision<sup>27</sup> ohne Vergütung zu machen. Für mehrere Correcturen wird der Setzer mit 9 kr. (2 ½ Ngr.) per Stunde entschädigt.

**Beschluß 13:** Das Umbrechen eines Werkes wird besonders berechnet.

**Beschluß 14:** Für splendiden Satz, Gedichte, Vacats, Anfangs- und Spitzcolumnen und sogen. Speck findet kein Abzug statt.

**Beschluß 15:** Schlecht geschriebene Manuscripte, gemischter Satz und Marginalien bedingen eine besondere Entschädigung.

**Beschluß 16:** Tabellarischer Satz ist nach den dazu bestimmten Schriftgattungen, wo sich der Setzer systematischer Linien bedienen kann, doppelt, wo er sich die Linien selbst schneiden muß, dreifach zu rechnen. Sollte bei mathematischem und musicalischem Notensatz der Prinzipal sich mit dem Setzer nicht einigen können, so soll der Setzer das gewisse Geld erhalten.

**Beschluß 17:** Für jede in dem Werke vorkommende kleinere Schrift ist der Setzer besonders zu entschädigen.

**Beschluß 18:** Stereotypsatz soll mit 1 kr. höher per Tausend bezahlt werden.

**Beschluß 19:** Für das Aufräumen soll der Setzer, wenn dasselbe von ihm verlangt wird, nach dem Minimumsatz des gewissen Geldes entschädigt werden.

**Beschluß 20:** Satz unter drei Concordanzen-Breite ist mit einem Kreuzer weiter zu bezahlen.

**Beschluß 21:** Für klein Oktav-Format wird 1 fl. 20 kr. (23 Ngr.) pr. Tausend Abdrücke bezahlt.

**Beschluß 22:** Für groß Oktav-Format wird 1 fl. 30 kr. (25 ½ Ngr.) für Tausend Abdrücke bezahlt.

**Beschluß 23:** Für klein Duodez-Format wird 1 fl. 36 kr. (27 Ngr.) pr. Tausend Bogen bezahlt.

**Beschluß 21 (24)**<sup>28</sup>: Für groß Duodez-Format wird 1 fl. 45 kr. (1 Thlr.) bezahlt.

**Beschluß 22 (25):** Für Lexikon- und Sedez-Format wird 2 fl. (1 Thlr. 4 Ngr.) pr. Tausend Bogen bezahlt.

**Beschluß 23 (26):** Bei Werken wird eine Auflage unter 250 Exemplaren als Accidenz gerechnet; 250 zählen für 500; 500 für 750; 750 für 1000. Eine Auflage über 1000, excl. des üblichen Zuschusses von einem Buch, zählt immer bis zum nächsten Zeichen, gleichviel in welchem Format.

26 Der Leistungslohn der Setzer wurde nach der Menge des Satzes berechnet. Als Maßeinheit galt die Länge von 1000 Buchstaben "n".

27 In der Ursprungsfassung hieß es noch "Preßrevision".

28 Dem Setzer des Tagungsprotokolls ist offensichtlich ein Fehler unterlaufen, der auch in der Revision übersehen wurde. Die Beschlüsse 24, 25 und 26 wurden irrtümlich ebenfalls als Beschlüsse 21, 22 und 23 aufgeführt.

**Beschluß 27:** Bei Stereotypenformen sind für Sedez bei einer Auflage von 1000-2000 15 Ngr. (54 kr.), bei einer Auflage von 2000-3000 10 Ngr. (36 kr.), und bei einer Auflage von 3000 und mehr 5 Ngr. (18 kr.) zu vergüten. Duodez gilt für Sedez. Bei Oktav wird der Preis um ein Drittel vermindert.

**Beschluß 28:** Für's Ausheben ist eine Entschädigung von 18 kr. (5 Ngr.) zu gewähren. Kommt dies jedoch bei Pracht-, Stereotyp- oder Accidenz-Formen vor, so ist dasselbe nach Verhältniß höher zu vergüten.

**Beschluß 29:** Bei Bogen, welche öfter als zweimal zur Correctur abgezogen werden müssen, sind für jeden weiteren Abzug 6 kr. (1 ½ Ngr.) zu vergüten.

**Beschluß 30:** Bei Pracht-, Linien- oder illustrierten Werken sind 1 fl. 36 kr. (27 Ngr.) per Tag auf die Person zu gewähren.

**Beschluß 31:** Accidenzen sind per Stunde für jeden Gehülften mit 9 kr. (2 ½ Ngr.) zu vergüten.

**Beschluß 32:** Das Ueberziehen des Tympan, sowie auch des Deckels, ist je mit ½ Thlr. (54 kr.) zu vergüten.

**Beschluß 33:** Das Gießen einer Walze wird mit 36 kr. (10 Ngr.) bezahlt; werden mehrere Walzen zu gleicher Zeit gegossen, so wird für jede weitere 9 kr. (2 ½ Ngr.) bezahlt.

**Beschluß 34**<sup>29</sup>: Zur näheren Bestimmung ist angenommen bei Octav:

Ein Format bis 22 Zoll sächs. breit gilt für klein Octav.

Ein Format bis 25 Zoll sächs. breit gilt für groß Octav.

Ein Format bis 28 Zoll sächs. breit gilt für Lexicon-Format

Bei Duodez:

Ein Format bis 24 Zoll sächs. breit gilt für klein Duodez.

Ein Format bis 26 Zoll sächs. breit gilt für groß Duodez.

Bei Sedez:

Ein Format bis 25 Zoll sächs. breit gilt für klein Sedez.

Ein Format bis 28 Zoll sächs. breit gilt für mittleres Sedez.

Ein Format über 28 Zoll sächs. breit gilt für groß Sedez.

NB. Unter Breite ist die Breite von Schrift zu Schrift zu verstehen.

**Beschluß 35:** Die Feststellung eines Preises für Klein- und Mittel-Sedez (ist, d.V.) so zu bestimmen:

a) für Klein-Sedez 25 Ngr. (1 fl. 28 kr.) und

b) für Mittel-Sedez 1 Thlr. (1 fl. 45 kr.).

**Beschluß 36:** Als das Minimum des gewissen Geldes ist 8 fl. (4 Thlr. 17 Ngr.) wöchentlich festgesetzt. Den Gehülften, welche bei den Prinzipalen Kost und Logis erhalten, sind wöchentlich noch 4 fl. (2 Thlr. 8 Ngr. 6 Pf.) zu bezahlen.

**Beschluß 37:** Die allgemeine deutsche National-Buchdrucker-Versammlung hat in ihrer Sitzung vom 12. Juni im Akademie-Saale des ehemaligen Kurfürstlichen Schlosses

29 Im Anschluß an Beschluß 33 war folgender Antrag gestellt worden: "Es solle die Grenze der verschiedenen einzelnen Formate nach der Schriftfläche bestimmt und diese Bestimmung zum Beschluß erhoben werden." Dies wurde angenommen, die Grenzbestimmungen jedoch einer Kommission übergeben, deren Ausarbeitung dann als Beschluß 34 übernommen wurde.

zu Mainz, veranlaßt durch einen Antrag des Abgeordneten von Stuttgart, mit welchen sich die Abgeordneten von 16 Städten, nach besondern Aeußerungen der betreffenden Verleger oder Redactionen, einverstanden erklärten, folgenden Beschluß gefaßt: "Die allgemeine deutsche National-Buchdrucker-Versammlung ersucht die Redaction des Frankfurter Journals, die Erklärungen sämmtlicher deutschen Zeitungsredactionen in Empfang nehmen zu wollen und zu veröffentlichen: ob dieselben in der Folge an Tagen nach Sonn- und Festtagen ihre Blätter erscheinen lassen wollen oder nicht, damit an Sonn- und Festtagen das Arbeiten der in Zeitungen Beschäftigten aufhöre."

Durch eine allgemeinere Vereinigung der betreffenden Redactionen oder Verleger würde die leidige Concurrrenz dann verschwinden, und wäre dieselbe wohl noch bis 1. Juli d. J. zu Stande zu bringen.

Sämmtliche Zeitungsredactionen sind hiermit gebeten, oben angeregte Erklärung abzugeben, und überdies für möglichste Verbreitung des Obigen durch Aufnahme in die betreffenden Blätter zu sorgen.

Mainz, 13. Juni 1848.

Die Deutsche National-Buchdrucker-Versammlung

**Beschluß 38:** Wahl einer Commission zur Entwerfung einer Petition an das deutsche Parlament zu Frankfurt.

**Beschluß 39:** Die Arbeitszeit wird auf zehn Stunden festgesetzt. Anfang und Schluß derselben hängt von der Bestimmung jeder einzelnen Offizin ab. Bei Zeitungs-Satz und Druck und sonstigen gewissen Arbeiten muß mit den dabei Betheiligten ein offener Contract abgeschlossen werden und zwar so, daß die Arbeitszeit über zehn Stunden nach der unten folgenden Bestimmung vergütet wird.

**Beschluß 40:** Regelmäßige Sonn-, Festtags- und Nachtarbeit findet nicht statt. Für verlangte Sonn-, Festtags- und Nachtarbeit außer der festgesetzten Zeit hat der Berechnende für jede Stunde Mehrarbeit, außer seinem Verdienste, eine Entschädigung von 6 kr. (1 ½ Ngr.) zu beanspruchen, während der in gewissem Geld Stehende außer dem nach seinem Gehalte für die Stunde auszuwerfenden Verdienst einen gleichen Zuschlag von 6 kr. (1 ½ Ngr.) pr. Stunde erhält.

**Beschluß 41:** Die Prinzipale sind verpflichtet, nur sovielen Gehülfen anzustellen, als sie gebrauchen, um das häufige Warten zu verhüten; wo Letzteres dennoch öfters vorkommt, soll dem betreffenden Arbeiter 9 kr. (2 ½ Ngr.) pr. Stunde vergütet werden.

**Beschluß 42:** Wöchentliche, längstens vierzehntägige Auszahlung des Arbeitslohnes. – Vierzehntägige Kündigung mit freier Uebereinkunft bei gewisser Condition.

**Beschluß 43:** Als Beihülfe zur Bildung und Belehrung der Vereins-Mitglieder sollen die Prinzipale ersucht sein, von jedem Werke und jeder Zeitschrift ein Exemplar der betreffenden Vereins-Bibliothek zukommen zu lassen.

**Beschluß 44:** Niedersetzung einer Commission für die Maschinenfrage.

**Beschluß 45:** Das Central-Comité hat für das Jahr 1848-1849 seinen Sitz in Frankfurt a. M.

**Beschluß 46**<sup>30</sup>: 1) In jeder Druckstadt sollen Schiedsgerichte durch allgemeine Wahlen ernannt werden; kleinere Städte sollen sich in dieser Beziehung der zunächst gelegenen größeren anschließen.

2) Jedes Schiedsgericht soll aus 7 Personen (4 Gehülften und 3 Prinzipalen) bestehen.

3) Kein Angeklagter und kein Kläger kann Schiedsrichter sein, für Beide treten die Ersatzmänner ein. Können in einer Stadt streitige Punkte nicht entschieden werden, so müssen sie dem Central-Comité zur Entscheidung vorgelegt werden.

4) Die Wahl eines Schiedsgerichts hat jedes Jahr zu geschehen.

**Beschluß 47**: Das in Berlin erscheinende Buchdrucker-Journal "Gutenberg" ist als Organ für den ganzen deutschen Buchdrucker-Verein auf den Zeitraum eines Jahres angenommen und zwar mit dem Bemerken, daß die Redaction vorläufig in Berlin bleibt.

**Beschluß 48**<sup>31</sup>: 1) Jeder Buchdrucker muß bei der Aufnahme in den Verein auch Mitglied der Kranken-, Invaliden- und Viaticumskassen werden.

2) Jedes einmal eingeschriebene Vereinsmitglied tritt an jedem Ort ohne Einschreibegeld in die bestehenden Vereinskassen.

3) Jedem Vereins-Mitgliede, welches eine Anzahl von Jahren in die Invalidenkasse eines Vereins gesteuert, werden dieselben Jahre bei dem Eintritt in einen anderen zu gut gerechnet. Im übrigen hat es sich den Statuten derjenigen Kasse zu unterwerfen, in welcher es Ansprüche auf Unterstützung macht.

**Beschluß 49**<sup>32</sup>: Es soll eine Proclamation an die Buchdrucker Deutschlands, Gehülften sowohl als Prinzipale, erlassen und eine Commission mit dem Entwurf beauftragt werden.

**Beschluß 50**: Es soll jede Verschreibung von Buchdruckergehülften unberücksichtigt bleiben, wenn dieselbe nicht von dem Comité des betreffenden Orts mitunterzeichnet ist.

**Beschluß 51**: Städte, in welchen sich schon die Gehülften mit den Prinzipalen geeinigt haben, jedoch gegen die Mainzer Beschlüsse etwa noch zurückgeblieben sind, sollen mit weiteren Maßnahmen warten, bis sie die Antwort der Prinzipale des betreffenden Orts auf die Proclamation der National-Versammlung erhalten haben.

30 Die zuerst angenommene Fassung des Beschluß 46 lautete: 1) In jeder Druckstadt sollen Schiedsgerichte durch allgemeine Wahl ernannt werden; kleinere Städte sollen sich in dieser Beziehung der zunächst gelegenen größeren anschließen. 2) Jedes Schiedsgericht soll aus 7 Personen, drei Prinzipalen und vier Gehülften bestehen. 3) Kein Angeklagter und kein Kläger kann Schiedsrichter sein, und treten für dieselben die Ersatzmänner ein.

31 Die zuerst angenommene Fassung des Beschluß 48 lautete: Es soll in der nächsten National-Buchdrucker-Versammlung ein Normalstatut für alle deutschen Buchdrucker-Kranken-, Invaliden-, Sterbe- und Wittwenkassen entworfen werden.

32 Die Versammlung hat insgesamt drei Proklamationen verfaßt. Die erste lautete: "Aufruf an die Herren Buchdruckereibesitzer Deutschlands" (s. W. Krahl 1916: 214-216). Darin wurden die Arbeitgeber für die "gerechte Ausgleichung zwischen Capital und Arbeitskraft" zur Regelung der Angelegenheiten des Buchdruckgewerbes gemeinsam mit den Gehilfen aufgefordert. Der Aufruf "Deutsche Männer! Bürger! Collegen!!" (s. W. Krahl 1916: 217-218) richtete sich an die eigenen Kollegen: "Wir bitten Euch, unserem Vereine beizutreten, wenn ihr demselben noch nicht beigetreten seid." Der dritte Aufruf "Hohe deutsche Nationalversammlung! Deutsche Männer!" (s. W. Krahl 1916: 218-220) verlangte die Gründung eines deutschen Arbeitsministeriums und die Abschaffung der Ausnahmegesetze und enthielt auch die zentralen Forderungen der Beschlüsse der National-Buchdruckerversammlung.

**Beschluß 52:** Die Inslebentretung der in dieser Versammlung gefaßten Beschlüsse, sowie die Bildung der Vereine, soll bis den 1. August geschehen.

**Beschluß 53:** Gegen die bis jetzt aufgestellten Maschinen soll durchaus keine Beschränkung eintreten. Bei Anschaffung neuer Maschinen jedoch sind die Herren Prinzipale gehalten, darauf zu achten, daß die in ihrem Geschäfte stehenden Drucker nicht brodlos werden. Ferner sind nur gelernte Buchdrucker als Maschinenmeister zulässig. In Druckereien, in welchen mehrere Maschinen im Gange sind, ist eine jede mit einem Maschinenmeister zu besetzen. Der Prinzipal ist gehalten, so lange eine Presse still steht, des Nachts keine Maschine zu beschäftigen, es sei denn in außerordentlichen Fällen. Die Prinzipale werden aufgefordert, für die Erzeugnisse der Pressen sowohl, als der Maschinen gleiche Preise zu stellen. Das Comité eines jeden Vereins hat die Aufgabe, sich für unbeschäftigte Drucker bei den Prinzipalen zu verwenden, namentlich bei solchen, die deren in großer Anzahl gelernt haben, und deren ausgedehnte Geschäfte auch außer den Druckereien ein bedeutendes Personal erfordern, damit dieselben Beschäftigung erhalten

**Beschluß 54:** Jede Stadt, in welcher mindestens 40 Gehülfen beschäftigt sind, kann einen Hauptverein bilden.

\*\*\*

## Literatur

- BdDB – Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker (Hg.) 1928: Rückblick auf das 25-jährige Bestehen des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker. (Gegründet am 27. September 1903 als Verband der Deutschen Typographischen Gesellschaften, Berlin. Bearbeitet von E. Rawiel)
- C. B. Lorck 1883: Handbuch der Geschichte der Buchdruckerkunst, Leipzig (Erster Teil von 1882 und Zweiter Teil von 1883 in einem Band)
- C. Koepsel 1898: Die Entwicklung des Buchdruckes in Berlin während der letzten fünfzig Jahre; in: Korporation der Berliner Buchhändler (Hg.) 1898: Beiträge zur Kulturgeschichte von Berlin. Festschrift zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens der Korporation der Berliner Buchhändler, Berlin, S. 280-303
- W. Krahl 1916: 1866-1916. Der Verband der Deutschen Buchdrucker. 50 Jahre deutsche gewerkschaftliche Arbeit mit einer Vorgeschichte. Erster Band, Berlin
- W. Krahl 1926: Verband der Deutschen Buchdrucker. 1888-1916. Vorausgabe zum zweiten Bande der Verbandsgeschichte. Statistischer Teil des zweiten Bandes; Berlin
- W. Krahl 1933: Der Verband der Deutschen Buchdrucker in der Zeit von 1888-1916. Geschichte der ältesten deutschen Gewerkschaft. Zweiter Band, Berlin
- W. G. Oschilewski 1955: Der Buchdrucker. Brauch und Gewohnheit in alter und neuer Zeit, Berlin
- L. Rexhäuser 1912: Das Prinzip der Organisation und des Tarifs im Verbands der Deutschen Buchdrucker; Breslau (Sonderabdruck aus dem Jahrbuch der Angestelltenbewegung)
- D. Schuster 1976: Die Deutsche Gewerkschaftsbewegung. DGB, Düsseldorf (5. verb. u. erg. Auflage)
- VdDB – Verband der Deutschen Buchdrucker (Hg.) 1928: Der Verband der Deutschen Buchdrucker als gewerkschaftliche, berufstechnische und buchgewerbliche Gehilfenorganisation, Berlin

# Theodor Leipart und das gewerkschaftliche Dilemma zwischen 30. Januar und 2. Mai 1933\*

ULLA PLENER

Die Zeit nach der Machtübergabe an die Nazis am 30. Januar 1933 war wohl die schlimmste in Leiparts Leben nach dem Tod seines Sohnes 1914: Sein Lebenswerk – die freigewerkschaftliche Bewegung – wurde zerstört. Auch für seinen Nach-Ruf wiegt diese Zeit am schwersten: Ihm wurde – und wird immer noch – die alleinige oder die Hauptverantwortung für den glücklosen, als “Leipart-Kurs” apostrophierten Versuch angelastet, die Gewerkschaften in den “neuen Staat” hinüberzuretten.

Ulrich Borsdorf bezeichnete 1977 Leiparts Politik in jenen drei Monaten als eine “Politik hilflosen Taktierens bis zur Selbstaufgabe gegenüber den Nationalsozialisten”.<sup>1</sup> Zwanzig Jahre später schrieb ein Volker Ullrich in der erst gemeinten Festschrift für einen renommierten Historiker in einer streckenweise kaum ernst zu nehmenden, bis hin zur Verdrehung von Tatsachen greifenden und jüngere Forschungsergebnisse ignorierenden Art von “Anpassung um jeden Preis” und “einem schrittweisen Übergang ins Lager des politischen Gegners”, der NSDAP.<sup>2</sup> Zu fragen ist: War der Kurs der

- \* Leicht gekürzter Ausschnitt aus der Monographie der Autorin: Theodor Leipart. Persönlichkeit, Handlungsmotive, Wirken, Bilanz. Ein Lebensbild mit Dokumenten (1867-1947), 1. Halbbd.: Biographie, 2. Halbbd.: Dokumente, trafo verlag 1999, im Druck. Sofern im folgenden Zitate nicht nachgewiesen werden, sind sie den in Bd. 2 ungekürzt aufgenommenen Dokumenten entnommen.
- 1 U. Borsdorf: Deutsche Gewerkschaftsführer – biographische Muster, in: Gewerkschaftliche Politik: Reform aus Solidarität, Köln 1977: 26. Ähnlich Peter Brandt (in einer Fußnote): Leipart sei “verantwortlich für den Unterwerfungsversuch der Gewerkschaften unter die Hitlerregierung im Frühjahr 1933” gewesen, in: Antifaschismus und Arbeiterbewegung, Hamburg 1976: 386. Vgl. auch Harold Hurwitz in: Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, Bd. IV, Köln 1990: Leipart sei “Hauptverantwortlicher für die Bemühungen der Freien Gewerkschaften, unter den Nazis legal zu überleben”, gewesen (S. 80); er habe “sogar Hitler die restlose Loslösung des ADGB von der SPD und die Zusammenarbeit mit dem Staat” angeboten (S. 97, auch S. 1289/1290). In seiner würdigenden “Erinnerung an Lothar Erdmann” schrieb H. O. Hemmer 1988, E. gelte in der Geschichtsschreibung “als einer derjenigen maßgebenden Funktionäre, die sich in der Endphase der Weimarer Republik für die Lockerung der Verbindung zwischen Freien Gewerkschaften und Sozialdemokratischer Partei, eine Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften, linkem Flügel der Nationalsozialisten um Gregor Strasser und Reichskanzler General Kurt v. Schleicher bzw. Reichswehr (Querfront) sowie schließlich für einen Anpassungskurs der Gewerkschaften ausgesprochen habe. Dieser Kurs – nach seinem prominentesten Vertreter, dem Vorsitzenden des ADGB, Theodor Leipart, ‘Leipart-Kurs’ genannt, ist gescheitert. Das damit verfolgte Ziel, wenigstens die gewerkschaftlichen Organisationen zu retten, wurde nicht erreicht. Eine bis zum Opportunismus und darüber hinausgehende Anpassungsbereitschaft hat sich nicht ausgezahlt. Ist mit diesem Urteil auch das Urteil über Leben, Werk, Politik eines Mannes wie Lothar Erdmann gefällt?” – Über Leben, Werk und Politik eines Theodor Leipart ist mit diesem Urteil negativ entschieden worden!
- 2 Vgl. Volker Ullrich: Anpassung um jeden Preis? Die Kapitulation der deutschen Gewerkschaften 1932/1933, in: Soziale Demokratie und sozialistische Theorie. Festschrift für Hans-Josef Steinberg zum 60. Geburtstag, Bremen o. J. (1997).

Anpassung ein "Leipart-Kurs"? Und: Reichte die Anpassung wirklich bis zur Selbstaufgabe und dem Übertritt ins Lager der Nazi? Gehen wir den Tatsachen – Monat für Monat der fraglichen Zeit – nach.

Februar: Warnungen, verbaler Protest und:  
"Organisation – nicht Demonstration" – "Bereit sein ist alles!"

Am Tage der Machtübergabe an Hitler, dem 30. Januar 1933, warnten alle Richtungsgewerkschaften, an der Spitze der ADGB, ihre Mitglieder in einer kurzen Erklärung: "Die politische Lage hat sich in entscheidender Weise geändert. Das Schwergewicht der neuen Reichsregierung liegt bei Parteien und Gruppen, die bisher offen für die soziale Entrechtung der Arbeiter und Angestellten, für die Zerschlagung der Demokratie und für die Ausschaltung des Parlaments eingetreten sind. Die Gefahr liegt nahe, daß sie jetzt ihre Pläne zu verwirklichen trachten... Die Lebensinteressen der gesamten Arbeitnehmerschaft stehen auf dem Spiel. Um Angriffe gegen Verfassung und Volksrechte im Ernstfalle wirksam abzuwehren, ist kühles Blut und Besonnenheit erstes Gebot. Laßt euch nicht zu voreiligen und darum schädlichen Einzelaktionen verleiten."<sup>3</sup>

Am 31. Januar 1933 tagte der Bundesausschuß des ADGB. Theodor Leipart sprach zur politischen Lage. Die Arbeiterschaft werde, sagte er, "mehr als je auf ihre eigene Kraft angewiesen sein", und es bedürfe "keiner Hervorhebung, daß die Gewerkschaften zu dieser Regierung in Opposition" stünden. – "Das kann und wird sie nicht hindern, die Interessen der Arbeiterschaft auch gegenüber dieser Regierung zu vertreten. Die Gewerkschaften werden die Ansprüche der Arbeiter auf Gleichberechtigung in Staat und Wirtschaft mit genau der gleichen Entschiedenheit weiterverfechten wie seither. Organisation – nicht Demonstration: das ist die Parole der Stunde. Die Gewerkschaften haben Jahrzehnte hindurch in diesem Geiste gehandelt. Sie werden dieser Losung durch verstärkte Werbetätigkeit auch in der kommenden Zeit treu bleiben."

Weiter heißt es im Bericht der "Gewerkschafts-Zeitung" (GZ) vom 4. Februar 1933: "Graßmann ergänzte den Bericht Leiparts durch Ausführungen über die verschiedenen Möglichkeiten der politischen Entwicklung. Alles kommt auf die Geschlossenheit der Organisationen, auf die Erhaltung und den Ausbau einer einheitlichen Front der Arbeiterschaft in ihren Gewerkschaften an... Die Aussprache ergab in eindrucksvoller Weise die einmütige Übereinstimmung aller Verbandsvertreter mit der Haltung, die der Bundesvorstand in diesen entscheidungsschweren Tagen eingenommen hat... Die Haltung der gewerkschaftlichen Führung kann und darf sich nicht von gefühlsmäßigen Gesichtspunkten bestimmen lassen. Daß die deutsche Arbeiterschaft... sich gegen diese sozialreaktionäre Regierung am liebsten in unmittelbarer Aktion zur Wehr setzen würde, ist menschlich begreiflich, aber sachlich falsch. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Gewerkschaften die Interessen der deutschen Arbeiterschaft schädigen würden, wenn sie diesen Impulsen nachgeben würden." Die Ruhe und Zuversicht, die die

3 Gewerkschafts-Zeitung (GZ) vom 4. Februar 1933.

Verhandlungen des Bundesausschusses ausstrahlten, stammten “aus der genauen Kenntnis der reichen Widerstandskräfte der deutschen Arbeiterschaft”.

Schon am Vormittag des 31. Januar tagte der Ausschuß der SPD, vom ADGB nahm Peter Graßmann daran teil. Rudolf Breitscheid sagte hier: Es wäre bedenklich, wenn die Partei und die Arbeiterschaft “durch irgendwelche ungestümen und voreiligen Aktionen” in die Entwicklung eingreifen würden; verständlich wäre es wohl, “daß man in Diskussionen jetzt in erster Linie spricht von den außerparlamentarischen Aktionen”, aber: “Ist der Augenblick zu einer großen außerparlamentarischen Aktion gekommen?” – Solange Hitler auf dem Boden der Verfassung, an der Spitze einer “verfassungsmäßigen Reichsregierung” stünde, “wäre es falsch, wenn wir ihm den Anlaß geben, die Verfassung zu brechen”. Die Konsequenz sei, “daß wir alles zu tun haben, um für den Augenblick dieses Verfassungsbruchs gerüstet zu sein”. – “... wenn wir heute etwas unternehmen, glaubt nur, daß in derselben Minute von seiten der Regierung alles geschehen würde, um uns durch das Verbot von Zeitungen, Versammlungen, durch Hindernisse aller Art unsere Aktionsfähigkeit gegen die Regierung zu rauben.” Auch ein befristeter Generalstreik sei fehl am Platz, schon weil die Kommunisten meinen würden, es müsse “die Revolution weitergetrieben werden” und dann möglicherweise “eine Bewegung entsteht, die von der Staatsmacht zusammen mit der Reichswehr im Blute der Arbeiter erstickt wird. Dann sind uns auf lange Zeit die Wege zu solchen Aktionen abgeschnitten.” Breitscheids Ausführungen stießen auf keinen Widerspruch. Unter dem Titel “Bereit sein ist alles!” wurde die Rede in großer Auflage verbreitet. P. Graßmann nannte hier einen befristeten Generalstreik zu diesem Zeitpunkt “politischen Unsinn”.<sup>4</sup>

Die Parolen beider Gremien: “Organisation – nicht Demonstration” und “Bereit sein ist alles!” weisen in Wesen und Konsequenz keinen Unterschied auf.

Am 5. Februar fand eine Sitzung des Vorstands der SPD mit Vertretern des ADGB statt, an der Leipart teilnahm. Wels hatte sie einberufen, “um zu beraten, welche letzten Abwehrmaßnahmen evtl. zu treffen wären. Aus den Betrieben kämen immerzu Anfragen, zu welchem Zeitpunkt die Arbeit niedergelegt werden sollte”, und die Diskussion über die Einheitsfront sei stark. Man müßte sich einig werden, was zu tun sei. “Wenn ein Generalstreik käme, wäre ja an Wahlen nicht zu denken”, und “wenn die Lawine ins Rollen komme”, müßte sie “in unsere Bahnen” geleitet werden. Leipart stellte die Frage, “welches Ziel wir bei einem Generalstreik stellen könnten”, und meinte, angesichts der hohen Arbeitslosigkeit würde die Begeisterung für einen solchen nicht sehr stark sein. – “Wenn wir als Ziel nur erklären könnten: Wir rufen zum Generalstreik auf, um wieder verfassungsmäßige Zustände zu schaffen, würde das wohl als Parole nicht ausreichend sein, und er frage sich, ob wir andere Parolen hätten... Ein Proteststreik, etwa auf Stunden beschränkt, hätte doch keinen Zweck. Er käme deshalb zu dem Ergebnis, daß wir doch noch zuwarten müßten, bis ein offener Ver-

4 Vgl. K. Schönhoven: Reformismus und Radikalismus, München 1989: 227. Breitscheid hier zit. nach: Ebenda: 227-229.



fassungsbruch vorliege... Jedenfalls aber müßten wir uns sehr überlegen, welche Verantwortung wir damit übernehmen.” Ende Februar, nach dem Reichstagsbrand, so Helga Grebing, konnte Leipart “sich Otto Wels gegenüber nicht entschließen, ‘auf den Knopf zu drücken’ und so – wie er es wohl richtig sah – das Signal zum Bürgerkrieg zu geben.”<sup>5</sup>

Über die Erfolgsaussichten eines damals von Kommunisten geforderten und von Teilen der sozialdemokratischen und Gewerkschaftsbasis zumindest erwarteten Generalstreiks als Antwort auf Hitlers Machtübernahme sind in der Literatur inzwischen berechnete Zweifel geäußert worden. Es müsse offen bleiben, so U. Borsdorf (1975), “wer als Sieger aus einem blutigen Bürgerkrieg hervorgegangen wäre”, oder “ob ein Generalstreik der Gewerkschaften in der gegebenen Lage, die ja durch hohe Arbeitslosenzahlen gekennzeichnet war, das Blatt hätte wenden können.”<sup>6</sup> Auch Detlev Brunner meinte (1992) zurecht, die Erfolgschancen eines Generalstreiks seien damals noch ungewisser als zum Zeitpunkt des “Preußenschlags” im Juli 1932 und die Aktionsbereitschaft der Arbeitermassen umstritten gewesen. “Auch war die Schaffung einer Einheitsfront von Sozialdemokraten und Kommunisten trotz der vorhandenen Einzelinitiativen angesichts der tiefen gegenseitigen Feindschaft der jeweiligen Parteiführungen und Funktionärsschichten letztlich wenig realistisch.”<sup>7</sup>

F. J. Furtwängler schrieb 1951 über die Situation im Februar 1933: “Wie sahen damals Leiparts Gewerkschaftsorganisationen aus? Eine politische und wirtschaftliche Krise, millionenfache Arbeitslosigkeit, reaktionäre Hugenbergpresse und betäubender Hitlerrummel hatten den Boden des Weimarstaates untergraben. Die neun Millionen freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter waren auf dreieinhalb zusammengeschmolzen. Die Arbeitslosen waren zur Reservetruppe der Naziformationen geworden... Leiparts Gewerkschaftsarmee war dezimiert, war im Kern zerstört, bevor sie einen Kampf hätte wagen können.”<sup>8</sup> Leipart selbst begründete im Manuskript “Die deutschen Gewerkschaften 1933” (1945) das Ausbleiben des Aufrufs zum Generalstreik ähnlich: Im Lande habe eine hohe Arbeitslosigkeit, bis zu 70-90 Prozent in einzelnen Gewerben, geherrscht, und die Nazis seien schon in lebenswichtige Betriebe (Elektrizitäts-, Wasserwerke u. a.) eingedrungen und beherrschten sie; außerdem hätten bürgerliche Kräfte und Unternehmer aufgrund nationalistischer Gefühle und aus Furcht vor der Arbeiterbewegung Hitler unterstützt; er beschrieb den nazistischen Terror gegen die Gewerkschaften – und beklagte das Schweigen der Justiz: “Und die Rechtsanwälte

5 (Protokoll der) Sitzung des Parteivorstandes in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaften, Bd. 4: 833-838; Helga Grebing: Gewerkschaftliches Verhalten in der politischen Krise der Jahre 1930-1933, in: GZ 1933 (Reprint), Anhang: 39 – unter Berufung auf Hans J. L. Adolph: Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894-1939, Berlin 1971: 252.

6 U. Borsdorf: Hans Böckler – Repräsentant eines Jahrhunderts gewerkschaftlicher Politik, in: Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung, Köln 1975: 44. Vgl. auch Helga Grebing: Gewerkschaftliches Verhalten..., a. a. O.: 38 ff.

7 D. Brunner: Bürokratie und Politik des ADGB 1918/1919 bis 1933, Köln 1992: 460.

8 F. J. Furtwängler: Männer, die ich sah und kannte, Hamburg 1951: 130.

und Richter, die über Gesetz und Recht im Lande wachen sollen, wo waren sie? Kein Wort mehr über diese deutsche Schmach!”

Letzteres bezog sich vermutlich nicht zuletzt auf seinen in jeder Hinsicht illusorischen Versuch, “Männer aus den gebildeten Schichten des Volkes” zu einer öffentlichen Kundgebung gegen Hitlers “ungeheuerer parteiische Schmähung und Verunglimpfung der deutschen Arbeiterschaft” zu animieren, indem er sich am 2. Februar an den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts in Dresden, v. Nostiz, wandte.<sup>9</sup>

Am 14. Februar hielt Leipart einen Vortrag in der Hochschule für Politik in Berlin über die Stellung der Gewerkschaften in Staat und Wirtschaft, in dem er (nach einem Bericht der GZ vom 16. Februar 1933) u. a. ausführte: “Es liegt die Gefahr sehr nahe, daß die begonnene Eingliederung der Arbeiter in den Staat (gemeint war der Weimarer “Volksstaat” – U. Pl.) wieder völlig zerstört wird. Die jüngsten offiziellen Reden (Hitlers) im Rundfunk und im Sportpalast lassen kaum noch Zweifel daran, daß die Kräfte, denen heute die Macht im Staate ausgeliefert ist, diese Absicht verfolgen. Diese Reden können nicht anders als eine Kampfansage an die organisierte Arbeiterschaft aufgefaßt werden. Es zwingt mich die Verantwortung vor der Zukunft zu sagen, daß dieser angedrohte Kampf, wenn er mit Gewaltmaßnahmen eingeleitet wird, nicht ohne allerschwersten Schaden vom deutschen Volk wird ertragen werden können. Es würde bei dem Freiheitswillen und der Entschlossenheit der deutschen Arbeiterschaft ein Kampf auf Tod und Leben werden, dessen furchtbare Folgen die jetzigen Machthaber im voraus abschrecken müßten.”

In einem Brief an Wilhelm Keil teilte Leipart mit, er habe es in dieser Rede “an nationaler Wärme nicht fehlen lassen”. Vermutlich stimmte sie inhaltlich weitgehend mit dem Aufsatz überein, der noch im Februar veröffentlicht wurde und in dem er die (auch schon in den zwanziger Jahren von ihm hervorgehobenen) “Leistungen der Gewerkschaften für Volk und Staat” bilanzierte und dabei verbal, wenn auch sparsam, “nationale” Akzente setzte, indem er mehrfach die Begriffe “Nation” und “national” benutzte. Gerhard Beier meint (nicht nur auf Leipart bezogen) wohl zurecht, es “wäre verfehlt, diese nationalen Töne eindimensional als platte Anbiederung zu verstehen”; es sei nicht zuletzt darum gegangen, “gegen die wüsten nationalistischen und rassistischen Entstellungen in der NS-Propaganda (den) eigenen Anspruch auf nationale Integrität zu behaupten”.<sup>10</sup>

Am 15. Februar wandten sich die Bundesvorstände des ADGB und des AfA an ihre Mitglieder mit einem Aufruf zur Reichstagswahl am 5. März. Ihm wohnte immer noch die seit dem 30. Januar gesetzte “Protestdiktion” inne. Gegen die Angrif-

9 Mit dem Rundschreiben Nr. 19 vom 10. Februar 1933, gez. Schlimme, wurde der Brief Leiparts als Anlage an die Verbände zur Kenntnisnahme übersandt. In seiner Antwort an Leipart schrieb v. Nostiz: Er verstehe Leiparts verletzte vaterländische Gefühle, sehe aber die Angelegenheit nicht so dramatisch und fühle sich im übrigen nicht in der Lage, eine öffentliche Protestkundgebung zu organisieren. SAPMO im BArch, NY 4402/Mappe 12.

10 G. Beier: Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933, Frankfurt/Main-Köln 1975: 26. Der von Leipart gezeichnete Appell des Bundesvorstandes an Hindenburg vom 10. März 1933 enthält keine “nationale Begrifflichkeit”, da ist in alter Leipartscher Art von “Volk” und dem “Volksganzen” die Rede.

fe auf die sozialistisch orientierte Arbeiterbewegung hieß es: "Ihr glaubt keine schwarz-weiß-roten Märchen über den Marxismus. Ihr wißt, was ihr der deutschen Arbeiterbewegung zu verdanken habt." Die Staatsgewalt dürfe nicht "jenen Mächten und politischen Gruppen ausgeliefert" werden, die ihre Willkür an Stelle des "rechtsschöpferischen Willens" setzen wollten. "Ihr wißt", hieß es "in welcher Front ihr diesen Freiheitskampf führt. Ihr wißt, wem Ihr Eure Stimme zu geben habt. Eure Entscheidung wird fallen für Volksherrschaft gegen Diktatur, für ein freies, sozialistisches Deutschland!" Unzweifelhaft ist, daß damals jeder Freigewerkschafter wußte, welche Front gemeint war – die Eiserne, und wem die Stimme zu geben war – der SPD. Eine "Distanzierung von der SPD" enthalten diese Sätze nicht. Ebenso wenig läßt sie sich für Leipart persönlich aus seinem Brief an W. Keil herauslesen, denn seine Sorge war schon immer "in erster Linie den Gewerkschaften gewidmet", und er hatte sich schon immer "parteiologisch... etwas zurückgehalten".

In der Bundesausschußsitzung am 28. Februar ging es um die politische Entwicklung in den letzten Wochen. "Die Aussprache ergab", heißt es in der protokollarischen Aufzeichnung, "volle Übereinstimmung über die vom Bundesvorstand in der letzten Zeit befolgte Politik." Der Reichstagsbrand vom Tag zuvor wurde mit "Abscheu und Entrüstung" zurückgewiesen: "Die Gewerkschaften nehmen die deutsche organisierte Arbeiterschaft entschieden in Schutz gegen den Verdacht, daß einer aus ihren Reihen zu den Anstiftern des Attentats gehörte. Sie erblicken in der Brandstiftung nicht nur einen Anschlag gegen den Sitz des Parlaments, sondern einen Angriff gegen den Parlamentarismus überhaupt." Die Gewerkschaften seien die treuesten Hüter der Demokratie und der parlamentarischen Ordnung und würden Terrorakte jeder Art verwerfen. Durch die Ereignisse seien hohe Anforderungen an die "erprobte Disziplin" der Arbeiterschaft gestellt, aber die deutschen Arbeiter würden "auch unter den heutigen schweren Verhältnissen kühles Blut bewahren und sich nicht von ihrem rechtmäßigen Kampf gegen alle Gefahren für die verfassungsmäßigen Freiheiten abdrängen lassen". Auch diese Erklärung enthält weder Anpassung an die Nazis noch Distanz zur SPD.<sup>11</sup>

März: Nach der Reichstagswahl:

Unter wütendem Nazi-Terror Anpassungsschritte als Rettungsversuche

Dem vermeintlichen "Abrücken von der SPD entsprach", so V. Ullrich, "eine schrittweise Annäherung an die NSDAP": Seit Anfang März sei die "Öffnung (frei)gewerkschaftlicher Politik nach rechts ... zur strategischen Leitmaxime" geworden. Diese verleumderische These hält den Tatsachen nicht stand.

Zunächst: Die Situation im Lande war von zunehmendem SA-Terror gekennzeichnet. Hermann Schlimme schrieb 1945: "Bereits vor der Wahl Anfang März 1933 wurden in zahlreichen Orten Deutschlands die Gewerkschaftshäuser und -büros von der SA und ihrem Anhang gestürmt, Mobiliar auf die Straße geworfen und die Bü-

11 Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaften, Bd. 4, Dok. 181.

ros geplündert. In Braunschweig führte die SA Gewerkschaftsfunktionäre zu den Richtigkeiten, prügelte einzelne zu Tode, und ein Angestellter des Eisenbahnverbandes wurde aus dem 3. Stock des Hauses heruntergeworfen. Alle beim Bundesvorstand des ADGB einlaufenden Meldungen über Terrorakte, die teilweise durch fotografische Aufnahmen belegt waren, sind dem Reichsjustizminister und anderen Mitgliedern der Reichsregierung zugeleitet worden mit dem dringenden Ersuchen, sich für Recht und Gesetz einzusetzen. Zahlreiche Besuche der Kollegen Graßmann und Eggert (beide verstorben) bei dem stellvertretenden Reichskanzler von Papen und anderen Mitgliedern der Reichsregierung brachten keine Änderung.“<sup>12</sup> Seit Anfang März – nach den Reichstagswahlen vom 5. März – wurde der Terror der SA gegen die Gewerkschaften noch verstärkt.

Die führenden ADGB-Gewerkschafter hofften zu jener Zeit noch auf das baldige Abwirtschaften der Nazis und glaubten wohl auch noch im März und bis Anfang April, daß Hindenburg als Reichspräsident die verfassungsmäßigen Rechte der Gewerkschaften schützen würde. Am 10. März wandte sich der Bundesvorstand des ADGB unter Verweis auf Terrorakte gegen politisch Andersdenkende und die Zerstörung des Eigentums der Gewerkschaften mit einem Appell an Hindenburg, “der Rechtsunsicherheit Halt zu gebieten, die in zahlreichen deutschen Städten Leben und Eigentum der deutschen Arbeiterschaft bedroht”. Hermann Schlimme schrieb in gleicher Angelegenheit im Namen des Bundesvorstandes am 15. März an Reichsinnenminister Frick und am 5. April wieder an Hindenburg. In diesem letzten Brief wurden mit Datum und Ortsangabe Namen von Betroffenen, die Opfer der Terrorakte der SA wurden, mitgeteilt: Bis zum 3. April waren in 58 Orten Gewerkschaftshäuser besetzt und geplündert worden, u. a. in Aachen, Bautzen, Breslau, Dresden, Frankfurt a.M., Görlitz, Hannover, Leipzig, Meißen, Plauen, Zwickau.<sup>13</sup>

Parallel zu diesen, immer noch auf “Verfassung und Recht” gestützten, Appellen erfolgt – im Gefolge der “durch die Reichstagswahl geschaffenen Veränderungen des Staatsgefüges” (das NB!) – die Wende des ADGB zur Anpassung an die neuen Gegebenheiten. Dafür steht die Erklärung seines Vorstands vom 21. März. Im Auftrag des Bundesvorstands übersandte Leipart die Erklärung am gleichen Tag mit einem Anschreiben an Hitler. H. Schlimme dazu 1945: “Nachdem alle Möglichkeiten aktiveren Vorgehens verloren waren, kam man angesichts der antidemokratischen Einstellung der Mehrzahl der deutschen Wähler nur zu dem Entschluß, in einer Erklärung an Hitler die Aufrechterhaltung der Demokratie zu fordern.”<sup>14</sup>

Die traditionellen Vorstellungen von der Selbständigkeit der Gewerkschaften als Tarifpartner bei der Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen verbinden sich hier

12 SAPMO im BArch, Nachlaß H. Schlimme NY 4416/71: Material über Vorgänge, die zur Machtergreifung Hitlers im Januar 1933 führten, undatiert (1945): 5.

13 Der Brief ist dokumentiert von G. Beier in: Das Lehrstück...: 51-63.

14 SAPMO im BArch, NY 4416/71. V. Ullrich stellt das in einer Tatsachen verdrehenden Weise als eine persönliche Anbiederungsaktion Leiparts gegenüber Hitler als Reichskanzler dar, und spricht von “Leiparts (!) Unterwerfungsadresse vom 21. März”: 250, 251.

mit dem Versuch, den Platz der Gewerkschaften *in* dem nunmehr manifesten “neuen Staat” neu zu bestimmen. In der Erklärung heißt es noch: Die Gewerkschaften seien ein unerläßlicher Bestandteil der sozialen Ordnung und die Tarifgemeinschaften ein Beweis dafür, daß sie von dem Willen geleitet seien, die Vertretung der Arbeiterinteressen in freier Vereinbarung mit den Unternehmern wahrzunehmen. “Eine wahre Gewerkschaft kann sich aber nur auf freiwilligen Zusammenschluß der Mitglieder gründen, sie muß von den Unternehmern und ebenso von politischen Parteien unabhängig sein.” Und zugleich wird (unter Verweis auf die schon vor 1933 erfolgte “Anerkennung und Inanspruchnahme des staatlichen Schlichtungswesens” durch die Gewerkschaften, womit sie gezeigt hätten, daß “sie das Recht des Staates anerkennen, in die Auseinandersetzung zwischen organisierter Arbeiterschaft und Unternehmertum einzugreifen, wenn das Allgemeininteresse das erforderlich macht”) die Bereitschaft ausgesprochen, eine “staatliche Aufsicht” über die “Gemeinschaftsarbeit der freien Organisationen der Wirtschaft” (der Gewerkschaften und der Unternehmer) zu akzeptieren und “auf die Politik des Staates unmittelbar” nicht einwirken zu wollen. Das kann in der Tat als ein Signal für die Bereitschaft des ADGB (seiner gesamten Führungsorgane und wohl des absolut überwiegenden Teils seiner Führungskräfte, nicht etwa Leiparts allein) gewertet werden, “loyal im Rahmen der neuen Ordnung mitzuarbeiten”.<sup>15</sup>

Aber gerade gegen die Einmischung des Staates in die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit hatte sich Leipart immer gewandt und sich für das Einwirken der Gewerkschaften auf den Staat ausgesprochen! Es muß deshalb angenommen werden, daß die “Bereitschaftserklärung” vom 21. März und ihr konkreter Inhalt nicht in erster Linie Leiparts Initiative entsprungen, sondern eher das Werk der “Jungen” im Bundesvorstand waren. Diese vertraten zu jener Zeit in der “Gewerkschafts-Zeitung” auch sonst Positionen, die in der Tat eine Unterwerfung unter die Nazi-Ideologie bedeuteten<sup>16</sup>, und sie agierten ja schon vorher im Sinne der Einordnung der Gewerkschaften in den autoritären Staat der beginnenden dreißiger Jahre. D. Brunner, der sich mit der Materie eingehend befaßt hat, schreibt definitiv: Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler nahmen “die im Bundesbüro angestellten jüngeren Funktionäre ... in dieser Zeit eine herausragende Rolle ein. Sie lieferten die definitorischen und ideologischen Grundlagen über den Charakter und die Aufgaben der Gewerkschaften, auf die der ADGB nun aufbaute. In den ADGB-Organen standen sie publizistisch im Vordergrund.”<sup>17</sup> Furt-

15 V. Ullrich: *Anpassung...*: 251. Ähnlich Dieter Groh/Peter Brandt in: “Vaterlandslose Gesellen”. Sozialdemokratie und Nation 1860-1990, München 1992: 206/207.

16 Vgl. dazu Peter Scherer: “Um Ideologien unbekümmert”. Gewerkschaften im April 1933, in: *Sozialismus*, Hamburg, H. 3, 1996. Unter den konkreten Bedingungen im März/April mußten die Aufsätze als Unterwerfung wirken, unabhängig davon, daß “nationale” Inhalte von Erdmann, Furtwängler, Pahl u. a. auch schon früher prononciert vertreten wurden.

17 D. Brunner: *Bürokratie...*: 456. Vgl. H. Skrzypczak – hier nach D. Brunner: 458, widergegeben – über Initiativen Furtwänglers in der hier behandelten Zeit: Dieser habe ungewollt zur Desorientierung der ADGB-Führung im März/April 1933 beigetragen; er sei von einem Fortbestand der Gewerkschaften unter

wängler – einer der “Jungen” – schrieb später (1951) als Mitarbeiter Leiparts und Zeitzeuge: “Zu Unrecht hat man Theodor Leipart ... die Verantwortung für ein ‘Versagen der Gewerkschaften im Jahre 1933’ beimesen wollen.” Ähnlich hatte sich nach Leiparts Tod Fritz Tarnow, auch ein Mitstreiter und Zeitzeuge, geäußert: Leiparts Name sei nur noch mit dem 1. Mai 1933 verbunden worden, und “großzügig übergang man, daß der ‘Leipart-Kurs’ tatsächlich von der ganzen Gewerkschaftsführung (inclusive der Bezirkssekretäre) mitgetragen worden war.”<sup>18</sup>

Um “ihre Bereitschaft, ... loyal im Rahmen der neuen Ordnung mitzuarbeiten”, “glaubhaft zu demonstrieren”, schreibt V. Ullrich, wurde (von der Führung des ADGB; im Satz davor ist von der Anbiederung Leiparts bei Hitler die Rede) “ein erstes personelles Opfer gebracht: Am 28. März trat Siegfried Aufhäuser, der als linker Sozialdemokrat und Jude besonderen Angriffen ausgesetzt war, von seinem Amt als Vorsitzender der gewerkschaftlichen Angestelltenorganisation, des AfA-Bundes, zurück.”<sup>19</sup> Auch das wurde in der Literatur Leipart persönlich angelastet. Helga Grebing schrieb 1983: Siegfried Aufhäuser war “zurückgetreten, woran ihn Leipart nicht gehindert hatte, weil (!) nun der Weg ‘endlich frei schien für eine saubere Sonderlösung der Gewerkschaftsfrage’ – so überliefert bei Beier, Lehrstück...” Bei Gerhard Beier heißt es aber: “... bot Aufhäuser Ende März seinen Rücktritt an. Leipart hinderte ihn nicht. Nun schien der Weg endlich frei, für eine ‘saubere Sonderlösung’ der Gewerkschaftsfrage.”<sup>20</sup> Zeitzeuge Fritz Tarnow beschrieb 1949 diesen Vorgang so: “Es war einige Wochen vor dem 2. Mai – die letzten Illusionen über das, was kommen würde, waren schon verblaßt –, als Leipart in der Bundesvorstandssitzung über die Unterredung mit einem führenden Gewerkschafter des AfA-Bundes berichtete, der ihn davon in Kenntnis gesetzt habe, daß er von seiner Stellung zurückgetreten sei. Leipart schloß mit der Frage an den Bundesvorstand, ob etwa der Wunsch nach einer Aussprache darüber bestünde, ob es auch für uns ratsam sei, eine solche Konsequenz zu ziehen. Noch bevor jemand anders sich dazu äußern konnte, erklärte Leipart: “Ich bin der Meinung, daß der Kapitän nur als letzter das sinkende Schiff verlassen darf.”<sup>21</sup>

NSBO-Führung ausgegangen. G. Beier über L. Erdmann: Er hatte “als engster Mitarbeiter Leiparts die Politik der Anpassung 1933 mit konzipiert”. In: Die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften 1933-1945, Köln 1981: 80.

- 18 F. J. Furtwängler: Männer..., a. a. O.: 130; F. Tarnow: Der ADGB-Aufruf zum 1. Mai 1933, in: Rundbrief Nr. 7 der Landesvertretung der deutschen Gewerkschaften (in Schweden), Juni 1943, hier zit. nach J. Eichler: Theodor Leipart, in: HolzarbeiterBuch, Köln 1993: 89.
- 19 V. Ullrich: Anpassung...: 251.
- 20 H. Grebing: Gewerkschaftliches Verhalten...: 41; G. Beier: Das Lehrstück...: 31. – Es war also G. Beiers – nicht Leiparts – Wertung des Vorgangs.
- 21 Fritz Tarnow: Zum Gedächtnis Theodor Leiparts. Unveröffentlichtes maschinenschriftliches Manuskript, in: AsD der FES, Bonn, Nachlaß F. Tarnow.

April: "Wir müssen es ablehnen, Verräter an unserer Sache zu sein, denn es ist unser Lebenswerk."

Am 5. April tagte wiederum der ADGB-Bundesausschuß und beriet über Lage und Aufgaben der Gewerkschaften. Leipart sprach einleitend, heißt es im kurzen Bericht der GZ vom 15. April 1933, über die Entwicklung der letzten Wochen und die Maßnahmen des Bundesvorstandes; es bestünde noch keine Klarheit über die künftige Rolle der Gewerkschaften, und er erinnerte an die Erklärung vom 21. März, in der der Bundesvorstand den Regierungsstellen zu erkennen gegeben habe, "daß er nur eine Richtschnur seines Handelns kennt, die wirtschaftlichen und sozialen Interessen des arbeitenden Volkes zu fördern". Er ging auf den Terror gegenüber den Gewerkschaften ein und verwies auf die Appelle "an die zuständigen Stellen". Im GZ-Bericht folgt ein "national" gehaltener Absatz über den "Wert (der) nationalen Erziehungsarbeit" der Gewerkschaften "für die innere Geschlossenheit der Nation". Eine Entschließung wurde hier, dem Bericht nach, nicht angenommen, aber ein Entschließungsentwurf vom 4. April ist – mit dem Diktatzeichen Leiparts – im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (Nachlaß L. Erdmann) überliefert. Während der erste Teil der von der GZ widergegebenen Ausführungen Leiparts mit diesem Entwurf – weitgehend wörtlich – übereinstimmt, fehlt darin der zweite – "national getönte" – Teil. Dafür heißt es: Die bisherige Haltung des ADGB "in allen nationalen und wirtschaftlichen Fragen" habe ihn "legitimiert, von jeder Regierung zu erwarten, daß die berechtigten Wünsche nach Selbstverwaltung im Rahmen staatlicher und gesetzlicher Funktionen gewahrt bleiben". Die Mitglieder wurden aufgefordert, "stärker denn je unbedingte Treue und Disziplin" zu halten. – "Der Agitation anderer Verbände und Gruppen setzen wir unsere Werbekraft entgegen." Eine "Selbstaufgabe" des ADGB ist diesen Worten nicht abzulesen, eher die Illusion (oder Hoffnung?), die Selbständigkeit der Gewerkschaften im "neuen Staat" aufrechterhalten zu können.

In der Diskussion ging es aber, dem Bericht der GZ zufolge, auch schon um "eine Vereinheitlichung des deutschen Gewerkschaftswesens", woran der ADGB bereitwillig mitwirken würde, da "er selbst schon in früherer Zeit wie auch in den letzten Jahren dahingehende Bestrebungen unterstützt und selbst angeregt" hätte, – ein Echo auf die inzwischen einsetzenden, von Anton Erkelenz am 1. April ausgegangenen und beim ADGB von Wilhelm Leuschner vorangetriebenen Bemühungen.<sup>22</sup> Zum Schluß heißt es im Bericht: "Der Bundesausschuß sprach dem Bundesvorstand einmütig das Vertrauen aus und beauftragte ihn, seine Bemühungen fortzusetzen, das Lebensrecht der Gewerkschaften auch in dem neuen Staat zu wahren, weil es im Interesse der Arbeiterschaft und des ganzen Volkes eine soziale Notwendigkeit ist."

Die These von der "Selbstaufgabe", auch und gerade auf Leipart persönlich bezogen, stützt V. Ullrich, indem er auf die Besprechung der ADGB-Repräsentanten – Th. Leipart, W. Eggert, P. Graßmann und W. Leuschner – mit Vertretern der Nazi-Be-

22 Vgl. G. Beier: Das Lehrstück...: 78f.

triebsorganisationen (NSBO) am 13. April 1933 verweist und schreibt: "Noch am 13. April verhandelten NSBO und ADGB über eine künftige gemeinsame Organisationsform." Das ist, höflich ausgedrückt, die glatte Unwahrheit. Die zeitgenössische Protokollnotiz über diese Besprechung, auf die sich Ullrich bezieht, liegt vor und ist nachzulesen:

Leipart blieb in seinem Verhalten gegenüber den Nazis konsequent ablehnend und war nicht bereit, freiwillig vom Vorsitz des ADGB zurückzutreten. In dem Manuskript über die Vorgänge vom Frühjahr 1933 berichtete er: Die Nazibonzen meinten, die Gewerkschaften müßten aufrechterhalten werden, aber es seien personelle Veränderungen nötig – ein Nazi sollte die Leitung des Bundes übernehmen und Leipart dafür freiwillig den Platz räumen. – "Ich selber hätte lange genug gearbeitet und dafür jetzt den Ruhestand mit einer angemessenen Pension wohl verdient." Laut erwähnter Protokollnotiz vom 13. April über diese Besprechung sagte Leipart den NSBO-Leuten: "Sie wissen, daß wir alle Sozialdemokraten sind, die ein Leben lang gekämpft und gelitten haben. Wir stehen zu unseren seitherigen Auffassungen. Ihre Partei hat in der letzten Zeit ehrliche Kämpfer aus unseren Reihen öffentlich herabgewürdigt und diffamiert... Sorgen Sie dafür, daß nun endlich die zahlreichen Überfälle auf unsere Mitglieder unterbleiben, die drangsaliert, mißhandelt zu Tode geprügelt werden... Sie haben unser Eigentum zerstört. Noch heute sind 43 Gewerkschaftshäuser besetzt und damit die Gewerkschaften an der Ausübung ihrer sozialpolitischen Arbeit gehindert. Sie haben die Absicht, nun auch noch die Gewerkschaften zu zerschlagen. (...) Wenn Adolf Hitler seine erste Rede an das deutsche Volk nach der Regierungsübernahme als Reichskanzler und nicht als Parteimann gehalten hätte und wenn die nationalsozialistischen Minister, besonders Herr Göring, weniger zur Gewalt aufgefordert hätten, dann hätten die Gewerkschaften auch zu dieser Regierung wie zu jeder vorausgegangenen Regierung gestanden. Wir müssen es ablehnen, Verräter an unserer Sache zu sein, denn es ist unser Lebenswerk..." Leuschner erklärte zum Schluß: "An Ihrem Vorschlag interessiert uns die Einheitsgewerkschaft und Ihre Erklärung, die Gewerkschaften nicht zerschlagen zu wollen. Ob daraus etwas wird, hängt davon ab, ob Sie großzügig sein werden. Jede Unduldsamkeit und jeder Zwang müßte(n) das Gegenteil erreichen." Die Verhandlung wurde ohne Ergebnis abgebrochen.

Von einer "Selbstaufgabe" am 13. April 1933 kann keine Rede sein!

Als einziger Autor würdigte Henryk Skrzypczak Leiparts Verhalten an diesem Tag: "Wenn Leipart, der wegen seines Alters ohnehin vor der Ablösung stand, einen bequemen Ausweg für sich selbst gesucht haben würde, brauchte er diese Brücke (die ihm Brucker im Gespräch gebaut hatte – U. Pl.) nur zu betreten. Doch wie er, zwar ein geschlagener, aber kein gebrochener General, sich vorher zum Ankläger aufgeschwungen und erklärt hatte: 'Wir müssen es ablehnen, Verräter an unserer Sache zu sein, denn es ist unser Lebenswerk', so attackierte er die Gegenseite jetzt mit herausfordernden Fragen..." – "Zum Lavieren im Interesse der Verbände war Leipart immer



bereit, nicht aber zu ihrer Auslieferung und nicht einmal zu ihrer Kapitulation, selbst unter persönlich 'ehrenhaften' Bedingungen."<sup>23</sup> G. Beier schreibt zum Ergebnis dieser Besprechung: "Offenbar hatten Leipart und Leuschner sich nicht kompromißbereit genug gezeigt. In einer Führerkonferenz der NSDAP in den folgenden Ostertagen kam es zur definitiven Entscheidung über das Schicksal der Gewerkschaften... Der Reichsorganisationsleiter, Ley, wurde beauftragt, die Freien Gewerkschaften zu zerschlagen."<sup>24</sup>

Als Zeitzeuge schrieb Fritz Tarnow in dem schon mehrfach zitierten Aufsatz "Theodor Leipart zum Gedächtnis": "Die letzten dramatischen Wochen und Monate vor dem 2. Mai 1933 und die Rolle Leiparts in dieser Zeit schildern zu wollen, würde bei weitem den Raum überschreiten, der hier zur Verfügung steht. Seit dem Papen-Putsch waren die größten Anstrengungen gemacht worden, um für einen Wiederholungsfall besser zum Widerstande gerüstet zu sein. Das Ergebnis aller Bemühungen, ehrlich eingeschätzt, war aber nichts anderes als die immer sicherere Erkenntnis, daß die Widerstandskraft der organisierten Arbeiterbewegung durch die Massenarbeitslosigkeit der ökonomischen Krise gebrochen war. Niemand litt unter der Hoffnungslosigkeit gegenüber der heranrollenden nazistischen Lawine mehr als Leipart, denn ihm ging gänzlich die Fähigkeit ab, in die Illusion flüchten zu können, wo der Verstand einen Ausweg nicht mehr sieht. Nur wem die Persönlichkeit Leiparts völlig fremd geblieben ist, könnte dem Gedanken Raum geben, daß er auch nur einen Augenblick mit der Idee gespielt haben könne, sich 'gleichzuschalten'."

Am 22. April veröffentlichte die GZ den Aufruf des Bundesvorstands vom 15. April zum 1. Mai. Er stellte eine Mischung dar zwischen dem "alten" freigewerkschaftlichen 1.-Mai-Gedanken, der verbunden war mit dem Kampf um den gesetzlichen Achtstundentag und "das Recht auf menschenwürdige Existenz", und dem "neuen Ideengut", in dem statt Solidarität vom "hohen Gedanken der gegenseitigen Hilfe durch Erziehung zu Standesbewußtsein, Gemeinschaftswillen und Kameradschaftsgeist" die Rede war. In derselben Ausgabe der GZ wurde – unmittelbar nach dem Aufruf – der Beschluß des Bundesausschusses vom 19. April abgedruckt, der die Gewerkschaftsmitglieder aufforderte, "sich allerorts an der von der Regierung veranlaßten Feier festlich zu beteiligen"; von der Regierung wurde erwartet, sie möge angesichts der Notlage der Arbeitslosen baldigst die 40-Stundenwoche einführen.

Den Beschluß vom 19. April erklärte Leipart 1945 mit der Sorge, die freien Gewerkschafter würden im Falle der Nichtteilnahme verstärkten Terrorangriffen der Nazis ausgesetzt sein. Er schrieb: "Die Gewerkschaften hatten wie alljährlich die Arbeiterschaft zur Mai-Feier aufgerufen. Von der Hitler-Regierung war der 1. Mai zum gesetzlichen Volksfeiertag gemacht worden. Es wurden große Massenversammlungen von den Nazis vorbereitet, zu denen die Belegschaften der Betriebe geschlossen hingeführt werden sollten. Ohne Zweifel hatten alle diejenigen, die an diesen Veranstal-

23 H. Skrzypczak: Zur Strategie der Freien Gewerkschaften in der Weimarer Republik, in: Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung, a. a. O.: 227.

24 G. Beier: Das Lehrstück...: 35.

tungen nicht teilnehmen würden, Maßregelungen und andere Nachteile zu befürchten. Hatte doch allein der Vorwurf staatsfeindlicher Gesinnung bisher schon genügt, Tausende ins Gefängnis zu bringen. Deshalb wurde auf Beschluß des Bundesausschusses den Gewerkschaftsmitgliedern, um sie vor verhütbarem Schaden zu bewahren, in einem neuen Aufruf angeraten, gleichfalls die offiziellen Veranstaltungen zu besuchen, sich also nicht von ihren Arbeitskameraden abzusondern. Über die Befolgung dieses Aufrufs und den sonstigen Verlauf des Tages sind mir Berichte nicht mehr bekannt geworden." Archivalische Aktenstücke bestätigen, daß die Sorge nicht unbegründet war.<sup>25</sup>

Hermann Schlimme erklärte den Beschluß des Bundesausschusses später ähnlich: Vorstand und Ausschuß des ADGB "beschlossen, an der staatlichen Maifeier teilzunehmen, weil zu erwarten war, daß die Beteiligten an einer gewerkschaftlichen Sonderfeier wohl restlos auf lange Zeit arbeitslos gemacht werden würden. Angesichts der ungeheueren Arbeitslosigkeit, die allein im Baugewerbe mehr als 80 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder betrug, ist dieser Beschluß durch den Bundesausschuß mit Mehrheit gefaßt worden."<sup>26</sup> An anderer Stelle schrieb H. Schlimme noch: "Die Gewerkschaften standen vor der Frage, ob sie durch selbständige Feiern den Kampf gegen die demokratisch gewählte Reichsregierung aufnehmen sollten. Die Furcht der noch in Arbeit Stehenden vor der Entlassung und dem Arbeitsloswerden auf lange Sicht zerstörte vielmehr bereits den letzten Rest von Solidaritätsgefühl und Kameradschaftsgeist. Diese Erkenntnis der völligen Zerrissenheit – auch in der Arbeiterschaft – verhinderte einen allgemeinen Aufruf zur selbständigen Maifeier."<sup>27</sup>

Die Frage muß offen bleiben (und kann nur aus heutiger, nachträglicher Sicht der damals selbst nicht Beteiligten gestellt werden), ob es, schon um der moralischen Selbstbehauptung willen, nicht besser gewesen wäre, unter den gegebenen Umständen (Terror im Lande, hohe Arbeitslosigkeit – und Erklärung des 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag) auf den 1.-Mai-Aufruf vom 15. April ebenso wie auf den Beschluß von 19. April zu verzichten.

Die von V. Ullrich behauptete "freiwillige (!) Selbst(!)gleichschaltung der Gewerkschaften" in den Monaten März/April habe, so schreibt er, ihren Abschluß gefunden in der Vereinbarung des am 28. April gebildeten Führerkreises der vereinigten (drei Richtungs-) Gewerkschaften vom 28. April 1933. Das ist wohl zu einfach gesagt, zumal

25 Vgl. Rundschreiben Nr. 15 des 11. Bezirks des ADGB (Nordeutschland) vom 25. April 1933: "Einige uns bekannt gewordene Anordnungen lassen erkennen, daß sich für die Kollegen Unannehmlichkeiten ergeben, die bei Aufforderung durch die von den Behörden eingesetzten bzw. benannten Stellen eine Beteiligung an der Mai-Feier ablehnen." Eigene Aufmärsche der freien Gewerkschaften kamen für staatliche Stellen "nicht in Frage", es durften nur geschlossene Betriebsaufmärsche sein. AsD/DGB-Archiv, ADGB-Mappe 52.

26 "Er wird noch heute", schrieb Schlimme weiter, damals vermutlich mit Blick auf die Kommunisten, "nicht nur als schlimmster Verrat, sondern auch als Kapitulation vor Hitler bezeichnet." H. Schlimme: Zum Bericht an den Kollegen Zimmermann über die Vorgänge während der Hitler-Periode 1933-1945, Manuskript (1945), in: SAPMO im BArch, NY 4416/71.

27 SAPMO im BArch, NY 4416/71, Material...: 5.

heute, da kein blutiger Terror und Zwang von der "deutschen Art" des Jahres 1933 ff. die Wirklichkeit beherrschen. G. Beier hat die kurze Geschichte dieses Kreises schon 1975 differenzierter nachgezeichnet. Als Ziel war in der Vereinbarung die "Umformung und Vereinheitlichung" der Gewerkschaften zur Förderung eines "gesunden Staates und Volkes" angegeben, die "klassenmäßige Trennung" und "volksabgewandte Internationalität" verworfen worden.<sup>28</sup> Das Dokument orientierte in der Tat darauf, daß die Gewerkschaften sich in den "neuen Staat" einordnen und "positiv" an ihm mitarbeiten – als Einheitsgewerkschaft sollten sie dem "neuen Staat" am besten dienen können. Der Text, so G. Beier, kennzeichnet die Schlußphase der Anpassung. – "Er wurde später zum Ausgangspunkt gemeinsamen Widerstandes von Vertretern der früheren Richtungsgewerkschaften."<sup>29</sup> Die Vereinbarung unterzeichneten am 28. April für den ADGB Th. Leipart, P. Graßmann, W. Leuschner und F. Spliedt, für die Christlichen Gewerkschaften u. a. J. Kaiser. Sie wurde nicht mehr veröffentlicht, denn schon vier Tage später wurden alle Gewerkschaften zerschlagen und viele ihrer Führer verhaftet...

War diese Anpassung einem "Leipart-Kurs" geschuldet? War es Leipart, der den Kurs inhaltlich bestimmte?

Zunächst einmal: Es war der Kurs der gesamten ADGB-Führung, des Bundesvorstandes, W. Leuschner und H. Schlimme (an anderen Orten H. Böckler und W. Richter) eingeschlossen, wie auch des Bundesausschusses, der die Einzelverbände vertrat. Das weisen alle Dokumente vom Februar-April 1933 aus. Ihr Haupt Gesichtspunkt war, einen Bürgerkrieg zu vermeiden, – ein Generalstreik hätte unter den gegebenen Umständen Bürgerkrieg bedeutet oder wäre gleich im Blut erstickt worden, wie der Nazi-Terror schon im Februar und dann besonders im März gezeigt hatte. Eine Chance zur geschlossenen außerparlamentarischen Aktion bestand eventuell noch im Februar, aber sie wurde nicht zuletzt durch den Krieg in der sozialistisch orientierten Arbeiterbewegung verhindert. Irritierend wirkte auf die deutschen antifaschistischen Kräfte die völlige Passivität des Auslandes gegenüber Hitlers Machtübernahme.<sup>30</sup>

Der "nationale", schon weitgehend nationalistische Kurs wurde im ADGB nicht von Leipart, sondern von den "Jungen" um L. Erdmann, F. J. Furtwängler, W. Pahl u. a. gefahren. Das wurde besonders eingehend von D. Brunner nachgewiesen und von P. Scherer (vgl. Anm. 16) ergänzt.

28 Vgl. G. Beier: Zur Entstehung des Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften Ende April 1933, in: Archiv für Sozialgeschichte XV, 1975: 365-392.

29 G. Beier: Das Lehrstück...: 81.

30 Vgl. Manuskripte im Nachlaß von Hermann Schlimme und von Walter Maschke über vorbereitende Maßnahmen im Vorfeld des 20. Juli 1944. In den Manuskripten wird, auf die Situation 1933 und danach eingehend, auf die Passivität des Auslandes verwiesen: Das Ausbleiben einer Reaktion auf die Besetzung des Rheinlandes und "die Teilnahme sämtlicher fremder Nationen an der Olympiade in Berlin" hätten den Beweis gegeben, daß Hitler vom Ausland offenkundig toleriert worden sei. (Vgl. SAPMO im BArch, NY 4416/71: Nachlaß H. Schlimme, Manuskript "Vorbereitungen zum 20. Juli 1944. Der Versuch einer deutschen Revolution".)

Folgt man den Auskünften Gerhard Beiers über Wilhelm Leuschners Tätigkeit als stellvertretender Vorsitzender des ADGB im März/April 1933, so muß der ADGB-Kurs jener Wochen der "Leuschner-Kurs" genannt werden.

Leuschner (geb. 1890) war im November 1932 in den Bundesvorstand kooptiert und zum stellvertretenden Vorsitzenden bestimmt worden: "Der gesundheitlich ... angeschlagene Leipart (Jahrgang 1867) benötigte unbedingt eine junge dynamische Stütze, möglichst einen Mann (!) mit Sprachkenntnissen in Englisch und Französisch... Leuschner galt als Hoffnungsträger für die Erneuerung der Gewerkschaften. Leipart hatte das Pensionsalter erreicht. Er kannte den jungen Leuschner schon aus dem Holzarbeiterverband und hatte ihn selber als potentiellen Nachfolger ausersehen. Praktisch bildeten Leuschner und der zweite Stellvertreter, Hermann Schlimme (Jahrgang 1882), ab November 1932 das Führungsduo im Bundesvorstand des ADGB."<sup>31</sup> Seit März war Leuschner aktiv im Bundesvorstand tätig (Leipart war krank).<sup>32</sup> Ab März (bis dahin war er noch hessischer Innenminister) nahm W. Leuschner an den Beratungen des Bundesvorstandes teil und war intensiv für diesen, im April auch und besonders für die Zusammenführung der drei Richtungsgewerkschaften, tätig. An der Beratung mit Vertretern der NSBO am 13. April hatte er teilgenommen. "Zu diesem Zeitpunkt", schreibt Hans Mommsen, "war Leuschner noch bereit, den Gedanken einer staatlich sanktionierten Einheitsgewerkschaft zu prüfen, allerdings unter der Bedingung, daß die sich häufenden Übergriffe gegen freie und christliche Gewerkschafter und die Besetzung von Gewerkschaftshäusern wie die Beschlagnahme von Gewerkschaftseigentum sofort unterbunden würden."<sup>33</sup> Das war der – von Leipart mitgetragene – "Leuschner-Kurs". "Sein (Leuschners) klar definiertes Ziel", so G. Beier, "war die Schaffung der gewerkschaftlichen Einheit, sei es mit oder gegen die Nationalsozialisten".<sup>34</sup> Insofern war er ganz sicher am 1.-Mai-Aufruf und dem Beschluß vom 19. April mitbeteiligt; bei den Fusionsverhandlungen, die zur Vereinbarung des "Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften" vom 28. April 1933 führten, hatte "Leuschner die Verhandlungsführung (übernommen)".<sup>35</sup>

Es braucht also nicht "nachträglich überraschen, daß Wilhelm Leuschner die bis Anfang Mai 1933 verfolgte Politik der Anpassung der Freien Gewerkschaften an die veränderten Kräfteverhältnisse jedenfalls nicht nach außen hin bekämpft hat"<sup>36</sup> – er

31 G. Beier: Wilhelm Leuschners Widerstand gegen Hitler und sein Konzept für eine neue Gewerkschaftsbewegung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 10, 1994: 640. H. Schlimme wurde auf dem Kongreß des ADGB 1931 zu einem der Sekretäre des Bundesvorstands gewählt.

32 Vgl. G. Beier: Wilhelm Leuschners Widerstand...: 640. Ders.: Willi Richter. Ein Leben für die soziale Neuordnung, Köln 1978: 100 ff.

33 Hans Mommsen: Die deutschen Gewerkschaften zwischen Anpassung und Widerstand 1930-1944, in: Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung, a.a.O.: 278. Letztere Forderungen hatte in der Besprechung am 13. April Leipart vorgetragen.

34 G. Beier: Willi Richter...: 105/106.

35 G. Beier: Wilhelm Leuschners Widerstand...: 639.

36 H. Mommsen: Die deutschen Gewerkschaften...: 278.

hat diese Politik konzipiert und getragen, es war "sein Kurs". Mommsen ist zu folgen, wenn er weiter schreibt, Leuschner hielt es "für geboten, die allerdings äußerst geringen Chancen, den organisatorischen Fortbestand der Gewerkschaftsapparate durch Konzessionen an das neue Regime zu gewährleisten, zumal zunächst allgemein die Auffassung überwog, daß sich Hitler nach wenigen Monaten politisch abnutzen und dann eine offene politische Situation eintreffen werde, in der die Gewerkschaften ihr machtpolitisches Gewicht würden einsetzen können."

Etwas anderes kann auch Leipart nicht gewollt haben. Er war mit Leuschner befreundet, er hatte ihn als seinen Nachfolger gesehen, sie haben in den Monaten März/April Seite an Seite gestanden.

Nach dem 2. Mai 1933 riet Wilhelm Leuschner dem ADGB-Funktionär Karl Debus, der nunmehr DAF-Funktionär wurde, auf die Frage "Was tun?" – "Ruhig bleiben – über kurz oder lang bricht das Nazi-Regime zusammen." Leuschners taktische Linie 1933 und danach sei es gewesen, in den gleichgeschalteten Verbänden so lange es geht auszuhalten, um im Moment des (von ihm erwarteten) Robert-Ley-Sturzes da zu sein. Dies sei, so G. Beier, "gleichsam die letzte Phase des Leipart-Kurses" (Leipart-Kurses? Leuschner-Kurses!) gewesen, wo "nationale Orientierung und Anpassung an den neuen Staat in Widerstand gegen das Unrechtsregime umschlagen sollten".<sup>37</sup>

Es ist Potthoff zuzustimmen, wenn er meint, daß mit der Kategorie "Verrat" das damalige Verhalten der Gewerkschafter um Leipart und Leuschner nicht zu erfassen sei, "denn es war keine bewußte Preisgabe ihrer Bewegung, sondern ein Zusammenwirken verschiedener Faktoren: persönliches Versagen, politische Fehleinschätzungen und strukturelle Schwächen". Sie verkannten den wahren Charakter der Nazi-Bewegung und nährten zu lange die illusionäre Hoffnung, die Gewerkschaften könnten, wenn auch mit Einschränkungen, das NS-Regime überdauern.<sup>38</sup> Diese illusionäre Hoffnung veranlaßte zur versuchten Anpassung an die verhängnisvolle Entwicklung. "Durch Anpassung an die taktischen Gegebenheiten, eine Politik des vermeintlich jeweils kleineren Übels und den Rückzug auf die eigenen Organisationen suchte sich der ADGB in der Hoffnung auf bessere Zeiten durchzulavieren... Mit dem am 31. Januar 1933 vom Bundesausschuß ausgegebenen Motto 'Organisation, nicht Demonstration – das ist die Parole der Stunde' war weder die Organisation zu retten noch ein letzter moralischer Sieg für Demokratie und Freiheit zu erringen."<sup>39</sup> Diese Parole gehörte ja zu Leiparts lebenslangen Maximen; die vermutete akute Gefahr eines Bürgerkrieges wird ihn darin noch bestärkt haben.

"Was davon abhält", schrieb 1975 H. Skrzypczak, "die verantwortlichen Führer wegen ihres Verhaltens in der Anpassungsphase mit dem Verdikt des Verrats zu be-

37 G. Beier: Willi Richter...: 116; 121, unter Verweis auf Skrzypczak: Zur Strategie...: 201-207. Die DAF – "Deutsche Arbeitsfront" – war eine Zwangsorganisation, die die Nazis anstelle der Gewerkschaften in den Betrieben installierten.

38 Heinrich Potthoff: Freie Gewerkschaften 1918-1933, Düsseldorf 1987: 208/209.

39 Ebenda: 314.

legen, ist einerseits die Lauterkeit ihrer Motive.” (s. o.) Und “... es ist auch eine methodologische Einsicht, die dagegen Einspruch erheben läßt... Kein geringerer als Friedrich Engels hat diese Erkenntnis, die sich in gleicher Weise gegen den Gebrauch des Terminus ‘Versagen’ richtet, auf die frühe Formel gebracht: ‘... wenn man... nach den Ursachen der Erfolge der Konterrevolution forscht, so erhält man von allen Seiten die bequeme Antwort, Herr X oder Herr Y habe das Volk ‘verraten’. Diese Antwort mag zutreffen oder nicht, je nach den Umständen, aber unter keinen Umständen erklärt sie auch nur das geringste, ja sie macht nicht einmal verständlich, wie es kam, daß das ‘Volk’ sich derart verraten läßt.”<sup>40</sup>

40 H. Skrzypczak: Freie Gewerkschaften...: 227 (F. Engels: MEW, Bd. 8: 6).

Anzeige

## Reihe “Gesellschaft – Geschichte – Gegenwart”

Neuerscheinungen im III. und IV. Quartal 1999

### Band 13

**Jacobeit, Wolfgang / Kopke, Christoph:** “Die Biologisch-dynamische Wirtschaftsweise im Konzentrationslager. – Die Güter der ‘Deutschen Versuchsanstalt für Ernährung und Verpflegung’ der SS von 1939 bis 1945”, trafo verlag, Berlin 1999, 135 S., Abb.

ISBN: 3-89626-128-2, 42,80 DM

Subskriptionspreis bis 30.10.1999 = 38,80 DM

Auslieferung: November 1999

### Band 18

**Berndt, Roswitha:** “Unternehmer in Sachsen-Anhalt. Grundlinien ihrer geschichtlichen Entwicklung vom Beginn des 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts”, trafo verlag, Berlin 1999, 212 S.

ISBN: 3-89626-196-7, 49,80 DM

Auslieferung: bereits lieferbar

### Band 19

**Schnoor, Rainer (Hrsg.):** “Amerikanistik in der DDR: Geschichte – Analysen – Zeitzeugenberichte”, Sammelband mit 15 Aufsätzen, trafo verlag, Berlin 1999, ca. 300 S.

ISBN: 3-89626-197-5, ca. 50,00 DM

Subskriptionspreis bis 30.10.1999 = 45,80 DM

Auslieferung: November 1999

### Band 20

**Mader, Ursula:** “Emil und Walther Rathenau in der elektrochemischen Industrie (1888–1907). Eine historische Studie mit Dokumenten”, trafo verlag, Berlin 2000, ca. 250 S.

ISBN: 3-89626-198-3, ca. 50,00 DM

Subskriptionspreis bis 31.11.1999 = 45,80 DM

Auslieferung: Februar 2000

### Band 21

**Schmidt, Walter (Hrsg.):** “Bürgerliche Revolution und revolutionäre Linke. Beiträge eines Kolloquiums anlässlich des 70. Geburtstages von Helmut Bock am 15. Mai 1998”, trafo verlag 1999, 252 S.

ISBN: 3-89626-199-1, 49,80 DM

Subskriptionspreis bis 31.09.1999 = 44,80 DM

Auslieferung: Oktober 1999

### Band 22

**Bleiber, Helmut / Dlubek, Rolf / Schmidt, Walter (Hrsg.):** “Demokratie und Arbeiterbewegung in der deutschen Revolution von 1848/49. Beiträge eines Kolloquiums zum 150. Jahrestag der Revolution von 1848/49 am 6./7. Juni 1998 in Berlin”, trafo verlag 1999, ca. 250 S.

ISBN: 3-89626-226-2, 49,80 DM

Subskriptionspreis bis 30.10.1999 = 44,80 DM

Auslieferung: November 1999

# Es gab nicht allein das offizielle Konzept: Sicherheits- und militärpolitisches Andersdenken in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1948/49<sup>1</sup>

GÜNTHER GLASER

Mit den Darlegungen soll die Aufmerksamkeit auf die bisher kaum bekanntgewordene Tatsache gelenkt werden, daß zu jener Zeit im östlichen Teil Deutschlands auch auf sicherheits- und militärpolitischem Gebiet zum Teil andere Vorstellungen als die der Führungen der SED und der KPdSU existierten.

Die allgemeinen Bedingungen für das Faktum bildeten die internationale und nationale Entwicklung 1945-1949 als Ganzes und speziell die sich Ende der 40er Jahre vollziehende Eskalation des Kalten Krieges, die hauptsächlich dadurch verursachte Abgrenzung zwischen den Westzonen und der Ostzone und nicht zuletzt die sich zuspitzenden inneren Auseinandersetzungen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ).<sup>2</sup>

Auf diesem Hintergrund waren auch Schutz und Sicherheit für die antifaschistisch-demokratische, über den Kapitalismus hinausreichende Entwicklung in Ostdeutschland zu gewährleisten. Doch die dazu von den beiden Parteiführungen 1948/49 getroffenen Entscheidungen und Maßnahmen stellten die Weichen für eine fundamentale, unverhältnismäßige sicherheits- und militärpolitische Veränderung in der SBZ.<sup>3</sup> Dies

- 1 Bearbeitete und erweiterte Fassung eines Beitrages auf dem wissenschaftlichen Kolloquium aus Anlaß des 70. Geburtstages von Prof. Dr. habil. Rolf Badstübner. Der Autor dankt ihm für die Anregungen in den Publikationen zur Vorgeschichte und Geschichte der DDR.
- 2 Vgl.: W. Loth: Die Teilung der Welt. Geschichte des kalten Krieges 1941-1955, München 1980: 178ff. – R. Badstübner: Die Abkehr vom "besonderen deutschen Weg". Die Hinwendung zum sowjetischen Modell, in: Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte, Hrsg. J. Cerny, Leipzig/Jena/Berlin: 14 ff. – W. Künzel: Verfassung und Wirklichkeit. Die erste DDR-Verfassung und die Abkehr von ihren Grundsätzen, in: ebd.: 65f. – E. Scherstjanoi: Stalinismus. Auswertung der sowjetischen Stalinismus-Debatte für die Aufarbeitung der frühen DDR-Geschichte, in: ebd.: 34f. – C. Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Bonn 1991: 177 ff. (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 298, Studien zur Geschichte und Politik). – R. Badstübner: Alliierte Politik und Besatzungsherrschaft zur Schaffung eines antinazistischen, antimilitaristischen und friedlichen neuen Deutschlands und die Entstehung der beiden deutschen Staaten, in: Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. 1, hrsg. v. D. Keller u. a., Berlin, 1993: 27 ff. – S. Prokop: Zur Krise des Zentralen Blockausschusses im Jahre 1948, in: Zum deutschen Neuanfang 1945-1949, Hrsg. R. Kumpf/ M. Kapluck, Bonn 1993: 207 ff.
- 3 G. Wettig: Neue Erkenntnisse aus sowjetischen Geheimdokumenten über den militärischen Aufbau in der SBZ/DDR 1947-1952, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 53 (1994) H. 2: 399 ff. – W. Eisert: Zu den Anfängen der Sicherheits- und Militärpolitik der SED-Führung 1948 bis 1952, in: Volksarmee schaffen – ohne Geschrei! Studien zu den Anfängen einer "verdeckten Aufrüstung" in der SBZ/DDR 1947-

wurde in der DDR bis zum politischen Umbruch streng geheimgehalten bzw. falsch dargestellt.<sup>4</sup> Intern wurde es direkt geleugnet, daß es jemals Gegenmeinungen zu dem sicherheits- und militärpolitischen Konzept der SED-Führung und dem von ihr eingeleiteten und organisierten Aufbau von kasernierten Formationen der Polizei gab.<sup>5</sup> Doch diese Behauptung entsprach nicht den Tatsachen.

Auf Innenministerkonferenzen unter Leitung von Walter Ulbricht im 1. Halbjahr 1948, auf der so bezeichneten Ersten Staatspolitischen Konferenz der SED im Juli d. J. in Werder/Havel, auf der 2. Polit-Kultur (PK)-Tagung im September 1949 und auf verschiedenen Sitzungen wurden in einzelnen Punkten durchaus auch entgegengesetzte Auffassungen vertreten. Die Quellen über die Vorgänge sind größtenteils spärlich; vor allem fehlen sowjetische bzw. russische Unterlagen. Dennoch ergibt sich in der Rückschau ein Bild mit deutlichen Konturen.

Zu einer *ersten* Kontroverse zwischen der SED-Führung und Andersdenkenden kam es in der Frage des fachlichen Charakters der "VP-Bereitschaften"<sup>6</sup>, wie die Polizeitruppe zunächst offiziell hieß. Der Vorsitzende der IG 15 im FDGB, Öffentliche Betriebe und Verwaltungen, Karl Oltersdorf, ließ sich von den wiederholten Erklärungen der Parteispitze nicht irremachen, daß es sich bei den Veränderungen lediglich um eine "Reorganisation der Polizei", eine "Neuregelung der Polizeifragen"<sup>7</sup> handele. Das Problem, das er sah, sprach er bereits im Mai 1948 in einer Aussprache mit einem Mitglied des Sekretariats des Parteivorstandes der SED deutlich an, als er formulierte: "Entweder Volkspolizei mit den Gewerkschaften oder Militarismus ohne die Gewerkschaften!"<sup>8</sup> Wenngleich unscharf artikuliert, wurde damit doch ausgedrückt, worum es auf dem Sicherheitsgebiet in Wirklichkeit ging: Polizei oder Militär bzw. militärähnliche Verbände in Ostdeutschland. Auf der erwähnten Juli-

1952, hrsg. v. B. Thoß, München 1994 (Volksarmee schaffen): 160 ff. – "Reorganisation der Polizei" oder getarnte Bewaffnung der SBZ im kalten Krieg? Dokumente und Materialien zur sicherheits- und militärpolitischen Weichenstellung in Ostdeutschland 1948/49, hrsg. u. eingel. v. G. Glaser, Frankfurt a. Main 1995 ("Reorganisation der Polizei"): 24 ff.

- 4 Autorenkollektiv, R. Brühl u. a.: *Armee für Frieden und Sozialismus. Geschichte der Nationalen Volksarmee der DDR*, Berlin 1987: 48 ff.
- 5 Mitte der 60er Jahre war die Führung des Ministeriums für Nationale Verteidigung der DDR der Meinung, daß die Geschichte der Nationalen Volksarmee (NVA) und der Kasernierten Volkspolizei (KVP, offiziell seit 1952) unter ihrer unmittelbaren Leitung untersucht und dargestellt werden müsse. Das Militärgeschichtliche Institut der DDR, Potsdam, hatte zur Mitarbeit einen oder zwei Offiziere zu entsenden. Anlässlich eines Besuches der Arbeitsgruppe zur Realisierung des Vorhabens äußerte der damalige Minister, Armeegeneral H. Hoffmann, wie ein Mitarbeiter berichtete: In der Geschichte der NVA und der KVP habe es nie verschiedene Auffassungen über Aufbau und Struktur der Organe gegeben, keine "Abweichungen von der Parteilinie" wie die von Zaisser und Herrnstadt (1953), Schirdewan, Wollweber und Ziller (1956) in der Parteigeschichte. Deshalb sei es wichtig, diese Einheitlichkeit und Geradlinigkeit der militärpolitischen Entwicklung herauszuarbeiten.
- 6 Das waren auf dem ostdeutschen Territorium dislozierte kasernierte Formationen, jede erst 100, dann 250, bald 1.000 Mann stark (manchmal zur Unterscheidung von den Grenzpolizeibereitschaften auch als territoriale Bereitschaften bezeichnet). Ihre Gesamtstärke betrug im November 1948 ca. 13.000 ein Jahr später etwas über 35.000 Mann.
- 7 "Reorganisation der Polizei" (Anm. 3): 36.
- 8 Ebd.: 31.



Konferenz in Werder zog Oltersdorf dann eine Konsequenz, indem er für eine Gewerkschaft der Polizeiangehörigen im Zonenmaßstab und nicht nur an der Basis eintrat.<sup>9</sup>

Damit erhob er nicht allein eine organisationspolitische Forderung. Als langjähriger Funktionär der Arbeiterbewegung und Angehöriger des Widerstandes gegen das Nazi-Regime war er sich offensichtlich darüber im klaren, daß es wie auf anderen Gebieten der Politik so auch in der Sicherheitsfrage um "Streben nach Macht oder nach Beeinflussung der Machtverteilung" (M. Weber) ging: Sollte die Spitze der SED und des entstehenden ostdeutschen Staates über die bewaffneten Organe allein bestimmen oder mußte es weitere Machtfaktoren geben?<sup>10</sup> Oltersdorfs Drängen auf eine Polizeigewerkschaft war die Einsicht in die Notwendigkeit eines mitbestimmenden Einflusses von unten in Gestalt einer selbständigen Interessenvertretung von Angehörigen der bewaffneten Organe auch unter den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen. Diese Position ist um so bemerkenswerter, als er sich nur auf Beobachtungen und politische Erfahrungen einiger Gewerkschafter stützen konnte. Er kannte nicht einmal die halbe Wahrheit dessen, was bereits vor sich ging.

Denn er war nicht Teilnehmer der stattgefundenen Innenministerkonferenzen gewesen, auf denen die Kasernierung offen, wengleich nicht in ihrer Tragweite besprochen worden war. Desgleichen war ihm nicht bekannt, daß im Mai und im Juni 1948 die SED-Führung und Spitzen der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) die Schaffung eines zentralen Führungsorgans für die kasernierte Polizei vereinbart hatten und der Ministerrat der UdSSR im Juli die Formierung von kasernierten Polizeibereitschaften in der SBZ beschloß<sup>11</sup>. Erst recht nicht erfuhr er dann die substantielle Zielstellung der begonnenen Maßnahmen, die schließlich in den Besprechungen der KPdSU- und der SED-Führung in Moskau im Dezember definitiv prädestiniert wurde. Sie ist aus den Notizen von Wilhelm Pieck zu ersehen, der konstatierte: "65.000 (!) (müßten) zu Offizieren ausgebildet werden ... politische und militärische Schulung" seien erforderlich<sup>12</sup>. Und im Juli 1949 hielt er von einer Besprechung in der SMAD fest, daß eine "Ausbildung zum Regimentskommandeur ... (und 10 Divis(ionen) = 180.000 (Mann))" (!)<sup>13</sup> vorzusehen seien.

Es handelte sich somit bei diesen 1948/49 in Ostdeutschland erfolgten sicherheitspolitischen Schritten tatsächlich um eine militärähnliche und unmittelbar ins Militä-

9 Ebd.: 30.

10 Dies ist keine Problemstellung im nachhinein, wie mir entgegengehalten wurde. Bereits auf der Innenministerkonferenz im April 1948 hatte Ulbricht mitgeteilt, es werde "neben dem Polizeiapparat keinen zweiten Apparat geben, der in der Polizei von unten nach oben oder von oben nach unten organisiert ist... Es gibt ein einziges Polizeiorgan, das ist die staatliche Organisation, und nichts gibt es daneben." Es war also apodiktisch entschieden, daß es in der kasernierten Polizei kein demokratisches Element geben dürfe. Und um keinen Zweifel daran aufkommen zu lassen, wer in den Schaltstellen des künftigen Staates zu bestimmen hat, assistierte ihm der Innenminister von Sachsen: "Das Innenministerium muß das Parteiministerium (!) sein". Die Innenminister würden direkt vom Zentralsekretariat des Parteivorstandes angeleitet. (ebd.: 116, 121)

11 Ebd.: 25, 130 ff. – Bundesarchiv (BA), DVdI, 7/06, Bl. 1. – Wettig (Anm. 3): 403.

12 "Reorganisation der Polizei" (Anm. 3): 225.

13 Ebd.: 294.

rische übergehende Entwicklung. Und dem setzten Gewerkschaftsfunktionäre ein Polizei- und Interessenvertretungskonzept für das bewaffnete Organ entgegen.

Zweitens äußerten zwei Offiziere auf der erwähnten PK-Konferenz im September 1949 in Gegenwart von Ulbricht und Oberst Tulpanow von der SMAD andere Ansichten hinsichtlich des politischen Profils der VP-Bereitschaften und der politischen Struktur in den Formationen.

VP-Kommandeur Max Dankner, ehem. Spanienkämpfer, vertrat den Standpunkt, daß "die Parteiorganisation (der SED, der einzigen in der Polizei zugelassenen Partei) mit dem Staatsapparat selbst nicht gekoppelt" werden dürfte, stellten seines Erachtens Partei und Staatsapparat doch "zwei verschiedene Dinge" dar. Er wandte sich also dagegen, daß der geschaffene PK-Apparat sowohl staatliche als auch Aufgaben gegenüber den SED-Parteiorganisationen hatte.

Im Kontext damit kritisierte er den Parteaufbau in der Polizei insgesamt. So sprach er sich dagegen aus, die SED-Organisationen der Polizei aus den Landesverbänden der Partei herauszulösen. Weiter warf er die Frage auf, weshalb die Parteileitungen in der Polizei nur unten und nicht bis nach oben gewählt werden sollten, sondern der PK-Apparat die Parteiorganisationen führe. Dadurch werde die Rolle der Partei "in der Spitze aufgehoben". Aber nach seinem Verständnis benötigten alle Genossen die kollektive Führung durch die Partei, "ganz gleich, ob sie Offiziere oder einfache Soldaten" seien. Das bedeute auch, daß die Partei die Genossen anleiten und kontrollieren müsse, "ganz gleich, welchen Rang und welche Stellung sie einnehmen". Schließlich begründete er seine Haltung mit der prinzipiellen politischen Position, daß er befürchte, die eingeschlagene Linie bringe "eine ganze Reihe von Komplikationen mit sich..., die nicht im Interesse der Schaffung und Bildung der Nationalen Front" liegen.<sup>14</sup> Ein anderer Offizier, VP-Kommandeur Friedrich Würzberger, unterstützte Dankner und verurteilte mit Bezug auf die gewonnenen Erfahrungen, daß sich der PK-Leiter zum "Diktator", so der Redner wörtlich, entwickelt habe. Er "unterdrückte in einem großen Teil damit das Eigenleben, die eigenen Beschlüsse" der Parteiorganisationen.<sup>15</sup> Würzberger wählte den Begriff "Diktator" nicht nach Belieben, sondern er sprach offen an, was offenbar vielerorts Wirklichkeit geworden war. Hatte doch das Zentralsekretariat des Parteivorstandes der SED am 19. Juli 1948 in seiner Aufgabenstellung für die Leiter der politischen und kulturellen Arbeit in der Polizei – der Sprache nach in der ersten Fassung von sowjetischen Offizieren formuliert – niedergelegt: "Eine Anweisung des Polit-Kultur-Leiters kann nicht durch einen Beschluß der Partei-Betriebsgruppe aufgehoben werden. Auch können Beschlüsse der Parteibetriebsgruppe in der Polizei nicht durchgeführt werden und sind für die Polizei nicht bindend, wenn der Leiter der Kultur-Massenarbeit seine Zustimmung verweigert."<sup>16</sup> Modern ausgedrückt, vertraten die

14 Ebd.: 327 ff.

15 Ebd.: 330.

16 Ebd.: 146.

beiden Offiziere ein linkssozialistisches Konzept, das sie auf die Polizei als staatliches Machtorgan angewandt wissen wollten.

Aus den Quellen geht jedoch nicht hervor, daß sich die beiden Offiziere gegen die Existenz von Parteiorganisationen der SED in der Polizei überhaupt ausgesprochen hätten. Es war aber mit ihrem Verständnis von Parteidemokratie unvereinbar, daß ein Partei- und gleichzeitiger Staatsfunktionär die Parteiorganisationen kommandieren konnte – quasi wie seinerzeit ein Kommissar der Roten Armee. Wiederum bedeutet ihr Aufbegehren gegen die Verkettung von parteipolitischen und staatlichen Befugnissen nicht, daß sie sich gegen *jede* Institution einer politischen und kulturellen Bildung und Erziehung in der Polizei gewandt hätten. Es wird berichtet, daß sie eine aktive Arbeit leisteten.<sup>17</sup>

Ein *Drittes*: Bekanntlich hieß die Polizei der SBZ/DDR sehr bald "Volkspolizei". Dies ist nicht der Platz, sich damit auseinanderzusetzen, inwiefern sie eine Polizei des Volkes war und inwiefern nicht. Doch unvereinbar mit dem hohen Anspruch war bereits die Ablehnung von folgenden Vorschlägen durch die SED-Führung: Parteifunktionäre, die zugleich gewählte Abgeordnete waren, traten dafür ein, in den Kreistagen Polizeikommissionen mit Vertretern aller Fraktionen zu schaffen. Ulbricht wies dies auf der Innenministerkonferenz Ende Januar 1948 in Altenstein/Thüringen entschieden zurück<sup>18</sup>. Des weiteren wurde der Gedanke verworfen, bei den Orts-, Kreis- und Landespolizeibehörden Polizeiausschüsse mit Vertretern der Parlamente und Freiwilligen aus der Bevölkerung zu bilden<sup>19</sup>.

Ferner gab es, wie ein Veteran berichtet, die Idee, PK-Offiziere "gewissermaßen als Verbindungsoffiziere auf gesellschaftlicher Basis zu installieren"<sup>20</sup>. Leider wird nichts Näheres darüber mitgeteilt. Doch ist aus der Vorstellung zumindest zu ersehen, daß hier die Integration des bewaffneten Organs in die Gesellschaft ein Hauptanliegen der PK-Arbeit sein sollte. In der erwähnten Aufgabenstellung des Zentralsekretariats für die PK-Leiter hingegen wird das Problem nicht in dieser Weise gestellt, sondern es wird in die Kulturarbeit eingeordnet und auf konkrete Maßnahmen hauptsächlich *in* den Einheiten orientiert.

Zusammengenommen, hätte die Realisierung dieser Vorschläge die parlamentarische und außerparlamentarische Kontrolle der Polizei sowie ein ständiges, unmittelbares Verhältnis zwischen Polizei und Gesellschaft gewährleisten können. Dies wäre ein wesentlicher Beitrag zu einer Verknüpfung von Staat und ziviler Gesellschaft, zu einer Verge-

17 Hoffmann (Anm. 5), zu dieser Zeit 1. Vizepräsident der DVdI und Leiter der Hauptabteilung PK der Polizei, hielt auf der 2. PK-Tagung ein Hauptreferat und das Schlußwort. In seinen Memoiren geht er jedoch nicht auf diese Auseinandersetzung ein. (Moskau Berlin. Erinnerungen an Freunde, Kampfgenossen und Zeitumstände, Berlin 1989: 241, 255).

18 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BA), DY 30 IV 2/13/109, Bl. 116, 153 ff.

19 Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehem. DDR, Zentralarchiv (BStU, ZA), AS, 99/58, Bl. 23.

20 H. Peter: Als Politoffizier in den Vorläufern der NVA. In: Militärgeschichte, 29 (1990), H. 6: 586.

sellschaftung der politischen Herrschaft<sup>21</sup> gewesen. Das Abweisen und Unterdrücken der dargelegten Vorstellungen durch die SED-Spitze ging mit rigorosen Initiativen einher, Mitglieder anderer Parteien aus der Polizei vollständig zu entfernen.

Zum *vierten*: Wie man weiß, war nach der Nazizeit und dem Zweiten Weltkrieg zu gewährleisten, daß nie mehr Faschismus und Krieg von deutschem Boden ausgehen. Die allermeisten Deutschen verbanden dies mit dem Vorsatz, keinesfalls wieder ein Gewehr in die Hand zu nehmen. Diese allgemein als Pazifismus gekennzeichnete Haltung herrschte auch in der Ostzone vor. Doch die in die VP-Bereitschaften eingetretenen jungen Männer kamen entgegen den ihnen wiederholt gegebenen Zusagen in einen dienstlichen Alltag, der von A bis Z militärisch gestaltet war. Und den Hauptinhalt ihrer Tätigkeit bildete eine militärische Ausbildung. Die Folge waren Unwille, dienstliche Nachlässigkeiten, Ausgangs- und Urlaubsüberschreitungen, aber auch Befehlsverweigerungen und schließlich Desertionen in den anderen Teil Deutschlands. Dort konnte man zunächst kaum behindert und organisiert seine Ablehnung von Militär und Militarismus kundtun. Im Oktober 1949 und im folgenden Jahr desertierten bei einer Gesamtstärke der Formationen zwischen erst etwa 31.000 und dann ungefähr 48.000 Mann monatlich ca. 120 Angehörige<sup>22</sup>. Im September 1949 ließ die Führung der SMAD den Präsidenten der Deutschen Verwaltung des Innern (DVdI) wissen, daß sie sich selbst mit dem Problem befassen werde<sup>23</sup>. Doch die deutschen und sowjetischen Anstrengungen konnten nicht verhindern, daß die Desertionen zunahmen und zu einer Dauererscheinung wurden. Hier stieß die SED-Herrschaft an eine Grenze.

Unter diesen Bedingungen traten Kader für ein weniger strenges Disziplinarsystem ein. Zwei Chefs von Landespolizeibehörden schlugen in einer Besprechung bei Ulbricht vor, bei der Ahndung dienstlicher Vergehen von Bereitschaftsangehörigen durch Disziplinarmaßnahmen keine Arreststrafen vorzusehen<sup>24</sup>. Gewiß sollte damit den Disziplinschwierigkeiten und der Ablehnung des Militärischen Rechnung getragen werden, um eine Stabilisierung der Einheiten zu erreichen. Offenbleiben muß, ob bei den Überlegungen der beiden Offiziere auch eine Rolle spielte, daß Arrest als eine schwerwiegende Maßnahme ein Wehrstrafgesetz voraussetzt, das es ja nicht gab.

Weitergehend war der Vorschlag, für Bestrafungen bei Disziplinvergehen "Dienststrafspruchkammern" zu installieren. Das bedeutete, die Disziplinarbefugnisse der Vorgesetzten einzuschränken. Dafür sprach sich Ende 1947 auch der Leiter der Hauptabteilung Personal in der DVdI, Hans Mickinn, Widerstandskämpfer gegen das Naziregime, in einem Schreiben an den Vorsitzenden der Gewerkschaften der SBZ aus<sup>25</sup>.

21 Vgl.: Harald Neubert: "Zur Machtfrage" in der marxistischen Theorie. Der Beitrag Antonio Gramscis, Berlin 1994: 33. – Hermann Klenner: Zweitausend Jahre Demos und Kratos, in: Utopie kreativ, H. 87, Januar 1998: 18.

22 R. Wenzke: Auf dem Wege zur Kaderarmee. Aspekte der Rekrutierung, Sozialstruktur und personellen Entwicklung des entstehenden Militärs in der SBZ/DDR bis 1952/53, in: Volksarmee schaffen (Anm. 3): 242f., 248. – "Reorganisation der Polizei" (Anm. 3): 58.

23 Ebd.

24 Ebd.: 31.

25 BA, DVdI, 7/221, Bl. 1102.

Beide Vorstellungen – keine Arreststrafen und begrenzte Disziplinargewalt – waren wirklichkeitsnäher als die eingeführten Disziplinarvorschriften. Soweit das bekannt ist, verfielen sie ohne Erörterung der Ablehnung.

*Fünftens* gab es den Vorschlag, auf der untersten Ebene einen Vertreter der VP-Angehörigen wählen zu lassen<sup>26</sup>. Die Idee einer SED-unabhängigen Interessenvertretung wurde nicht allein von Gewerkschaftsvertretern in die Einheiten hineingetragen. Polizisten konnten sie durchaus aus Schulen der allgemeinen Polizei mitgebracht haben: Anfang 1948 hatte z. B. die Höhere Polizeischule einen von der Vollversammlung gewählten Schülerrat<sup>27</sup>. Der Wunsch konnte auch von Avantgardisten unter den VP-Angehörigen stammen. Diese kamen zu einem bedeutenden Teil aus der FDJ, und an den Schulen der Jugendorganisation gab es ebenfalls gewählte Schülerräte<sup>28</sup>. Die Vorstellung einer Vertreterwahl an der Basis stand jedoch direkt der erklärten Auffassung der Parteispitze entgegen, daß die Existenz des PK-Apparates, der SED-Parteiorganisationen und verschiedener Facheinrichtungen das Wirken jeder anderen Einrichtung unnötig mache<sup>29</sup>. Auch hier ging es der Parteispitze um die Gewährleistung des Machtmonopols der SED.

In der Rückschau wird deutlich: Diese Überlegungen und Initiativen berücksichtigten relativ realistisch die in der SBZ vorherrschenden gesellschaftlichen und mentalen Bedingungen für die Gewährleistung von Sicherheit und Schutz. Sie orientierten sich an Polizeiansprüchen und waren geeignet, in den Bereitschaften das von der Sowjetarmee übergestülpte und/oder übernommene Einparteien-/Politsystem durch eine parteiübergreifende staatsbürgerliche Bildung und Erziehung zu ersetzen, die Formationen einer demokratischen Kontrolle zu unterstellen und sie authentisch in die Gesellschaft zu integrieren.

In Verbindung damit ist aber einschränkend der eingangs gemachte Hinweis aufzugreifen, daß es punktuelle Vorstellungen waren, die nach dem bisherigen Wissen nicht als alternatives Gesamtkonzept vertreten wurden. Weiter stießen die Antipoden nicht zu der Grundfrage vor: Würden planvoll organisierte und bewaffnete Streitkräfte oder eine auf echt freiwilliger Grundlage aufgebaute Bereitschaftspolizei (etwa wie in der Weimarer Republik) oder eine "Volkswehr" (W. Pieck)<sup>30</sup> oder ein anderes Konzept<sup>31</sup> den ostdeutschen Sicherheitsinteressen unter Berücksichtigung des Strebens nach einem einheitlichen demokratischen Deutschland entsprechen? Und sie stellten nicht grundsätzlich den Focus, das SED-Monopol gegenüber und in den Polizeibereitschaften, in Frage.

26 "Reorganisation der Polizei" (Anm. 3): 80.

27 BStU, ZA (Anm. 19), AS 240/66, Bl. 12f.

28 Vgl.: Manfred Hiller: Die Entwicklung der Jugendhochschule "Wilhelm Pieck" als Zentrum der Aus- und Weiterbildung von Funktionären der FDJ von 1946 bis 1955, Rostock 1978, Anlage 38, 2 (Diss.).

29 "Reorganisation der Polizei" (Anm. 3): 138f., 156, 324.

30 Von Pieck m. W. einmalig verwendeter Begriff (ebd.: 75).

31 Vgl. ebd.: 79f.

Gewiß waren es im Prinzip systemimmanente Kritiker. Aber grenzten sie sich nicht bereits von der Gestaltung eines bewaffneten Schutzes ab, der zurückblickend als stalinistisch zu bewerten ist? Zumindest hätten die Initiativen der Opponenten die Entwicklung der Bereitschaften nach dem sowjetischen Armeemodell und das SED-Monopol auf dem Gebiet bremsen, einengen und Zeit und Raum für den Aufbau einer mit den konkreten Bedingungen, den wohlverstandenen Volksinteressen und dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit übereinstimmenden bewaffneten Kraft schaffen können.

Nicht zuletzt verlangt eine historisch-kritische Einschätzung, danach zu fragen, ob das andersgerichtete sicherheits- und militärpolitische Denken in verschiedenen Fragen auf die angeführten Vorstöße begrenzt oder ob es breiter war. Dazu einige Überlegungen.

M. E. läßt das Streben der Kritiker nach Berücksichtigung der bestehenden Verhältnisse bei der Schaffung der Polizeibereitschaften darauf schließen, daß sie mit dem Denken und Trachten vieler Menschen in den Ländern der SBZ und in den Einheiten, mit dem Alltag der VP-Angehörigen gut vertraut waren. In ihren Vorstellungen widerspiegeln sich Belange und Erwartungen der Basis. Gewiß kamen die prononciertesten Vertreter aus den Reihen der Kader der Arbeiterbewegung und gehörten zur neuen politischen Elite. Und wenngleich die Namen, Funktionen und Werdegänge und die Anzahl der Abgeordneten in den Orts-, Kreis- und Landesvertretungen unter den "Abweichlern" nicht überliefert sind, so zeigen die Tatsachen doch, daß es nicht nur unter einigen hohen Funktionsträgern andere als die offiziellen Vorstellungen gab.

Weiter ist unter dem Aspekt der Breite aufschlußreich, daß Ulbricht auf einer der Innenministerkonferenzen strikt den Vorschlag ablehnte, als PK-Leiter die gewählten Betriebsgruppenleiter der SED einzusetzen, was nach einer Information des Präsidenten der DVdI von der Basis vorgeschlagen worden war<sup>32</sup>. Waren doch die in der UdSSR vorbereiteten Kader auf den Kurs der SED-Führung, eine "Partei-neuen-Typus" nach dem sowjetischen Muster zu werden, unvergleichlich besser eingestellt als die hiesigen.

Es handelte sich somit bei den andersgerichteten Gedanken und Vorschlägen nicht um die von Insulanern, sondern von einem größeren Kreis, der ein Hinterland hatte.

Wenngleich vieles noch zu untersuchen und zu debattieren ist, so ist doch bereits gegenwärtig der Schluß begründet, daß die Umsetzung der Ansichten der Zweifler und Antipoden zumindest eine Verringerung der vielen Schwierigkeiten beim Aufbau der Bereitschaften und der dazu notwendigen Anstrengungen der Gesellschaft bedeutet hätte. Vor allem aber wäre es ein grundlegender Beitrag zur Stabilität der Ostzone gewesen, im Innern und nach außen. Setzten die Andersdenkenden doch vorrangig auf die letztlich entscheidenden, auf politische Faktoren und nicht auf militärische. Ganz besonders unter den Bedingungen des Kalten Krieges waren Festigkeit und zuverlässige Sicherheit nicht in erster Linie durch die Schaffung und den Ausbau des staatlichen Gewaltmonopols, sondern durch politische Lösungen zu erreichen. Doch

die sich mit den andersgerichteten sicherheits- und militärpolitischen Vorstellungen bietenden Chancen wurden vertan. Zwar stellten die opponierenden Kräfte eine Hürde für die SED-Herrschaft dar. Aber gegen den Anspruch und die Macht der SED- und der KPdSU-Führung konnten sie nicht aufkommen.

Schließlich jedoch, wenngleich zu spät, zeigte es sich, daß die Initiativen der bewußten und unbewußten Antipoden der SED-Spitze aus der Zeit von 1948/49 weit nach vorn wiesen. Wurden doch im Zuge der begonnenen Militärreform am Ende der DDR mit der Beseitigung des SED-Monopols und seiner Ersetzung durch eine gleichberechtigte Zusammenarbeit der politischen Kräfte auf dem Sicherheits- und Verteidigungsgebiet sowie mit der Einrichtung an der Basis frei gewählter Interessenvertreter der Armeeinghörigen auch Kernforderungen von Opponenten jener Jahre realisiert – ohne daß die Akteure der Reform dies wissen konnten. Somit erwies sich 1989/90 die Lebensfähigkeit, das Bleibende jener Ideen von Karl Oltersdorf, Max Dankner, Friedrich Würzberger und den anderen Vordenkern. Die Geschichte gab *ihnen* recht. Gloria victis!

Der Werdegang der namentlich Genannten vor und nach den beiden Jahren ist noch nicht erforscht. Bekannt ist nur, daß Oltersdorf und Dankner bald danach von ihren Funktionen “abgelöst” wurden. In der Mitteilung über das Ableben von Max Dankner 1992 schrieben seine Freunde: Er war “Kämpfer gegen die faschistische Frankodiktatur und Hitlers faschistische ‘Legion Condor’ in Spanien 1936-1939, Kämpfer im französischen Widerstand (Maquis) gegen die faschistische deutsche Okkupation Frankreichs, für Freiheit des französischen Volkes 1940-1944. Hochdekoriert durch den französischen Staat. Wegen Nichtübereinstimmung mit Walter Ulbricht über Methoden und den Weg zum Aufbau des Sozialismus in der DDR 1968 als 1. Vorsitzender des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) im Bezirk Halle aus dem Amt gejagt und politisch eliminiert.”<sup>33</sup>

Es dürfte an der Zeit sein, sich im Zuge der Neubefragung der deutschen Zeitgeschichte nach 1945 auch der Aufgabe der Historisierung jener Persönlichkeiten zu stellen und in die Erforschung antistalinistischer Handlungen und Visionen die sicherheits- und militärpolitisch geprägten ebenfalls aufzunehmen.

# Eine vergessene Facette der englischen Geschichte: Proletarisch-revolutionäre und antifaschistische Kultur und Literatur 1920-1939

HANNA BEHREND

## Autobiographische Vorbemerkung

Ich möchte mit einer autobiographischen Bemerkung beginnen. 1981 verteidigte ich meine Habilarbeit über Alick Wests Leben und Werk im Kontext mit den proletarisch-revolutionären Literaturverhältnissen in England in der Periode der antifaschistischen Volksbewegung in den 30er Jahren. Die Arbeit war Teil des an der HUB angesiedelten, von der Gastdozentin Mary Ashraf 1966 begründeten und von mir seit 1969 geleiteten Projekts Englische Arbeiterliteratur in Großbritannien und Irland. Zu dieser Zeit war die Kommunistische Partei Großbritanniens (KPGB) kulturpolitisch bereits so gut wie bedeutungslos. Wir ProjektmitarbeiterInnen sahen in der von ihr und ihren SympathisantInnen ausgehenden Tradition eine Potenz für den Kampf um eine gerechtere Gesellschaft, den wir auch als den unseren und damals keineswegs als verloren betrachteten. Bestärkt in dieser Auffassung wurde ich durch meine Studien der kulturellen Auseinandersetzungen in England in den zwanziger und dreißiger Jahren und ganz speziell in der Periode seit der Machtübernahme Hitlers in Deutschland.

Der wie damals üblich umständliche Titel postuliert die Existenz proletarisch-revolutionärer Literaturverhältnisse und einer antifaschistischen Volksbewegung in Großbritannien in den dreißiger Jahren. Dies war eine damals wie heute von der kulturhistorischen Interpretation vieler Autoren abweichende Sicht.

Die verheerende, im wesentlichen selbstverschuldete und endgültige Niederlage des emanzipatorischen Projekts des Realsozialismus und seiner Strategie wirft naturgemäß für alle, die es befürwortet haben, die Frage "Was bleibt?" auch bezüglich der eigenen Forschungsergebnisse auf. Sollte ich mich nun einreihen in die seit Ende der 40er Jahre einsetzende und danach immer wieder auf- und abschwellende Flut von "Desillusions-", Neudeutungs- und WegleugnungspublizistInnen? Deren Ära begann in England mit dem Gedicht des einstmaligen Sympathisanten W. H. Auden, der am 1. September 1939 die mit Kriegsausbruch endende Dekade als *low and dishonest* [das gesinnungslose und unehrliche Jahrzehnt] bezeichnete. Seit den 60er und 70er Jahren überzog dann zwar die eher wohlwollende Kritik speziell von Neulinken<sup>1</sup>; sie

1 Eine Auswahl wichtiger Publikationen dieser Art: die unter Leitung von Francis Barker angefertigten Arbeiten des Centre for Contemporary Cultural Studies in Birmingham; verschiedene Aufsätze von John Coombes; Claud Cockburn: *Claud Sums Up*, London 1981; F. Gloversmith' Sammelband: *Class Culture*



machte an Einzelercheinungen und -persönlichkeiten fest und bewertete die kulturhistorische Wirksamkeit der KPGB und die Rolle, die sie und ihre damals äußerst zahlreichen SympathisantInnen aus den Kreisen der Intellektuellen in den 30er Jahren gespielt haben, in der Regel als marginal. Vielleicht war eine ausgewogene Sicht auf diesen Strang der Kulturgeschichte vor dem Zusammenbruch des Realsozialismus auch nicht möglich. Ja, es mußte sogar fast ein weiteres Jahrzehnt vergehen, ehe die allgemeine geistige Paralyse der Intellektuellen angesichts des fast weltweit siegreichen patriarchal-kapitalistischen Systems neuen systemkritischen Äußerungen und Bewertungen emanzipatorischer Traditionen wich. In England ist es mit dem von Andy Croft im linken Verlag Pluto Press London in diesem Jahr herausgebrachten Sammelband über die Kulturgeschichte der Kommunistischen Partei<sup>2</sup> zu ersten tentativen Schritten einer Neubewertung dieses kulturhistorischen Erbes gekommen. Im Vorwort wird gesagt, daß Kultur zwar als "Waffe im Kampf um den Sozialismus" erachtet wurde, die KP aber auch eine andere, weniger reduktive und vielmehr utopische Sicht hatte, aus der sie den Sozialismus als eine Waffe im Kampf für eine bereicherte und demokratische menschenwürdige Kultur ansah"<sup>3</sup>. Mehr noch als andere historischen Erscheinungen im Zeitalter der Extreme (Hobsbawm) war die kulturhistorische Rolle der KPGB widersprüchlich. Die unkritische, ja idolatorische Haltung dieser wie aller kommunistischen Parteien zur Sowjetunion, zu den totalitären Strukturen und den aus ihnen resultierenden Verbrechen speziell der Stalinzeit und zur auf einem reduktiven Marxismus beruhenden dogmatischen und undemokratischen Kunst- und Literaturpolitik und -theorie konnte die emanzipatorischen kulturellen Traditionen der englischen Arbeiterbewegung und die von ihnen inspirierte Literaturbewegung in der Kulturpolitik der KPGB modifizieren, jedoch zu keiner Zeit völlig ausschalten; ebenso wenig konnte in aller Regel die oft dogmatische Kritik der Kulturfunktionäre linke, oft der KP angehörende SchriftstellerInnen und andere KünstlerInnen daran hindern zu schreiben, was sie für richtig hielten. Die vielseitigen pluralistischen künstlerischen Initiativen und Innovationen dieser KünstlerInnen und ihr emanzipatorisches Credo weisen dies aus. Wie es im Vorwort des o. g. Buchs von Andy Croft heißt, hatten "die kommunistischen (und man sollte hinzufügen die mit der KP sympathisierenden)

*and Social Change*, London 1980; Jeremy Hawthorn: *Identity and Relationship. A Contribution to Marxist Theory of Literary Criticism*, London 1973; die Beiträge von David Margolies, Margot Heinemann, Carol Snee, Arthur Kettle u. a. in Jon Clark: *Culture and Crisis in Britain in the 30ies*, London 1979; R. L. Ortega: *La crisis economica de 1929 y la novelística de tema obrero en Gran Bretaña en los años treinta*, Salamanca 1974, die Arbeiten von K.K. Walther in Halle aus den 70er Jahren, die Beiträge von Andy Croft, Ken Worpole, H. Gustav Klaus, Sara Mills, Jack Mitchell und anderen auf den von meinem damaligen Projekt an der HUB zwischen 1981 und 1989 einberufenen Konferenzen zur Working-class (später and Feminist) Literature; die Bücher, Aufsätze und Sammelbände von Jack Mitchell, H. Gustav Klaus und Andy Croft und dessen *Red Letter Days*, London 1990.

- 2 Andy Croft: *A Weapon in the Struggle. The Cultural History of the Communist Party in Britain*, London 1989
- 3 Diese Aussage ist ein Zitat von Alick West (1895-1972), einem der bekanntesten englischen marxistischen Literaturtheoretiker jener Zeit. (Diese und alle weiteren Übersetzungen aus dem Englischen sind von mir – HB).

Künstler damals eine außerordentliche Bedeutung im britischen Kulturleben; ihr Einfluß war unvergleichlich größer als der politische Einfluß ihrer Partei". Auch erwiesen sich nicht alle aus der UdSSR kommenden kulturellen Impulse als kontraproduktiv für die Entwicklung neuer literatheoretischer Erkenntnisse und Standpunkte.

Der emanzipatorische Strang der englischen Kultur der 30er Jahre war in der Tat wesentlich durch die Existenz der KPGB, vor allem aber der ihr angehörenden, mit ihr sympathisierenden oder in der einen oder anderen Weise durch ihre systemkritische Sicht im gleichen Umfeld agierenden Intellektuellen, Arbeiter- und GewerkschaftsfunktionärInnen, SchriftstellerInnen und KünstlerInnen geprägt.

Die bis ins 18. Jahrhundert zurückgehende kulturelle und literarische Tradition der englischen Arbeiterklasse war zunächst ein schwer unterscheidbarer Teil der romantischen und radikal-bürgerlichen Kultur des 18. und der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In der zweiten Hälfte des 19. und den ersten Dekaden des 20. Jahrhunderts wurde die proletarisch-revolutionäre Literatur selbständiger und unabhängiger und artikulierte zunehmend sozialistische Zukunftsvorstellungen. Diese, durch verwandte kulturelle Erscheinungen in anderen Teilen der Welt bereicherten Traditionen flossen in den 30er Jahren mit einem Teil des Mainstream zu einer widersprüchlichen demokratisch-antifaschistischen Kultur zusammen, in der sozialistische Ideen keine geringe Rolle spielten. Sie war von beachtlichem Einfluß und hinterließ bis heute ihre Spuren.

### Die Tradition der englischen Arbeiterliteratur

Mary Ashrafs innovative Vorstellung bestand darin, ein nicht exklusiv akademisches, sondern ein Forschungsprojekt zu initiieren, in dem AkademikerInnen aus Großbritannien, Irland und der DDR, aber auch aus anderen Ländern, die sich mit dem Thema beschäftigten, gemeinsam mit GewerkschafterInnen, schreibenden ArbeiterInnen, professionellen SchriftstellerInnen und LehrerInnen zusammenwirken sollten. Dabei sollten nicht nur Forschungen betrieben, sondern deren Ergebnisse auch einer breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht werden. Dieses Konzept wurde nur sehr bruchstückhaft verwirklicht, dennoch war es möglich, neben schriftlichen Zeugnissen das Wissen und die praktische Lebenserfahrung, sowie die Erinnerungen von englischen, schottischen und irischen Gewerkschafts- und politischen AktivistInnen<sup>4</sup> und von DichterInnen und SchriftstellerInnen zu dokumentieren und in den Forschungs- und Lehrprozeß mit einzubeziehen<sup>5</sup>.

4 Als ein Beispiel dafür möchte ich die Interviews nennen, die ich 1979 mit der inzwischen verstorbenen Organisatorin des Hilfswerks der IAH (Internationalen Arbeiterhilfe) für die spanischen Kinder im Bürgerkrieg, Isabel Brown, und dem legendären Robin Page Arnot, einem der besten Kenner der walisischen Bergarbeiter und ihrer Gewerkschaftsgeschichte machen konnte.

5 Zur Projektthematik wurden zahlreiche Dissertationen, Diplomarbeiten und zwei Habilarbeiten angefertigt und drei internationale Konferenzen durchgeführt, auf denen auch studentische Beiträge gehalten wurden. Die Forschungsergebnisse wurden in die Vorlesungs- und Seminartätigkeit integriert. Es gab interdisziplinäre und universitätsübergreifende Vorhaben.

Für Mary Ashraf, die 1980 im Aufbau-Verlag das erste und bisher einzige Standardwerk über Englische Arbeiterliteratur vom 18. Jh. bis zum ersten Weltkrieg herausbrachte, war Arbeiterliteratur diejenige Literatur, die "das Leben und Fühlen der plebejischen Schichten und der Arbeiterklasse direkt wieder(gaben)...., Schriften, die die Interessen des arbeitenden Volkes widerspiegeln, die mit für die Geschichte der Arbeiterklasse wichtigen Ereignissen und Polemiken verbunden waren, die demokratische Tendenzen, soziales Empfinden, Klassensolidarität, Organisation, politisches Bewußtsein zum Ausdruck brachten, Schriften von Verfassern aus den unteren Klassen und Mitgliedern politischer und gewerkschaftlicher Vereinigungen usw." (Ashraf: 9f.).

Neben diesen "Vertretern der Arbeiterklasse in der Literatur" (ebd.: 10) gehörten dazu auch Schriftsteller nichtproletarischer Herkunft (ebd.: 11).

Auch Mary hat das Versiegen "der Arbeiterliteratur im Spätkapitalismus", d. h. in der zweiten Hälfte des 20. Jh. wahrgenommen. Sie hielt es, unerschütterlich überzeugt von der Potenz der Arbeiterklasse zu kultureller Hegemonie, für eine Folge der "zielgerichteten ideologischen Kriegsführung und Manipulation wie auch des allgemeinen Prozesses der kulturellen Dekadenz" (ebd.: 13). Seit etwa 1985, als Mary bereits nicht mehr lebte, wurde uns ProjektmitarbeiterInnen jedoch immer klarer, daß die Arbeiterklasse und -bewegung keine Inspiration mehr für die Literatur zu bieten hatte, daß Arbeiterliteratur epigonal geworden war und nunmehr andere soziale Gruppen wie die Frauen und die ethnischen Selbstbestimmungsbewegungen solche Inspirationen für SchriftstellerInnen lieferten. Daraus schlußfolgerten wir, daß es auch in unserer eigenen Periode keine Kontinuität ewig gleicher historischer AkteurInnen gibt. Wir begannen, nicht ohne Widerstand einiger unserer englischen Freunde, uns zunehmend mit feministischer Literatur und Theorie, sowie mit der Literatur ethnischer Minderheiten zu beschäftigen und unser Projekt auf diese soziokulturellen Felder auszudehnen<sup>6</sup>.

Das Studium und die Erforschung der Arbeiterliteratur dürfe sich nicht, so Mary Ashraf, auf die "Beispiele revolutionären und demokratischen Schrifttums der Vergangenheit" oder auf das Ausgraben "eines vergessenen Autors" beschränken, sondern es galt "den sozial-literarischen Prozeß als Ganzes zu erklären" (ebd.: 15). Die Arbeiterliteratur sei nicht "irgendeine Abweichung von der Hauptlinie der Nationalliteratur ... sondern vielmehr Teil derselben", weshalb "sie nicht nur oppositionelle Stimmungen ausdrückt, sondern einen Kulturanspruch zu entwickeln begann, der im Gegensatz zu dem der bürgerlichen Gesellschaft stand" (ebd.: 17). Auch Ashraf war sich gewisser Grenzen der Arbeiterliteratur durchaus bewusst. Sie "kommt nicht mit einem triumphalen Aufmarsch großer Künstler auf die Bühne wie die Renaissance" (ebd.: 23). Sie entwickle sich vielmehr "sporadisch und unregelmäßig, ... griff zunächst auf die bereits existierende ... bürgerliche Kultur zurück" (ebd.: 25), "sie hat im Kapitalismus keine eigenständige Entwicklung" (ebd.: 26).

6 Nebenbei bemerkt, obwohl wir diese neuen Erkenntnisse öffentlich machten, gerieten wir deshalb nicht in Schwierigkeiten mit den Obrigkeiten. Als AnglistInnen standen wir nicht im Mittelpunkt ihrer Aufmerksamkeit.

Die frühe Arbeiterliteratur, d. h. die vor dem I. Weltkrieg entstandene, umfaßt für Ashraf die ländlichen Dichter des ausgehenden 18. Jh. als Teil der Literatur, die sich im Gegensatz zur bürgerlichen Kultur artikuliert<sup>7</sup>. Zur entstehenden Arbeiterkultur gehören auch die demokratischen und volkstümlichen Dichter und Schriftsteller die, wie Charles Cole und viele andere, in der Chartistenpresse schrieben. So entstand eine "andere Literatur" noch ehe es eine Arbeiterbewegung gab. Bereits Ende des 18. Jh. war kurzlebig, eine Arbeiterpresse entstanden, die bereits 1819 den Knebelgesetzen zum Opfer fiel. Als erste Zeichen, daß die soziale Kultur der sich damals neu formierenden Unterschichten in England emanzipatorische Züge aufzuweisen begann, sind u. a. die Trades Newspapers, wie das *Mechanics Weekly Journal* aus dem Jahre 1825 anzusehen, in dem Buchbesprechungen und Beiträge zu erzieherisch-kulturellen Fragen veröffentlicht wurden. In dem Maße, in dem sich im frühen 19. Jh. die englische Arbeiterklasse konstituierte, entstanden auch ihre neuen ästhetischen Bedürfnisse<sup>8</sup>. Mit den Organisationen der ArbeiterInnen entwickelten sich unter ihnen die Künste des Lesens, Schreibens und Redens. Denn nicht nur Aufrufe, Manifeste, Organisationsprotokolle, Flugschriften wurden verfaßt, auch Fabeln, Erzählungen, Burlesken, Allegorien u. v. a. m. fanden Eingang in die politische Propaganda. Auch die Rednertribüne, die Klubdebatten und Predigten halfen den ArbeiterInnen, ihren Stil zu kultivieren und gaben den Anstoß zu einer neuen Literatur<sup>9</sup>. Fleißige Sammler haben eine Fülle solcher Lyrik, Verserzählungen, utopischer Dichtungen und dramatische Lyrik aus der Feder bekannter und weniger bekannter Dichter für die Nachwelt bewahrt<sup>10</sup>. Shakespeare, Milton, Defoe, Goldsmith, Byron, Shelley und Burns<sup>11</sup> waren die großen Vorbilder für die unbekannteren Dichter.

Der fragmentarische und sporadische Charakter der Arbeiterliteratur prägte sich in Roman und Drama am deutlichsten aus. So ist es kein Zufall, daß die größeren Werke von älteren oder alleinstehenden Menschen stammten oder von Personen, deren Lebens- und Arbeitsbedingungen relativ günstig waren (ebd.: 332)<sup>12</sup>. Die Chartistenbewegung

7 Einer der letzten dieses Genre war John Clare (1793-1864).

8 Ca. 1880 gab eine Arbeiterin diesem Bedürfnis in folgendem Gedicht Ausdruck: A longing lay in my heart for the four fresh winds that blew/Over our valley fields where dew washed flowers grew./I thought in my soul could I only paint my brush would/excel my pen:/I'd bring upon china our valley scenes here to the/haunts of men. [Ein Sehnen lag mir im Herzen nach den vier frischen Winden, die über unsere Felder im Tal wehen, wo die taunassen Blumen wachsen. Ich dachte bei mir, könnt ich nur malen, mein Pinsel würde meine Feder übertreffen; ich würde auf Porzellan gemalt das Bild unserer Täler in die Wohnungen der Menschen bringen].

9 Bei Ebenezer Elliott (1781-1849) in *The Ranter* [Der Schwätzer] und in vielen anderen Erzählungen und Romanen von Arbeiterschriftstellern des 19. Jh. werden Reden und Predigten einmontiert.

10 So ergriffen Ernest Jones (1819-1869), Robert Burns (1759-1796) oder William Morris (1834-1896), um nur die bekanntesten zu nennen, für die Arbeiterklasse oder für eine gerechtere Gesellschaft Partei.

11 Hunderte von Gedichten von Arbeiterdichtern wurden Burns gewidmet.

12 Ashraf nennt im 18. Jh. radikal-utopischen RomanschriftstellerInnen wie William Godwin (1756-1836), Mary Wollstonecraft-Godwin (1759-1797), Thomas Holcroft (1745-1809), Elizabeth Inchbald (1753-1821), Charlotte Smith (1749-1806), Robert Bage (1728-1801), in deren Werken, vielfach unter dem Einfluß des utopischen Reformers Robert Owen (1771-1858), erstmals Arbeiter als gesellschaftliche Reformer auftauchen. So in Christian Johnstones *Andrew Howie, The Handloom Weaver* aus dem Jahre 1846.

inspirierte Schriftsteller<sup>13</sup> zu Romanen, in denen sie “die These vom Hauptwiderspruch zwischen Arbeit und Kapital, ... die entscheidende Rolle des Proletariats und ... die ästhetische Einheit von heroisch-revolutionärem Moment und täglichem Kampf des Arbeiters um Existenz und Selbstachtung” (ebd.: 465) vertraten. Mitte des Jahrhunderts hat die chartistische Literatur bereits nicht nur auf soziale Mißstände hingewiesen; sie hat auch den Klassenkampf zwischen Arbeitern und Unternehmern thematisiert.

Auch nach dem Ende der Chartistenbewegung bleibt der individuelle Arbeiter und die Arbeiterbewegung heroisches Thema der Arbeiterliteratur.

Das letzte Drittel des Jahrhunderts ist eine Periode des Umbruchs in der englischen Geschichte, in der einerseits die Antagonismen zwischen Arbeitern und Unternehmern neue Dimensionen erlangen, andererseits Reformen der Gewerkschaftsbewegung und die Schaffung einer politischen Repräsentation der Arbeiter auf der Tagesordnung standen<sup>14</sup>. Diese Fragen spiegelten sich auch in der Arbeiterliteratur wider<sup>15</sup>.

Das Meisterwerk der Arbeiterliteratur um die Jahrhundertwende ist der Roman *Menschenfreunde in zerlumpte Hosen* (1911) des Schildermalers Robert Noonan, der sich Tressell nannte (1870-1911). Sein Werk, “in dem ohne durchgehende Fabel der Lebenszyklus des Arbeiters und die wechselnden Jahreszeiten des Arbeitsjahres geschildert sind” (ebd.: 469), ist eine feinsinnige, bereits eindeutig sozialistisch motivierte Satire, die bis zum heutigen Tag ihre LeserInnen in der englischen Arbeiterklasse behalten hat. Dieses berühmteste Werk der englischen Arbeiterliteratur ist Gegenstand eine Vielzahl literaturkritischer Publikationen. Eine Robert-Tressell-Gesellschaft organisiert jährliche Konferenzen und veröffentlicht die dort gehaltenen Beiträge.

Tressell's Werk blieb auch in den 30er Jahren unverändert populär. Die Sechs-Penny-Ausgabe des Buchs konnte, wie Ashraf schrieb, “ungeachtet seiner vulgärmarxistischen Ökonomie und seiner undialektischen Darstellung der gesellschaftlichen Beziehungen im Kapitalismus und ... trotz seines halb owenistischen und halb gildensozialistischen Programms des allmählichen Auspressens und Auskaufens der Kapitalisten ... fast an jedem Bauplatz [verkauft werden] und oft genug an Menschen, die selten oder niemals etwas Ernsthafteres lasen als eine Illustrierte Zeitung” (Ashraf: 677f.)<sup>16</sup>.

- 13 Wie Ernest Jones, Thomas Frost (\*um 1820), Thomas Wheeler (1811-1862) und G. W. M. Reynolds (1814-1879).
- 14 Die marxistisch orientierte SDF, die Social Democratic Federation, war dogmatisch und sektiererisch geworden und die ILP, Keir Hardies Independent Labour Party, tendierte dazu, im Schlepptau der Liberalen Politik zu machen.
- 15 Im zweiten Roman des Mechanikergesellen Thomas Wright (\*1839) (*The Bane of Life*, zwei Bde, 1870) wird die Gewerkschaftsbewegung als die politische Heimat der relativ gut verdienenden und gesicherten Facharbeiter geschildert, die aber die Interessen anderer Schichten der Arbeiterklasse nicht mehr befriedigend vertreten kann. Der Textilarbeiter und Maschinenbauer Charles Allen Clarke (1863-1935) schrieb 1887/88 einen Roman über den großen Metallarbeiterstreik und die Aussperrung in Bolton 1887/88 und die Baumwollspinnerin Ethel Carnie (1886-1962?) verfaßte damals sozialistische Romane und Kindergeschichten. Beide AutorInnen betonten in ihren Werken die positiven Züge ihrer Arbeitergestalten, entgehen allerdings nicht immer der Gefahr der Sentimentalität.
- 16 H. Gustav Klaus ist allerdings der Auffassung (Marxistische Literaturkritik, 234, FN8), daß Tressells Buch in den 30er Jahren unbeachtet blieb und erst in den 50ern wieder “ausgegraben” wurde; eine Auffassung, die auch meiner eigenen Erfahrung in England zu jener Zeit widerspricht.

Diese Beliebtheit wurde auch durch das künstlerische Mißlingen der Figur des sozialistischen Protagonisten Owen nicht beeinträchtigt, der als ein tadelfreier positiver Held geschildert wird. Dieses Phänomen machte den marxistischen LiteraturkritikerInnen nicht wenig Kopfzerbrechen<sup>17</sup>. Dieses Werk eines englischen Schriftstellers, der aus der Arbeiterklasse stammte, wurde einfach deshalb von Generationen von Arbeitern gelesen und geliebt, weil sie sich darin wiedererkennen konnten, weil ihre Sprache gesprochen, ihre Verschiedenheit gezeigt, weil darin mit Sympathie und Solidarität ihre Wünsche, Hoffnungen und ihre Verzweiflung, aber auch ungeschönt ihre Vorurteile, Illusionen und ihre Borniertheit zum Ausdruck kommen – kurz weil der Diskurs des Werkes im wesentlichen der Diskurs dieser Leser war. Die Schwächen des Werks, auf die die Kritiker verwiesen, spielten in der Rezeption des Werkes durch das Arbeiterpublikum keine nennenswerte Rolle.

### Proletarisch-revolutionäre Literaturverhältnisse in Großbritannien zwischen den beiden Weltkriegen

Die 1920 gegründete KPGB entstand bekanntlich im Zuge der durch die Gründung der III. Internationale 1919 ausgelösten Welle von revolutionären Parteigründungen<sup>18</sup>.

17 Zu den wichtigsten kritischen Bewertungen des sarkastisch Ragged Trousered Philanthropists [Die Menschenfreunde in zerlumpte Hosen] genannten Schrift gehören neben Ashrafs Kritik Fred Balls *Tressell of Mugsborough* (1951) und Jack Mitchells *Robert Tressell and The Ragged Trousered Philanthropists* (1969). Ball sieht das Hauptverdienst des Romans in dem wunderbaren Bild von den Männern und Frauen der Arbeiterklasse, weshalb es bis in die Gegenwart weiter lebe. Die mißglückte Figur des sozialistischen Helden sei darauf zurückzuführen, daß der Autor seine Vision vom Sozialismus nicht mit seinen ungeschönten Bildern aus dem Arbeiterleben in Einklang bringen könne. Ashraf sieht dagegen den Grund für die Unfähigkeit Tressells, einen glaubhaften Sozialisten zu gestalten, in des Autors unzureichendem "Durchdringen des historischen Materialismus ... und in einer doktrinär sektiererischen Art sozialistischer Theorie" (ebd.: 683). Damit meinte sie, daß er "in der Existenz des Proletariats nicht die Unvermeidlichkeit der sozialistischen Bewegung und ... die Schaffung einer marxistischen Partei" sah; "dies habe seine Charakterisierung geschwächt" (ebd.: 687). Jack Mitchell, der an der HUB über Tressell promovierte, hielt die Mängel bei der Gestaltung der Zukunftsperspektive ebenfalls für eine Schwäche des Romans, meinte aber, daß "für diejenigen, die zwischen den Zeilen lesen können, das Werk ein mächtiger Appell für eine revolutionäre sozialistische Partei neuen Typs sei. (Mitchell: 196). Das damalige Verständnis der Funktion und Wirkungsweise von Literatur selbst ausgewiesener Kenner der Materie erwies sich als unzureichend für ein zu Verständnis, warum Generationen von Arbeiter dieses Werk eines englischen Schriftstellers aus der Arbeiterklasse lasen und liebten. Dieses Verständnis war von dem von Lenin in *Was tun?* und in Parteiorganisation und Parteiliteratur entwickelten Literaturbegriff geprägt, der Literatur als Klassenliteratur für den Befreiungskampf des Proletariats, als "Bestandteil der organisierten, planmäßigen, vereinigten sozialdemokratischen Parteiarbeit" (Lenin Werke X: 31) verstand. Die undemokratische hierarchische Struktur der kommunistischen Parteien führte dazu, daß sich auch künstlerische Literatur der Feststellung ihres "revolutionären" Werts oder Unwerts durch die Partei, sprich durch deren Funktionärshierarchie, stellen mußte. Sie und nicht die LeserInnen aus der Arbeiterklasse wurden als die JurorInnen dieser Literatur angesehen. Wo sich das Urteil der Führung mit dem der LeserInnen nicht deckte, wurde dies mit deren Entfremdung und Verdümmelung begründet.

18 Dazu kam der große Einfluß, den vulgarisierte Versionen der Abbildtheorie von Georg Lukács besonders in den 30er Jahren in der marxistischen Literaturtheorie errangen. Für Lukács war die Literatur der Spiegel des Lebens. Ihm zufolge unterscheiden sich wissenschaftliche und künstlerische Weltaneignung nur in ihrer Form; sie eignen sich das Objekt in prinzipiell gleicher Weise an. Da für ihn die Realität tendenziell parteilich ist, muss der Schriftsteller, der im literarischen Prozeß im Grunde ebenso passiv wie der Leser ist, mit Hilfe der historisch-dialektischen Methodologie die objektiven Gesetzmäßigkeiten von der Fülle der Oberflächenerscheinungen abheben und das so ermittelte Wesen der

Bereits seit 1918, also noch vor der Parteigründung, hatten sich später führende Funktionäre der KP wie William Gallagher und Harry Pollitt einen Namen als Parteigänger der russischen Revolution gemacht und die Bewegung Hands of Russia initiiert, die verhindern sollte, daß Waffen und anderes Kriegsmaterial für die Konterrevolution nach Rußland transportiert würden<sup>19</sup>. Auch der erste Hungermarsch von Glasgow nach London 1922 und vor allem die aktive Rolle der KP im 9-tägigen Generalstreik von 1926 führten dazu, daß in dieser Zeit die KP einen erheblichen Einfluß unter den militanten ArbeiterInnen gewann<sup>20</sup>. Sie war federführend in der britischen Sektion der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH), der Revolutionären Gewerkschaftsorganisation (RGO, dem Minority Movement), vor allem aber organisierte sie die mächtige Arbeitslosenbewegung NUWCM (National Unemployed Workers Committee Movement) und solidarisierte sich mit dem antikolonialen Kampf in den britischen Kolonien. Seit 1918 gab es eine kleine, aber engagierte Anzahl englischer Intellektueller, die vom gesellschaftlichen Umbruch in Rußland und später der Sowjetunion fasziniert war und mit der KPGB sympathisierte.

Mit der Machtübernahme der Nazis in Deutschland wuchs deren Zahl sprunghaft an. Die KP entwickelte nach 1920 ihre eigene, auf die vielseitige Bildungsarbeit ihrer Vorgängerinnen, den englischen sozialistischen Arbeiterparteien aufbauende Kultur- und Literaturpolitik<sup>21</sup>. Zu den kommunistisch orientierten Literaturverhältnissen der

Erscheinungen gestalten, wofür das Bürgertum in seiner Aufstiegperiode, auf dem Höhepunkt seiner progressiven Funktion die Gestaltungsmittel bereitstellte. Weil die äußere Erscheinung gesellschaftlicher Phänomene nicht die wirklichen Gesetzmäßigkeiten, sondern die entfremdete Wirklichkeit widerspiegeln, können die nicht-epischen modernistischen Formen der Literatur, etwa im Expressionismus, Dokumentarismus oder Surrealismus, keine "Methode der objektiven Erfassung und Reproduktion der Wirklichkeit als Gesamtprozeß" bereitstellen; sie bedienen sich "einer Methode der Objektivität, die in der Literatur nur ein Surrogat sein könne" (Lukács 1932: *Reportage oder Gestaltung*, in: *Zur Tradition*, I: 502-507). Indem er eine epische Fabel als unverzichtbar für den Roman forderte, beförderte er bei seinen Epigonen ein normatives Literaturverständnis und verzögerte erheblich die Akzeptanz moderner literaturwissenschaftlicher Methoden und Standpunkte in der marxistischen Literaturtheorie. Vor allem aber behinderte seine Theorie die Anerkennung des Literaturprozesses als einer Kommunikation zwischen Welt – Schriftsteller – LeserIn und Einsichten in die ästhetische Besonderheit der Kunst. In ihren vulgarisierten Formen hat die marxistische Literaturkritik die Widersprüche in den Individuen und in der gesellschaftlichen Realität im allgemeinen als dem emanzipatorischen Anliegen sozialistisch-realistischer Kunst kontraproduktiv angesehen und "negative" Helden unter Acht und Bann gestellt. Was die Praxis der linken englischen SchriftstellerInnen anlangte, so ließen sie sich allerdings bei der Wahl des Genres oder ihrer Gestaltungsmittel kaum je von theoretischen Erörterungen bestimmen.

- 19 In England war die stärkste Fraktion der neuen Partei die 1912 aus der SDP (ehemals SDF), einem Teil der ILP, den Clarion Organisationen und den Sozialistischen Gesellschaften hervorgegangene, der Labour Party angegliederte British Socialist Party. Auf der Labour Party Konferenz von 1924 wies eine knappe Mehrheit der Delegierten den Antrag der KPGB auf Angliederung zurück und eröffnete eine Periode der Spaltung in der englischen Arbeiterbewegung. Diese Bewegung kulminierte im Streik der Hafendarbeiter, die sich weigerten, den Jolly George zu beladen. Sie erzwang schließlich, daß die Labour Party und die englische Regierung die Lieferungen nach Rußland einstellten.
- 20 Der Einfluß begann somit nicht erst in den 30er Jahren, wie der nach der Wende nach Greifswald berufene H. Gustav Klaus 1976 in *Gulliver 1/76* schrieb: "Auch der ... CP gelang es in den dreißiger Jahren erstmals, nicht nur in größeren Teilen der Arbeiterschaft Fuß zu fassen, sondern auch eine beträchtliche Anzahl von Intellektuellen anzuziehen".
- 21 Gelegentlich kooperierte sie auch mit unter dem Einfluß der Labour Party, der Fabier-Gesellschaft oder der ILP stehenden kulturellen und Bildungseinrichtungen, etwa der WEA, der Workers Educational Association.

20er und Anfang der 30er Jahre gehörten die in der eigenen Presse betriebene Literaturpropaganda und -kritik, die Volkskorrespondentenbewegung, der eigene Verlag und ArbeiterschriftstellerInnen, die ihre schriftstellerische Tätigkeit als Beitrag zur Beförderung der Revolution verstanden.

Bereits in den 20er Jahren leisteten die Mitglieder des Workers Theatre Movement eine wichtige kulturpolitische Arbeit. Die Workers' Film und Photo League produzierte Amateurfilme und organisierte Photowettbewerbe. Auf den Sommer- und Wochenendschulungen der KP spielten kulturpolitische Themen eine zunehmend große Rolle. Bereits damals erschienen im *Communist*, *Workers Weekly*, *Sunday Worker*, *Young Communist* und *Labour Monthly*, die kommunistisch orientiert waren, aber auch in von anderen linken und liberalen Gruppen herausgegebenen Periodika Beiträge zu Werken der Sowjetliteratur und revolutionärer deutscher, französischer oder amerikanischer Literatur. Seit den 20er Jahren gab es eine Freundschaftsgesellschaft mit der UdSSR. Der einzige jüdischstämmige Adlige Englands, Ivor Montagu, organisierte den Vertrieb sowjetischer Filme.

Der kleine Parteiverlag fusionierte 1936 mit einem größeren zu dem bis heute bestehenden Verlag Lawrence & Wishart; die KP unterhielt mit Collett's auch eine Bücherverkaufskette und einen Vertrieb.

In den dreißiger Jahren hatten sich die Publikationsmöglichkeiten für sozialistische und Arbeiterliteratur stark erweitert. Von linken oder liberalen bürgerlichen Intellektuellen herausgegebene Zeitschriften und Verlage öffneten sich ihnen zunehmend. Eine nicht unbeträchtliche Anzahl bürgerlicher Intellektueller<sup>22</sup> empfanden sich damals als SozialistInnen, Sympathisanten der KP, Bewunderer der UdSSR und waren bereit im *Daily Worker*, *Labour Monthly* oder in der *Left Review* zu veröffentlichen. Es gab die linkssozialdemokratische Monatschrift *Fact* (1937-1939), die auch soziologische Studien veröffentlichte. Auch renommierte bürgerliche Zeitungen und Zeitschriften<sup>23</sup> waren sich nicht zu fein, auch Arbeiterdichtern und -schriftstellern Raum zu bieten. Auch die Literaturzeitschrift *Criterion* (1922-1939), die von dem konservativen Schriftsteller und Kritiker T. S. Eliot herausgegeben wurde, stand antifaschistischen AutorInnen offen und ihre Werke wurden dort nicht selten mit Sympathie besprochen.

In den 30er Jahren entstanden dann zahlreiche politische und kulturelle antifaschistische Institutionen<sup>24</sup>, fanden antifaschistische Veranstaltungen aller Art statt, bei denen die KP bzw. KP-nahe Persönlichkeiten in der Regel die Initiatoren war, an denen sich dann auch ihr politisch fern stehende Gruppierungen und Persönlichkeiten beteilig-

22 Darunter z. B. Auden, Isherwood, Spender, C. Day Lewis, McNeice, Edward Upward, Edgell Rickword, Margaret Storm Jameson, Sylvia Townsend Warner u. a. m.

23 Wie der *New Statesman & Nation*, der *Manchester Guardian* und die von Hamish Miles herausgegebene Literaturzeitschrift *Life and Letters*, die Beiträge von Randall Swingler, C. Day Lewis, Charles Madge, Osbert Sitwell, Jack Lindsay, Lawrence Housman und dem walisischen Arbeiterdichter Idris Davies publizierte.

24 Z. B. der Left Book Club, die Left Review, Unity Theatre.



ten. So hatten Kommunisten einen beträchtlichen Einfluß im Left Book Club, einer antifaschistischen Gründung des liberalen Verlegers Victor Gollancz aus dem Jahr 1936<sup>25</sup>.

Eine wichtige Institution waren das Left Theatre (1934-1937)<sup>26</sup> und sein bis in die Gegenwart fortbestehender Nachfolger, das Unity Theatre<sup>27</sup>, die die Bemühungen des Workers Theatre Movement (WTM) der 20er Jahre und der noch älteren Arbeiteramateurtheatergruppen der Clarion Scouts um ein sozialistisches Theater in den 30er Jahren fortführten<sup>28</sup>. Die Ursache für diese Anziehungskraft formuliert die später erbittert antikommunistische, aus Yorkshire stammende Schriftstellerin Margaret Storm Jameson wie folgt: "Warum der Kommunismus? Aus komplexen Ursachen: Das große Licht aus dem Osten; die offensichtliche Schwäche der Sozialdemokratie; die größere Logik und Lebendigkeit des Marxismus im Vergleich mit den angepaßten Doktrinen des offiziellen englischen Sozialismus; die Anziehungskraft der Parteidisziplin ..." (*Journey to the North*, London 1969: 6).

### Arbeiter- und sozialistische Literatur in den 30er Jahren

Mary Ashraf wies darauf hin, daß "die ... Impulse, die die Wogen des politischen Lebens zwischen den beiden Weltkriegen höher gehen ließen, nicht nur eine neue sozialistische Literatur der Arbeiterklasse, sondern auch eine sich rasch vergrößernde 'linke' Literatur sowie progressive Tendenzen unter Schriftstellern verschiedener politischer Schattierungen hervorriefen" (Ashraf: 730).

War ein Teil der neuen sozialistischen und linken Literatur künstlerisch ebenso unzulänglich wie die große Masse der nichtsozialistischen Belletristik, so gab es auch herausragende Beiträge von kommunistischen und Arbeiterdichtern. Was die Lyrik anlangte, so gehörte zu den Dichtern der auch jenseits der britischen Inseln bekannte Schotte Hugh MacDiarmid<sup>29</sup>; besonders populär in seiner walisischen Heimat war der

25 Der Organisator des Buchklubs, der Kommunist John Lewis, gab das Bulletin des Klubs, die *Left News* bzw. das *Left News Weekly* heraus und organisierte unter den bereits im ersten Jahr geworbenen 50.000 Mitgliedern nationale und lokale Leser-, Schriftsteller-, Musiker- und Theatergruppen, sowie Großveranstaltungen in Londons Albert Hall, zu denen 10.000 TeilnehmerInnen kamen, so daß sogar die Queen's Hall für die Überzähligen gemietet werden mußte.

26 Zu dessen Verdienst gehört es, Friedrich Wolfs Drama *Matrosen von Cattaro*, John Wexleys antirasistisches *They Shall not Die*, Ernst Tollers *Feuer aus den Kesseln*, Gorkis *Mutter*, Montagu Slaters dem Dubliner Arbeiterkrieg und dem irischen Osteraufstand gewidmetes Stück *Easter Week* und seine Reportage über einen Bergarbeiterstreik und -ausstand, *Stay Down Miner*, auf die Bühne gebracht zu haben.

27 Zu den wichtigsten Produktionen der 30er Jahre gehören Clifford Odets *Waiting for Lefty*, das bereits 1935 von den Rebel Players aufgeführt worden war; die Massendeklamation *On Guard for Spain* von Jack Lindsay, verschiedene Brecht-Stücke, Hodge & Roberts sehr erfolgreiches Stück *Where's That Bomb?*, Stücke von Toller, Irwin Shaw, Auden und Isherwood; nach 1945 spielte Unity Dramen von Strindberg, Shakespeare, Priestley, Shaw, Tschechow, Molière, Toller, Ostrowski, O'Casey, Lorca, Tressell, O'Neill, Tennessee Williams, Euripides und Aristophanes, Büchner, Jonson, Arden, Dürrenmatt und Frisch, Wesker u. v. a.

28 Ihre Öffentlichkeitsarbeit wurde durch die Amateurtheatergruppen des Left Book Clubs, die auf dem Höhepunkt der von einigen AutorInnen als Thirties Movement bezeichneten Bewegung sich auf 500 vermehrten, unterstützt.

29 In seiner *Third Hymn to Lenin* äußert er sich kritisch zu intellektuellen Mitläufern, die sich in ihrer Lyrik einen utopischen Kommunismus reiner Geistigkeit zurechtlegten, der von den realen sozialen Zielen

Dichter Idris Davies, dessen Gedicht über den Generalstreik von 1926 einerseits die Lebensfreude der streikenden Bergarbeiter und deren kulturelle Aktivitäten und andererseits die Niederlage und den Verrat an den Arbeitern thematisiert<sup>30</sup>. Auch der jüdische Schneider des Londoner East-Ends, Julius Lipton, gehört zu den Arbeiterdichtern dieser Zeit, deren Gedichte eine gewisse Verbreitung auch in der Mainstream-Kultur erfuhren.

Zu den erfolgreichsten Stücken gehörten Clifford Odets *Waiting for Lefty* und *Where's that Bomb?* von Hodge und Robert, deren Erfolg mit der mit der damaligen Popularität von Unity Theatre verknüpft war. Die damals verbreitete Beschäftigung linker und sozialistischer AutorInnen mit der eigenen Geschichte inspirierte die Theaterleute und Dramatiker Miles Malleson und Harry Brookes zu dem Stück *Six Men of Dorset* über die Tolpuddle Märtyrer und Montagu Slater zu dem Drama über den irischen Aufstand *Easter 1916*, die lange Renner auf den Spielplänen von Unity Theatre waren. Es gab es zahlreiche weitere neue Stücke oder neue Adaptionen bekannter Dramen, die oft zunächst von den regionalen Unity- oder anderen linken Amateurtheatergruppen aufgeführt wurden<sup>31</sup>. Auf dem Höhepunkt in den 30er Jahren gab es 300 Unity-Theatergruppen in allen Teilen des Vereinigten Königreiches.

Besonders deutlich zeigte sich in der Belletristik die Bandbreite der linken antifaschistischen Kultur dieser Periode. Neben der neuen gewachsenen Bedeutung der AutorInnen aus Arbeiterkreisen<sup>32</sup> war der Einfluß antikapitalistischer und antifaschisti-

der Bewegung weit entfernt war. Da heißt es: "Poetry like politics maun cut/the cackle and pursue real ends/Unerringly as Lenin ...".

- 30 "The buying and selling is over/The treachery sealed, and called a national triumph".
- 31 Der 1988 verstorbene Unity-Theateraktivist Jerry Dawson publizierte 1985 einen dokumentarischen Bericht über das Merseyside Unity Theatre, aus dem hervorgeht, das dieses von 1937 bis 1979 durchschnittlich acht verschiedene Produktionen im Jahr auf die Bühne brachte. Die Stücke umfaßten zeitgenössische linke und sozialistische englische und ausländische Autoren und klassische Stücke von Shakespeare bis Büchner und Brecht.
- 32 Es ist in diesem Rahmen unmöglich, mehr als eine Auswahl dieser Autoren zu nennen: Der Schotte James Barke, der neben Romanen auch literaturkritische Aufsätze verfaßte; der aus einer Eisenbahnerfamilie stammende Spanienkämpfer Ralph Bates, der u. a. mehrere Romane und Erzählungen schrieb, die in Spanien zur Zeit des Bürgerkriegs, aber auch in Italien und Mexiko angesiedelt sind; der aus dem East End Londons stammende jüdische Arbeiterschriftsteller Simon Blumenfeld, Walter Brierley, der mit *Means Test Man* 1935 einen hervorragenden Roman über die psychische Situation eines Arbeitslosen schrieb; dieses Themas nahm sich ebenfalls u. a. einer der damals bekanntesten Romanschriftsteller, Walter Greenwood, an, dessen Roman *Love on the Dole* 1933 verfilmt und auch ins Deutsche übersetzt wurde. Der bereits erwähnte walisische Bergarbeiter B. L. Coombes wurde durch seine künstlerische Reportage über die Arbeit eines Bergarbeiters sehr bekannt; Bergarbeiterroman verfaßten Harry Heslop, *The Gate of a Strange Field* (1929), Lewis Jones, der gleich mehrere dort angesiedelte Romane publizierte, von denen *Cwmardy*, 1937 der bekannteste war, Joe Corrie, *Black Earth* und F. C. Boden *Miner* (1932). Aber auch Schriftsteller, die nicht selbst Bergarbeiter waren, schrieben im Bergarbeitermilieu angesiedelte Romane, z. B. Gwyn Jones, *Times Like These* (1936), und Richard Llewellyn, *How Green was my Valley* (1939), das ebenfalls verfilmt wurde. Der bekannteste, war der ebenfalls verfilmte und übersetzte Roman A. J. Cronins *The Stars Look Down* (1935). Zu den schottischen Arbeiterschriftstellern gehört neben Leslie Mitchell (*Lewis Grassic Gibbons*) James Welsh (*The Underworld*, 1920). Weitere Themen behandelten George Garrett, dessen Darstellung seines eigenen Bemühens, ein Schriftsteller zu werden, sein Schreibtalent und seinen Humor ausweisen; John Sommerfield, der den damals viel besprochenen *Roman May Day* 1936 über eine fiktive Arbeitererhebung in England an einem Ersten Mai schrieb, sowie Patrick Hamilton, der das Leben der städtischen Massen aus den unteren Schichten in *Twenty Thousand Streets* (1935) enthüllte.

scher Ideen auf die Themenwahl und Behandlungsweise der Mainstream-AutorInnen<sup>33</sup> und die beachtliche Zahl linker Schriftstellerinnen auffallend. Letztere brachten neue Themen und neue Gestaltungsweisen tradierter Themen in die Literatur ein. Die Thematik individueller spezifisch weiblicher Wege zu sozialistischen Einsichten griff am tiefgründigsten die mit der Dichterin Valentine Ackland lange Jahre in einer lesbischen Partnerschaft lebende Schriftstellerin Sylvia Townsend Warner auf. In ihrem, zu den faszinierendsten Werken der Zeit gehörenden Roman, *Summer Will Show* (1936) gestaltet die Schriftstellerin ihre Überzeugung von der Unaufhaltsamkeit des Kampfes für den Sozialismus<sup>34</sup>. Zu den neuen Themen gehörte die Warnung vor der faschistischen Gefahr<sup>35</sup>. Diese Thematik war natürlich nicht nur ein Monopol der Schriftstellerinnen<sup>36</sup>. Die Befreiung der Frau und die Verbindung dieses emanzipatorischen Anliegens mit den sozialen und politischen Kämpfen der Zwischenkriegszeit war allerdings ein Kernthema von Schriftstellerinnen, zu dem sich in sehr unterschiedlicher Weise u. a. die pazifistische Schriftstellerin Vera Brittain, ihre frühverstorbene Freundin, die linke Schriftstellerin Winifred Holtby äußerten. In den Romanen der zeitgenössischen Schriftsteller wird das Thema der Emanzipation der Frau allerdings sehr zwiespältig abgehandelt<sup>37</sup>.

- 33 Auf den Einfluß der linken, sozialistischen Kulturszene auf diese SchriftstellerInnen kann in diesem Kontext nicht eingegangen werden. Zu diesen gehörten neben T. S. Eliot, Wyndham Lewis, George Orwell, Robert Graves, Laura Riding, Galsworthy, Evelyn Waugh, Ivy Compton-Burnett und anderen eher konservativen AutorInnen die eher linksliberalen Priestley, Forster, Aldington, die Sitwells, Graham Greene, Virginia Woolf, Shaw u. a.
- 34 Die Heldin des Romans, eine ehemalige englische Gutsbesitzerin, erlebt in Frankreich an der Seite einer jüdischen Revolutionärin die 1848er Revolution. Mit der sozialen Revolution einher geht die Befreiung der Frau von der Fremdbestimmung. Das Scheitern der Revolution und der Tod aller ihrer Freunde, sowie vor allem der lesbischen Partnerin hinterlässt die Protagonistin nicht verzweifelt. Am Schluß des Romans vertieft sie sich in das Kommunistische Manifest, das sie zu drucken geholfen und verteilt aber bis dahin nie gelesen hat. Die Revolution ist tot, es lebe die Revolution! ist die Botschaft des Romans, denn auch die gescheiterte Revolution ist, nicht folgen- und sinnlos für die Überlebenden.
- 35 Die dem schottischen Adel entstammende Naomi Mitchison, die damals mit linken Labourparty-Positionen sympathisierte, veröffentlichte 1935 einen Roman, in dem sie zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten aufforderte und vor einer faschistischen Machtübernahme warnte. Warnung vor dem Faschismus ist auch das Anliegen Margaret Storm Jamesons in ihrem Roman *In the Second Year* (1936) und Katharine Burdekins (Murray Constantines) in ihrem 1937 publizierten, auch ins Deutsche übersetzte Werk *Swastica Night* [Nacht der Braunen Schatten, Berlin 1997]. Das NS-Regime in Deutschland war auch Thema eines Romans der Schriftstellerin Phyllis Bottome (*Mortal Storm*, 1937). Alle diese Frauen hoben die frauendiskriminierende Seite der faschistischen Ideologie hervor.
- 36 Montagu Slaters *Haunting Europe* (1934) ging dem bekannteren Roman von Sinclair Lewis' *It Can't Happen Here* (1935) voraus, dem Rex Warners *The Professor* 1939 zum gleichen antifaschistischen Thema folgte.
- 37 Einerseits werden den Ehefrauen der Bergarbeiter und anderer Arbeiter bzw. Arbeitslosen Initiative, Solidarität gegenüber ihren Männern und geistige Beweglichkeit zugeschrieben; andererseits werden erwerbstätige Frauen und Mädchen nur selten ähnlich positiv bewertet, schon gar nicht, wenn sie vor-eheliche sexuelle Beziehungen haben. Politisch aktive Arbeiterinnen sind äußerst seltene Gestalten und wo es einmal eine solche Figur gibt, erweist sich, daß die Autoren politische Aktivität in einer Frau als inkompatibel mit weiblichen Qualitäten ansehen (z. B. der Ivy in Sommerfield's *May Day*, der es an Sex Appeal und an Selbstbewußtsein als Frau fehlt). Weibliches sexuelles Begehren ist für diese Autoren immer noch Anathema, nur Mädchen in etwas anrühigen Berufen, wie die Barfrau Betty in Heslopes *Last Cage Down*, äußern sexuelles Begehren – zur Befredung ihrer Partner. Daß eine junge Frau wie Mary Beasty in *Times Like These* es vorzieht, in der Stadt ihr Glück im Beruf zu suchen, statt einen braven ordentlichen Bergarbeiter, der sie heiraten will, die Wirtschaft zu führen und Kinder aufzuziehen, gilt auch Gwyn Jones als ein Zeichen weiblicher Selbstsucht (Hanna Behrend u. a. *Studies*

Das Genre des historischen Panoramaromans hat der schottische Arbeiterschriftsteller Lewis Grassic Gibbon (Leslie Mitchell) in seinem dreibändigen *A Scots Quair* (1932-1934) genutzt, um seine Sympathien mit dem harten Überlebenskampf der einfachen schottischen Landbevölkerung und seine Überzeugung zu gestalten, daß dieser zwangsläufig im politischen Kampf für eine sozialistische Zukunft münden würde<sup>38</sup>.

Zu den historischen Romanen, die damals sozialistische Zukunftsvorstellungen als zwangsläufige und gesetzmäßige Folge vorangegangener Kämpfe der Unterdrückten gestalteten, gehörten eine Reihe der Werke des damals auch für sein poetisches und literaturkritisches Werk sehr bekannten Schriftstellers Jack Lindsay<sup>39</sup>. Auch einige der Romane der Schriftstellerin und Kritikerin Phyllis Bentley<sup>40</sup> gehören in diese Gruppe.

Neben den historischen Romanen entstanden in dieser Dekade wichtige Geschichtsdarstellungen aus marxistischer Sicht.<sup>41</sup>

Auch die SchriftstellerInnen, HistorikerInnen, PublizistInnen, die sich nicht zu dem Kreis der linken SympathisantInnen zählten, ja selbst diejenigen, die bereits in den 30er Jahren antikommunistisch eingestellt waren, mußten sich in dieser Periode der Herausforderung durch die linke Kultur stellen. Ob das so geschah wie bei "den ewig un-belehrbaren Elfenbeinturmbewohnern" (Marina Dietz, Diss. München 1976) Robert Graves und Laura Riding, die die Attraktion des Kommunismus auf linksbürgerliche Schriftsteller auf deren pathologische Abartigkeit zurückführten oder wie bei George Orwell, der eine Verbindung zwischen "echten englischen Arbeitern" und sozialistischen Ideen für undenkbar hält<sup>42</sup>, sie mußten sich dem Thema stellen. Aber diese ablehnen-

in *British Feminist and Working-Class Literature*, Zwickau 1990: 78-130). Und dennoch läßt Gwyn Jones die ihrem Mann gegenüber loyale Bergarbeiterfrau Polly Beasty ihre Tochter Mary vor dem Schicksal der Bergarbeiterfrau warnen: "Du kannst es Monat für Monat sehen; da heiratet ein junges kräftiges und glückliches Mädchen und zerbricht allmählich daran; die ganze Küchenarbeit, die Familie, der karge Lohn; die nie endende Wäsche, das Fußbodenschrubben, Kochen, Abräumen, Polieren; der ewige Kohlendreck; das Kinderkriegen unter Schmerzen nach lustloser Empfängnis und einer Schwangerschaft ohne freudige Erwartung; Bälger an der Brust, Bälger am Rockzipfel, Bälger ständig um einen herum, eine endlose Prozession, die einem das Leben aussaugt. Wenn es gut geht ein Leben der Entbehrung und Armut, wenn es schlimm kommt, ein Leben der Erniedrigung". (Gwyn Jones: 135f.)

38 Dabei gelang ihm, nicht unerwarteter Weise, der erste Band, *Sunset Song*, am besten. Hier gestaltete er den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Niedergang des traditionellen bäuerlichen Daseins der verarmenden schottischen Kleinpächter – *Sunset Song*, Sonnenuntergang, das Ende einer Familie und gleichzeitig der Kultur einer zugrundegerichteten sozialen Schicht.

39 U. a. 1649 (1938), in dem die Helden bezeichnenderweise die Leveller und Digger waren, deren politisches Scheitern als in der Zukunft überwindbar gestaltet wurde.

40 Z. B. *Inheritance* (1932).

41 Die bedeutendste war A. L. Mortons *A People's History of England* (1938) und George Thomsons allerdings erst 1941 veröffentlichte marxistisch orientierte Aufarbeitung der griechischen Antike *Aeschylus and Athens*.

42 "Ein Arbeiter, sofern er ein echter Arbeiter bleibt, ist selten oder besser nie ein Sozialist. ... Seine Politik ist die Agitation für bessere Löhne, kürzere Arbeitszeit, Freiheiten im Betrieb, für einige führt es zu Hungermärschen, zum Widerstand gegen Unterdrückung und ... zu einer vagen Drohung, er würde gewalttätig werden" (*The Road to Wigan Pier*, 1937). Allenfalls könne sich der englische Arbeiter zu einem Labourwähler mausern. Den Marxismus könnten Arbeiter nicht begreifen, daher beschränkten sich seine Anhänger auf bürgerliche Intellektuelle, auf jene "Fruchtsafttrinker, Nacktkulturisten, Christuslatschenträger, Triebtäter, Quaker, Naturheiler, Kurpfuscher, Pazifisten, Feministinnen" (ebd.).

den Haltungen waren in der "roten Dekade" eher die Ausnahme als die Regel. Die fellow travellers, die Mitläufer oder SympathisantInnen der Kommunisten, waren damals die weitaus verbreitetere Erscheinung; sie waren eine vielschichtige, sehr heterogene, auf sehr unterschiedliche Weise "linke", manchmal zeitweise selektiv mit der Linie der KPGB übereinstimmende, stets antifaschistische Gruppe<sup>43</sup> englischer Intellektueller.

Auch nach 1939, als der Krieg ausbrach, war keineswegs für alle fellow travellers das Umschlagen ihrer Sympathien für den Sozialismus in haßerfüllten Antikommunismus charakteristisch. Der Herausgeber des damals Zeitungsgeschichte machenden, von den Nazis gefürchteten Periodikums *Week* und Schriftsteller Claud Cockburn sieht 1981 in *Claud Sums Up* den Zweck der Angriffe auf den Marxismus darin, daß das Publikum menschliche Bemühungen, über die sozialen Zwänge hinauszuwachsen als hoffnungslos und sinnlos ansehen solle<sup>44</sup>.

Die Zahl der enttäuschten und darüber zornigen Intellektuellen des "Thirties Movement" wuchs vor allem in der Zeit des "Kalten Krieges". Für sie ist die Haltung von Auden, der bereits 1939 die bereits genannte Sentenz von der low, dishonest decade prägte, und dem Dichter und Schriftsteller Stephen Spender charakteristisch<sup>45</sup>.

### Marxistische Literaturkritik und -theorie

Erst 1933 erschien mit *Storm* die erste sozialistische Literaturzeitschrift. Von ihr gab es nur vier Nummern. Sie wurde 1934 von *Viewpoint* und *Left Review* (1934-1938), der Zeitschrift der britischen Sektion des IVRS, abgelöst. In letzterer meldeten sich prominente Mitglieder und SympathisantInnen der KP zu Wort und bemühten sich, wie bereits davor im *Sunday Worker* und *Weekly Worker*, die demokratischen Volkstraditionen der englischen Literatur und Geschichte zu pflegen und eine marxistische antifaschistische Literatur- und Kulturpolitik zu entwickeln<sup>46</sup>.

Zu den Pionieren einer marxistisch orientierten Literaturkritik gehörten der Romancier, Publizist, Parteipropagandist, Sowjetunionreisende und schließlich Spanien-

43 Zu diesen gehörte u. v. a. auch die Mitinhaberin des Hogarth Verlages, die bedeutende Schriftstellerin und Feministin Virginia Woolf, die den Beitrag der Arbeiter zur englischen Literatur für bedeutungslos hielt, und der Mitgründer der Fabriegesellschaft und bedeutendste zeitgenössische Dramatiker Bernard Shaw, sowie der Romancier E. M. Forster und die Schriftsteller-Geschwister Sitwell, sowie viele weniger bekannte AutorInnen.

44 Er weist reduktive Vorstellungen über das, was Marxismus sei, zurück und erläutert, daß aus marxistischer Sicht Menschen, ob soziale Gruppen oder Individuen, niemals als unabhängig von den wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen sie leben, betrachtet werden können, daß sie aber, durch ihr Denken, ihre menschlichen Fähigkeiten, durch eine richtige Strategie und durch mutiges, der Gefahr trotzendes Handeln sehr wohl jene Bedingungen grenzenlos verändern könnten.

45 Letzterer hatte sich, obwohl bereits aus der KP ausgetreten, noch in seinem 1937 erschienenen *Forward from Liberalism* zum Kommunismus bekannt, weil "dieser die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigen wolle, welche im Kommunismus als ein größeres Verbrechen als Mord angesehen werden würde", eine Überzeugung, von der er sich bereits während des Krieges löste.

46 Beiträge beschäftigten sich mit Milton, Bunyan, Owen, Morris, Burns, Dickens, Shaw und natürlich immer wieder Shakespeare. Zur *Left Review*: Dagmar Heinrich, *Die Literaturpolitik der "Left Review"* (1934-1938) – Literaturprogrammatik, Literaturpropaganda und Literaturkritik im Zeichen des antifaschistischen Kampfes in Großbritannien, Diss. Berlin 1976.

kämpfer Ralph Fox (1900-1937) und der Arbeiterfunktionär und Büchernarr T. A. Jackson (1879-1955), Autodidakt, Propagandist, Lehrer und Verfasser literaturwissenschaftlicher, historischer und philosophischer Werke<sup>47</sup>. Sie waren es, die bereits in den 20er Jahren den damals von vielen ihrer revolutionären und radikalen Zeitgenossen, die eine gänzlich neue proletarisch-revolutionäre Literatur forderten, abweichenden Standpunkt vertraten, die realistische nationale und weltliterarische Tradition müsse Teil der Arbeiterkultur bleiben. Damit folgten sie weit weniger den normativen Geboten der Lukács'schen Präferenz für die epische Gestaltungsweise als ihrer unlösbaren Verbundenheit zur englischen literarischen Tradition<sup>48</sup>. Jacksons Schlichtheit und sein Verzicht auf literaturtheoretische Terminologie hat zweifellos dazu geführt, daß er niemals (bedauerlicher Weise auch von mir nicht) als ebenbürtig mit den drei bedeutenden marxistischen Literaturtheoretikern Ralph Fox (1900-1937), Christopher Caudwell (eigentlich St. John Spriggs; 1907-1937) und Alick West (1895-1972) betrachtet wurde. Dabei steht auch für ihn wie für die anderen drei die emanzipatorische Funktion von Kunst und Literatur im Vordergrund. Sie realisiert sich nicht wie bei Lukács über die Erkenntnisfähigkeit des/der Lesers/Leserin; das Funktionsverständnis Jacksons und der drei anderen englischen marxistischen Literaturkritiker geht von einer komplexen Polyfunktionalität und Wirkungsweise der Literatur aus<sup>49</sup>.

- 47 So schrieb er ein Buch über Dickens und ehrte er in seinem Werk *Dialectics* (1936) den in England sehr bekannten Philosophen Josef Dietzgen, der "als Autodidakt und einfacher Gerber ... auf seine eigene Weise und unabhängig von Marx und Engels und auch von Hegel eine materialistische Kritik der Kantischen Philosophie entwickelte" (571). Über Jackson, der sich ebenfalls autodidaktisch eine phänomenale Literaturkenntnis verschafft hatte, heißt es in Jonathan Rée, *Proletarian Philosophers*, Oxford 1984: 126, daß für ihn der Dialektische Materialismus eine von Marx in den Feuerbach-Thesen und in der Deutschen Ideologie vertretene Philosophie der Praxis sei, wobei er Bucharins Formulierung von der Einheit von Theorie und Praxis unter dem Primat der Praxis zitierte. Jede Form eines ökonomischen Determinismus war Jackson zutiefst suspekt. Wenig Wunder, wenn der Arbeiterschriftsteller und -philosoph nach 1930 auch in seiner Partei stillschweigend zurückgedrängt wurde. Seine philosophischen und literaturwissenschaftlichen Werke, seine darauf basierende Bildungsarbeit hat jedoch kein Parteifunktionär zu kritisieren gewagt.
- 48 "Große Künstler", schreibt Jackson (*Friends to Keep*, London 1950: 19), sind nur gewissermaßen äußerlich bürgerlich, im Grunde sind sie menschlich und insofern in ihrer Betrachtungsweise universal. Je tiefer die Phantasie in das Wesen der gesellschaftlichen Realität eindringt, umso sicherer enthüllt der Künstler jene universale Wahrheit – daß Bewegung das entscheidende Merkmal der Realität ist. ... Und die Funktion der Kunst besteht darin, das Gefühl zu wecken, damit es den Geist zur Suche anspornt und den Willen zur Tat ermutigt."
- 49 Das läßt sich auch aus Jacksons Ausführungen über die Bronte-Schwester ablesen, die er bereits in den frühen 30er Jahren im *Daily Worker* veröffentlichte. Diese zeigen nicht nur seine literaturkritische sondern auch seine theoretische Kompetenz. Besonders in Emily Brontes Roman *Die Sturmhöhe* entdeckt er die verschiedenen Bedeutungsebenen des Texts und verweist einfühlsam auf den allegorischen Charakter des Romans, in dem der "ewige Konflikt zwischen gut und böse" (*Friends*: 92) auf einer Ebene als ein Konflikt zwischen dem Unterdrücker und dem Unterdrückten, auf einer anderen Ebene als der Kampf um die befreite Seele von Mann und Frau und wieder auf einer anderen als Kampf zwischen Mensch und Natur gestaltet wird. Jackson weist die damals (und auch noch später von diversen AutorInnen) vertretene Interpretation der Figur des Heathcliff als Archetyp des Proletariats entschieden zurück. Dieser sei eher ein Symbol dessen, was die bürgerliche Gesellschaft aus jedem Menschen macht, einen erbitterten Feind seiner eigenen eingeborenen Menschlichkeit. Emily Bronte habe vollständiger als ihre Schwestern die religiösen Konventionen hinter sich gelassen. Ihre intellektuelle Kompetenz und ihre emotionale Kraft und Einsicht ermögliche es ihr, in Heathcliffs *Ende* eine Ahnung von einer klassenlosen Gesellschaft zu vermitteln (ebd.: 93).

In dem, in seinem Todesjahr erschienenen Werk *Der Roman und das Volk* hat Fox, der wie Caudwell 1937 im Spanienkrieg fiel, seine emanzipatorische Vorstellung der Funktion der Literatur als einen vom Schriftsteller ausgelösten und vom Leser aktiv verarbeiteten Kommunikationsprozeß bewertet<sup>50</sup>. Zwar bedarf für ihn wie für Lukács die Darstellung des Individuums der Vision auf das gesellschaftlich Ganze. Daraus leitet er jedoch ab, daß der neue sozialistische Realismus das realistische literarische Erbe mit der der Romantik geschuldeten Sensibilität für die Einmaligkeit des Individuums verbinden müsse<sup>51</sup>.

Diese Betonung der relativ autonomen Rolle des Individuums und seiner Praxis wird auch von Caudwell hervorgehoben und richtet sich gegen die mechanistischen und deterministischen Interpretationen der marxistischen Theorie, die bereits damals und in gewissem Umfang auch in England verbreitet waren. Für den damals noch nicht 30jährigen Caudwell, der in seinem Werk *Illusion und Realität*, 1937 versucht hat, auf der Grundlage damaliger anthropologischer, psychologischer, sprachwissenschaftlicher und historischer Einsichten eine Theorie der Lyrik zu entwickeln, war die Kunst "eine der Voraussetzungen für das Selbstverständnis des Menschen" (Illusion: 328)<sup>52</sup>. Auch ihm ging es darum, das Gesellschaftliche als das die Beziehungen der Menschen zueinander Prägende in die Kunsttheorie einzubringen, ohne das Individuum zu vernachlässigen. Das verbreitete Verständnis für dessen einmalige, nicht auf seine verschiedenen sozialen und politischen Identitäten zu reduzierende Rolle in der Kunst ist in England wesentlich der romantischen Tradition geschuldet<sup>53</sup>.

Auch Alick Wests Beitrag ist der Bemühung verhaftet, die philosophisch-kulturgeschichtliche Leistung des Marxismus für die Literaturkritik und -theorie produktiv zu machen und die ihn vulgarisierenden Gestaltungen, mit denen er wie die an-

50 Der Schriftsteller "bearbeitet auf dem Amboß seiner eigenen inneren Befindlichkeit das rotglühende Metall der Wirklichkeit. Er gestaltet es um zu seinen eigenen Zwecken ... Der ganze Schöpfungsprozeß besteht in diesem gewaltigen Konflikt mit der Wirklichkeit im Bemühen, ein wahrhaftiges Bild der Welt zu gestalten. ... Die Wahrheit, die nicht abstrakt und unbeweglich ist, läßt sich nicht durch einen formallogischen und abstrakten Denkprozeß ermitteln ... sie kann nur durch die Praxis erkannt werden, weil sie der Ausdruck der intensiven Untersuchung eines Objekts durch den Menschen ist." (Fox, *The Novel and the People* [Der Roman und das Volk]: 29).

51 "Der Marxismus stellt den Menschen in das Zentrum der Weltanschauung. Er geht zwar davon aus, daß materielle Kräfte die Menschen verändern können, betont jedoch nachdrücklich, daß die Veränderung des Individuums von ihm selbst vollzogen werden" (Fox: 23).

52 Kunst und Literatur sind auch für ihn kein Objekt der Kontemplation sondern gesellschaftliche Praxis; Kunst sei das Produkt der Gesellschaft "wie die Perle das Produkt der Auster ist" (ebd.: 174). Anders als die Wissenschaft gestatte die Kunst den Menschen, ihrer Emotionalität gewahr zu werden. Die Entwicklung des Bewußtseins bedeute die Sozialisierung der menschlichen Psyche. Caudwell war der Auffassung, daß Lyrik, indem sie den Menschen auf verschiedenste Weise lehrt, seine eigenen Erfahrungen zu verarbeiten, die unendlichen Möglichkeiten der Instinkte und des Herzens enthüllt.

53 Diese Betonung der englischen Romantik durch die damaligen marxistischen Literaturkritiker machte ihnen Raymond Williams zum Vorwurf: Er meinte, die englische marxistische Tradition käme von der Romantik, bediene sich dann Arnolds [Matthew Arnold, 1822-1888, Dichter und Kritiker] und Morris' [William Morris, Kunsthandwerker, Schriftsteller und Dichter 1834-1896] ergänze dies durch ein paar Phrasen von Marx, bleibe aber bei den älteren Grundsätzen stehen. (R. Williams, *Culture and Society* 1780-1950, London 1958: 268).

deren Literaturkritiker konfrontiert war, als solche zu erkennen und zurückzuweisen<sup>54</sup>. Die Sprache war für West eine kulturelle Praxis, eine die Gesellschaft organisierende Tätigkeit, die überkommene Bedeutungen ständig reproduziert, aber auch in Frage stellt, ihnen Widerstand entgegenstellt und allmählich den Hegemonialdiskurs verändert und ersetzt<sup>55</sup>. West gelangte zu klarerer Anerkennung der eigenartigen Wirkungsweise von Kunst als die anderen marxistischen Literaturkritiker der 30er Jahre und überwand die Vorstellung von der Gleichartigkeit des künstlerischen und wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses. Alle einte jedoch die Überzeugung, daß Literatur menschliche Motivation befördert, die Probleme der Identität, der Mitwirkung am gesellschaftlichen Ganzen und der Machtfragen zu erkennen und zu lösen<sup>56</sup>.

### Schlußbemerkungen

Der große historische Versuch, eine menschenfreundlichere, gerechtere Gesellschaft aufzubauen, scheiterte aus theoretischen und strategischen Unzulänglichkeiten. Aber auch das vermeintlich siegreiche patriarchal-kapitalistische System ist offensichtlich immer weniger imstande, die eskalierenden gesellschaftlichen Widersprüche zu lösen und führt zu immer größeren Polarisierungen zwischen Arm und Reich, integrierten und überflüssigen, überarbeiteten und müssigen Menschen. Immer offensichtlicher wird die Reformbedürftigkeit auch dieses Systems.

Ohne eine emanzipatorische kulturelle Tradition müsste die niemals aussterbende Gruppe derjenigen, für die der gesellschaftliche Status Quo eine Herausforderung zu seiner Veränderung im Interesse der Mehrheit der davon benachteiligten ist, immer wieder von der Stunde Null ausgehen. Das geistig-kulturelle Erbe, das mit dem gescheiterten sozialistischen Experiment verknüpft war, gehört nicht nur insofern zum Bewahrens- und Fortschreibenswerten der Menschheit, als die umfassende Kritik an den Ursachen seines Scheiterns Voraussetzung neuer emanzipatorischer Vorhaben ist.

54 So schreibt er: "Der Wert von Literatur hängt nicht davon ab, was darin gesagt wird. Ein Werk mag von der Revolution reden; wenn es diese aber nicht durch die Gestaltung der schöpferischen Bewegung in der Gesellschaft sichtbar macht, erfüllt es seine künstlerische Funktion nicht. ...Ein Kunstwerk kann Reaktionäres verkünden; wenn es aber die Bedeutung der gesellschaftlichen Bewegung vermittelt, die es verdammt, dann ist dieses scheinbar reaktionäre Werk wertvoller als das scheinbar revolutionäre". (West, *Crisis & Criticism*: 92)

55 In seinem in der Ausgabe von 1975 seines Werks *Crisis and Criticism and Selected Literary Essays* veröffentlichten Beitrag zu D. H. Lawrence schreibt West, daß Literatur das Bewußtsein der Menschheit zu schärfen vermag, denn die Menschheit als Ganzes sei nicht entfremdet. Künstlerische Literatur würde zu Erkenntnis der LeserInnen beitragen, daß die menschliche Gattung ein Stadium in ihrer Entwicklung erreicht habe, das es ihr möglich mache, sich ein Ziel zu setzen und seine Verwirklichung zu organisieren. "Veränderungen setzen voraus, daß soziale Gruppen die ihnen zur Verfügung stehende Energie nutzen, eine Energie die untrennbar mit der spezifisch menschlichen Denk-, Sprach- und Entscheidungsfähigkeit verknüpft ist. Diese Energie ist durch eine aktive Beziehung der Menschen mit der Natur und untereinander entwickelt worden, wobei das Bewußtsein der Endlichkeit menschlichen Lebens eine wesentliche Rolle spielte. Die Literatur kann diesen Wandlungsprozeß bewußt machen. Die Literaturkritik muß explizit machen, was in den künstlerischen Werken implizit angelegt ist" (ebd.: 13).

56 West erklärte: "Die Literatur vermittelt die Wahrheit über die Seiten des menschlichen Wesens, die die politischen Bewegungen nicht erkennen oder unbeachtet lassen" (West, *C&C*: 12).



Diese Kritik muß natürlich auch auf die Phänomene ausgedehnt werden, die – wie die sozialistische Kultur- und Literaturpolitik – nur sehr vermittelt Ursachen für das Scheitern lieferte. Auf der anderen Seite darf auch nicht unterschlagen werden, daß das Projekt menschlichere, kulturvollere und gerechtere Gesellschaft, wie es sich zumindestens in der Zwischenkriegszeit in Großbritannien die KPGB auf ihre Fahnen schrieb, ungeachtet seiner gravierenden Defizite Millionen Menschen weltweit und auch in Großbritannien Zehntausende dazu inspirierte, für kürzer oder länger aus der Passivität, aus ihrem politischen Objektstatus herauszutreten. Sie artikulierten damals ihre sozialen und kulturellen Interessen, verweigerten sich der Fremdbestimmung und wurden damit für einen kurzen Augenblick zu historischen Akteuren und Akteurinnen. Diese Erfahrung, auch wenn sie sich als begrenzt, transitär und belastet durch die totalitären Strukturen und Praktiken erwies, ist ein unverzichtbarer Baustein neuer emanzipatorischer Anliegen.

## Literatur

- Ashraf, Mary: Englische Arbeiterliteratur vom 18. Jh. bis zum Ersten Weltkrieg, Berlin 1980
- Balls, Fred: Tressell of Mugsborough, London, 1951
- Behrend, Hanna u. a.: Studies in British Feminist and Working-Class Literature, Zwickau 1990
- Cauldwell, Christopher: Illusion and Reality, Berlin 1973
- Clark, Jon: Culture and Crisis in Britain in the 30ies, London 1979
- Cockburn, Claud: Claud Sums Up, London 1981
- Croft, Andy: Red Letter Days, London 1990
- Croft, Andy: A Weapon in the Struggle. The Cultural History of the Communist Party in Britain, London 1989
- Dietz, Marina: Das poetische Leben. Literaturtheoretische Bemühungen im "Thirties Movement", Diss. München 1976
- Gloversmith, Frank: Class Culture and Social Change, London 1980
- Hawthorn, Jeremy: Identity and Relationship. A Contribution to Marxist Theory of Literary Criticism, London 1973
- Heinrich, Dagmar: Die Literaturpolitik der "Left Review" (1934-1938) – Literaturprogramm, Literaturpropaganda und Literaturkritik im Zeichen des antifaschistischen Kampfes in Großbritannien, Diss. Berlin 1976
- Hobsbawm, Eric, Das Zeitalter der Extreme, München-Wien 1995
- Klaus, H. Gustav: Marxistische Literaturkritik in England: Das Thirties Movement, Darmstadt-Neuwied 1973
- Klaus, H. Gustav: Politisch-Kulturelle Periodika der Linken 1945-1973, in "Gulliver", I/76 und II/77

- Jackson, T. A.: Friends to Keep. Studies of English Novels and Novelists, London 1950  
 Jameson, Margaret Storm: Journey to the North, London 1969  
 Lenin: Ges. Werke, Bd. X  
 Lukàcs, Georg (1932): Reportage oder Gestaltung, in Zur Tradition der deutschen sozialistischen Literatur, Bd. I, Berlin 1979, S. 502-507  
 Mitchell, Jack: Robert Tressell and The Ragged Trousered Philanthropists, London 1969  
 Ortega, R. L.: La crisis economica de 1929 y la novelística de tema obrero en Gran Bretana en los anos treinta, Salamanca 1974  
 Rée, Jonathan: Proletarian Philosophers, Oxford 1984  
 Tressell (Robert Noonan): The Ragged Trousered Philanthropists, London 1914

Anzeige

## Reihe "Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft"

Herausgegeben von Hanna Behrend

Neuerscheinungen im IV. Quartal 1999 und im I. Quartal 2000

Band 9

**Gassen, Gisela:** "Morgen beginne ich ein neues Leben. – Mein Weg in die Frauenbewegung", Autobiographie, trafo verlag 1999, 148 S.  
 ISBN 3-89626-143-6  
 Preis: 25,80 DM  
 Auslieferung: September 1999

Band 11

**Klammer, Ute / Plonz, Sabine (Hrsg.):** "Menschenrechte auch für Frauen?!'", trafo verlag 1999, 205 S.  
 ISBN: 3-89626-244-6  
 Preis: 29,80 DM  
 Vorauss. Auslieferung: IV. Quartal 1999

Band 10

**Stolzenburg, Margit / Richter, Gisela (Hrsg.):** "Europäische Frauen bewerten unser scheidendes Jahrhundert. Interviews", trafo verlag 1999, ca. 200 S.  
 ISBN: 3-89626-159-2  
 Preis: 29,80 DM  
 Vorauss. Auslieferung: IV. Quartal 1999

Band 12

**Notz, Gisela:** "Leben in einer Kommune", (Arbeitstitel), trafo verlag 2000, ca. 200 S.  
 ISBN: 3-89626-159-2  
 Preis: 29,80 DM  
 Vorauss. Auslieferung: I. Quartal 2000

---

Bestellungen und Vorbestellungen über jede Buchhandlung  
 oder direkt bei: trafo verlag, Finkenstraße 8, 12621 Berlin,  
 Fax: 030/56701949  
 e-mail: trafoberlin@t-online.de

# Frauen und Sozialdemokratie 1871 bis 1910 \*

## Zum Ringen der deutschen Sozialdemokratie und der II. Internationale um Frauenemanzipation

URSULA HERRMANN

Ein Jahrhundert nähert sich seinem Ende. Zu seiner Bilanz gehört – trotz mancher Rückschläge – die veränderte Stellung der Frauen. Diese ist untrennbar verknüpft mit den Emanzipationsbestrebungen im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Arbeiterbewegung und Frauenbewegung haben in jenem Zeitraum wesentlich zum Umdenken in der Frauenfrage und zu ersten Erfolgen der Frauenemanzipation beigetragen. Die Verdienste der Arbeiterbewegung werden heutzutage zumeist sehr gering angesetzt. Im Folgenden soll daher dem Wirken der deutschen Sozialdemokratie der Bebelzeit und den Bestrebungen der Zweiten Internationale für die Gleichstellung der Frauen in Familie und Gesellschaft nachgegangen werden.

Was erlaubt, das Jahr 1871 als Einschnitt zu wählen? Die Bestrebungen zur Gleichstellung der Frau setzten ja früher ein. Erinnerung sei an die Französische Revolution, an die Utopisten, an die neuen Ergebnisse der Frauenforschung anlässlich des 150. Jahrestages der Revolution 1848/1849. Und doch bildet das Jahr 1871 einen gewissen Einschnitt, vor allem aus drei Gründen:

*Erstens* sind es sozialökonomische Faktoren. In den entwickelten europäischen Ländern und den USA war die industrielle Revolution abgeschlossen. Die kapitalistische Produktionsweise erlebte trotz Krisen und Depressionen einen raschen Aufschwung. Zentralisation und Konzentration der Produktion verstärkten sich. Mit diesen Prozessen wuchs die Zahl der berufstätigen Frauen beträchtlich an. Die statistischen Angaben schwanken. 1882 waren im Deutschen Reich wenigstens 5,3 Millionen Frauen außerhalb des Familienverbands berufstätig, 1895 wenigstens 6,5 Millionen und 1907 wenigstens 9,5 Millionen. Ihr Anteil an den Beschäftigten insgesamt erhöhte sich von etwa 29 Prozent auf etwa 35 Prozent. Mit der Berufstätigkeit von Frauen außerhalb des Familienverbandes stellte sich die sog. Frauenfrage objektiv auf vielfältige Weise

\* Die folgenden Ausführungen wurden, geringfügig verändert, am 11. März 1999 als Vortrag dargelegt in der Veranstaltungsreihe der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft. Entsprechend dem Charakter eines Vortrags und angesichts der Fülle der Literatur zu Problemen und Persönlichkeiten der Frauenbewegung werden in der Regel nur Zitate bzw. Primärquellen durch Fußnoten belegt.

neu. Durch die sozialökonomischen Veränderungen entstanden Voraussetzungen für ein stärkeres Bewußtwerden und ein neuartiges Herangehen an die gesellschaftliche Stellung der Frauen.

*Zweitens* erlangten im 1871 gegründeten Deutschen Reich alle Männer ab 25 Jahren das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für den Deutschen Reichstag – unabhängig von ihrer sozialen Stellung. Die Vorenthaltung des Wahlrechts für Frauen, das in den Debatten um die Verfassung nicht einmal Erwähnung fand, erwies sich damit unverhüllt als Geschlechterfrage und trat allmählich als solche ins politische Bewußtsein.

*Drittens* ging die Pariser Kommune von 1871 in ihren Maßnahmen von der Gleichstellung der Frauen aus: gleiche Gehälter für Lehrerinnen, gleiche Bildung für Mädchen, Gleichstellung nichtehelicher Kinder mit ehelichen, politische Organisierung. Frauen beteiligten sich – entgegen dem traditionellen Frauenbild – an der Gestaltung der Kommune und an ihrer Verteidigung. Nach der Niederschlagung der Kommune wurden 1.051 Frauen vor Kriegsgerichte gestellt, 65 zu Deportation und Zwangsarbeit verurteilt und weitere zu Gefängnisstrafen. Das Beispiel der Kommune zeitigte auch in dieser Frage seine Ausstrahlung.

Um 1871 hatten Frauen in Deutschland nicht nur kein Wahlrecht. Sie durften sich politisch nicht organisieren, durften keiner Partei als Mitglied angehören, nicht an politischen Versammlungen teilnehmen – und was politisch war, entschied der überwachende Polizist. In der Familie waren die Frauen der Vormundschaft des Mannes unterstellt, des Vaters, später des Ehegatten bzw. eines Vormundes. Prinzipiell erhielten Frauen weniger Lohn als Männer, oft nur die Hälfte bei vergleichbarer Tätigkeit. Mädchen aus mittleren und höheren Kreisen waren von Gymnasien und damit von der Hochschulreife ausgeschlossen. An Universitäten wurden Gasthörerinnen zugelassen, aber Immatrikulation und Abschlüsse wurden Frauen im 19. Jh. in Deutschland nicht gestattet. In Privatschulen ausgebildete Lehrerinnen erhielten in öffentlichen Schulen in der Regel keine Anstellung. Eine Tätigkeit als Ärztin, Juristin, Wissenschaftlerin war unmöglich bzw. erforderte Ausnahmeregelungen. Die Frau gehöre ins Haus und nicht ins öffentliche Leben. Sie habe für die Erholung des Mannes in der Familie und für die Kinder zu sorgen.

Die vorherrschende Auffassung über die Frau im 19. Jh. ging von der Minderwertigkeit der Frau aus. Schon laut Bibel war sie die große Sünderin, nur aus Adams Rippe geschaffen, ausgeschlossen von Mitsprache in der kirchlichen Hierarchie. Man möchte meinen, daß mit den Fortschritten der Naturwissenschaften im 19. Jh. mehr Offenheit für eine Gleichstellung der Geschlechter entstand. Das Gegenteil war der Fall. Frauenforscherinnen haben nachgewiesen, daß vor allem im 19. Jh. die Entrechtung der Frau in Familie und Gesellschaft explizit als biologisch verursacht begründet wurde, in der Natur der Frau verankert und somit ewig und unabänderlich. Diese Standardauffassung findet sich auch in den Lexika jener Zeit – von Brockhaus bis Meyer. Gerade weil Frauen nach Gleichberechtigung drängten, nahm die Zahl von Schriften, die die Minderwertigkeit der Frau beweisen wollten, rasant zu.

Aus dem geringeren Gehirnvolumen der Frau wurde ihre Unfähigkeit zum logischen Denken abgeleitet. Das Buch des Leipziger Professors Paul Möbius mit dem Titel "Über den physiologischen Schwachsinn des Weibes" erfuhr zwischen 1900 und 1908 neun Auflagen. Der Darwinismus verstärkte zwar Evolutionsvorstellungen. Die Anhänger des Sozialdarwinismus schlußfolgerten aber aus dem Recht des Stärkeren die Vorrangstellung des Mannes. Die durch Sigmund Freud geprägte Psychoanalyse fußte auf dem angeblichen Trauma der Frau von dem ihr fehlenden Etwas. Seine Lehre verstärkte die Vorstellung einer angeblichen Feindschaft der Geschlechter. Der berühmt-berüchtigte Historiker Heinrich von Treitschke bezeichnete die Entrechtung der Frau als Lehre aus der Geschichte. Männer machten nach seiner Auffassung Geschichte. Der Beispiele ließen sich noch viele nennen.

Es gab im Deutschen Kaiserreich vor dem ersten Weltkrieg außer der Sozialdemokratie keine politische Partei, die die Gleichstellung der Geschlechter oder wenigstens das allgemeine Wahlrecht zum Reichstag in ihrem Parteiprogramm forderte. Die konservativen Parteien bekämpften offen solche Bestrebungen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekannte sich dagegen im 1891 beschlossenen Erfurter Programm unter mehreren Gesichtspunkten zur Gleichberechtigung der Frau. Organisation, Aktionen, Streitschriften, Presseorgane, vor allem aber die objektiven Erfordernisse, die sich aus der zunehmenden Frauenarbeit ergaben, bewirkten im hier zu behandelnden Zeitraum erste Veränderungen zugunsten der Frauen.

Zunächst ein Rückgriff auf die 60er Jahre des 19. Jahrhunderts. Der Vereinstag des Verbandes Deutscher Arbeitervereine in Stuttgart behandelte am 5. September 1865 den Tagesordnungspunkt "Frauenarbeit". Er sprach sich für die Gleichstellung der Frau mit dem Mann, für ihre Ebenbürtigkeit, für das Recht der Frauen auf Arbeit aus. Er rief die Arbeiter dazu auf, den Arbeiterinnen zu helfen, sich zu organisieren. In der widersprüchlich verlaufenden Debatte wurde das Wahlrecht für Frauen verlangt.<sup>1</sup> Wenn auch diese Forderungen inhaltlich anders als später verstanden wurden, verdienen sie doch Hervorhebung. Im Gegensatz hierzu erklärten sich Lassalleanismus und Proudhonismus gegen die Gleichberechtigung der Frauen. In der Frauenarbeit sahen sie nur die Konkurrenz, im Wahlrecht eine Stärkung der konservativen Kräfte.

Sechs Wochen später fand vom 15. bis 17. Oktober 1865 in Leipzig auf Initiative von Louise Otto-Peters und anderen Frauen der Erste Deutsche Frauenkongreß statt. Hier wurde der Allgemeine Deutsche Frauenverein gegründet. Er forderte für Mädchen und Frauen das Recht auf Arbeit, größere Bildungschancen und den Zugang zu mittleren und höheren Berufen.<sup>2</sup> August Bebel nahm als Vertreter des VDAV als Gast am Kongreß teil.

1 Bericht über die Verhandlungen des dritten Vereinstags deutscher Arbeitervereine. Abgehalten zu Stuttgart am 3., 4. und 5. September 1865, Nürnberg: 46-52. Neudruck: Berichte über die Verhandlungen der Vereinstage deutscher Arbeitervereine 1863 bis 1889. Dowe, Dieter (Hrsg.) (1980), Berlin-Bonn: 118-124.

2 Statuten des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins, beschlossen am 17. Oktober 1865. – Vgl auch Louise Otto-Peters. Ihr literarisches und publizistisches Werk. Hrsg. im Auftrag der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e. V. von Johanna Ludwig und Rita Jorek (1995), Leipzig.

Einen großen Impuls erhielt die Organisierung von Arbeiterinnen durch die Gründung der Internationalen Gewerksgenossenschaften 1868/1869, die sich unter dem Einfluß der I. Internationale bildeten. August Bebel entwarf die Musterstatuten.<sup>3</sup> Danach erhielten erstmals in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung Arbeiterinnen als gleichberechtigte Mitglieder Zutritt zu Gewerkschaften. Denn die englischen Trade Unions, damals international die stärksten Arbeiterorganisationen, nahmen keine Ungelernten und damit auch keine Frauen auf.

In den 70er Jahren entstanden in mehreren Städten Deutschlands Arbeiterinnenvereine. Sie wurden im Unterschied zu bürgerlichen Frauenvereinen ständig polizeilich schikaniert und vielfach aufgelöst. Mit Erlaß des Sozialistengesetzes wurden alle Vereine und Gewerkschaften verboten. Die 1885 neu gegründeten Frauenvereine wurden ein Jahr später polizeilich aufgelöst, die Leiterinnen vor Gericht gestellt und bestraft. Erst zu Beginn der 90er Jahre konnte die Frauenbewegung stärker Fuß fassen.

Inzwischen waren drei für die Frauenbewegung fundamentale Werke erschienen: "Das Kapital" von Karl Marx 1867<sup>4</sup>, "Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats" 1884 von Friedrich Engels<sup>5</sup> und "Die Frau und der Sozialismus" von August Bebel, 1879 in der Erstauflage und dann vielfach überarbeitet und erweitert bis zur 50. Auflage 1910<sup>6</sup>. Diese Werke griffen die angeblich naturbegründete Unterwerfung der Frau unter den Mann von der Wurzel her an. Denn in ihnen wurde nachgewiesen, daß der Stellung der Frauen soziale Prozesse zugrunde liegen, die nicht unabänderlich sind, sondern einem historischen Prozeß der Veränderung unterliegen. Der historische Materialismus, auf dem auch Bebels Buch basierte, widerlegte so die vorherrschenden biologischen Theorien am gründlichsten.

Was waren die Hauptargumente von Marx und Engels und jenen, die ihnen folgten, gegen die Entrechtung der Frauen?

Wie eben gesagt, wiesen sie vor allem nach, daß die Unterdrückung der Frauen nicht naturgegeben und nicht ewig ist, sondern soziale Ursachen hat und in den verschiedenen Gesellschaftsformationen Veränderungen erfuhr. Die Unterwerfung der Frauen begann mit der Herausbildung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, von Klassen und Klassengegensätzen, wie Friedrich Engels eindrucksvoll in seiner Schrift "Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats" nachwies. Die Schlußfolgerung war, daß die Gleichstellung der Frau in Familie und Gesellschaft

- 3 Musterstatuten für deutsche Gewerksgenossenschaften, in: Bebel, August, Ausgewählte Reden und Schriften (im Folgenden: BARS), Bd. 1, Bearb. von Rolf Dlubek und Ursula Herrmann unter Mitarbeit von Dieter Malik (1970), Berlin: 603-618, bes. 604.
- 4 Marx, Karl, Das Kapital. Kritik der politischen Oekonomie. Bd. 1, Buch 1: Der Produktionsprozess des Kapitals. Hamburg 1867, 1872, 3. verm. Aufl. 1883. Neudruck: Karl Marx/Friedrich Engels: Gesamtausgabe. Zweite Abteilung, Bd. 5 (1983), Bd. 6 (1987), Bd. 8 (1989) Berlin.
- 5 Engels, Friedrich, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. Im Anschluß an Lewis H. Morgan's Forschungen (1884), Hottingen-Zürich. Neudruck: ebenda, Erste Abteilung. Bd. 29.
- 6 Bebel, August, Die Frau und der Sozialismus (1879), Hottingen-Zürich [tatsächlich Leipzig]. Neudruck der 1. und der 50. Auflage: BARS, Bd. 10. Mit einem Geleitwort von Susanne Miller. Bearb. von Anneliese Beske und Eckhard Müller (1996), München u. a.

grundsätzlich erst in einer völlig umgestalteten Gesellschaft möglich ist, die auf dem gesellschaftlichen Eigentum an Produktionsmitteln beruht und von Ausbeutung und Unterdrückung befreit ist. Die Stellung der Frau wurde damit so eindeutig, wie es nie vorher geschah, als Ausdruck politischer Machtstrukturen gewertet, denen sozial-ökonomische Prozesse zugrunde liegen.

Zweitens begrüßten Marx und Engels und ihre Anhänger die Berufstätigkeit der Frauen als wesentlichen Schritt zu ihrer ökonomischen Unabhängigkeit vom Mann. Nicht gegen die Berufsarbeit der Frauen müsse sich die Arbeiterbewegung wenden, sondern gegen die oft unmenschlichen Arbeitsbedingungen. Diese zerstörten die Familie, nicht die Frauenarbeit an sich. Die Frauenarbeit weite vielmehr den Gesichtskreis der Frauen und eröffne ihnen ein Wirken zum Nutzen der Gesellschaft.

Drittens forderte die Arbeiterbewegung die Einbeziehung der Frauen in die Politik. Daß sich die Frauen selbst engagieren und organisieren, zu einer selbstbewußten gesellschaftlichen Kraft an der Seite der Arbeiterbewegung und in der Arbeiterbewegung werden – dafür trat vor allem August Bebel in seinem Buch ein. Dann werde sich schon im Kapitalismus die Ehestruktur ändern. Sie werde auf Gleichberechtigung, gegenseitiger Achtung und Liebe beruhen. Mit dem Prinzip, daß beide Geschlechter im Ringen um die Gleichstellung der Frauen zusammenwirken müssen, wurde die Denkvorstellung von der Feindschaft der Geschlechter verworfen.

Viertens war es für die Anhänger der Ideen von Marx und Engels generell typisch, daß sie nicht, auf das Endziel, den Sozialismus, wartend, die Hände in den Schoß legten. Sie traten vielmehr in ihrer Zeit für Veränderungen, für sog. Tagesforderungen, ein. Das galt auch für die Stellung der Frauen. Genannt seien die Forderungen nach allgemeinem Wahlrecht, nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit, nach Arbeiterschutzmaßnahmen, nach Abschaffung der Bildungsschranken, nach Zulassung zu akademischen Berufen, nach Mündigkeit der Frau im zivilen Bereich. Nicht zufällig befaßte sich der größte Teil von Bebels theoretischem Hauptwerk damit, die Lage der Frauen im Kapitalismus anzuprangern.

Bebel formulierte als Anliegen seines Buches die “Bekämpfung der Vorurteile, die der vollen Gleichberechtigung der Frau entgegenstehen, sowie die Propaganda für die sozialistischen Ideen, deren Verwirklichung allein der Frau ihre soziale Befreiung verbürgen.” Er schrieb sein Buch also nicht nur für die Belange der Arbeiterinnen, sondern es ging ihm um die Rechte aller Frauen, der “Hälfte des Menschengeschlechts”.<sup>7</sup>

Ihre Ausstrahlung erlangten die von Marx, Engels und ihren Anhängern vertretenen Grundsätze auch, indem Bebels Buch in gesellschaftliche Auseinandersetzungen jener Zeit einbezogen wurde. Der Innenminister Robert von Puttkamer begründete 1884 mit Bebels Schrift die erneute Verlängerung des Sozialistengesetzes. Die darin erhobenen Forderungen seien “im eminentesten Sinne gemeingefährlich und geradezu ver-

7 Ebd., Bd. 10/2, S. 229, Vorwort zur 34. Auflage. Vgl. auch August Bebel. Eine Biographie. Autorenkollektiv unter Leitung von Ursula Herrmann und Volker Emmrich (1989), Berlin: 218-237.

brecherisch". In der gleichen Debatte behauptete Otto von Bismarck, Bebels Buch trage "zur Vergiftung des gemeinen Mannes" bei.<sup>8</sup> Die Nachfrage nach Bebels Buch erhöhte sich auch wegen dieser Debatten. Obwohl illegal verbreitet, folgten der zweiten Fassung von 1883 schon 1884 zwei weitere Auflagen.

In der sog. Zukunftsstaatsdebatte von 1893 im Reichstag stand Bebels Buch im Mittelpunkt.<sup>9</sup> Gegenschriften erschienen in größerer Zahl. Bei Debatten um die Zulassung von Frauen zu deutschen Universitäten stellte der Abgeordnete der Freisinnigen Partei Karl Baumbach 1893 im Reichstag fest, Bebel habe den Einwand, die Frau sei dem Mann geistig nicht ebenbürtig, gründlich widerlegt.<sup>10</sup> Anlässlich der Umsturzvorlage von 1895, die im Reichstag abgewehrt wurde, schrieb Ernst Haeckel über Bebels Ausführungen zur Lage der Frau im Kapitalismus: "Der erste Teil enthält viele bittere Wahrheiten, und die bürgerliche Gesellschaft täte besser, sie zu beherzigen, als sie zu verdammen."<sup>11</sup>

Frauenrechtlerinnen aus bürgerlichen Kreisen schätzten ebenfalls Bebels Buch. Minna Cauer, Gründerin des Vereins Frauenwohl und Herausgeberin der Zeitung "Die Frauenbewegung", betonte 1910, das Buch habe "Ermutigung und Arbeitsfreudigkeit auch den bürgerlichen Kämpferinnen gegeben".<sup>12</sup> Helene Stöcker, Gründerin des Bundes für Mutterschutz und Redakteurin von Frauenzeitschriften, würdigte Bebel 1913 als einen "der ersten Kämpfer für eine umfassende soziale, wirtschaftliche, geistige und sexuelle Befreiung der Frau".<sup>13</sup> Man könnte noch viele Werturteile hinzufügen.

Im Februar 1895 erreichte die Sozialdemokratie durch einen Antrag auf Rechtsgleichheit der Geschlechter, daß erstmals im Deutschen Reichstag das Frauenwahlrecht zur Sprache kam. Vorausgegangen war eine Vielzahl von Volksversammlungen. Auch in den Landtagen setzten sich die sozialdemokratischen Abgeordneten für Frauenemanzipation ein. So forderten im Frühjahr 1896 die Sozialdemokraten im bayerischen Landtag Fabrikinspektorinnen, gleiches Vereins- und Versammlungsrecht, Zulassung der Frauen zum Studium und anderes.<sup>14</sup>

Auf den internationalen Sozialistenkongressen fanden Probleme der Frauenemanzipation große Beachtung, sowohl bei gesonderten Treffen der weiblichen Delegierten wie im Plenum der Kongresse. Auf dem Gründungskongreß 1889 in Paris legte Clara Zetkin ausführlich die Positionen der Anhänger von Marx und Engels dar. Eleanor

8 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages. 5. Legislaturperiode. IV. Session, Bd. 1 (im Folgenden: Sten. Berichte 5/IV/1), (1884) Berlin: 156. Vgl. Bebels Antwort in: BARS, Bd. 2. 1878 bis 1890. Erster Halbband. Bearb. von Ursula Herrmann und Heinrich Gemkow unter Mitarbeit von Anneliese Beske u. a. (1978), Berlin: 230ff.

9 Vgl. BARS, Bd. 3. Reden und Schriften. Oktober 1890 bis Dezember 1895. Endredaktion Anneliese Beske und Eckhard Müller (1995), München u. a.: 294-344.

10 Sten. Berichte 8/II/2 (1893) Berlin: 1260.

11 Haeckel, Ernst, Die Wissenschaft und der Umsturz (1895), Berlin: 9.

12 Cauer, Minna, Ein Dank der Frauen, in: Die Frauenbewegung (1910): 27.

13 Stöcker, Helene, Ein Freund der Frauen, in: Die Neue Generation (1913): 479.

14 Die Gleichheit, 4. März 1896.



Marx-Aveling trug die Rede in Englisch und Französisch vor. Emma Ihrer begründete die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit. Das Fazit der theoretischen Positionen fand in Resolutionen keinen Niederschlag. Beschlossen wurde aber die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit ohne Unterschied des Geschlechts – und der Rasse! – sowie die Pflicht der Arbeiterbewegung, Arbeiterinnen gleichberechtigt in ihre Reihen aufzunehmen.<sup>15</sup> Angesichts der Praxis der englischen Trade Unions kam das einer völligen Umwälzung gleich.

Der Kongreß in Brüssel 1891 forderte auf Antrag der weiblichen Delegierten die Gleichstellung der Frau mit dem Mann auf zivilrechtlichem und politischem Gebiet. Hier begegneten sich proletarische und bürgerliche Frauenbewegung.<sup>16</sup>

In Zürich 1893 referierte die österreichische Sozialistin Louise Kautsky, spätere Freyberger, über den "Schutz der Arbeiterinnen". Umfassende Forderungen wurden erhoben. Sie sollten auf alle Frauen in Fabriken, Werkstätten, Läden, der Hausindustrie und auch in der Landwirtschaft Anwendung finden – letzteres auf Antrag italienischer Delegierter.<sup>17</sup> Die Notwendigkeit solcher Schutzmaßnahmen für Arbeiterinnen wurde hier in Polemik mit der bürgerlichen Frauenbewegung begründet. Aber auch unter Sozialistinnen gab es des öfteren Widerspruch gegen spezielle Schutzmaßnahmen für Arbeiterinnen, weil dadurch für Frauen ungünstige Bedingungen bei der Suche nach Arbeit geschaffen würden. Auf mehreren Kongressen meinten "Delegiertinnen"<sup>18</sup> – so als Begriff im Protokoll von 1893 –, daß die Frauenfrage mehr umfasse als die Arbeiterinnen. Sie plädierten für ein Zusammenwirken aller Frauenrechtlerinnen. Der bekannte belgische Arbeiterpolitiker Vandervelde wollte 1891 in die Resolution aufgenommen haben, "daß es die erste Pflicht der Frau sei, dem Hause zu leben".<sup>19</sup> Das forderte natürlich Widerspruch heraus.

Auf dem Londoner Kongreß 1896 bildeten die Rechte der Frau den Punkt IV in der Resolution zur "Politischen Aktion". Er lautete: "Der Kongreß erklärt, daß die Emanzipation der Frau untrennbar ist von der Befreiung der Arbeiterklasse und fordert darum die Frauen in allen Ländern auf, Seite an Seite mit den Arbeitern zu kämpfen und sich mit ihnen gemeinsam politisch zu organisieren."<sup>20</sup> Damit wurde erstmals die Grundposition der Anhänger von Marx und Engels in der Resolution eines internationalen Kongresses niedergelegt. Die von Clara Zetkin, Emma Ihrer, Eleanor Marx-Aveling

15 Protokoll des Internationalen Arbeiter-Congresses zu Paris. Abgehalten vom 14. bis 20. Juli 1889, Nürnberg (1890): 80-85, 88f., 122.

16 Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongresses zu Brüssel (16. bis 22. August 1891), (1891) Berlin: 32f.

17 Protokoll des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in der Tonhalle Zürich vom 6. bis 12. August 1893, (1894) Zürich: 36ff.

18 Ebd.: 37.

19 Verhandlungen... zu Brüssel: 33.

20 Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongresses zu London vom 27. Juli bis 1. August 1896, (1896) Berlin: 18. Ausführlich vgl. Die Gleichheit, 5. u. 19. August 1896.

und Adelheid Popp in einem Resolutionsentwurf vorgelegte scharfe Abgrenzung von der bürgerlichen Frauenbewegung<sup>21</sup> wurde allerdings nicht aufgenommen.

Die Delegierten der internationalen Kongresse sind in den Protokollen ungenau verzeichnet, der Frauenanteil ist daher nicht eindeutig zu ermitteln. 1893 waren offenbar 17 der Delegierten Frauen. 1896 versammelten sich zur gesonderten Beratung der Frauen rund 30 Teilnehmerinnen. Besonders hervor traten in den 90er Jahren des 19. Jh. Clara Zetkin, Eleanor Marx-Aveling und Adelheid Popp. Weiter finden sich unter anderen verzeichnet: Ottilie Baader und Emma Ihrer aus Deutschland, Jane Morris-Sparling und Beatrice Webb aus England, Nelly van Kol aus Holland, Anna Kuliscioff aus Italien, Maria Jankowska-Mendelsson aus Polen, Rosalia Plechanova und Vera Sassulitsch aus Rußland, Verena Conzett aus der Schweiz und Charlotte Perkins Gilman aus den USA.

Als ein Gradmesser für das Engagement sozialdemokratischer Parteien in der Frauentfrage kann auch die Verbreitung von Bebels Buch im Ausland dienen. Es wurde zu Bebels Lebzeiten in 20 Sprachen übersetzt. Vor der Gründung der II. Internationale erschienen Übersetzungen in Dänisch 1884 und 1885, in Englisch – also auch für die USA – 1885 (bis 1910: 5 Ausgaben) und in Schwedisch 1885 (insgesamt 3 Ausgaben). Nach Gründung der II. Internationale kamen in den 90er Jahren folgende Erst-Übersetzungen heraus: 1891 Französisch und Holländisch, 1892 Griechisch und Italienisch, 1893 Bulgarisch und Rumänisch, 1895 Russisch, Tschechisch und Ungarisch, 1897 Polnisch. Auf Russisch erschienen insgesamt 10 Ausgaben, davon 6 in den Jahren der Revolution 1905/1906 und außerdem im Jahr 1905 vier Auszüge aus der Schrift. Die weiteren Sprachen waren Finnisch 1904 und 1907, Armenisch und Spanisch 1906, Grusinisch, Lettisch und Norwegisch 1912 sowie 1913 Serbokroatisch.<sup>22</sup>

Das Jahr 1896 erfordert nicht nur wegen des Internationalen Sozialistenkongresses Hervorhebung. Am 1. Juli 1896 beschloß der Deutsche Reichstag das Bürgerliche Gesetzbuch. Die Sozialdemokratie hatte als Hauptantrag eingebracht: "In allen das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten sind beide Ehegatten gleichberechtigt."<sup>23</sup> Statt dessen wurde gesetzlich festgelegt: "Dem Manne steht die Entscheidung in allen das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten zu." Diese gesetzlich fixierte Unmündigkeit der Frau in Ehe und Familie prangerte die Sozialdemokratie schon bei der Beratung des Gesetzentwurfs an. Das alte Herrenrecht des Mannes werde statuiert. Es entsprach schon damals – angesichts von Millionen berufstätiger Frauen – nicht mehr den Gegebenheiten. Der Ehemann entschied über die Berufstätigkeit seiner Frau. Er konnte einen von ihr geschlossenen Arbeitsvertrag lösen. Er bestimmte den Wohnsitz. In der Landwirtschaft empfang er den Lohn für seine Frau. Und sollte er frühzeitig sterben, durfte nicht die Mutter über die Erziehung der Kinder entscheiden, sondern ein Vormund wurde bestellt. Oft wird

21 Die Gleichheit, 13. Mai 1896.

22 BARS, Bd. 10/2: 729-731.

23 Sten. Berichte. 9/IV, Dritter Anlageband, (1896) Berlin: 2051.

heutzutage behauptet, die Sozialdemokratie habe sich nicht von patriarchalischen Gedankengängen lösen können. In diesen Debatten zum bürgerlichen Gesetzbuch erwies sie sich jedenfalls als konsequente Verfechterin der Gleichstellung der Frau in der bürgerlichen Gesellschaft. In Auswertung dieser Debatten hob Bebel 1896 in der "Neuen Zeit" hervor: "Daß es in allen diesen Fragen die Sozialdemokratie war, die unentwegt und unentmutigt die Fahne für die volle Gleichberechtigung aller entfaltete und vorantrug,...wird ihr die Anerkennung von Hunderttausenden und Millionen bringen."<sup>24</sup>

Auf dem Sozialdemokratischen Parteitag im Oktober 1896 hielt Clara Zetkin ein Referat über Frauenagitation. Das erste Mal wurde auf einem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie die Frauenfrage als ein gesonderter Tagesordnungspunkt behandelt und dabei ausführlich die Position der Anhänger von Marx und Engels erläutert. Die Rede fand als Broschüre weite Verbreitung. Es wurde beschlossen, in möglichst vielen Orten weibliche Vertrauenspersonen in öffentlichen Versammlungen zu wählen. Ihre Aufgabe sollte sein: "Aufklärung unter den proletarischen Frauen in politischer und gewerkschaftlicher Hinsicht, Erziehung zum und Stärkung des Klassenbewußtseins ... und eine diesen Aufgaben entsprechende planmäßige Agitation zu betreiben."<sup>25</sup>

Daß Clara Zetkin dieses Referat vortrug, entsprach ihrer herausragenden Stellung, zuerst 1889 international und dann in Deutschland. Nächst Bebel engagierte sie sich politisch, publizistisch und theoretisch am stärksten für die Gleichstellung der Frau und förderte auch organisatorisch die deutsche und internationale sozialistische Frauenbewegung. Als Redakteurin der sozialdemokratischen Frauenzeitschrift "Die Gleichheit" erwarb sie den marxistischen Ideen der Frauenbefreiung ein weites Wirkungsfeld, unterstützt von Mitarbeiterinnen, wie Käthe Duncker, und vielen Verfasserinnen von Artikeln und Zuschriften, wie Marie Geck und – selten, aber hochgeschätzt – Rosa Luxemburg. 1892 besaß das Blatt 2.000 Abonnenten, 1910 waren es 85.000. Die Zahl der Leserinnen lag weitaus höher.

Aber Clara Zetkin trat auch am striktesten für die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Frauenbewegung ein. Das praktizierte sie gegenüber dem internationalen Kongreß für Frauenwerk und Frauenbestrebungen, zu dem sich im September 1896 in Berlin Frauenrechtlerinnen trafen. Auf deren Tagesordnung standen Mädchenbildung, Wohlfahrtseinrichtungen, Krankenpflege, Arbeiterinnen- und Lohnfrage, Rechtsstellung der Frau, ihre Beteiligung an Kunst, Wissenschaft und Literatur und ihr Mitwirken an der Friedensgesellschaft.<sup>26</sup> Die Trennung beider Richtungen begründete Clara Zetkin auch im Oktober 1896 in ihrem Referat auf dem Gothaer Parteitag. In der Resolution wurden die "Berührungspunkte in rechtlichen und politischen Reformforderungen" beider Richtungen genannt und dann festgestellt, daß "die Pro-

24 BARS, Bd. 4. Reden und Schriften. Januar 1896 bis Dezember 1899. Endredaktion Anneliese Beske und Eckhard Müller. (1995) München u. a.: 68.

25 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Gotha vom 11. bis 16. Oktober 1896 (1896) Berlin: 159ff., 175. – Die Gleichheit, 28. Oktober u. 11. November 1896.

26 Die Gleichheit, 30. September 1896.

letarierin in den entscheidenden ökonomischen Interessen nichts Gemeinsames mit den Frauen der anderen Klassen (hat). Die Emanzipation der proletarischen Frau kann deshalb nicht das Werk sein der Frauen aller Klassen, sondern ist allein das Werk des gesamten Proletariats ohne Unterschied des Geschlechts.”<sup>27</sup>

Aus diesen Formulierungen wird die Ursache der Abgrenzung beider Richtungen deutlich, obwohl die Sozialdemokratie auf Versammlungen, Kongressen, im Reichstag, überall auch die von bürgerlichen Frauenrechtlerinnen erhobenen Forderungen nach Emanzipation vertrat. Die Ursache lag in der objektiv gegebenen Klassegebundenheit beider Richtungen der Frauenbewegung.

Die Frauenrechtlerinnen aus bürgerlichen Kreisen konnten nicht über ihre Klassen-schranken springen. Bei der Gründung der Dachorganisation bürgerlicher Frauenverbände 1894, des Bundes deutscher Frauen, wurden Arbeiterinnen nicht aufgenommen. Während die Arbeiterbewegung die Gesellschaft von Grund auf umgestalten wollte, begnügte sich die bürgerliche Frauenbewegung mit Reformen. Aber selbst dabei blieb sie oft inkonsequent. Es gab in ihren Reihen Verfechterinnen des allgemeinen Wahlrechts für den Reichstag. Hedwig Dohm vertrat z. B. bereits 1876 diese Forderung in einer Broschüre. Viele meinten jedoch, man solle sich zunächst mit dem Streben nach dem Kommunalwahlrecht begnügen, das sei realistischer. Der Bund Deutscher Frauen blieb weitgehend der Auffassung von der naturbestimmten Rolle der Frau verhaftet.

Zwar mußten sich die Frauenvereine als unpolitisch ausgeben. Tatsächlich aber gliederten sie sich in die Politik ihrer Klassen ein. In der bürgerlichen Frauenbewegung traten im 20. Jh. nationalistisch gesinnte Vertreterinnen in den Vordergrund. Am deutlichsten wurde das in der Haltung des Bundes Deutscher Frauen zum I. Weltkrieg. Demokratische und pazifistische Kräfte wurden an den Rand gedrängt. In der Sozialdemokratie beteiligten sich Frauen an Wahlrechtskundgebungen, bei der Agitation zu den Reichstagswahlen, an der Massenbewegung gegen den Zollwucher auf Nahrungsmittel, an den Versammlungen zur Solidarität mit der Revolution in Rußland ab 1905, ganz besonders an den Veranstaltungen zum 1. Mai, aber auch an Kundgebungen gegen Militarismus und Kriegsprovokationen – der Kampf gegen die Kriegsgefahr trat immer stärker in den Vordergrund der Beratungen sozialistischer Parteien. Hervorzuheben ist, daß sich auf den Parteitag weibliche Delegierte zur Politik und Strategie der Partei überhaupt äußerten. Rosa Luxemburg und Clara Zetkin sind dafür herausragende Beispiele.

Die Wahl von weiblichen Delegierten zu den Parteitag provoziert allerdings Kritik. Auch unter den Sozialdemokraten wollte ein beachtlicher Teil die Ehegattinnen lieber zu Hause als auf Versammlungen sehen. In der Regel bewegte sich der Frauenanteil auf den Parteitag um 5 Prozent. Nur 1907 und 1908 lag er mit 27 bzw. 31 Frauen

27 Protokoll... Gotha, 172. Vgl. auch Ihrer, Emma, Die Arbeiterin im Klassenkampf. Anfänge der Arbeiterinnen-Bewegung, ihr Gegensatz zur bürgerlichen Frauenbewegung und ihre nächsten Aufgaben, (1898) Hamburg.

über 10 Prozent. Auch deshalb bewährten sich die seit 1900 alle zwei Jahre vor den Parteitag stattfindenden sozialdemokratischen Frauenkongresse als Foren der Beratung und des Erfahrungsaustauschs. Im Jahr 1900 nahmen 20 Vertreterinnen teil, 1906 waren es 50 und 1908 75 Frauen. Die Funktion einer weiblichen Zentralvertrauensperson, die die Tätigkeit der Frauenvereine koordinieren sollte, wurde 1900 geschaffen. Die Näherin Ottilie Baader war damit beauftragt. Die Zahl der örtlichen Vertrauenspersonen betrug 1901 mindestens 25; 1907 waren es mehr als 400 Vertrauenspersonen.<sup>28</sup> Viele Arbeiterfrauen leisteten Beachtliches in Gesprächen, bei der Einberufung von Versammlungen, der Werbung neuer Abonentinnen für "Die Gleichheit" und neuer Mitglieder für Partei und Gewerkschaften. Die begabte Rednerin Luise Zietz – 1908 wurde sie in den Parteivorstand gewählt – sprach z. B. im Jahr 1901 auf 209 Zusammenkünften.<sup>29</sup>

1898 erschien eine Meinungsumfrage unter deutschen Professoren zum Frauenstudium – fast durchweg ablehnend. Sie wurde von Arthur Kirchhoff unter dem Titel "Die akademische Frau" publiziert. Clara Zetkin antwortete darauf mit Vortrag und Broschüre zum Thema "Der Student und das Weib".<sup>30</sup> Sie setzte sich also durchaus nicht nur für Arbeiterinnen ein. Was dieser Schrift heute noch ihre Anziehungskraft verleiht, ist, daß – im Unterschied zu Bebels Buch – eine Frau von ihrem Standpunkt und ihren Gedankengängen aus das Problem von Berufstätigkeit und Familie, von Frau-Sein und Mensch-Sein beleuchtete. Damit brachte Clara Zetkin einen besonderen Akzent in die sozialdemokratische Frauenbewegung ein.

Auch international schritt Anfang des 20. Jahrhunderts die Vertretung von Frauenrechten und die Organisierung der Frauen voran. Seinen Ausdruck fand das 1907 auf der Ersten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz, an der 58 Delegierte aus 15 Ländern teilnahmen. Es stand nicht bloß auf dem Papier, daß die Gremien der einzelnen Länder stärker miteinander in Kontakt und Erfahrungsaustausch treten sollten. Die vielen Berichte in der "Gleichheit" über Fortschritte der Frauenbewegung in anderen Ländern zeugen davon. Weitere Frauenpersönlichkeiten traten in den Vordergrund, so Käthe Duncker und Luise Zietz aus Deutschland, Margarete Mac Donald aus England, Hilja Parsinnen aus Finnland, die erste in einem nationalen gesetzgebenden Organ vertretene Frau, Madelaine Pelletier aus Frankreich, Henriette Roland-Holst aus den Niederlanden, neben Adelheid Popp auch Emma Adler und Therese Schlesinger aus Österreich, Alexandra Kollontai aus Rußland, May Wood-Simons aus den USA. Auch Rosa Luxemburg nahm an den Internationalen Kongressen teil.

Warum wurde das Jahr 1910 als Schlußpunkt der Darlegungen gewählt? Man könnte vielleicht mit mehr Recht die Jahre 1917/1918/1919 ansetzen. Aber zum ei-

28 Vgl. die Berichte über die Frauenkonferenzen in den Protokollen der sozialdemokratischen Parteitage. Vgl. auch Fricke, Dieter: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917 (1987) Berlin.

29 Staatsarchiv Hamburg, S. 5883. Vgl. auch Evans, Richard: Sozialdemokratie und Frauenemanzipation im deutschen Kaiserreich (1979), Berlin-Bonn: 162. Die Konzeption von Evans teile ich nicht.

30 Clara Zetkin: Der Student und das Weib, (1899) Berlin. Neudruck: Marxistische Blätter 3/1995: 17-29.

nen brachten Weltkrieg und anschließende Revolutionen viele neue Probleme und Veränderungen. Zum anderen bewirkte die Profilierung der verschiedenen Strömungen in der Arbeiterbewegung in viel stärkerem Maße als vorher ein unterschiedliches Herangehen an die Fragen der Frauenemanzipation. In Österreich und Großbritannien stellten z. B. sozialdemokratische Parteien Forderungen nach Frauenwahlrecht zurück, um zunächst ein besseres Wahlrecht für Männer zu erreichen. Es mehrten sich Stimmen, die Frau ins Haus zu verbannen.

Unberechtigt ist die Zäsur im Jahr 1910 nicht. In diesem Jahr beschloß die Internationale Sozialistische Frauenkonferenz in Kopenhagen, jedes Jahr einen Internationalen Frauentag zu organisieren. Wie der 1. Mai aufrüttelnd gewirkt hatte, sollte dieser gemeinsame Kampftag die Forderung nach Gleichberechtigung weit in die Öffentlichkeit tragen. Das gelang auch. Der Grad der Organisation von Frauen für ihre Rechte wuchs bis zum ersten Weltkrieg bedeutend an. Das Frauenwahlrecht bildete die nächste Forderung des Internationalen Frauentags, da Frauen hierdurch gedrängt waren, einen politischen Standpunkt zu beziehen.

Was hatten Sozialdemokratie und Frauenbewegung bis 1910 in Deutschland konkret erreicht? Drei Gebiete seien genannt:

Die wichtigste politische Verbesserung für Frauen bildete das Vereinsgesetz von 1908. Es erlaubte die Mitgliedschaft in politischen Parteien und die Teilnahme an politischen Versammlungen. Nachdem 1908 der Beitritt von Frauen zur Sozialdemokratischen Partei gestattet war, zählte sie 82.640 Frauen 1910 als Mitglieder. Im gleichen Jahr waren 161.500 Frauen gewerkschaftlich organisiert. Die sozialdemokratische Frauenbewegung wurde nun in die Partei integriert, was Vorteile und Nachteile hatte. Festgelegt war aber, daß in jedem Vorstand mindestens eine Frau vertreten sein mußte und daß spezielle Bildungsabende für Frauen beibehalten wurden.

Für Frauen in Fabriken mit mehr als 10 Beschäftigten wurde 1907 die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden herabgesetzt. Die meisten Frauen arbeiteten länger. Schutzgesetze für Fabrikarbeiterinnen waren eingeführt. Sie waren auch gegen Krankheit und bei Wochenurlaub versichert – äußerst kärglich.

Die Zulassung von Frauen an Universitäten eröffnete 1900 das Land Baden. Preußen gewährte es 1908, ein Jahr vor Mecklenburg-Vorpommern, dem letzten Bundesstaat. Im Wintersemester 1909/1910 betrug der Frauenanteil unter den Studierenden in Deutschland 3,5 Prozent. Viele Grundrechte fehlten nach wie vor.

Und dennoch: Insgesamt hatte sich ein gewaltiger Aufbruch im Vergleich zum Beginn oder zur Mitte des 19. Jh. vollzogen. Vor allem seit den 90er Jahren des 19. Jh. veränderte sich das gesellschaftliche Denken über die Rolle der Frau, schritt das aktive Ringen um Verwirklichung von Frauenforderungen mächtig voran. Schon 1893 konnte August Bebel im Reichstag ohne Widerspruch äußern: "... mein Buch 'Die Frau' hat eine Revolutionierung der Geister gerade unter den deutschen Frauen hervorgeufen wie noch nie ein Buch zuvor."<sup>31</sup> Der Nationalliberale Ernst Bassermann stell-

te im Februar 1912 im Reichstag fest, die Frauen seien zu einem "Machtfaktor im öffentlichen Leben" geworden.<sup>32</sup> Und die Herausgeber der fünfbandigen "Geschichte der Frauen" konstatieren in der Einleitung zu Band IV, daß sich die Lebensperspektive von Frauen im 19. Jh. grundlegend veränderte. Die Möglichkeit entstand, daß Frauen ihren Platz als Subjekt, als politische Akteurinnen, als Staatsbürgerinnen fanden. "Das 19. Jahrhundert erscheint demnach als Wendepunkt in der langen Geschichte der Frauen."<sup>33</sup>

Daran gebührt nach meiner Auffassung der revolutionären Sozialdemokratie – in der II. Internationale vereint – das Hauptverdienst. Vor allem aus folgenden Gründen:

- Das Prinzip der Sozialdemokratie war es, möglichst viele Frauen zu organisieren, sie in die Politik einzubeziehen und sie zu befähigen, selbstbewußt und eigenständig ihre Belange in Familie und Gesellschaft zu gestalten.
- Sie erklärte sich programmatisch konsequent für die Gleichstellung der Frau mit dem Mann und präzisierte entsprechende Forderungen auf internationalen Kongressen, auf sozialistischen Frauenkonferenzen und auf Parteitag.
- Sie mobilisierte Massen bei Kundgebungen und Demonstrationen für Frauenrechte. Am ersten Internationalen Frauentag 1911 nahmen in Deutschland z. B. mehr als 1 Million Menschen teil.
- Sie vertrat die Rechte der Frauen permanent im Reichstag und in Landtagen und brachte dazu ständig die verschiedensten Anträge ein.
- In den Gewerkschaften setzte sie sich im Interesse von Millionen arbeitender Frauen dafür ein, besseren Lohn und günstigere Arbeitsbedingungen zu erreichen.
- Unter der Fülle der wissenschaftlichen und agitatorischen Schriften begründete August Bebel's Buch "Die Frau und der Sozialismus" am umfassendsten die Notwendigkeit der Gleichberechtigung der Frau und wies Wege zur Überwindung von Ausbeutung und Unterdrückung.
- Und trotz der Verschiedenheit des Herangehens in einzelnen Ländern gab das internationale Zusammenwirken der Sozialistinnen und der Sozialdemokratischen Parteien vieler Länder für festgelegte Forderungen dem Ringen um die Befreiung der Frau von Ausbeutung und Unterdrückung außerordentliche Ausstrahlung.

Die Arbeiterbewegung jener Jahrzehnte trug also maßgeblich dazu bei, das Bild über die Rolle und die Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft umzugestalten und erste Erfolge zu erreichen. Damit vollbrachte sie einen nicht hoch genug zu würdigenden Beitrag zum Menschheitsfortschritt. Sie bereitete vor, was nach dem Ersten Weltkrieg im Gefolge von Revolutionen in Rußland, Deutschland und anderen europäischen Ländern zugunsten der Frauen verändert wurde.

32 Sten. Berichte 13/1/1, (1912) Berlin: 339.

33 Geschichte der Frauen, Georges Duby/Michelle Perrot (Hrsg. [der fünf Bände]). Bd. 4: 19. Jahrhundert. Geneviève Fraisse/Michelle Perrot (Hrsg.). Edit. Betreuung der deutschen Ausgabe Karin Hausen, (1994) Frankfurt u. a.: 12.

# Abhandlungen der Leibniz-Sozietät

## Band 1 / 1. Halbband

Das lange 19. Jahrhundert. Personen – Ereignisse – Ideen –  
Umwälzungen. Ernst Engelberg\* zum 90. Geburtstag  
Hrsg. v. Wolfgang Küttler

<b>Inhalt</b>			
Zum Geleit <i>Herbert Hörz</i>	9	Deutscher Vormärz. Geschichte und Aktualität oder Am Anfang war Börne <i>Helmut Bock</i>	119
Vorwort <i>Wolfgang Küttler</i>	11	Oppenheims "Arbeiterunruhen" im <i>Staats-Lexikon</i> – Eine dem Meister auch der großen Form gewidmete Miscelle <i>Hermann Klenner</i>	155
Laudatio für Ernst Engelberg <i>Wolfgang Küttler</i>	13	Warum der Bund der Gerechten keine Sekte war <i>Martin Hundt</i>	163
Begegnungen mit Ernst Engelberg <i>Werner Müller</i>	21	Die drei Kritiken. Utopischer Überschuß in der Marx'schen Theorie. Für Ernst Engelberg <i>Wolfgang Fritz Haug</i>	169
Aus der Kinderstube der DDR-Militärhistorio- graphie <i>Helmut Schnitter</i>	27	Liberales und Demokraten in der deutschen 1848er Revolution. Gegensätze und Gemein- samkeiten <i>Walter Schmidt</i>	177
Erzählen in der Zeit der Strukturgeschichte. Ernst Engelberg überlebte seinen Staat. Zu seinem 90. Geburtstag <i>Wolf Jobst Siedler</i>	33	Die Landtage in den deutschen Mittel- und Kleinstaat 1848/49 <i>Gunther Hildebrandt</i>	207
Das Bismarck-Bild des Historikers Ernst Engelberg <i>Rudolf Augstein</i>	37	Arbeiter in den Freischaren der badisch-pfäl- zischen Revolutionsarmee <i>Rolf Dlubek</i>	227
Bismarcks Rußlandpolitik nach der Reichs- gründung <i>Konrad Canis</i>	47	1848/49–1918/19. Zweimal Revolution in der Kleinstadt Haslach im Kinzigtal <i>Manfred Hildenbrand</i>	261
Zu den Anfängen in der Entwicklung des Bismarckbildes nach 1945 im Osten Deutschlands <i>Heinz Wolter</i>	63	Deutsche Polenfreundschaft 1848 im Inte- ressenwiderstreit <i>Helmut Bleiber</i>	285
Deutschland als 'verspätete Nation' (Helmut Plessner): Bismarck und der Nationalsozia- lismus <i>Wolfgang Bialas</i>	81	Akademiepolitik der Staaten des Deutschen Bundes um 1850 <i>Conrad Grau</i>	299
Gebrochener Bann. Weltkriegsforschung im Wandel <i>Jürgen Kocka</i>	99	Schriftenverzeichnis Ernst Engelberg <i>Karl-Heinz Noack</i>	309
Joachim Nettelbeck – ein royalistischer Patriot <i>Rolf Weber</i>	105		

ISBN 3-89626-158-4, 322 S., 49,80 DM

Der Titel ist bereits lieferbar

\* Prof. Dr. Ernst Engelberg feierte im April diesen Jahres seinen 90. Geburtstag. Der trafo verlag und die Redaktion der BzG möchten dem Jubilar auf diesem Wege ebenfalls herzliche Grüße und Glückwünsche übermitteln!



# Abhandlungen der Leibniz-Sozietät

## Band 1 / 2. Halbband

Das lange 19. Jahrhundert. Personen – Ereignisse – Ideen –  
Umwälzungen. Ernst Engelberg zum 90. Geburtstag  
Hrsg. v. Wolfgang Küttler

<b>Inhalt</b>			
Vorwort <i>Wolfgang Küttler</i>	7	Internationale Maifestschriften 1890–1914. Überblick und komparativer Versuch <i>Jutta Seidel</i>	183
Zum Fortschrittsproblem in wissenschafts- und ideengeschichtlicher Sicht <i>Werner Berthold</i>	9	Natalie Liebknecht und Elise Schweichel. Probleme und Persönlichkeitsentfaltung zweier befreundeter Sozialdemokratinnen <i>Ursula Herrmann</i>	199
Das 19., das 16. und das 20. Jahrhundert. Epochenanalogien und Perspektivwechsel im marxistischen Denken <i>Gerhard Brendler</i>	33	Historiographie der Arbeiterbewegung. Eine europäische Subkultur und ihre Geschichts- wissenschaft <i>Bernd Florath</i>	211
Preußen und Europa <i>Rudolf von Thadden</i>	53	Roter Himmel auf Erden? <i>Wolfgang Eichhorn</i>	261
Kursachsen-Polen und Brandenburg-Preußen im 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts <i>Karl Czok</i>	65	Ernst Bernheims Historik in seinem "Lehrbuch der historischen Methode" <i>Hans Schleier</i>	273
Nationwerdung oder nationale Wiedergeburt in Südosteuropa <i>Ernstgert Kalbe</i>	81	Nationalstaat, Kapitalismus, okzidentale Kultur. Deutschland und die Perspektiven der Moderne im Werk von Max Weber <i>Wolfgang Küttler</i>	291
Der griechische revolutionär Rigas Velestinlis <i>Johannes Irscher</i>	101	Die Dynamik sozialer Entwicklung in der russischen Geistesgeschichte Ende des 19./ Anfang des 20. Jahrhunderts <i>Helmut Steiner</i>	317
"Die serbische Revolution?" – Rankes frühe Schrift vergessen? <i>Gerhard Lozek</i>	109	Wandlungen des Antisemitismus in Rußland. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der russischen Revolution von 1905 <i>Mario Keßler</i>	331
Friedrich Wilhelm IV. und Italien. Anmer- kungen zum Forschungsgegenstand <i>Peter Bethhausen</i>	129	Zu den Autorinnen und Autoren	345
Akademiepolitik in Staaten des Deutschen Bundes um 1850 <i>Conrad Grau</i>	137		
Zur Struktur der II. Kammer des sächsischen Landtages 1869–1914 <i>Wolfgang Schröder</i>	147		

ISBN 3-89626-159-2, 350 S., 49,80 DM

Der Titel kommt ab 20. September 1999 zur Auslieferung  
Bestellungen und Vorbestellungen über jede Buchhandlung  
oder direkt bei: trafo verlag, Finkenstraße 8, 12621 Berlin,

Fax: 030/56701949

e-mail: trafoberlin@t-online.de

# Diskussion

## “Zwie-Gespräch”

– ein Modellprojekt zur Vollendung der inneren Einheit

### DIETER MECHTEL

Im November 1990 trafen sich erstmals auf Anregung von Oberkonsistorialrat Dr. Ulrich Schröter in der Nöldnerstraße in Berlin-Lichtenberg einige Männer zum Gespräch über ihre Biographien. Im Auftrag der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg hatte Dr. Schröter an der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) mitgewirkt. Er wollte aber mehr wissen über die Motive der Mitarbeiter des MfS und der SED-Funktionäre, über die Arbeitsweise des MfS speziell in der Kirche und darüber, wie seine Gesprächspartner auch angesichts damals sehr dramatischer und einseitiger Darstellungen in den Medien ihre eigene Vergangenheit bewerten. Und er wollte einen Dialog mit ehemaligen Bürgerrechtler vermitteln. So lag es für ihn nahe, sie zu einem Gespräch zu bitten, dessen Dauer er von vornherein nicht begrenzen wollte. Dazu Dr. Schröter: “Schon 1989/90 war in der Volkskammer ein enormer Aufbruch des Aufeinanderzugehens zu verzeichnen, und zwar auch über Grenzen hinweg. Dieser Prozeß wurde gestoppt, als sich ethische Urteile einmischten. Die Zeitungen berichteten eine ganze Menge, aber gleichzeitig immer mit dem Unterton der ethischen (Vor-)Verurteilung. Diesen erst einmal wegzunehmen war eines meiner Anliegen. Aber auch als Methode kam es in Anwendung, denn es gibt zwei Schritte, sich der Vergangenheit zu nähern. Da ist erstens zu fragen, wie war’s, was war überhaupt los? Und das zweite ist dann die Beurteilung. Die Reihenfolge ist nicht ganz unwichtig. Kommt es sofort dazu, daß man die Sache in eine ganz bestimmte Linie einordnet, dann verstellt dies möglicherweise den Blick für das, was der andere sagen will. Wie im Leben überhaupt – die Grundbedingung ist und bleibt: erst hören, dann urteilen.

Es ist eine Grunderfahrung, daß Emotionen nicht schaden, sondern sogar gesprächsfördernd sind. Man muß sich dann allerdings auch auf verschobene Fronten einstellen. Daß Opfer z. B. die anwesenden MfS-Mitarbeiter als diejenigen ansahen, die auch für sie persönlich bedrohlich wären. Dies alles konnte und mußte wohl auch geäußert werden. Sigmar Faust hat zwei Stunden lang gesprochen, keiner unterbrach ihn, niemand ging raus. Und nach heftigen Attacken haben mehrere gesagt, jetzt ist mir wohler. Wenn keiner Angst vor den anderen haben muß, dann kann und darf man auch einmal zuspitzen. Und umgekehrt, da war Kurt Zeiseweis, der seine eigene Tätigkeit

beim MfS bejaht, und das ganz unverdrossen gegen den Zeitgeist. Man könnte auch sagen, der ist stur. Aber die Sache, die ich bei ihm bemerkenswert finde, ist, daß hier einer spricht, der von der DDR und der Notwendigkeit des MfS überzeugt war. Der nicht schlechthin meint, 'alles weg und vorbei, ist sowieso nicht wiederholbar, ich bin fehlgeleitet worden', sondern der zu seiner Vergangenheit steht.

Solch ein Gespräch lebt davon, daß verschiedene Auffassungen aufeinanderstoßen können. Gerade in unserer Zeit ist es wichtig, daß man nicht von vornherein einen Konsens festlegt, sondern wenn möglich im Verlauf des Gespräches zu ihm findet."

### Gegenseitige Wahrnehmungsdefizite abbauen

Die ehemaligen MfS-Mitarbeiter und SED-Funktionäre ihrerseits hatten vorher nie Gelegenheit, in einer solchen Atmosphäre mit ehemaligen Bürgerrechtlern zu diskutieren, z. B. mit dem Schriftsteller Lutz Rathenow, der bei den ersten Gesprächen dabei war, oder mit Sigmar Faust. Auch Ulrike Poppe und das Ehepaar Misselwitz sowie Rainer Schult beteiligten sich in den ersten Jahren an den Diskussionen.

Ich selbst, zuletzt Mitarbeiter der Abteilung für Sicherheitsfragen des ZK der SED, wollte genau die Motivation derer kennenlernen, die schon zu DDR-Zeiten der Politik von "Partei und Regierung" kritisch gegenüberstanden, die verfolgt wurden und gelitten hatten. Insofern hatte jeder von uns aus unterschiedlicher Sicht Defizite. Die Tatsache, daß wir vorurteilsfrei aufeinander zukamen, um zu hören und zu begreifen: "Warum dachte und denkt der andere so anders als ich?" – das war und ist bis heute eine tragfähige Grundlage der "Zwie-Gespräche" und bestimmt ihr Spannungsfeld.

Dr. Schröter wurde von Beginn an von *allen* Gesprächspartnern als Moderator anerkannt. Dadurch konnte er die Diskussion bis zu einer bestimmten Schärfe zuspitzen, aber auch wieder entschärfen. Teilnehmer, die vielleicht gar nicht oder nur emotional aufgeheizt und verkürzt miteinander gesprochen hätten, konnten sich durch seine Moderation kennenlernen. Er war sozusagen die sachliche und vor allem menschliche Brücke zwischen politischen Gegnern. Hier wird – gleichberechtigt – über ein Thema – kontrovers – gestritten. Es gibt keine von vornherein bestimmte unterschiedliche Gesprächsebenen.

Durch diese Art von "Zwie-Gesprächen" entstand die Idee, eine Zeitschrift gleichen Namens herauszugeben. Die Zeitschrift sollte die gewonnenen Erfahrungen auch für andere Menschen nachvollziehbar machen: den individuell komplizierten, schmerzhaften dialogischen Umgang mit der eigenen Vergangenheit, die gegenseitigen Wahrnehmungsdefizite, den – bei aller Unterschiedlichkeit, ja Gegensätzlichkeit – dennoch menschlichen Respekt voreinander und die Bereitschaft zur sachlichen Auseinandersetzung. Als Herausgeber fungierten Dr. Schröter, der mit vielen ehemaligen Oppositionellen auch persönlich verbunden war, und ich, der sozusagen die in der DDR offiziell gültige Denkwelt repräsentierte.

Das Forum "Zwie-Gespräch" gab ehemaligen Mitarbeitern des MfS und Verantwortlichen in der DDR Gelegenheit, ihre Sicht, ihre Position auf ihre und unsere gemeinsame Vergangenheit ungekürzt darzustellen.

Dr. Schröter: "Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR haben die politischen Umwälzungen schlagartig Jahrzehnte herrschende Wertvorstellungen und damit auch das Verhalten gegenüber ihren Verfechtern verändert. Bisher Herrschende bzw. Verantwortliche mußten sich öffentlich rechtfertigen. Das traf (und trifft z. T. noch immer) mit Wucht vor allem die Mitarbeiter des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit. Es wurde engagiert und fordernd nach deren Denken und Handeln vor dem Systemwechsel gefragt. Plötzlich befanden sie sich in der Verteidigerrolle, waren die Angefragten und Angegriffenen und damit in einer für sie völlig ungewohnten Situation, auf die sie in keiner Weise vorbereitet waren. Wo aber fanden sie die Möglichkeit, ihre Sicht zu äußern, ohne sofort unterbrochen zu werden, wo die Möglichkeit, ihre Sicht ungekürzt darzustellen?"

Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß die Anfragen berechtigt waren, auch wenn sie ein von der SED abhängiges und zu ihrem Schutz aufgebautes, ihr zugeordnetes Staatsorgan betraf. Das ergibt sich zuerst aus dem Erleiden der bisher Benachteiligten. Sie haben ein Recht darauf, zu erfahren, warum man ihnen beispielsweise das berufliche Fortkommen erschwerte oder unmöglich machte, warum man sie überwachte oder gar inhaftierte. Diese Anfragen sind vor allem stellbar, weil mit dem Untergang der DDR die einzigartige Möglichkeit besteht, hierfür eine Fülle von staatlichem Material, einschließlich der Akten des Ministeriums für Staatssicherheit, kontrollierend heranzuziehen.

Aber noch ein anderer Gesichtspunkt ist für die Befragung bzw. Beteiligung ehemaliger Funktionäre bei der Beschäftigung mit der Vergangenheit wichtig: Ihr Fachwissen ist durch kein Aktenstudium zu ersetzen. Wir wissen trotz unvergleichlich reichhaltiger Aktenbestände zu wenig von den Denkbewegungen ehemals Verantwortlicher. Ferner gibt es Traditionszusammenhänge und interne Abläufe, die nur mündlich überliefert wurden. Es ist eben nicht alles schriftlich geronnen – trotz der riesigen Aktenberge. Nicht alle Hintergründe erschließen sich aus ihnen. Außerdem ist der Aktenbestand nicht vollständig erhalten ...

In manchen geschichtsbezogenen Darstellungen der Funktionäre fand sich allerdings wenig, was über frühere offizielle Äußerungen hinausging. Daran kann man Unbelehrbarkeit ablesen, man kann daraus aber auch den Schluß ziehen, daß sie noch heute im Grundsatz zu ihren früheren Meinungen und Überzeugungen stehen. Ihre damaligen Äußerungen waren demnach nicht vorgetäuschte ideologische Tünche. Hier liegen tiefgehende Lebensprägungen vor. Sie beruhen bei den älteren unter ihnen auf Erlebnissen oder Erzählungen aus der Zeit des Nationalsozialismus oder der frühen Nachkriegsjahre."

## Miteinander statt Gegeneinander

Die Diskussionsrunden und – als ihr Ergebnis die Zeitschrift – sollten von Anfang an mehr sein als nur Rede und Gegenrede, als Auseinandersetzung zwischen Opponenten, als ein fairer Streit mit den Autoren und Herausgebern bzw. Diskussionsteilnehmern. Wir konzipierten “Zwie-Gespräch” vorrangig als Anregung für ein selbstkritisches inneres Zwiegespräch der Teilnehmer bzw. Leser, als Anregung, darüber mit Gleichgesinnten, Freunden und Familienangehörigen ins Gespräch zu kommen, als Beiträge zur Beförderung von Toleranz.

Schließlich sollten auch ehemalige Bürger der Alt-BRD bzw. aus West-Berlin angeregt werden, in die Denkstrukturen der ehemaligen DDR-Funktionäre einzudringen, um, davon ausgehend, vieles in der DDR realistischer beurteilen zu können.

Die in “Zwie-Gespräch” veröffentlichten Beiträge sind Texte zur Zeit. Sie spiegeln in der Regel den unterschiedlichen Stand des Umgangs mit der eigenen und der deutsch-deutschen Vergangenheit aus persönlicher Sicht wider und verkörpern insofern “Geschichtsschreibung von unten.” Durch ihre Echtheit, auch die Echtheit der Betroffenheit und Auseinandersetzung, sind sie für Historiker – bei allem berechtigten Widerspruch – interessant und aufschlußreich.

Die letzte Nummer der Zeitschrift “Zwie-Gespräch” erschien im Dezember 1995. Sie hat in 31 Ausgaben (A-5-Format, i. d. R. 32 Seiten) die unterschiedlichen Betrachtungen und Wertungen beim Umgang mit der Vergangenheit in den Jahren 1991 bis 1995 dokumentiert. Insgesamt wurden 120 Beiträge von 46 Autoren, darunter 16 MfS-Mitarbeitern, 5 Inoffiziellen Mitarbeitern und 4 hauptamtlichen Parteifunktionären der SED. Und immer noch gehen Anfragen nach Heften aus dem In- und Ausland ein. Die Herausgeber hatten sich deshalb 1996 entschlossen, die Beiträge der 31 Hefte thematisch zusammenzufassen und als Dokumentationsbände in Buchform herauszugeben.<sup>1</sup>

## Öffentlichkeit und Offenheit

Einerseits war es für uns unstrittig, mit unserem Projekt in die Öffentlichkeit zu gehen. Andererseits war uns deutlich, daß der Schritt in die Öffentlichkeit ein außerordentlich schmerzlicher Prozeß der persönlichen Bewertung der eigenen Vergangenheit ist, der auch die öffentlich gestellte Schuldfrage zur Konsequenz hat. Sich selbst auf diese Weise der Schuldfrage zu stellen, ist ein schwieriges und zugleich mutiges

1 Die erste Dokumentation – erschienen als Band 6 der Schriftenreihe “Gesellschaft – Geschichte – Gegenwart” des Gesellschaftswissenschaftlichen Forum e.V., trafo verlag Berlin, enthält alle Beiträge zum Thema “Staatssicherheit und Kirche”, der zweite (Band 8 der Reihe) alle Beiträge, die Zwie-Gespräche im Wortsinn widerspiegeln, alle Beiträge also, auf die andere Autoren, schriftlich und widersprechend, reagiert haben. Ein dritter und vierter Sammelband mit dem Titel “Wir haben das eigene Volk zum Feind gemacht – Arbeitsweise und Motive des Mfs” sowie “Schwierigkeiten mit der eigenen Geschichte – auf der Suche nach der Wahrheit” werden als Bände 23 und 24 der Reihe noch in diesem Jahr erscheinen.

Unterfangen. Ich stelle damit meine bisherige Existenz in Frage. Ich weiß nicht, wie andere mit meiner Biographie umgehen, wie die Öffentlichkeit reagiert. Spricht also jemand ehrlich über seine Vergangenheit, so ist das alles andere als selbstverständlich. Die Gesprächsrunden, die grundsätzlich offen waren und sind, werden deshalb ganz bewußt ohne Dokumentation der jeweiligen Veranstaltungen durchgeführt. So besteht eher die Chance, ganz offen und ohne Zurückhaltung zu sprechen. Hier kann man nachfragen, ausreden. Viele Teilnehmer öffneten sich erst, wenn sie die in der Regel entspannte Atmosphäre der Gespräche erlebten.

Die späteren schriftlichen Beiträge von Teilnehmern in der Zeitschrift "Zwie-Gespräch" dokumentieren in aller Regel dann einen längeren Verarbeitungs- und Auseinandersetzungsprozeß der Autoren im Ergebnis der Gesprächsrunden.

### Kleinere Erkenntnisschritte anerkennen

Ein bis heute zu konstatierender Mangel bei der Beschäftigung mit der Vergangenheit besteht m. E. darin, daß auch kleinere Erkenntnisschritte ehemaliger MfS-Mitarbeiter oder SED-Funktionäre nicht genügend gewürdigt werden. Erkenntnisvorgänge verlaufen nicht linear und mit spektakulären Schritten, sie gehen mit inneren Kämpfen und Auseinandersetzungen einher, die ihre Zeit brauchen. Die politische Auseinandersetzung erfolgt jedoch oft einfach zu rigide und unduldsam.

Aber warum sollen die ehemals Verantwortlichen, die erlebt haben, daß die von ihnen betriebene oder mitgetragene Politik gescheitert ist, zu kritischen Einsichten und neuen Ideen nicht fähig sein? Man könnte auch umgekehrt schlußfolgern, daß man es gerade von ihnen erwarten sollte.

Und da sind die durch die Mitwirkung des MfS ins Gefängnis Geworfenen. Ihre verwunderten Fragen: "Wie konnten Sie nur...? Hätten Sie nicht selbst längst sehen müssen...?" gehen oft einfach deshalb ins Leere, weil sie den gleichen Erfahrungshorizont beim Gegenüber voraussetzen. Jeder lebt mit seiner Biographie, man kann nicht einfach in die des anderen hineinschlüpfen. Man kann jedoch versuchen, sich ihr zu nähern, um dadurch selbst zu neuen Einsichten zu gelangen. Das gelebte Leben läßt sich nicht abschalten wie das Licht, aber man kann feststellen, wo man sich früher hat blenden lassen und die Realität verzerrt wahrnahm, und man kann sich nun bemühen, Neues zu entdecken und in Bereiche zu schauen, die man vorher nicht sah, sehen wollte oder konnte.

### Maßstab für die Selbstkritik

Viele ehemals Verantwortliche schöpfen gerade aus ihrer Überzeugung von der Richtigkeit sozialistischer Ideale die Kraft zur Kritik an der Gesamtverfassung der DDR und auch an ihrem eigenen Leben, weil diese Ideale in der Praxis mehr und mehr verkümmerten und z. T. völlig auf der Strecke blieben. Sie suchen nach den Gründen dafür. Sie sehen diese teils in systemimmanenten Gegebenheiten, wie die Stran-

gulierung von Demokratie als Folge einer völlig überzogenen und alle Lebensbereiche durchdringenden Sicherheitsdoktrin, teils aber auch in eigener Schuld, weil sie sich z. B. aus Parteidisziplin mit der Kritik an Führungsentscheidungen zurückhielten. Bei dieser Ursachenanalyse ist prinzipiell Geduld angesagt.

Früher waren viele DDR-Bürger überzeugt, den roten Faden der Geschichte für immer gefunden zu haben. Heute sind viele wieder auf der Suche. Es braucht das ganz bewußte Freimachen von ehemaligen Denkschablonen. Freimachen hat nichts zu tun mit aufgeben, verabschieden. Erst völlig unorthodox und selbstkritisch nachdenken, dann prüfen und nicht umgekehrt. Wir kommen sonst nicht zu einem neuen Ansatz und zur inneren Ruhe. Und wenn das Resultat auf den ersten Blick noch so überraschend ist. Auf der Suche zu sein ist überdies menschlicher als immer recht haben zu wollen und eingebunden zu sein in die Parteidisziplin. Insofern waren wir zu DDR-Zeiten krank an der Seele.

Der Sprung, im Sozialismus individuelle Freiheit, Demokratie, soziale Sicherheit und ökonomische Effizienz zu verwirklichen, war im Vergleich zum Kapitalismus zu groß. Seine historischen Defizite waren weit größer als seine historischen Fortschritte. Der Sozialismus hat sich im Grunde seit seiner Geburt 1917 in Rußland von alten elitären und diktatorischen Herrschaftsmechanismen nicht trennen können, er hat sie sogar verschärft. Aber hat zugleich und dennoch einen Blick in eine Zukunft gestattet, in der die Menschen in ihrer Mehrheit solidarischer miteinander umgehen. Er war Vergangenheit und Zukunft zugleich. Und an dieser Spannung ist er zugrunde gegangen. Deshalb scheiterte er zu Recht. Mit diesem Herzfehler wurde auch die DDR geboren und konnte schließlich nicht überleben.

### Den Gesprächskreis Zwie-Gespräch gibt es bis heute

Die Notwendigkeit, ein Zwie-Gespräch mit sich selbst, mit ehemaligen Weggefährten und politischen Gegnern über die eigene und die allgemeine DDR-Vergangenheit zu führen, ist in 10 Jahren Neue Bundesrepublik nicht geringer geworden. Leider hat die Neugier auf so völlig anders gelebte Leben wie das eigene in völlig anderen gesellschaftlichen Zusammenhängen und Strukturen in den letzten Jahren deutlich nachgelassen. Es wird verdrängt, statt zu verarbeiten.

Dies gilt nicht für den Kreis der an den Zwie-Gespräch Teilnehmenden. Sie hält bis heute das Interesse am Austausch über die politisch unterschiedlichen, ja oft gegensätzlichen Ansichten bei der Bewertung der Vergangenheit und der Austausch eben dieser Ansichten mit Blick auf eine gemeinsame Gegenwart und Zukunft im vereinten Deutschland zusammenhalten. Nicht nur einmal wurde geäußert: "Wir hätten früher so miteinander reden müssen." Hinzu kommt, daß die Sorgen und Probleme des Alltags dazu verleiten, sich zu sehr für sich selbst und zu wenig für andere zu interessieren. Das führt zu Ignoranz und Intoleranz bei der Bewertung anderer Lebensleistungen als der eigenen. Dieser Versuchung wirkt der Gesprächskreis entgegen. Freundschaften sind hier zwischen den damals und heute politisch Andersdenkenden im Laufe der

Jahre sicher nicht entstanden, aber doch die Bereitschaft zum Zuhören, der Respekt vor der Lebensleistung der Teilnehmer sowie der Verzicht auf eigene Rechthaberei. Und das ist sehr viel.

Die monatliche Diskussionsrunde (außer Juli, August) hat keine feste Zusammensetzung. Manche Teilnehmer sind von Anfang an dabei, andere wiederum nur einige Male. Der Teilnehmerkreis schwankt zwischen 15 und 30. Mittlerweile haben rund 85 Zwie-Gespräche zu den unterschiedlichsten Themen stattgefunden. Etwa 300 Männer und Frauen haben im Laufe der Zeit daran teilgenommen. Während einige aus dem Diskussionskreis ausscheiden, kommen andere neu hinzu. Sein Ende ist angesichts seiner unterschiedlichen Zusammensetzung und Interessenlage sowie vieler unbewältigter Probleme bei der deutsch-deutschen Vereinigung nicht abzusehen.

Seine Anfangszeit war stark biographisch geprägt. Da standen jene Teilnehmer im Vordergrund, die aus dem eigenen Erleben heraus sprachen, die erfassen und begreifen wollten, was mit ihrem Land und ihnen geschehen war. Mancher kam auch mit dem Wunsch, aus seiner Akte vorzulesen. Aber im wesentlichen stand die eigene Erfahrung im Mittelpunkt. Als die biographische Sicht der Disputanten sich erschöpfte, rückte die wissenschaftliche – auf namhafte Referenten gestützte – Aufarbeitung der Vergangenheit stärker in den Vordergrund. Einige Beispiele: So referierte der seinerzeitige Direktor der Gauck-Behörde, Dr. Geiger, über seinen Standpunkt zum Umgang mit den Akten des MfS, Klaus Eichner las Passagen aus seinem inzwischen erschienenem Buch über die Aufklärung der CIA-Tätigkeit in Deutschland, Dr. Wilfriede Otto stellte ihr biographische Skizze über Erich Mielke zur Diskussion, Admiral Theodor Hoffmann bewertete aus persönlichem Erleben die NVA und ihre Auflösung, Michael Scholz referierte über Herbert Wehner, Michael Herms über die Anfangsjahre der FDJ, Gerhard Schürer über “Was war die DDR am Ende ihrer Geschichte wert?”. Thomas Auerbach von der Gauck-Behörde stellte die Auswertungsergebnisse der MfS-Akten über die Planung der Internierungslager vor, Wolfgang Schwanitz hielt dazu aus seiner Sicht ein Co-Referat, Inge Bennewitz forschte und berichtete über Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze, Bernd-Rainer Barth über “Ungarn 1956”. Kontrovers diskutierte Themen waren auch “Christlicher Sozialismus”, die Motivation der MfS-Mitarbeiter und – nicht zu vergessen – Rainer Hildebrandts Erinnerungen über seine Tätigkeit in der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) sowie Rainer Eppelmanns bittere Erfahrungen mit dem MfS. Dazu noch einmal Dr. Schröter:

“Ich stehe auf dem Standpunkt, wenn man über etwas sprechen will, soll man es auch selbst tun. Bei der Auflösung des Staatssicherheit war ich im Auftrag der Kirche tätig. Die Fortsetzung in den Gesprächen war meine Privatinitiative als Pfarrer. Manches kann ein Pfarrer mehr tun, als es ein leitendes Mitglied der Landeskirche vermag. Der Ansatz dabei sollte sein: Ich weiß, der Mensch ist fehlbar, und ich bin es selbst auch.

Aber was uns an der Presse manchmal stört ist dies, daß diejenigen, die schreiben, das oftmals im Ton der Selbstgerechtigkeit tun und über jeden Zweifel erhaben



erscheinen. Der andere ist ein ganz Schlimmer und der, der schreibt, wußte und weiß alles. Das erscheint unbarmherzig und paßt überhaupt nicht mit unserer Auffassung von der Möglichkeit der Vergebung zusammen.

Ich gehe auch weiter vom sündigen Menschen aus. Und damit gibt es für solche Gespräche zwei Grundvoraussetzungen. Erstens, mit der Fehlbarkeit des Menschen ist zu rechnen. Und zweitens, Vergebung ermöglicht einen Neuanfang. Deshalb darf ich auf den anderen zugehen. Er verdient nicht den Fußtritt. Er verdient meine Zuwendung.

Natürlich gibt es auch Spannungen und Emotionen, denn die Praxis ist weitem nicht so rein wie die Theorie. Ebenso wie es ein Beichtgeheimnis gibt – und doch ist es dokumentiert und öffentlich gemacht worden.”

### Es gibt keine für alle gültige Wahrheit

Die Erfahrungen im Projekt “Zwie-Gespräch” zeigen, daß wir noch immer zu wenig von einander wissen und daß es bei der Bewertung der Vergangenheit keine allgemeingültige Wahrheit gibt. Jeder hat seine Biographie, seine Sicht, seine Erfahrung, und jeder hat auch für sich *seine* Wahrheit, die man zunächst einmal schlicht wahrnehmen sollte. Erst in einem zweiten Schritt sollte die Bewertung hinzukommen. Und hier kann und muß die Auseinandersetzung beginnen. Dabei können sich Einsichten ergänzen, sie können sich gegenseitig aufheben, sie können gegeneinanderstehen. Diese Verschiedenheit auszuhalten und für sich, bei allem Respekt vor der Meinung des anderen, auch eine persönliche Entscheidung zu finden, ist die schwierige, aber notwendige Herausforderung für jeden einzelnen.

Die Diskussionen im Gesprächskreis Zwie-Gespräch werden unter der Moderation von Ulrich Schröter fortgesetzt.

Meine Vision ist, daß in den vielen Öffentlichkeiten dieses Landes, in den Medien und vor allem in unseren Parlamenten und Vertretungskörperschaften so miteinander umgegangen wird, wie in unserem Gesprächskreis. Er scheint mir ein gelungener Modellversuch zum vertrauensvolleren menschlichen Zusammenwachsen, zur Bewältigung der Aufgabe “inneren Einheit” zu sein – eine mögliche Brücke, die aus verschiedenen Vergangenheiten in eine gemeinsame Zukunft führen könnte.

# Nachruf

Prof. Dr. sc. Wolfgang Kießling lebt nicht mehr. Am 1. März 1999 erlag der langjährige Redakteur und stellvertretende Chefredakteur der BzG im Alter von 69 Jahren einer schweren Krankheit, der er über Monate tapferen Widerstand entgegengesetzt hat. 25 Jahre hat er das Profil der “Beiträge zu Geschichte der Arbeiterbewegung” mitgeprägt, sich dafür eingesetzt, ihren wissenschaftlichen Charakter zu erhalten und zu vertiefen. Mir ist er in diesen Jahren ein guter Freund geworden. Man konnte mit ihm über alles sprechen. Er war absolut vertrauenswürdig. Nahezu gleichaltrig, beide unserer erzgebirgischen Heimat fest verbunden, stimmten unsere Absichten auch über die Gestaltung der BzG vollständig überein.

Wolfgang Kießling war ein harter Arbeiter. Neben seiner Redakteurstätigkeit hat er nicht nur seine beiden Dissertationen, sondern auch mehrere Bücher verfaßt und Hunderte von gehaltvollen Artikeln für unsere Zeitschrift und für andere Organe geschrieben. Sein leserfreundlicher Stil, sein Einfühlungsvermögen in Biographisches, seine akribische, materialgestützte Darstellungsweise, seine Liebe zum Detail machten das Lesen seiner Arbeiten zu einem gewinnbringenden Vergnügen.

Nach biographischen Arbeiten über Ernst Schneller, Albert Kuntz und Georg Schumann wandte sich Wolfgang Kießling dem deutschen antifaschistischen Exil in Lateinamerika, besonders der Bewegung “Freies Deutschland” in Mexiko zu. Neben anderen Publikationen entstanden die Bücher “Alemania Libre in Mexiko”, “Exil in Mexiko”, “Brücken nach Mexiko” und die Reprintausgabe der Zeitschrift “Freies Deutschland”. Er leistete damit echte Pionierarbeit und erwarb sich mit seinen Forschungen auch international einen Namen.

Seine Beschäftigung mit diesem Thema machte ihn auch mit den Biographien der Akteure jener Zeit in Lateinamerika bekannt. Es entstanden persönliche Beziehungen, besonders zu Paul Merker, der sein väterlicher Freund wurde. Über die stalinistischen Repressionen, denen manche dieser Akteure in der DDR ausgesetzt waren, konnte Wolfgang Kießling damals noch nicht schreiben, aber mit der Würdigung ihrer Leistungen in Lateinamerika hat er wesentlich zu ihrer Rehabilitierung beigetragen. Die Öffnung der Archive 1990 bot ihm das Material, detailliert diesen Repressionen nachzugehen. Es entstanden mit großer Anteilnahme geschriebene Artikelserien und Bücher über die großen Opfer der stalinistischen Verfolgungen, so über Paul Baender, Noel H. Field, Paul Merker, Leo Zuckermann und Willy Kreikemeyer. Letzteres unter dem Titel “Leistner ist Mielke. Schatten einer gefälschten Biographie”, erschien wenige Wochen vor seinem Tode. Mit diesen Arbeiten konnte Wolfgang Kießling sein in den sechziger Jahren begonnenes Hauptwerk, das deutsche antifaschistische Exil in Lateinamerika, um seine bitterste Seite vervollständigen.

Wolfgang Kießling ist nicht mehr. Er hinterläßt eine große Lücke. Geblieben sind seine Bücher und das Andenken an einen engagierten Historiker und aufrechten Menschen. Wir werden ihn nicht vergessen.

*Fritz Zimmermann*

## Aus Kondolenzschreiben und Nachrufen zum Tode von Wolfgang Kießling

Wolfgang und ich haben zwar nie unmittelbar zusammengearbeitet, aber er war mir stets ein willkommener, gesuchter und vertrauter Gesprächspartner am Institut, weil er in seltener Weise Klugheit, Einfühlungsvermögen, Hilfsbereitschaft und Freundlichkeit, ja männlichen Charme vereinte. Er wird mir unvergessen bleiben.

*Prof. Dr. Heinrich Gemkow, Berlin*

Seine Bücher schätzte ich besonders, waren sie doch verbunden mit meinem eigenen Schicksal als überlebendes Opfer des ungarischen Rajk-Prozesses. Sie halfen mir viel, die Tragödie des Stalinismus zu verstehen.

*George H. Hodos, USA*

Es macht uns sehr traurig, daß wir in letzter Zeit keine Gelegenheit hatten, uns mit ihm auszutauschen. Konnten wir doch immer vieles über unseren Vater erfahren.

Wir sind jetzt dabei, sein Buch "Leistner ist Mielke" zu lesen und können ihm nun nicht mehr sagen, wie sehr wir sein gesamtes Schaffen würdigen und ihm besonders für seine Arbeit zum Leben und Wirken unseres Vaters dankbar sind.

*Ruth Merker, Leipzig, Ursula Voigt, Dresden, sowie Johanna Richter*

Die Zusammenarbeit mit ihm an unseren Exilbänden bleibt mir unvergessen. Er hatte noch so viel vor. Jetzt müssen wir dankbar sein, daß er nach 1990 noch soviel hat schaffen können. Es war eine riesige Anstrengung unter Schmerzen. Sie verdient Respekt und Bewunderung.

*Prof. Dr. Werner Mittenzwei, Bernau*

Ich habe Ihren Mann in seiner wissenschaftlichen Arbeit außerordentlich bewundert, vor allem darin, daß er mit unendlicher Energie die Lücken und Verdrängungen von Lebensschicksalen, die Folge der jahrzehntelangen Tabuisierung waren, zu schließen – und damit zuerst einmal offenzulegen – bemüht gewesen ist. Das war eine außerordentlich kühne, psychisch belastende Arbeit. Ich kenne keinen Kollegen aus der DDR, der das mit einer solchen Entschiedenheit getan hat, denn bevor aufgrund dieser Arbeit erkennbar werden konnte, daß man sich auf diese Weise selbst und der eigenen Arbeit treu geblieben ist, trat doch zunächst einmal in Erscheinung, daß man sich selber zu widerlegen schien. Das haben nur sehr wenige gewagt, und in gewisser Weise bin ich tief betroffen, daß es so wenige waren. Wie Ihr Mann glaube ich, daß wir den Exilierten diese intellektuelle Aufrichtigkeit schulden und mit unserer wissenschaftlichen Arbeit ihren Lebensschicksalen gerecht werden müssen.

*Prof. Dr. Frithjof Trapp,  
Hamburger Arbeitsstelle für deutsche Exilliteratur*

Wolfgang Kießling war für mich ein Beispiel eines wißbegierigen Historikers, der auch immer bereit war, Fakten zur Kenntnis zu nehmen und zu lernen. Deswegen hatten wir ja nach 1990 so gute Beziehungen. Vor allem in den ersten Jahren nach dem Ende der DDR gab es auch eine intensive Zusammenarbeit zwischen uns. Seine Krankheit hat ja manchen Plan nicht Wirklichkeit werden lassen. Um so mehr bewundere ich, was er in den letzten Jahren an Arbeiten noch geschaffen hat, die bleiben werden.

*Prof. Dr. Hermann Weber,  
Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Universität Mannheim*

Einer wie Wolfgang Kießling ist eine Seltenheit in der Zunft: Ein Historiker, bei dem sich die zu großer Leistung nötige Besessenheit des Forschers mit der Gabe zu packender literarischer Darstellung verbindet. Er verstand es, Geschichte zu erzählen, ohne sie zu versimpeln. An Genauigkeit ließ er sich von niemandem etwas vormachen. Doch akademisches Gehabe war ihm, dem in der DDR zum Professor berufenen Neulehrer aus dem Erzgebirge fremd.

*Holger Becker in: junge welt, 3. März 1999*

Wir haben einen Historiker verloren, der nicht nur mit seinen gewissenhaften Forschungen, seiner zusehends verfeinerten Darstellungsweise überzeugte, sondern mehr noch durch das Einfühlungsvermögen und des Verantwortungsbewußtsein, mit dem er sich den Gegenständen und vor allem den Personen seines historischen Interesses genähert hat...

Wenn es einen Historiker mit DDR-Provenienz gibt, der sich um die Rehabilitierung stalinistisch verfolgter Funktionäre der KPD und der SED verdient gemacht hat, so Wolfgang Kießling.

*Prof. Dr. Günter Benser in: Neues Deutschland, 4. März 1999*

Was wir nachlesen können, ist nur die Spitze eines Massives von Arbeit, von schöpferischer und von Kärner-Arbeit in den Archiven. Wolfgang Kießling stützte sich nicht allein auf Archive. Wichtig war ihm das intensive Gespräch mit Zeitzeugen. Was wir nachlesen können, ist zugleich ein Resultat des Vertrauens, welches Wolfgangs Persönlichkeit und ein ihm eigener Charme bei Menschen erwarb, deren Leben er darstellen und deren Erfahrung er aufheben wollte. Nicht eben so selbstverständlich, da doch Tabus, Vorbehalte, Vorurteile, wohl auch Vorsicht mitschwangen. Wolfgang Kießling erwarb sich das Vertrauen von Anna Seghers, Paul Merker, Ludwig Renn, Leo Zuckermann, Hermann Field – um nur einige Namen zu nennen. Welche Lücke bestünde in unserem Wissen um unsere Geschichte, dächten wir uns Wolfgangs Werk ungeschrieben?

*Wolfgang Hartmann,  
Berlin, in seiner Trauerrede zur Beisetzung am 10. März 1999*

# Berichte

“...der Rosa Luxemburg, reichen wir die Hand...!”

11. Wissenschaftliche Konferenz der “Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft”. Berlin, 9. Januar 1999

## GERHARD KAISER

Manuskripte der Rosa Luxemburg, Erstveröffentlichungen ihrer Schriften<sup>1</sup>, deutsch- und fremdsprachige Publikationen ihrer Schriften, Zeichnungen von der Hand Rosas, Blätter aus ihrem Herbarium, Lebenszeugnisse unterschiedlichster Art, z. B. Urkunden und Briefe, konnten in der ehemaligen Garnisonskirche auf dem Gelände der vormaligen Preußischen Hauptkadettenanstalt in Berlin-Lichterfelde, derzeit Lesesaal der Bibliothek im Bundesarchiv, Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der DDR, besichtigt werden.

Mitglieder und Freunde der seit 1980 wirkenden “Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft” hatten die Ausstellung angeregt. Ihr Vorsitzender Narihiko Ito (Japan) eröffnete sie gemeinsam mit Konrad Reiser vom Bundesarchiv. Insgesamt knapp 100 Interessierte aus dem In- und Ausland machten sich mit den selten oder noch nie gezeigten Ausstellungsstücken bekannt.

Diese Ausstellung am 8. Januar war eine von annähernd zwei Dutzend Veranstaltungen: Lesungen (z. B. von Maria Seidemann aus ihrem Buch über die schwierige Liebesbeziehung zwischen Rosa Luxemburg und Leo Jogiches), Diskussionsrunden (z. B. im Jugendzentrum WILLE in Berlin-Kreuzberg), weitere Ausstellungen (darunter die durch den Historiker Joachim Hoffman in Berlin-Karlshorst gestaltete, über den Berliner Zentralfriedhof Friedrichsfelde) und wissenschaftliche Konferenzen, die dem Leben und Werk Rosas gewidmet waren. (Eigentümlicherweise fehlten Veranstaltungen zu Leben und Werk Karl Liebknechts, dem Reichstagsabgeordneten und Kriegsdienstverweigerer, der gemeinsam mit Rosa Luxemburg die KPD gegründet und wie sie hinterrücks und ungesühnt im Januar 1919 ermordet wurde, völlig).

Am folgenden Tag fanden sich jeweils annähernd 200 Interessierte zu zwei wissenschaftlichen Konferenzen in Berlin zusammen, die sich mit Rosa Luxemburg im engeren und weiteren Sinne befaßten.

“Cuba si” und “junge welt” hatten zu einer (überwiegend von jüngeren Teilnehmern besuchten) Podiumsdiskussion in der Volksbühne eingeladen. Diskutiert wurde das Thema: “Stört die neoliberale Internationale!” (Siehe “junge welt” und “Neues Deutschland”, Berlin, jeweils vom 11. Januar 1999).

Die wissenschaftliche Tagung der “Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft” fand in Verbindung mit der Forschungsstelle Widerstandsgeschichte der FU Berlin und der Ge-

1 1970 bis 1975 erschienen im Berliner Dietz-Verlag fünf Bände ihrer Werke (ein umfangreicher, von Feliks Tych vorbereiteter sechster Band ist in Übersetzung und wird im Karl-Dietz-Verlag Berlin erscheinen), im folgenden Jahrzehnt kamen sechs Bände des epistolarischen Nachlasses dazu.

denkstätte Deutscher Widerstand, die der von Henryk Skrzypczak moderierten Veranstaltung auch Gastrecht gewährte, statt.

Der erste Teil befaßte sich – Narihiko Ito machte einleitend mit wichtigen Ergebnissen der vorhergehenden Konferenzen und Entwicklungsproblemen der Gesellschaft bekannt – mit “Rosa Luxemburg im internationalen Diskurs”. Annelies Laschitza und Ottokar Luban (beide Berlin), untersuchten “Gegenwärtiges wissenschaftliches und öffentliches Interesse an Rosa Luxemburg in Deutschland” bzw. “Die Stellung der SED zu Rosa Luxemburg”. (Ausführlich zu letztgenanntem Thema siehe Lubans Aufsatz in “Neues Deutschland”, 9./10. Januar 1999: 15).

Nach Ottokar Luban reklamierte die SED für sich, im Sinne Rosa Luxemburgs und ihrer Mitstreiter zu handeln, andererseits mußte sich die Staatspartei der DDR (zumindest ab 1948) als eine “Partei neuen Typus” “mit Luxemburgs Auffassungen zur Demokratie auseinandersetzen”. Luban zeichnete an Hand der Luxemburgschen Texte nach, daß Demokratie und Freiheit für Luxemburg keine abstrakten Begriffe gewesen seien. Sie habe sehr konkrete Vorstellungen über die Massen und die Parteiführer in einer Vielzahl ihrer Schriften seit 1904 (und nicht erst oder nur in ihrer Schrift über die russische Revolution) entwickelt. In Luxemburgs Demokratieverständnis gehörten zur “Freiheit des Andersdenkenden” auch die “nur im harten Klassenkampf zu erringende sozialistische Gesellschaft mit wirtschaftlicher und sozialer Gleichstellung der arbeitenden Massen”.

Annelies Laschitza benannte Tatsachen und Tendenzen “die zeigen, daß auch in Deutschland” (im Unterschied z. B. zu Rußland, Polen und Österreich wie sich in der Diskussion herausstellte) “das Interesse für Rosa Luxemburg nicht erloschen ist”, sondern “durch vielerlei Bemühungen sogar neu geweckt werden konnte”.

Beispiele dafür sind mehr als ein Dutzend biographische Werke, die derzeit in Deutschland erhältlich sind, Wanderausstellungen (u. a. die von Maxi Besold gestaltete Ausstellung) in zahlreichen Städten, oft mit Rahmenprogrammen verbunden, werden ebenso stark besucht, wie szenische Lesungen oder universitäre Spezialveranstaltungen (z. B. an den Universitäten Hannover, Oldenburg, Göttingen, Bremen). Quintessenz: “Sage also niemand, es gäbe nach dem Zusammenbruch des Sozialismus kein Interesse mehr an Sozialistinnen und Sozialisten wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht”. Laschitza meint, daß “sowohl biographische als auch theoriegeschichtliche Arbeiten auch künftig gefragt sein werden” und benannte als “ein direktes Forschungsdesiderat” “die Wirkungs- und Interpretationsgeschichte Rosa Luxemburgs durch das ganze 20. Jahrhundert und zwar sowohl konkret in der KPD, KPD-O, KI, SPD, SAP und in den Parteien der Sozialistischen, aber auch der IV. Internationale”.

Frigga Haug (Berlin/Hamburg) sah in ihrem Bemühen “Rosa Luxemburgs Vorschläge durch neuerliche Prüfung lebendig zu halten” die Entwicklung künftiger Entwicklungen skeptischer. Ausgehend von ihrer Analyse der Luxemburgschen Schrift “Krise der Sozialdemokratie”, in deren Wirkung Haug Ursachen dafür erkannte, “daß die Sozialdemokratie also Grund hatte, ihr übel zu wollen”, blieb bei Haug der “widersprüchliche Eindruck, daß ihre Analyse des Kapitalismus in Transformation zum Weltkapital äußerst aktuell ist”. “Dringlich wäre” ihrer Ansicht nach, “eine Partei, welche die kritische Analyse der Gegenwart fortwährend betreibt”. Am Ende des 20. Jahrhunderts verstehe sich die Sozialdemokratie nach eigenem Anspruch als eine Partei der Mitte und nicht mehr ein Produkt des Klassenkampfes. Auch eine Internationale, “aus der heraus kritisch gesprochen werden könnte” sei “schwer zusammenzudenken”. Die Arbeiterklasse arbeite “weltweit mit neuen Technologien” wodurch die Arbeiter sowohl auf bisher nicht bekannte Art auseinanderdividiert als auch auf neue Art zusammen-

geführt werden. Dann gebe es die "Unterdrückten aller Länder" und schließlich "den kleinen Block linker Intellektueller: Da sei "schwer zu denken, wie aus solchen Kräften Zukunft gestaltbar wäre".

Wie man auch heute noch von Rosa Luxemburg lernen könne, exerzierte Fritz Weber (Österreich), der zeigte, wie man aus ihrer Imperialismustheorie Ansatzpunkte für die Analyse der Globalisierungsprozesse und dabei der sich gegenwärtig aus der Asienkrise entwickelnden politischen und sozialen Weltkrise (die u. a. Indonesien, Südkorea, Japan, Rußland sowie lateinamerikanische Staaten, besonders stark Brasilien, erfaßt hat), gewinnen kann.

In gewissem Sinne berührten sich die Aussagen von Haug und Weber, daß gegenwärtig nicht nur das revolutionäre Subjekt der gesellschaftlichen Entwicklung sondern sogar auch das evolutionäre Subjekt abhanden gekommen seien und deshalb nach neuen Lösungen zu suchen sei.

William A. Pelz vom Institute of Working Class History (Chicago) war es, der in seinem Vortrag "Socialism and Democracy: The Politics of Rosa Luxemburg's Legacy. 1919-1999", als wichtigstes und unverzichtbares Vermächtnis Rosa Luxemburgs die Notwendigkeit herausstrich, gegen all jene zu streiten, die den Demokratiebegriff als Banner bei der Verbrämung der kapitalistischen Ausbeutung nutzen. Zu streiten sei im Sinne Rosas für die Verbindung von Demokratie, Internationalismus (d. h. auch gegen nationalistische Erscheinungen unterschiedlichster Art) und sozialer Gerechtigkeit.

Auf der Grundlage von ihm erschlossener (und in einer fundamentalen Quellenedition u. d. T.: "Komintern i ideja mirovoj revoljuziiä / Die Komintern und die Idee der Weltrevolution. Moskau. 1998. 949 S.) zugänglich gemachter Dokumente belegte Jakov Drabkin (Moskau) auch in Polemik mit Feliks Tych (Warschau), der zu "Leo Jogiches' politischem Einfluß auf Rosa Luxemburg" sprach, daß Rosa Luxemburgs Haltung zur Gründung der Kommunistischen Internationale zustimmend war. Ihre behauptete Feindschaft (verbreitet u. a. in der dreibändigen "Geschichte der Internationale" von Julius Braunberg; Bd. 2.: 182) sei frei erfunden, durch nichts zu belegen und widerspreche den Quellen. Jakov Drabkin, der außer zur Stellung Rosa Luxemburgs zur Gründung der KI (s. ausführlicher seinen Beitrag in "Neues Deutschland", Berlin. 16./17. Januar 1999) auch zum "Luxemburgismus" in der KI und zu "Luxemburgs Ideenwelt heute" sprach, räumte auch mit der Legende auf, Karl Radek habe als "Emissär Moskaus" die Spartakusleute im Januar 1919 zum Putsch getrieben. In einem bisher unbekanntem Brief an Lenin, Swerdlow und Tschitscherin (vom 24. Januar 1919) schrieb er u. a. "Ich werde in einer Reihe Flugblätter gegen den Putschismus ... auftreten. Die Zentrale (d. h. Führung der KPD G.K.) ist damit einverstanden. Schon in dem Blatt über den Mord habe ich diesen Ton angeschlagen, denn im Gegenteil droht die Gefahr, daß die spontane Bewegung, Teil für Teil zerschlagen, ohne Führung bleibt". Rosa Luxemburg verkörpere, so Drabkin, die Dreieinigkeit von Marxist, Kommunist, und Revolutionär in bestem Sinne. Es lohne sich auch heute, Rosa zu befragen; unbeirrt der Verdikte, die einst gegen die deutsche Revolutionärin ausgesprochen worden sind. Feliks Tych widmete sich (nicht zum ersten Mal) der Analyse des Einflusses von Leo Jogiches auf wichtige theoretische Werke Rosa Luxemburgs, dabei auch der Schrift über die "Russische Revolution". Damit regte er an, sich mit Jogiches nicht nur als Lebensgefährten, Agitator und Konspirator sondern auch als Theoretiker zu befassen, was Korrekturen des Jogiches-Bildes nach sich ziehen werde.

Der zweite (und wesentlich kürzere) Teil der Konferenz, befaßte sich (diesmal moderiert von Annelies Laschitzka) mit dem "Phänomen Rosa Luxemburg". Er war (nicht zuletzt durch den Zeitdruck) weniger ergiebig. Diskutiert wurden u. a. die "Instrumentalisierung" Rosa

Luxemburgs. Bernd Florath mahnte an Hand von Tatsachen eine differenzierte Bewertung der Verhaltensweise von Bürgerrechtlern vor und nach 1989 an. Während Reiner Eppelmann (s. "Rheinischer Merkur". 4. Dezember 1998) bereits in der Benennung von wissenschaftlichen Vereinigungen z. B. in Sachsen und Brandenburg, nach Rosa Luxemburg Anlaß genug sah, die in Luxemburgs Namen handelnden Vereinigungen zu diskriminieren und politisch zu denunzieren, gab es Berliner Bürgerrechtler, die 1989 verhinderten, daß der Namen Rosa Luxemburgs für U-Bahnhof und Platz "abgewickelt" und aus der Wilhelm-Pieck-Straße eine Gustav-Noske-Straße wurde. Kontrovers diskutiert wurde die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für revolutionäre Bewegungen und Parteien; so z. B. der Mittel, die die SPD vor 1914 für russische Revolutionäre "locker machte" und Mittel die die russischen Kommunisten nach 1917 für deutsche Parteigänger bereit stellten. Schließlich ging es im Zusammenhang mit der Debatte des Demokratiebegriffs sowohl um die Gründe, warum basisdemokratische Arbeitsformen, z. B. die "Runden Tische" in der DDR, mit dem Anschluß an die BRD im Handumdrehen und radikal "abgewickelt" worden sind, als auch um die Frage, warum die "Demokratie" der EU-Funktionsweisen zwar oft kritisiert aber bisher nicht verändert worden ist.

G. Kaiser

Anzeige

### Vorankündigung

## **Barrieren und Karrieren. Die Anfänge des Frauenstudiums in Deutschland.**

Dokumentationsband der Konferenz "100 Jahre Frauen in der Wissenschaft" vom Februar 1997 an der Universität Bremen, herausgegeben von Elisabeth

Dickmann und Eva Schöck-Quinteros

trafo verlag 1999, ca. 370 S., ISBN 3-89626-178-9, Preis: 49,80 DM

Subskriptionspreis bei Vorbestellungen bis 30.11.1999 = 45,80 DM

Zum Inhalt:

Teil 1: Das Frauenstudium in den Sozial- und Kulturwissenschaften

Teil 2: Medizinstudium und der Beruf der Ärztin

Teil 3: Frauen in den Naturwissenschaften

Teil 4: 100 Jahre BGB, 100 Jahre Frauenstudium der Rechtswissenschaften

Teil 5: Studentinnen

Teil 6: Frauenstudium und Berufsperspektiven

Mit Biographischen Aufsätzen über:

Margarete Susmann / Hedwig Hintze / Dora Benjamin / Hope Bridges Adams

Lehmann /Maria Gräfin von Linden

Vorbestellungen ab sofort möglich



# Rezensionen

**Bernd Kramer: "Laßt uns die Schwerter ziehen, damit die Kette bricht...". Michael Bakunin, Richard Wagner und andere während der Dresdner Mai-Revolution 1849, Karin Kramer Verlag, Berlin 1999, 255 S., viele Abb.**

Der Karin Kramer Verlag (Berlin-Neukölln), ein erhaltengebliebenes Rudiment der 68er Bewegung, hat sich in den vergangenen Jahren vor allem verdient gemacht durch Neuauflagen historischer anarchistischer Literatur. Besonders hervorzuheben ist die Edition der Ausgewählten Schriften Bakunin's in zwölf Bänden, von denen bisher drei erschienen sind. Bernd Kramer, von Freunden scherzhaft der "Stellvertreter Bakunins auf Erden" genannt, machte 1996 von sich reden, als er 106 Entwürfe für ein Bakunin-Denkmal ausstellte und dazu einen Katalog herausgab (Bakunin? Ein Denkmal! Kunst Anarchismus, Karin Kramer Verlag, Berlin 1996).

Rechtzeitig vor dem 150. Jahrestag der Maikämpfe von 1849 in Dresden legte Bernd Kramer das Ergebnis seiner langjähriger Studien vor. Zur Beteiligung von Michael Bakunin, Richard Wagner, Gottfried Semper, Musikdirektor August Röckel, Redakteur Ludwig Wittig (aus dessen Gedicht die Worte des Buchtitels stammen) und anderen an den Kämpfen werden aus zeitgenössischen Quellen vielfältige bislang unveröffentlichte Fakten erschlossen. Geradezu amüsant zu lesen, wie gegen die Verleugnung und Verfälschung der Ereignisse und insbesondere der Motive der Aufständischen durch frühere und neuere Geschichtsschreiber polemisiert wird, so zur dümmlichen und lügnerischen Dämonisierung Bakunins oder zur Verdrehung der politischen Überzeugungen Richard Wagners 1849.

Dabei liest man verblüffende Details: Der vielfach mißverständene und verteufelte Satz Bakunins "Die Lust der Zerstörung ist zugleich eine schaffende Lust" gehe zurück auf eine Formulierung von Georg Förster 1794 (S. 209, 215). Eine neue Sicht vermittelt B. K. zur denunziatorischen Bildfolge von Alfred Rethel "Ein Totentanz im Jahre 1848", in dem der Tod als "Held der roten Republik" unter den Losungen "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" agiert (S. 154 ff.). Unerbittlich rechnet er ab mit den Metzeleien der preußischen Soldateska und den mörderischen Niederträchtigkeiten gegen die Gefangenen, die in der Dresdener Frauenkirche zusammengetrieben waren (S. 100 ff.), aber auch mit den liberalen "Heulern". Ebenso konkret weist er auf Parallelen im Repressivapparat der DDR hin (S. 145f.).

Die Schreibweise von B. K. unterscheidet sich prinzipiell von vielen Veröffentlichungen zum 150. Jahrestag der Revolution 1848. Die politische Haltung des Autors ist nicht verdeckt, sondern auf jeder Seite unverkennbar. Die Vereinnahmung der 1848er Demokraten durch heutige konservative Politiker findet hier ihr streitbares Gegenstück. Streckenweise möchte man sagen: So hätte vielleicht Bakunin selbst Erinnerungen an die Maitage 1849 geschrieben.

Der Band enthält viele zeitgenössische Karikaturen und andere kaum bekannte Abbildungen zu den Ereignissen vor 150 Jahren sowie ein umfangreiches Literatur- und Personenregister.

*Werner Grossert*

**Elisabeth Dickmann/Eva Schöck-Quinteros (Hg.): Politik und Profession. Frauen in Arbeitswelt und Wissenschaft um 1900.**

Universität Bremen 1996, trafo verlag Berlin, 184 S., Ill. 29,80 DM, ISBN 3-89626-233-5

Die Schrift ist aus der 1994 gehaltenen Ringvorlesung des Arbeitskreises "Historische

Frauenforschung" an der Universität Bremen zum Thema "Politik und Profession. Bremer Historikerinnen stellen sich vor" hervorgegangen. Bei der Konzipierung der Reihe durch die Herausgeberinnen wurde bewußt Politik als Schwerpunkt gesetzt, denn es bedurfte "handfester Politik..., um ein Recht auf Professionalisierung einzufordern und zu behaupten" (5/6). Leitmotiv der Ringvorlesung war die Kennzeichnung der Wahl der politischen Mittel und emanzipatorischen Strategien auf Seiten der Frauen, "das Aufbrechen hartnäckig sich haltender Vorurteile gegen Intelligenz und Arbeitsvermögen der Frauen" (7), Erfolge und bittere Lebenserfahrungen von Frauen. In den Beiträgen widerspiegelt sich der enge Zusammenhang von Frauenfrage und sozialer Frage. Die internationale Sicht kommt dem Buch zugute. Es vermittelt neue Forschungsergebnisse, auf eingehende Quellenrecherchen gestützt.

*Jutta Schwarzkopfs* Beitrag "Der Webfehler in der Textur von Klasse und Geschlecht oder: Wie kommen Arbeiterinnen zur Politik" kennzeichnet unter Einbeziehung autobiographischer Überlieferungen das Leben dreier Arbeiterinnen aus Lancashire, die sich als Gewerkschafterinnen bzw. als Sozialistinnen für die Politisierung von Arbeiterinnen einsetzen. An diesen Fallbeispielen legt sie dar, wie Arbeiterinnen zum Bewußtsein ihrer doppelten Ausbeutung gelangen. Hier wie im Beitrag von *Elisabeth Dickmann* "Anna Kuliscioff – ein Leben im italienischen Exil als Ärztin, Sozialistin und Feministin" widerspiegelt sich die Wechselwirkung von Arbeiterbewegung und Frauenbewegung, das Hineintragen frauenemanzipatorischer Ideen durch Sozialistinnen in die Arbeiterbewegung. Eindringlich skizziert E. Dickmann den Lebensweg der russischen Revolutionärin, die ihre politische Heimat in der italienischen Arbeiter- und Frauenbewegung fand. Überzeugend wird dargelegt, wie diese Generation von Frauen Wegbereiterin für Bildung und Profession von Frauen war, wobei Anna K. unter weiter ge-

faßter Zielstellung auch in der internationalen sozialistischen Bewegung hervortrat. Unverständlich, warum A. Kuliscioff nicht im "Lexikon der Rebellinnen" Aufnahme fand.

*Dorothea Schmidt* untersucht in ihrem Beitrag "Hat das Handwerk ein Geschlecht? Handwerker und Handwerkerinnen in neuerer Zeit" das Geschlechterverhältnis im wirtschaftlichen und technologischen Wandel, zeitlich weit in das 20. Jh. ausgreifend. Sie polemisiert gegen gängige Vorurteile über die Rolle der Frau, legt aber mehr auf Profession denn auf Politik das Schwergewicht.

Dem Leben von Wegbereiterinnen für Frauenrechte im Bereich der Sozialwissenschaften widmet sich der Beitrag von *Eva Schöck-Quinteros* "'Sie waren schon in reiferen Jahren'. Nationalökonominnen im wilhelminischen Deutschland". Sie belegt, wie diese erste Generation von Sozialwissenschaftlerinnen zur theoretischen Fundamentierung der auf Bildung, Beruf und Wahlrecht ausgerichteten Frauenbewegung beitrug. Die Analysen dieser Forscherinnen über Fabrikarbeit und generell zur sozialen Lage von Frauen rückten sie in die Öffentlichkeit der Kaiserzeit, während heutige Lexika ihre wissenschaftlichen Leistungen vielfach unbeachtet lassen.

*Sigrid Dauks* gibt in ihrem Beitrag "Das 'Frauenstudium' in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften zwischen 1890 und 1933 am Beispiel der Pädagogin Emmy Wolff" zunächst einen Überblick über Studien- und Berufsmöglichkeiten von Frauen auf diesem Gebiet. Sie legt dar, daß die Verbindung von Frauenbewegung und Sozialwissenschaften in der Weimarer Republik weniger ausgeprägt war als im Kaiserreich. Der "Nationalsozialismus (bedeutete) für die wissenschaftliche und politische Arbeit von Frauen eine Zäsur und einen Verlust" (130). In der biographischen Skizze zu E. Wolff legt die Verf. den Schwerpunkt auf den Zusammenhang von Sozialpädagogik und Frauenbewegung in der Weimarer Republik.

*Elisabeth Hannover-Drück* schildert im Beitrag "75 Jahre Frauenwahlrecht zur bremischen Bürgerschaft", wie Frauen-Engagement Männer-Vorurteilen entgegenwirkt, um der Rolle von Frauen in der musealen Darstellung den ihnen gebührenden Platz einzuräumen. *Marion Schulz* referiert über "Die Profession des Vermittlens. 'Datenbank Schriftstellerinnen in Deutschland 194ff.'" Sie schildert das Zustandekommen und den Nutzen dieses Projekts für die Frauenforschung auf dem genannten Gebiet.

Insgesamt weist der Band überzeugend, vorwiegend an biographischen Beispielen, den Zusammenhang von Politik und Frauenemanzipation nach, das Erreichte wie die Defizite.

*Ursula Herrmann*

**Theodor Bergmann/Wolfgang Haible/Galina Iwanowa: Friedrich Westmeyer. Von der Sozialdemokratie zum Spartakusbund – Eine Politische Biographie.** VSA-Verlag 1998, 286 S.

Die Biographie des Arbeiterführers ist eine Gemeinschaftsarbeit zweier deutscher Forscher und einer russischen Forscherin: Bergmann, ehemaliger Hochschullehrer, Haible, Kulturwissenschaftler, beide Stuttgart, und Galina Iwanowa, Archivarin am Russischen Zentrum zur Aufbewahrung und zum Studium der Dokumente der neuesten Geschichte in Moskau.

Friedrich Westmeyer (1873-1917) war gelernter Kaminfeger, Autodidakt und radikaler Marxist. Er war einer der bedeutendsten Vertrauensmänner und Sprecher der linken Sozialdemokraten in Stuttgart und in Deutschland. Mit seiner Geschichte wird auch die Geschichte eines wichtigen Zeitabschnitts "von der Sozialdemokratie zum Spartakusbund" für die Stuttgarter und württembergische Sozialdemokratie geschrieben. Die Autoren haben neues Material hierzu aus mehreren Archiven ausgewertet, vor allem aus dem größten West-

meyer-Fundus im Moskauer Russischen Zentrum (früher Archiv des IML beim ZK der KPdSU). Es ist ihnen gelungen, neue Fakten und wichtige Details der damaligen Entwicklung herauszuarbeiten.

Westmeyers politisches Wirkungsfeld war die aufstrebende Industriemetropole Stuttgart. Es ist die Zeit des Erstarkens der Arbeiterbewegung, der großen gewerkschaftlichen Aktionen, des Richtungsstreits in der SPD zwischen Marxisten und Revisionisten, des aktiven Antimilitarismus und der folgenden repressiven Antwort des Staatsapparates; die Zeit eines vorrevolutionären Spannungszustandes. Das sind auch die thematischen Schwerpunkte der politischen Biographie.

Westmeyer wurde zu einem der besten Journalisten der Arbeiterpresse; 1914 verfügte die SPD über etwa 90 Tageszeitungen. Er erhielt viele Stellenangebote; auch Bebel forderte ihn auf, an das Zentralorgan "Vorwärts" nach Berlin zu kommen. Er zog es jedoch vor, bei der "Schwäbischen Tagwacht" und bei seinen Stuttgartern zu bleiben. Die Autoren nennen ihn einen "organischen Intellektuellen", einen, der in der Praxis der Arbeiterbewegung den Marxismus studiert hatte und der fähig war, marxistische Theorie mit dem alltäglichen Klassenkampf zu verbinden. Die Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der Werktätigen hatte deshalb für ihn politische Priorität. Dies wird besonders deutlich im Kapitel, das sich mit Westmeyers Initiative zur Schaffung des Waldheims in Stuttgart-Sillenbuch befaßt. Die Waldheime waren und sind für die Stuttgarter Arbeiterbewegung bedeutende Orte der Begegnung, der Kultur und Politik und Erholung am Stadtrand.

Die Stuttgarter Linke wurde allmählich zu einer der wichtigsten Keimzellen des Spartakusbundes: "Im Lande gilt der Stuttgarter als Kampf der Richtungen im ganzen Reich." Susanne Miller, die das zitiert, fügt hinzu: "Nicht zuletzt hatte dazu beigetragen, daß sich die 'Gruppe Westmeyer' schon frühzeitig mit den bekanntesten Oppositionellen im Reich verband. Die Fäden zu ihnen liefen

zunächst über Clara Zetkin.“ Auf den Parteitag der SPD ergab sich ein enges Zusammenwirken der Stuttgarter mit den marxistischen Anhängern Rosa Luxemburgs.

Im September 1914 kam Karl Liebknecht nach Stuttgart, um über die Strategie zu diskutieren. Er wurde wegen seiner widerwilligen Zustimmung zu den Kriegskrediten im August 1914 offen kritisiert und versprach daraufhin, in Zukunft gegen die Kredite zu stimmen, selbst, wenn er damit allein bleiben sollte. Im Krieg schufen und hielten die Stuttgarter Linken die Auslandsverbindungen zu den antimilitaristischen Linken anderer Länder. Die Stuttgarterin Berta Thalheimer vertrat die deutschen Linken in Zimmerwald und Kienthal und besorgte die Korrespondenz mit dem Konferenzsekretär Robert Grimm. Durch eine Rundreise im Herbst 1915 half sie, die Gründungskonferenz des Spartakusbundes Anfang 1916 vorzubereiten. Als immer mehr Linke zum Militär eingezogen oder inhaftiert wurden, übernahmen die Genossinnen einen großen Teil der politischen Arbeit, organisierten die Antikriegsdemonstrationen. Schließlich gingen Berta Thalheimer und ihre Schwägerin Cläre Th. nach Berlin, um die technische Arbeit für Leo Jogiches zu übernehmen.

Die enge Zusammenarbeit Westmeyers mit studierten Intellektuellen (Zetkin, Luxemburg, Thalheimer, Hermann und Käthe Duncker) war für beide Teile fruchtbar. Daß er an vorderer Stelle den ideologischen politischen Richtungsstreit innerhalb der Partei führte, spricht für seine theoretischen Fähigkeiten. In Stuttgart kam die organisatorische Spaltung sehr früh; sie war notwendige Folge der politischen Auseinanderentwicklung. Diese wird im Buch beim Konflikt um die führende sozialdemokratische Parteizeitung die "Schwäbische Tagwacht" ausführlich beschrieben. Die Gegensätze treten in aller Schärfe hervor. Westmeyer kämpft um den Einfluß der Linken in der Redaktion. Er wendet sich entschieden gegen die Zustimmung seiner Partei zu den Kriegskrediten, ist ein wichtiger Organisator und beliebter Redner für einen aktiven Antimilitarismus.

Die Autoren zeigen, daß der Berliner Parteivorstand und der Landesvorstand in Württemberg im Juli 1914 keineswegs demokratisch handelten; in manchen Gebieten, so im württembergischen Industriegebiet, war die Mehrheit gegen die Politik des Parteivorstandes. Da die deutschen Behörden der antimilitaristischen Arbeit Westmeyers und seiner Freunde nicht Herr werden konnten, trotz Polizeieinsätzen und Gefängnissen, wurden immer mehr aktive Kriegsgegner an die Front geschickt oder in Rüstungsbetrieben zwangsverpflichtet. Auf der anderen Seite gab es eine wachsende Bürokratie von Heimatkriegern, die intensiv mit der Verfolgung der Kriegsgegner und mit Kriegspropaganda beschäftigt waren.

Ende Oktober 1917 kam Westmeyer mit einer schweren Infektion aus dem Schützengraben in ein Feldlazarett hinter der Westfront. Dort starb er am 14. November. Die Polizei meinte, daß nun "die Radikalen Württembergs ihres einflußreichsten und gefährlichsten Führers beraubt sind". Im militärischen Zusammenbruch und in der Revolution bestätigten sich Westmeyers Prognosen.

Das Buch widerlegt einige immer wiederkehrende Behauptungen aktueller Geschichtsschreibung, z. B. daß der Spartakusbund nur eine Sammlung von Akademikern gewesen sei. Oder: Der deutsche Kommunismus sei nur ein Ableger des russischen und der dortigen Revolution gewesen. Die Biographie zeigt die eigenen Wurzeln der revolutionär-sozialistischen Bewegung in Deutschland. Und die Auseinandersetzungen um die Eigenständigkeit der Linken, die Trennung der Marxisten von den Revisionisten begann in Deutschland recht früh.

Ein interessantes politisches Buch über Geschichte und Strategiedebatten, über Krieg und Antikriegspolitik. Viele behandelte Themen haben durchaus aktuelle Bedeutung. Der Anhang bringt instruktive Statistiken und einige unbekanntere Dokumente.

*Karl Walcher*

**Reinhard Adler: Der Aufbruch der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit nach 1918.**

Agenda Verlag, München 1996, 265 S.

Der Autor, Jahrgang 1943, Fachmann für politische Bildung, hat sich ein zähes Thema vorgenommen. Kaum jemand wird die Notwendigkeit spezifischer Kenntnisse für eine erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit leugnen, schwieriger ist die Antwort auf die Frage, wie dieses Wissen zu erlangen oder zu vermitteln ist. Eine Sache für sich ist das Schreiben darüber, selbst wenn es sich um einen dramatischen Zeitabschnitt handelt wie die Jahre 1918 bis 1924.

Hans Matthöfer, Spitzenpolitiker der SPD, einst Leiter der Bildungsabteilung im Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Metall, meint im Vorwort, diese Arbeit bringe "eine fast unbekannte, heroische und höchst ertragreiche Anstrengung der deutschen Gewerkschaftsbewegung wieder zum Bewußtsein und zur Sprache." Es kostet schon einige Anstrengung, sich durch den Materialberg hindurch zu fressen, den der Autor aufgehäuft hat. Doch die Mühe lohnt sich, ein roter Faden wird sichtbar: Die Abhängigkeit dieser Tätigkeit von den politischen Umständen. Sie spiegelt die revolutionäre Stimmung, die Krisen und die Verwirrung dieser Jahre. Aus dem Nichts sollte in den Wochen und Monaten nach der Novemberrevolution ein unabhängiges Bildungswesen für die Arbeiterschaft aufgebaut werden. Es fehlte alles: Lehrpläne, Lehrer, Räume, Geld. Mit dem Scheitern der Revolution erwies sich manche hochfliegende Absicht als kurzlebig oder unrealisierbar, ein schwieriger Bewußtseinswandel vollzog sich, wie Matthöfer schreibt: von der revolutionären Utopie zum reformpolitischen Schneckengang.

Aber die Erkenntnis, daß Bildungsarbeit ein zentrales Element gewerkschaftlicher Politik ist, behauptete sich, wengleich die entsprechenden Beschlüsse des ersten ADGB-Kongresses im Juli 1919 in Nürnberg nur ein

schwaches Echo fanden. Er hatte festgelegt, daß in allen deutschen Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern Vortragskurse zur "Erziehung und Ausbildung von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten in den Betrieben" und zur "Heranbildung einer breiten Schicht gewerkschaftlich geschulter Kräfte" stattfinden sollen. Auch müßten die seit 1906 abgehaltenen zentralen Kurse wieder aufgenommen werden (vor dem 1. Weltkrieg hatte es durchaus eine breitgefächerte Bildungsarbeit der Verbände und Ortskartelle gegeben, häufig in Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen Partei; die Lehrgänge der Parteischule der SPD in Berlin, an der Rosa Luxemburg Nationalökonomie lehrte, wurden auch von den Gewerkschaften besichtigt). Auf dem nächsten Kongreß 1922 in Leipzig mußte aber eingeräumt werden, daß nur die Gewerkschaftsorganisationen von acht Städten Anträge auf Erstattung der Kosten für Lehrerhonorare gestellt hatten.

Diese offenkundige Mißachtung des Angebots von zentraler gewerkschaftlicher Stelle war ein Reflex der Gewerkschafter und Arbeiter in den Betrieben auf die Burgfriedenspolitik der führenden Gewerkschafter während des Krieges, die sich in der "Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands", gebildet am 15.11.1918 zur Verhinderung der Revolution, fortgesetzt hatte. Die Arbeiter- und Soldatenräte wollten nicht beschwichtigt werden, sie verlangten Mitsprache und Mitentscheidung. Sie brauchten dringend praktische Kenntnisse. So entstanden spontan Kurse für Betriebsräte in großer Zahl. Die Gewerkschaftsvorstände beeilten sich, der Forderung der Basis Rechnung zu tragen, besonders nach der Annahme des Betriebsrätegesetzes im Februar 1920. Dieses Gesetz wurde zwar als Karikatur des revolutionären Rätegedankens aufgefaßt (es verlangte von den Betriebsräten die "Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung des Betriebszweckes"), aber die wenigen Mög-

lichkeiten, die es bot, sollten erkundet und ausgenutzt werden.

Der Dualismus von Gewerkschaft und Betriebsrat prägte viele Formen der Bildungsarbeit, bis es auch mit staatlicher Hilfe gelang, die Betriebsräte zu entpolitisieren und sie in die Gewerkschaftsarbeit einzugliedern. Der Autor der vorliegenden Schrift zeichnet ein deutliches Bild dieser Auseinandersetzung. Er zitiert die Berliner USPD-Zeitung "Freiheit" vom 26.5.1921, die sich über die staatliche Beteiligung bei der Betriebsräteschulung aufregte: Die Schüler solcher Schulen würden an den Klapperstorch des "verständnisvollen Zusammenwirkens" von Unternehmern und Arbeitern glauben! Die Betriebsräte hätten vielmehr die Pflicht, ihren Einfluß zum Nutzen der Gesamtheit in einem "gemeinschaftlichen Sinne" geltend zu machen und damit "sozialistischen Geist zu pflegen und sozialistische Praxis vorzubereiten."

Als dies geschrieben wurde, war an eine sozialistische Praxis nicht mehr zu denken. Reinhard Adler schreibt über die Hauptrichtungen der Bildungsarbeit. Als erste nennt er die Räte- und Arbeiterhochschulen, die dort entstanden oder geplant wurden, wo KPD und USPD über parlamentarische Mehrheiten verfügten, so in Gotha, Stuttgart, Berlin und Braunschweig. Die Arbeiterhochschule Gotha wurde November 1919 vom legendären Hermann Duncker geplant, organisiert und geleitet. Er war in dieser Stadt der Bildungssekretär der Volksbeauftragten. Der Lehrbetrieb konnte nur bis September 1920 aufrechterhalten bleiben. Duncker sah im "Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaft und im Aufbau der sozialistischen Produktionsweise die Leitgedanken des gesamten Unterrichtsprogramms".

Eine längere Wirkung war der Bildungsarbeit des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) beschieden. Der Hauptvorstand richtete im Herbst 1921 eine Bildungsabteilung ein, die bezirksweise Kurse organisierte. Sie dauerten zweieinhalb Wochen, hatten 50 - 80 Teilnehmer, die für diese Zeit von der Arbeit freigestellt waren.

Die Textilarbeiter-Betriebsräteschule in Leipzig war ein Gemeinschaftswerk des Textilarbeiterverbandes, der Universität Leipzig und der Handelsschule dieser Stadt. Sie existierte nur kurze Zeit, da die Gewerkschaft ihren Kostenanteil nicht tragen konnte. Mit den Volkshochschulen entstand eine weitere Möglichkeit, Betriebsräte in den Städten zu schulen.

Bemerkenswert die Bildungsbemühungen in Frankfurt/Main. Hier hatten freie (also sozialdemokratisch orientierte) Gewerkschaften, christliche und Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften bereits 1896 einem "Bund für Volksbildung" die Allgemeinbildung ihrer Mitglieder übertragen. Er mauserte sich nach dem 1. Weltkrieg zum Räteschulverein, der seine Schüler für die im Herbst 1921 eröffnete Akademie der Arbeit vorbereitete. Diese Akademie ist ja heute noch die bevorzugte Bildungseinrichtung für leitende Gewerkschafter.

Auch in Köln und Berlin gab es Schulen, die länger am Leben blieben. In Köln das freigewerkschaftliche Seminar, in Berlin die "Freie Hochschulgemeinde für Proletarier". Sie wurde zur Räteschule der Groß-Berliner Arbeiterschaft, über weitere Entwicklungsstadien verschmolz sie schließlich 1924 mit der parallel existierenden Gewerkschaftsschule zur "Berliner Gewerkschaftsschule". Die Bildungsarbeit in Berlin beurteilt der Autor als die erfolgreichste. Er vergleicht die Lehrpläne, die Unterrichtsstruktur sowie das didaktische Vorgehen der verschiedenen Einrichtungen und kommt zu dem Schluß, daß ein überzeugendes Konzept für die Bildungsarbeit fehlte. Die "krisengeschüttelte, mehr oder weniger ratlose sozialdemokratisch-freigewerkschaftliche Arbeiterbewegung" hätte das Vorzeichen praktischer Schritte zur Demokratisierung in Wirtschaft und Gesellschaft verlangt. "Statt sich mit den Anforderungen einer so verstandenen sozialistischen Umgestaltung auseinanderzusetzen", schreibt er, "vertraute man fast ausschließlich seinem seit Jahrzehnten gepflegten (revolutionären) So-

zialisierungs-Irrglauben". Der Autor meint, die heutige gewerkschaftliche Bildung könnte aus Erfahrungen und Fehlern jener bewegten Zeit manches lernen – nichts dagegen zu sagen!

Günter Simon

**Karl-Joseph Hummel, unter Mitarbeit von Wolfgang Dierker: Deutsche Geschichte 1933-1945.** OLZOG Verlag, München 1998, 348 S.

Es dürfte wohl ein Zufall gewesen sein, daß zeitgleich mit der deutschen Ausgabe des "Schwarzbuches des Kommunismus", das Theorie und Praxis des Sozialismus-Kommunismus allein auf Verbrechen zum reduzieren sucht und in wesentlichen Aussagen de facto eine Gleichsetzung von Kommunismus und Faschismus vornimmt, eine Geschichte Deutschlands unter faschistischer Herrschaft erschien, die die Einmaligkeit faschistischer Menschenfeindlichkeit und faschistischen Verbrechen in einem auf breite Leserkreise gerichteten Buch dokumentiert. Mit dieser Ausrichtung kann es, trotz gewisser Widersprüche und fragwürdiger Interpretationen, im entsprechenden Vergleich durchaus eine korrigierende, aufklärerische, entlarvende Signalwirkung haben, was ihm zu wünschen ist. Das gilt auch für den faktisch auf Gleichsetzung hinauslaufenden Vergleich von DDR und faschistischer Diktatur.

Hervorzuheben ist die gelungene Struktur des Buches in seiner Kombination von historisch-chronologischer und sachlich-thematischer Darstellung der deutschen Geschichte während des *Faschismus*. Allerdings vermeidet der Vf. diesen Begriff und spricht durchweg vom "Nationalsozialismus". Im ersten Kapitel werden Entstehung, Aufstieg des Nationalsozialismus sowie dessen "Machtergreifung" und Politik der politischen "Gleichschaltung" behandelt. Das zweite Kapitel bildet den Hauptteil des Buches und umfaßt

die Jahre von 1934 bis 1939. Mit thematisch gegliederten Abschnitten über das faschistische Herrschaftssystem ("Führer", Staat und Partei), über den innenpolitischen Terror mit Gleichschaltung, Konzentrationslagern usw., über die Außen- und Kriegspolitik, über ökonomische Kriegsvorbereitung und die Organisation von Ausbeutung, Plünderung und Zwangsarbeit, über die Entmündigung und Manipulierung der Bürger, über Propaganda und Kulturpolitik und die brutale Vernichtungspolitik hinsichtlich "minderwertiger Rassen und Völker", hinsichtlich politischer Gegner und angeblich lebensunwürdiger Minderheiten wird verdeutlicht, was unter *Totalitarismus* tatsächlich zu verstehen ist. Wer diese Darlegungen mit dem erwähnten "Schwarzbuch des Kommunismus" vergleicht, dürfte verstehen, wie unzutreffend es ist, die realsozialistischen Gesellschaften undifferenziert als totalitaristisch oder gar totalitaristischer als den Faschismus denunzieren zu wollen. Das dritte Kapitel ist der Rolle Deutschlands im zweiten Weltkrieg gewidmet, so dem "Blitzkrieg", dem Völkermord, dem "totalen Krieg", dem antifaschistischen Widerstand und dem Untergang des "Dritten Reiches". Die vom Vf. selbst vorgenommene Apostrophierung bestimmter Begriffe trägt bei, seine antifaschistische Grundposition zu akzentuieren.

Aufschlußreich für den wenig mit der Geschichte vertrauten, aber interessierten Leser sind eine detaillierte Zeittafel von 1919 bis 1945 (Kapitel IV), ein Anhang mit statistischen Übersichten (Kapitel V) sowie verschiedene Karten, u. a. zur territorialen Struktur der Wahlergebnisse, zur Gaueinteilung des "Dritten Reiches", zur Ausdehnung des deutschen Herrschaftsgebietes während des Krieges im November 1942. Da auf einen wissenschaftlichen Apparat im Text verzichtet wird, sind ein kommentiertes Verzeichnis weiterführender Literatur (Kapitel), in dem allerdings die wertvollen einschlägigen Forschungsergebnisse von DDR-Historikern

unerwähnt bleiben, ein Personenregister (Kapitel VII) und Quellenverweise angehängt.

Mit Terror als offizieller Staatsdoktrin wollte der deutsche Faschismus, so wird konstatiert, den Marxismus, den Sozialismus, die gesamte Arbeiterbewegung ausschalten, neuen "Lebensraum" im Osten erobern und germanisieren, das "Judentum" ausrotten. Dies aufzudecken ist ein Hauptanliegen des Vf. Es trifft hierbei aber keineswegs zu, wie er meint, daß sich der Terror nur gegen politische Gegner richtete, denn Opfer waren zahllose Menschen, die politisch überhaupt nicht engagiert waren und lediglich den rassistischen und anderen Überlegenheitsidealen der Faschisten nicht entsprachen. Zu Recht wird der deutsche Faschismus als sozialdarwinistisch (66) bezeichnet, indem er mit dem "Recht des Stärkeren" jegliches Unrecht rechtfertigte: die Massenmorde, den Eroberungs- und Vernichtungskrieg, die rücksichtslose, mörderische Kriegführung gegen die Zivilbevölkerung, die brutale Ausplünderung fremder Völker und Territorien, die Politik der "verbrannten Erde". Das Buch bietet hierfür eindrucksvolle erschreckende Beispiele von historischer Einmaligkeit. Es war ein Gipfel der Perversion und des Zynismus, wenn Hitler, worauf im Buch hingewiesen wird, mit seinem Untergang den Untergang Deutschlands heraufbeschwor in der verbrecherischen Überzeugung, daß das deutsche Volk, falls es für den Sieg nicht stark genug wäre, Untergang und Vernichtung verdient hätte (240).

Ausführlich wird das von Hitler repräsentierte Herrschaftssystem vom Gesichtspunkt seiner Rolle als "Führer", der Rolle des Staatswesens und der NSDAP, besonders der Funktion der Gauleiter, dargestellt. Hummel widerspricht der Auffassung von Hans Mommsen, daß Hitler ein "entscheidungsunwilliger, häufig unsicherer, ... in mancher Hinsicht schwacher Diktator" gewesen wäre. Wenngleich er in der Innenpolitik oft desinteressiert und zögerlich gewesen sei, "in Fragen der Außenpolitik und der Kriegführung, die für seine weltanschau-

lichen Zielsetzungen Vorrang hatten, war er jedoch stets aktiv und bestimmend" (73). Er strebte danach, "die Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt" im Staate nicht dem Parlament oder einer kollegialen Reichsregierung zu überlassen, sondern allein auszuüben. Hitlers Wille galt als "rechtsetzende Instanz" (63).

Wie vermerkt, ist das Buch nicht frei von Widersprüchen und fragwürdigen Interpretationen, die einer Entgegnung bedürfen. Sowohl in bezug auf die Ursachen der Machtübernahme Hitlers wie der Entfesselung des verbrecherischen Eroberungskrieges bleibt, indem ideologische Ursachen für entscheidend benannt werden, die Verantwortung und das aktive Mitwirken der herrschenden konservativen politischen Klasse und der monopolkapitalistischen Spitzenvertreter der Wirtschaft Deutschlands unterbelichtet. So heißt es beispielsweise: "Die wesentliche Ursache für den Beginn des Zweiten Weltkrieges lag in dem ideologisch bedingten Kriegswillen Hitlers" (92) Hitler war zum Repräsentanten und zum Instrument der expansiven politischen, territorialen und ökonomischen Ziele der Kräfte des Großkapitals geworden, nicht umgekehrt. Wesentliche Kriegsursache, nämlich Vorherrschaft in Europa zu erringen, Eroberung und Ausplünderung zu betreiben, Revanche für den verlorenen ersten Weltkrieg zu nehmen, all das war vielmehr das schon vor Hitler bekundete Anliegen der imperialistischen Kreise unseres Landes. Sie waren es, die im zweiten Weltkrieg immense Gewinne machten.

Dem gegenüber wird im Buch nicht verschwiegen, daß "Tausende von Deutschen ... am Massenmord direkt oder indirekt, näher oder ferner, beteiligt" waren. Doch "was die Täter und Helfer antrieb, ist noch weit schwieriger zu bestimmen als der Hergang der Taten". Indem der Vf. im wesentlichen Daniel Goldhagen zustimmt, wendet er ein, daß es jedoch nicht ausreichte, "das Motiv für diese Verbrechen einzig in einem 'eliminatorischen Antisemitismus' zu suchen" (268).



Das Buch enthält auch mancherlei anti-kommunistische Klischees. So fehlerhaft die strategische Linie der deutschen Kommunisten, ihre Gegnerschaft zur Weimarer Republik und zur Sozialdemokratie am Vorabend der faschistischen Machtergreifung auch waren, so stimmt es aber nicht, daß sie die Faschisten nicht als Hauptgegner betrachtet hätten (89), wie dies ja auch umgekehrt der Fall war, worauf der Vf. zu Recht hinweist. Ein weiteres Beispiel sei genannt. Richtig wird festgestellt, daß 1933 "ein kommunistischer Umsturzversuch" ausblieb. Doch mit dem Hinweis darauf, daß "niemals zweifel-frei geklärt wurde", wer den Reichstagsbrand 1933 gelegt hat (S. 34), den die Faschisten bekanntlich als Fanal für einen kommunistischen Umsturz ausgaben, läßt das Buch offen, ob es nicht doch die Kommunisten waren, wengleich es dafür keinerlei Beweggründe und Beweise gibt. Unverständlich ist in diesem Zusammenhang, daß die hinreichende Wahrscheinlichkeit der Brandstiftung durch die Nazis ebensowenig erwähnt wird wie der spektakuläre und für die Nazis blamable Reichstagsbrandprozeß in Leipzig, bei dem der bulgarische Kommunist Dimitroff die Machenschaften des deutschen Faschismus entlarvte. Die Bemerkung, der kommunistische Widerstand gegen den Faschismus sei erfolglos gewesen, ist insofern richtig, als er nicht vermochte, den Faschismus zu verhindern und ihn sodann zu stürzen, doch wird sie der Tatsache keineswegs gerecht, daß gerade die Kommunisten den entschiedensten, wirksamsten und opferreichsten Kampf gegen die faschistische Herrschaft und den Krieg führten, und zwar von Anfang an, lange bevor dies bürgerlich-liberale und preußisch-militärische Kreise taten.

Widerspruch erregt die Einschätzung der Rolle der UdSSR und Stalins am Vorabend des zweiten Weltkrieges, so sehr diese Rolle durchaus kritisch beleuchtet werden muß. Es paßt aber nicht zusammen, wenn im Buch zum einen konstatiert wird, daß Hitler von

Anfang an die Vernichtung der Sowjetunion und die Eroberung neuen Lebensraumes auf deren Kosten proklamierte und diesen Krieg zusammen mit Großbritannien zu führen beabsichtigte (S. 74), daß Frankreich und Großbritannien mit ihrer Versöhnungspolitik Hitlers Kriegspolitik begünstigten (S. 81) – hinzufügen muß man: gegen die Sowjetunion lenken wollten, die sie ja ebenfalls als feindliche Macht betrachteten – und daß somit die Sowjetunion um "ihre Grenzen" – doch nicht allein um sie, sondern in Wirklichkeit um ihre Sicherheit und Existenz – fürchten mußte, daß aber zum anderen neben den "braunen" auch den "roten" Diktatoren ein "angriffslustiger Wille" zwecks Veränderung der Staatenordnung unterstellt und salopp behauptet wird, Stalin habe einen Krieg zwischen dem "Dritten Reich" und den Westmächten gewollt, um als "lachender Dritter" davon zu profitieren (S. 91). Tatsächlich war die sowjetische Außenpolitik unter Stalin in den 30er Jahren auf die Erhaltung des europäischen Friedens, auf die Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems gerichtet, worauf in diesem Zusammenhang hinzuweisen erforderlich gewesen wäre.

Ein Vorzug des Buches, die Lesbarkeit nicht mit langen, dokumentarischen Beweisführungen zu belasten, wird so gelegentlich zum Alibi für Hummel, auf Beweise für fragwürdige Behauptungen verzichten zu können.

Insgesamt bietet das Buch einen anerkenntniswerten Überblick über einen der verhängnisvollsten Abschnitte jüngster deutscher Geschichte, mit dem sich, da er die Nachkriegszeit bis heute nachhaltig beeinflusst hat und noch immer beeinflusst, auch die heute wirkenden Generationen gründlich und kritisch beschäftigen müssen.

*Harald Neubert*

**Christof Dipper/Rainer Hudemann/Jens Petersen (Hrsg.): Faschismus und Faschisten im Vergleich.** Wolfgang Schieder zum 60. Geburtstag. (Italien in der Moderne, Bd. 3), Köln 1998, 276 S.

Der Band vereinigt 14 überarbeitete Beiträge einer Tagung, die im September 1995 in Bad Homburg aus gegebenem Anlaß stattfand. Das Thema war inspiriert von Forschungen W. Schieders zum Faschismus, ohne daß allerdings von ihm oder über ihn im Band ein Beitrag enthalten wäre. Bezug auf einschlägige Forschungsergebnisse Schieders wird de facto nur im Einleitungsbeitrag der drei Herausgeber genommen. Auf ein wichtiges Moment, das im Buch nicht ausdrücklich erwähnt wird, aber für W. Schieder wesentlich ist, sei zu Beginn der Rezension anerkennend hingewiesen: Im Unterschied zu seinem Vater Theodor, der Parteigänger, Ideengeber und Legitimierer der Rassenpolitik und Ostexpansion des deutschen Faschismus war, nimmt Sohn Wolfgang eine kritisch-ablehnende Position zum Faschismus ein. Dies ist auch der Grundtenor der im vorliegenden Band publizierten Tagungsreferate.

Die Ergebnisse der Tagung fassen die Herausgeber im erwähnten Einleitungsbeitrag zusammen (9-21). Danach plädieren die Autoren übereinstimmend für "einen übergreifenden Faschismusbegriff", der, wie allgemein bekannt ist, aus verschiedenen tendenziellen – mehr politischen als wissenschaftlichen – Erwägungen heraus noch immer oder gerade wieder auf Widerspruch stößt, weil er einer Verharmlosung dieser Regime entgegensteht. W. Schieder habe, so die Hrsg., "ein Verfahren entwickelt, das, immer vom italienischen Faschismus als dem Original ausgehend, zum einen einen Merkmalskatalog faschistischer Bewegungen und zum anderen ein Stufenmodell enthält; beide sind auf alle Faschismen anwendbar, aber berücksichtigen deren ungleichen Entwicklungsgang".

Gestützt auf neueste Forschungsergebnisse fand auf der Tagung in Bad Homburg in die-

sem Sinne eine fundierte Auseinandersetzung mit einseitigen, relativierenden, historisierenden Betrachtungsweisen von Faschismus statt, denen zufolge das "Dritte Reich" wie auch der Faschismus Mussolinis "einer generellen Neubewertung zu unterziehen" wäre, wie sie gerade seit einiger Zeit verstärkt versucht wird. Das gelte besonders für die Charakterisierung des Faschismus als "Modernisierungsdiktatur", was "nur durch ein weitgehendes Ausblenden seines Unrechtscharakters und ganz besonders des von ihm organisierten Genozids möglich" sei. Die von den Autoren vertretene Faschismuseinschätzung beruht darauf, alle Aspekte des Faschismus als Regime, so die faschistische Herrschaftspraxis, die innere Mechanik, die Triebkräfte, die Massenmobilisierung, die soziale Funktionalität usw. im Komplex in Betracht zu ziehen. Eine "Historisierung des Nationalsozialismus", wie sie Ernst Nolte betreibt, werde hingegen benutzt, das "Dritte Reich" zum Beispiel "in mißbräuchlicher Form vergleichend in die Geschichte totalitärer Regime einzuordnen", womit eine Entlastung der faschistischen Verbrechen bezweckt werde. Vergleichbarkeit mit nichtfaschistischen totalitären Regimen dürfe weder die Singularität des Faschismus noch dessen übergreifende Begrifflichkeit in Frage stellen.

Den ersten Vortrag auf der Tagung hielt Hans Mommsen zum Thema: "Die NSDAP: Typus und Profil einer faschistischen Partei" (23-35). Er vertritt die Auffassung, daß es weniger das weltanschaulich-ideologische Profil der Nazi-Partei gewesen sei, das nach der Machteroberung "dem Regime übergestülpt wurde und die ... institutionellen Formen sprengte," sondern "die seit den frühen zwanziger Jahren ausgebildete Parteistruktur, ... aus der die spezifisch zerstörerische Dynamik des Regimes hervorging". Hierin hätten auch wesentliche Unterschiede zur Rolle kommunistischer Parteien bestanden, was er für untersuchenswert hält.

Eine zentrale Rolle spielte dabei das von Hitler in der Partei durchgesetzte "unbedingte

Führerprinzip", wobei seine Einschätzung zu bezweifeln ist, daß dies "weniger aus machttaktischem Kalkül als aus persönlicher Bequemlichkeit" Hitlers geschah. Die Ablehnung des parlamentarischen Systems durch Hitler habe seiner Parteipraxis entsprochen: Da er die Einheitlichkeit des politischen Willens der Partei verkörperte, bedurfte es nach seiner Überzeugung "keinerlei politischer Diskussion oder institutionalisierter innerparteilicher Willensbildung". Zu vermerken ist, daß in der Bezugnahme auf die vorliegenden Forschungsergebnisse zur NSDAP jeglicher Hinweis auf jene der DDR-Historiker fehlen, z. B. auf K. Pätzold/M. Weißbecker: Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens, 1982. Die drei folgenden Beiträge befassen sich mit dem italienischen Faschismus unter besonderer Berücksichtigung der in Italien selbst geführten Diskussionen und verbreiteten Bewertungen. Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß es auch in Italien eine Revision des Verhältnisses zum Phänomen des Faschismus gibt. In der Wissenschaft begann das bereits in den 60er Jahren mit den Arbeiten Renzo De Felices, wodurch der bis dahin dominierenden antifaschistischen ausgerichteten Historiographie mit einem durchgängigen negativen Urteil eine andere, relativierende Sichtweise des Faschismus gegenübergestellt wurde. In der Politik wurde Mitte der 90er Jahre die Schwelle überschritten, die jahrzehntlang den antifaschistischen Verfassungskonsens der großen Parteien – von den Liberalen und Christdemokraten bis zu den Kommunisten – für unanfechtbar bewahrte und eine Regierungsbeteiligung neofaschistischer Kräfte verbot.

Jens Petersen gibt eine kritische historiographische Übersicht über das entsprechende Urteil der italienischen Historiker (39-58). Er erinnert an einen bemerkenswerten Umdenkungsprozeß in Italien in bezug auf den Faschismus. Norberto Bobbio, prominenter linksliberaler Philosoph und Senator auf Lebenszeit, hatte noch 1994 nach einem mit De Felice geführten Streitgespräch zunächst mit

diesem darin übereingestimmt, daß "Faschismus und Kommunismus ... mit der Gegenwart Italiens keinerlei Realitätsbezug" hätten. Schon ein Jahr später war für ihn, wie für alle Linken, der Eintritt der neofaschistischen "Alleanza Nazionale" in die Regierung Berlusconi ein ernstes Alarmsignal und Anlaß zur Schlußfolgerung, daß der Faschismus als "das andere Italien, das Italien der Unkultur" (Bobbio 1995) durchaus nicht verschwunden sei.

Die einseitige Bewertung des Faschismus in der linken Geschichtsschreibung, durch die es zu einer "Mythisierung und Sakralisierung der Resistenza", zu einer "moralischen Tabuisierung" des Faschismus gekommen wäre, hätte "der Republik über viele Jahrzehnte hinweg eine Schonzeit gegenüber allen neuen diktatorischen und autoritären Versuchen nach rechts gewährt ... /und/ "auch jede ernsthafte wissenschaftliche Beschäftigung mit der Geschichte des faschistischen Italiens behindert oder gar blockiert". Nach Schieder sei der "antifaschistische Geschichtsmythos" vielfach zu einer Art "politischer Lebenslüge" in Italien geworden.

Für Umbewertung der Faschismuseinschätzung generell und in bezug auf den italienischen Faschismus bietet De Felice ein Beispiel, das mit dem Faschismuskonzept des vorliegenden Buches kontrastiert. Während De Felice noch Ende der 60er Jahre den Faschismus generalisierend als "Epochenphänomen" bezeichnet hatte, machte er seit Mitte der 70er Jahre einen Unterschied zwischen dem italienischen Faschismus und dem deutschen Nationalsozialismus, was viele andere italienische Historiker (und Politiker) nachvollzogen, um das italienische Regime in weniger negativem Sinne vom deutschen abzuheben. Petersen folgt dieser Interpretation nicht und bemängelt, daß De Felice zu wenig die deutsche Forschung berücksichtigt habe, wie er sie selbst – im Anschluß an Schieder – offenbar vertritt.

Der Beitrag Enzo Collottis ist dem Thema "Die Historiker und die Rassengesetze in

Italien" gewidmet (59-77). Er stellt zunächst fest, daß in der italienischen Geschichtswissenschaft die Verfolgung der Juden und der Rassismus in Italien lange Zeit unterschätzt worden sei, als wären sie nur das Ergebnis eines Drucks von Seiten des faschistischen Deutschlands gewesen. Ihre Verharmlosung geschehe auch deshalb, weil in der Geschichtsschreibung generell die italienischen Rassen-gesetze unterschätzt worden wären, "weil sie jene implizit am Beispiel der deutschen Maßnahmen und namentlich an der 'Endlösung'" messe. Allein Wolfgang Wippermann hätte darauf hingewiesen, daß "die Diskriminierung der italienischen Juden durch die Rassen-gesetze von 1938 ... 'schlimm genug'" gewesen wäre. Für einen Druck Deutschlands auf Italien in dieser Hinsicht könne De Felice, nach dessen Auffassung ursprünglich "den faschistischen Maßnahmen jeglicher Rassismus fremd gewesen sei", keinerlei Beweise erbringen, vielmehr hätte sie bewußt vollzogener Politik des italienischen Faschismus entsprochen, der "mit den jüdenfeindlichen Gesetzen ... als ideologisches und politisches Instrument" sein Regime vervollständigt habe. De Felices Bemühungen liefen darauf hinaus, "dem faschistischen Regime unter allen Umständen seine totalitären Charakterzüge zu nehmen und damit die Unterschiede zwischen Faschismus und Nationalsozialismus so groß wie möglich erscheinen zu lassen".

Brunello Mantelli beschäftigt sich mit der jüngsten Debatte über die Beziehung von Geschichte und Gegenwart in Italien (79-104). Methodisch und quellenkritisch widerlegt er die instrumentalisierenden Faschismusedeutungen "De Felices und seiner Epigonen". Entschieden wendet er sich mit entsprechenden Belegen gegen den revisionistischen, wissenschaftlich nicht fundierten Versuch einer "Normalisierung der faschistischen Vergangenheit" im Interesse einer bestimmten Öffentlichkeit mit dem Zweck, Mussolinis Faschismus im Vergleich zu dem Hitlers als weniger verurteilenswert zu deklarieren. Man-

telli schlußfolgert: Der Faschismus – der italienische ebenso wie der deutsche – richtete seine Politik gleichermaßen nach außen, er wollte die internationale Ordnung in seinem Sinne verändern. "Seine außenpolitische Aggressivität war ein konstitutiver Bestandteil seiner selbst und muß deshalb ... auch ein Grundpfeiler jeder historischen Interpretation des Faschismus sein."

Auf die weiteren Beiträge des Bandes, die sich mit abgeleiteten, wenngleich nicht unwesentlichen Aspekten des allgemeinen Themas befassen, sei nur kurz verwiesen. Volker Sellin untersucht Judenemanzipation und Antisemitismus in Italien im 19. Jh. (107-124), Michael H. Kater den Antisemitismus in der Kulturpolitik des Dritten Reiches am Beispiel der Musik (125-147), Moshe Zimmermann die 'Judenfrage' als 'soziale Frage' mit Hinblick auf Kontinuität und Stellenwert des Antisemitismus vor und nach dem Nationalsozialismus (149-163).

Zur während des zweiten Weltkriegs praktizierten Besatzungspolitik und zur profaschistischen bzw. national-opportunistischen Kollaboration einheimischer Kräfte sind zwei Beiträge enthalten, so von Margit Szöllösi-Janze über die Judenpolitik in Ungarn in der Zwischenkriegszeit und im zweiten Weltkrieg (167-182), von Lutz Klinkhammer zu den Grundlinien nationalsozialistischer Besatzungspolitik in Frankreich, Jugoslawien und Italien (183-213).

Im letzten Abschnitt des Bandes wird das vielschichtige, häufig einseitig dargestellte Verhältnis von Gewaltherrschaft und durch Überzeugung bzw. Manipulation erzeugte Massenzustimmung im Faschismus behandelt. Während sich bei rechten Historikern eine Überbetonung des Massenkonsenses fände und linke, antifaschistische Historiker Gewalt und Terror überbewerten würden, bemühen sich die Autoren, die Vielschichtigkeit und Wechselwirkung dieses Verhältnisses aufzuhellen. Norbert Frei befaßte sich mit der Funktion der politischen Polizei im National-

sozialismus unter dem Gesichtspunkt von Terror und Integration (217-228), Hans-Ulrich Thamer damit, wie sich die faschistische Diktatur in Deutschland und Italien mittels Geschichts- und Propagandaausstellungen selbst darstellte (229-246), Emilio Gentile mit dem Likorenkult des italienischen Faschismus (247-261) und Armin Heinen schließlich mit den politischen, sozialen und kulturellen Bedingungsfaktoren faschistischer Gewalt in Rumänien (263-272).

Insgesamt stellt der Band einen weiterführenden Beitrag zur aktuellen, sehr kontrovers geführten Faschismusdebatte dar. Er macht deutlich, daß es dabei nicht nur, vielleicht nicht einmal in erster Linie um Historiographie geht, sondern um aktuelle politische Fragen. Das betrifft sowohl die Standortbestimmung der unterschiedlichen agierenden politischen Kräfte in der Gegenwart, deren Verhältnis zur faschistischen Vergangenheit ihrer Länder wie die Klärung des Verhältnisses zu den gegenwärtigen besorgniserregenden Erscheinungen von Nationalismus, Rechtsradikalismus und Neofaschismus.

*Harald Neubert*

**Wolfgang Keim: Erziehung unter der Nazi-Diktatur. Bd. 1: Antidemokratische Potentiale, Machtantritt und Machtdurchsetzung.** Primus-Verlag, Darmstadt 1995, 218 S. – Bd. 2: Kriegsvorbereitung, Krieg und Holocaust, Primus-Verlag, Darmstadt 1997, 505 S.

Zu den Gebieten der Geschichte des Hitlerfaschismus, die in den letzten beiden Jahrzehnten in Forschung und Publizistik besondere Aufmerksamkeit fanden, gehören die Schule, Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen zwischen 1933 und 1945. Dies belegen zahlreiche Veröffentlichungen. Zu den bekanntesten Forschern im Hochschulbereich zählt der Paderborner Professor für Erziehungswissenschaft Wolfgang Keim.

Seit eineinhalb Jahrzehnten ist die Pädagogik in der NS-Zeit erster Schwerpunkt seiner Untersuchungen. Ein Einstieg in die Thematik bedeutete für ihn die Auseinandersetzung mit der Rolle seines Faches, der Erziehungswissenschaft im Dritten Reich. Trotz des zeitlichen Abstands blieb dieser Gegenstand in der Nachkriegszeit weitgehend ein Tabuthema. Dies hing vorrangig mit der Verantwortung von Hochschulprofessoren und Lehrern für die Bindung der jungen Generation an das NS-Regime und deren Mißbrauch im Zweiten Weltkrieg zusammen. W. Keim kam durch seine Studien zu der Erkenntnis: "Die damalige Pädagogenschaft hat das Nazi-Regime nämlich nicht nur erduldet, sondern es mit ermöglicht, vielfältig unterstützt, sich teilweise sogar an seinen Verbrechen beteiligt und nach 1945 jede Mitverantwortung und Mithaftung jahrelang geleugnet." (Bd. 1: 1)

Ein Hauptanliegen der Publikation ist die Prüfung dieser These. Band 1 behandelt zwei Schwerpunkte: Grundlagen der NS-Pädagogik unter besonderer Beachtung des Ersten Weltkrieges und der Weimarer Republik sowie die Gleichschaltung der Pädagogik 1933/34. Berücksichtigung finden das Schulwesen, die Erwachsenenbildung, die Sozialpädagogik und die Erziehungswissenschaft. Nicht behandelt werden die Berufsschulen. Gestreift wird das Verhältnis von HJ und Schule.

Ein Drittel von Band 2 nimmt die Erziehung der Schuljugend zu "Rassismus und Kriegsbereitschaft" zwischen 1935 und 1939 ein. Es schließt sich ein Kapitel an, das die Rolle der Pädagogik im Zweiten Weltkrieg und Teilaspekte des Kriegseinsatzes der Jugend beinhaltet.

Gegenstand des letzten Teils sind das jüdische Bildungswesen zwischen 1933 und 1942 sowie die Rolle antifaschistischer Pädagogen im Widerstand und im Exil. In einem Unterabschnitt wird versucht, Aussagen zu Opposition und Widerstand unter der Jugend zu treffen.

Insgesamt verdient das Werk besondere Beachtung und Anerkennung. Mit ihm wurde ein entscheidender Schritt dazu getan, den Platz der Pädagogik, die Rolle von Lehrern, Erziehern und Hochschullehrern im Dritten Reich fundiert darzustellen und zu werten. Neues bietet ebenfalls der Teil, der sich der in vielen Publikationen weitgehend unbeachteten oder ausgegrenzten "anderen Pädagogik" widmet, die in Ghettos, im Untergrund und im Exil lebendig war.

W. Keim hat die deutschsprachige Literatur, vor allem die, die in Westdeutschland entstanden ist, gründlich ausgewertet. Darüber hinaus wurden vorrangig gedruckte Quellen aus der NS-Zeit zur Vervollständigung der angestrebten Analyse genutzt. Selbständige Arbeit in den Archiven erfolgte kaum. Dadurch war der Verf. an die Grenzen der dargestellten Fakten und Wertungen der berücksichtigten Titel gebunden. Dies mußte Konsequenzen für die Darstellung haben. So ist z. B. die Pädagogik unter den Bedingungen des "totalen Krieges" (1943-45), wo der Mißbrauch Jugendlicher seinen Höhepunkt erreichte, nach wie vor unzureichend erforscht. Dies wird in dem betreffenden Kapitel von Band 2 gleichfalls deutlich.

Im Unterschied zu anderen Autoren ignoriert Keim nicht völlig Forschungen, die in der DDR geleistet wurden. Wesentliche Ergebnisse, besonders ungedruckte Arbeiten, finden jedoch kaum Beachtung.

Überfordert ist die Darstellung dort, wo auch noch versucht wurde, die Teilnahme von Pädagogen und Jugendlichen am Widerstand zu behandeln. Hier wäre eine Beschränkung sicher von Vorteil gewesen.

Die Einschränkungen mindern den Wert der Publikation bezüglich des Hauptgegenstands, der Rolle der Pädagogik in der Nazi-Diktatur nicht. Mit ihr wird ein beachtenswerter Beitrag zur Aufklärung über den deutschen Faschismus geleistet.

*Karl Heinz Jahnke*

**Ludwig Eiber: Die Sozialdemokratie in der Emigration. Die "Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien" 1941-1946 und ihre Mitglieder. Protokolle, Erklärungen, Materialien.** Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 19. Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger, Bonn 1998, CLXXVI + 912 Seiten

Diese Quellenpublikation versteht sich als Fortsetzung der 1995 erschienenen vorzüglichen Edition der Sopade-Protokolle aus den Jahren 1933 bis 1940 (Beiheft 15 des Archivs für Sozialgeschichte). Eibers Dokumentation, die die kartellartige Zusammenarbeit der ins Londoner Exil geflüchteten Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes, der Gruppe Neu Beginnen und der Sozialistischen Arbeiter-Partei im Rahmen der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien beleuchten soll, erreicht jedoch insgesamt nicht die Qualität des Vorgängerbandes.

In seiner Einleitung, deren Umfang einer Monographie nahekommt, gibt Eiber einen Überblick über Organisationsstrukturen, Außenkontakte und Tätigkeitsschwerpunkte der genannten Gruppen. Das ist nützlich und als geraffte Gesamtdarstellung des sozialistischen deutschen Exils im London der Kriegszeit brauchbar, führt allerdings nur punktuell über die Darstellung hinaus, die Werner Röder bereits vor dreißig Jahren vorgelegt hat. Besonderes Interesse zeigt Eiber an der Zusammenarbeit der Emigranten mit alliierten Geheimdiensten, wobei die Quellenlage für Tätigkeiten im Auftrag des US-amerikanischen Office of Strategic Services derzeit unvergleichlich günstiger ist als die vagen Hinweise auf die Kooperation mit britischen Nachrichtendiensten (S. XLIX-LVIII; CXXXIIIff.). Wichtig sind einige Verweise auf Dokumente aus englischen Archiven, die ein weiteres Mal das völlige Desinteresse der britischen Regierung wie auch der entscheidenden In-

stanzen der Labour Party an einer Zusammenarbeit mit den deutschen Exilorganisationen im Kampf gegen das Dritte Reich auf partnerschaftlicher Basis belegen (bes. S. XCVII-CII). Schließlich wirft Eibers Dokumentation neues Licht auf die Bemühungen der in der Londoner Union tätigen Emigranten um den Wiederaufbau der SPD im besetzten Deutschland der unmittelbaren Nachkriegszeit; vor allem Erich Ollenhauers Einschätzung der Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone bis Anfang 1946 wird aus seinen Schreiben an Kurt Schumacher und Otto Grotewohl ersichtlich (S. LXIX-LXXIII; CXI-CXVII; Dok. Nr. 301-309). Eiber betont den Einfluß der Unionspolitiker auf die Anfänge der Westzonen-Sozialdemokratie; die Union sei geradezu "nach ihrer politischen Struktur zum Modell für die Nachkriegs-SPD" geworden (S. CXVI).

Wenn der Leser den 331 Dokumenten der Edition etwas ratlos gegenübersteht, dann liegt das zum einen an der inhaltlichen Qualität der Texte, zum anderen an ihrer Auswahl. Den Kern des Bandes bilden die Protokolle der Sitzungen des Exekutivkomitees und der Mitgliederversammlungen der Union und die diversen Vorschläge für die Programmberatungen dieser Organisation, die von einzelnen Mitgliedern angefertigt wurden. Während die Sopadeprotokolle der Vorkriegszeit jedoch ausführliche Wiedergaben von Diskussionen und Kontroversen beinhalten, fehlt den Unionsprotokollen über weite Strecken die Substanz. Eiber stellt fest, "daß politische Kontroversen" aus den von Ollenhauer verfaßten Protokollen "weitgehend eliminiert wurden" (S. LXXVII). Für die Untersuchung der politischen Konzeptionen sozialdemokratischer und sozialistischer Exilpolitiker und ihre Nachkriegsplanungen als den in langfristiger Perspektive wesentlichen Ergebnissen des im Ausland gegen die NS-Diktatur geleiteten Widerstands geben diese Protokolle wenig her, zumal sie keinen Aufschluß bieten über das Zustandekommen der 1944/45

schließlich veröffentlichten Programmschriften: Von den Beratungen der Programmkommissionen "existieren (...) keine Protokolle oder Aufzeichnungen" (S. LXIV).

Wenig aussagekräftig sind auch die in Auswahl wiedergegebenen Aufzeichnungen von Fritz Heine über Sitzungen des SPD-Parteivorstands in London, die oft noch knapper und kryptischer gehalten sind als die Unionsprotokolle. Tatsächlich enthalten die "Sozialistischen Mitteilungen" als regelmäßigen ganzen Krieg über erscheinendes Mitteilungsorgan der Londoner SPD-Führung "mehr zu den Inhalten sozialdemokratischer Politik, als sich aus den Unionsprotokollen entnehmen läßt" (S. XCII). Eine Edition der "Sozialistischen Mitteilungen" ist bereits angekündigt; eine Sammlung von Briefen aus dem sozialdemokratischen Exil bleibt ein Desiderat und würde zusätzliche Einblicke in die eigentlichen Inhalte von Exilpolitik erlauben.

An der Auswahl der Dokumente irritiert die Aufnahme einer Reihe von anderweitig bereits – zum Teil schon mehrfach – veröffentlichten Texten, während die offenbar angestrebte Vollständigkeit der Programmentwürfe für die Unionsberatungen nicht gelungen ist: So fehlen die wichtigen Vorlagen des ISK und der Gruppe Neu Beginnen vom April 1941 zur geplanten Diskussion über die Friedensziele. Wichtige Reden Ollenhauers und Hans Vogels vor Gremien der Union wurden nicht aufgenommen. – Bedenklich ist die mangelnde Sorgfalt bei der Kommentierung der Texte. Einige Beispiele: In Dok. Nr. 210 ist der polnische Anspruch auf die Wiederherstellung des Korridors der Zwischenkriegszeit gemeint, nicht "die Forderung nach einem Korridor durch polnisches Gebiet, um Ostpreußen mit dem Reichsgebiet zu verbinden" (Anm. 6 auf S. 503). Die in Anm. 3 auf S. 565 als nicht vorliegend bezeichneten Thesen Geyers finden sich handschriftlich in Mappe 153 des PV-Emigrationsbestandes im Archiv der sozialen Demokratie. In Dok. Nr.

228 geht es um den Vorwurf, daß nicht genügend Deutsche ihre Ablehnung Hitlers durch Emigration zum Ausdruck gebracht hätten, nicht um "die Vorstellung, daß nach dem Krieg mehrere Millionen Deutsche emigrieren müßten" (Anm. 2 auf S. 566).

Solche Schwächen dürften ebenso wie eine stellenweise ungenaue Textwiedergabe und eine Unzahl von Kommafehlern sowie die der Auswahl der Texte zugrundeliegende konzeptionelle Unsicherheit auf den enormen Zeitdruck zurückzuführen sein, unter dem diese Dokumentation zusammengestellt worden ist. Das verweist auf ein allgemeines Problem der gegenwärtigen Geschichtswissenschaft: Knappste finanzielle Mittel und unsinnige Zeitvorgaben bieten nicht die richtigen Voraussetzungen für die Erarbeitung von qualitativ hochwertigen und formal befriedigenden Darstellungen und Quelleneditionen.

*Rainer Behring*

**Einhart Lorenz et al.: Ein sehr trübes Kapitel? Hitlerflüchtlinge im nordeuropäischen Exil 1933-1950** – IZRG-Schriftenreihe 2 – Ergebnisse Verlag, Hamburg 1998, 534 S., DM 68,-

Der vorliegende Band ist das Ergebnis einer mehrjährigen Zusammenarbeit nordeuropäischer und deutscher Wissenschaftler zu den Problemen der Hitlerflüchtlinge aus den deutschsprachigen Ländern einschließlich des Sudetenlandes. Verschiedene der Beiträge gehen über das Jahr 1945 hinaus, untersuchen z. B. die Möglichkeiten der Emigranten in den ersten Nachkriegsjahren sowohl in den Gastländern wie auch in Deutschland. Die Beiträge fügen sich nicht zu einer Ganzheit, das konnte auch nicht erwartet werden, aber verschiedene Beiträge behandeln die Lage der Exilierten in mehreren der vier nordeuropäischen Länder, führen also weiter als die bisher vor allem nationalstaatlich orientierten Forschungen.

Die Beiträge behandeln Themen wie Fremdenpolitik und Asylpraxis, hierunter die Zusammenarbeit der nordischen Länder in dieser Frage, den gewerkschaftlichen Widerstand in Skandinavien, die sudetendeutschen Sozialdemokraten in zwei Beiträgen, die Frauen in der Emigration in Dänemark, die Einweisung der Exilierten in Internierungslager in Schweden nach 1940, die Arbeitsmöglichkeiten der Emigranten (die auch in den Artikeln über die sudetendeutschen Sozialdemokraten eine Rolle spielen) und die Rückkehr der KPD-Mitglieder aus Schweden, eine Untersuchung die nach Abschluß dieses Artikels weitergeführt wird. Ein Beitrag beschäftigt sich mit der Arbeit und den Lernprozessen linker Sozialisten, gemeint ist damit die SAP, und deren Übergang in die SPD. Opponenten gegen diese Entwicklung werden recht oberflächlich abgefertigt.

In einer Analyse der Versuche der Flüchtlinge – ein unverhältnismäßig großer Anteil der Exilierten in Nordeuropa waren politische Flüchtlinge – in den Gastländern die Öffentlichkeit über die neue Wirklichkeit in ihren Herkunftsländern zu informieren, wird von Frank Meyer deutlich herausgearbeitet, daß die Möglichkeiten hierfür äußerst gering waren. Im wesentlichen die Presse und die Verlage der sozialdemokratischen, sozialistischen, kommunistischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung gaben den 'unter das nordische Strohdach' Geflüchteten überhaupt eine Chance etwas zu veröffentlichen; erst nach 1938 öffnete eine bürgerliche Zeitung, Dagens Nyheter in Stockholm, sich ein wenig. Da aber die Arbeiterpresse und -verlage nicht zu den auflagenstärksten Organen gehörten, war es schwierig, einer antifaschistischen Aufklärungsarbeit breite Resonanz zu verschaffen. Eine Zahl: Zwischen 1933 und 1940 erschienen zwischen 18 und 28 Bücher oder Broschüren von Emigranten in Dänemark, die gesamte Buchproduktion betrug in diesen Jahren jährlich 3.500 bis 4.500 Titel.



Eine zentrale Figur der sozialdemokratischen Emigration in Dänemark war der Kieler Richard Hansen, ein auf dem rechten Flügel der Partei stehender Berufsfunktionär. Hansen war, nach allem was man weiß, äußerst vorsichtig, es gelang der Gestapo nicht, trotz verschiedener Versuche, direkt an ihn heranzukommen. Hansen war u. a. zuständig für die Verbindungen ins Reich und einer seiner Vertrauensmänner – ein Berliner Sozialdemokrat – war ein Gestapoagent. In dem Beitrag des Bandes sind nun die Gestapo-Akten, d. h. vor allem die Berichte jenes ungenannten Vertrauensmannes, die Grundlage für eine Untersuchung Hansens. Ebensovienig wie der seinerzeitige Vertrauensmann kann der heutige Bearbeiter, Ludwig Eiber, dänisch, noch weiß er etwas über die dänischen Verhältnisse und vermag daher mehreres nicht einzuschätzen. Vor allem aber übernimmt er die Inhalte der Berichte, die er, wie er schreibt, an anderen Quellen überprüfen konnte. Daraus entsteht ein Bild von Hansen als unglaublich leichtfertiger Person, der dem Gestapoagenten (vor dem er gewarnt worden war) praktisch alles erzählte, einschließlich seiner angeblichen Militärsplionage im Auftrag der englischen und französischen Geheimdienste. Das stimmt so wenig überein mit Hansens sonstiger Art, daß eine weitere Überprüfung notwendig ist. Sich nur auf Akten zu stützen, ist offensichtlich zu wenig.

Die KPD-Gruppe in Dänemark gab seit 1943 eine illegale Zeitschrift "Deutsche Nachrichten" heraus, die offensichtlich einigen Erfolg hatte. Nach der Befreiung wurde diese Zeitschrift bald von der dänischen Flüchtlingsverwaltung übernommen und in eine Zeitung für die etwa 250.000 deutschen Flüchtlinge aus Ostpreußen etc., die in Dänemark in Lagern lebten, umgestaltet. Die Zeitung erschien bis Ende 1948 und wurde in einer redaktionellen Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten herausgegeben. Die Aufgabe der Zeitung war, die Flüchtlinge über die neuen Gegebenheiten zu informieren und

sie auf den demokratischen Neuaufbau in Deutschland vorzubereiten. Diese erzieherische Aufgabe an einem ungeeignetem Objekt wurde mit einigem Erfolg durchgeführt. Der Artikel von Klaus Schulte analysiert äußerst differenziert die Entwicklung der Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten, die bis zum Ende der Zeitung anhielt. Der eigentliche Widerspruch scheint zwischen linken und rechten Sozialdemokraten bestanden zu haben, die wenigen Kommunisten waren bald auf ein Nebengeleis gedrängt. Die linken Sozialdemokraten – Fritz Bauer und Hirsch – werden dabei vernachlässigt; die Intrigen zwischen verschiedenen Personen spielten offensichtlich eine große Rolle, aber insgesamt entsteht ein lebendiges Bild der Arbeit in dieser Zeitung, die bedauerlicherweise wenig bekannt ist. Es ist zu hoffen, daß diese Untersuchung weitergeführt werden kann.

Ob weitere größere Untersuchungen durchgeführt werden sollen ist eine Frage, derzeit scheint eher eine Zusammenfassung sinnvoll zu sein, um festzustellen wo noch Einzeluntersuchungen evtl. weiterführen könnten. Es ist deswegen auch bedauerlich, daß das umfassende Literaturverzeichnis (S. 479-519) nur die benutzte Literatur und nicht auch andere Detailuntersuchungen zum Exil in Nord-europa anführt.

*Gerd Callesen*

**Republik im Niemandsland. Ein Schwarzenberg Lesebuch**, GNN Verlag Leipzig 1997, 392 S.

Der im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen Leipzig, des Vereins "Helle Panke" Berlin sowie des Fördervereins "Konkrete Utopien" Berlin von Jochen Czerny herausgegebene Band basiert auf Materialien eines Kolloquiums zum Thema "Hoffnung auf ein neues Deutschland". Es machte sich um eine

interessante und kuriose Seite der deutschen und der (Welt-!?)Geschichte, den Geschehnissen in und um Schwarzenberg im Frühjahr 1945, verdient. Landkreis und Stadt Schwarzenberg waren bis zum Frühjahr 1945 von Kampfhandlungen verschont geblieben, am 8. Mai blieben die Armeen der USA in der Zwickauer Gegend, der Sowjetunion in Annaberg stehen. Der Landkreis blieb unbesetzt und wurde von den Einheimischen unpolitisch als "Niemandland" bezeichnet. Die Macht der Nazis wurde in Schwarzenberg am Abend des 11. Mai beendet, als etwa 100 bewaffnete Antifaschisten, die Behörden besetzten. Am 12. Mai wurde ein Antifaschistischer Aktionsausschuß gebildet, der – wie in anderen Orten – die Macht übernahm, das Chaos verhinderte und das alltägliche Leben sicherte. Jeder dieser Orte war für einige Tage faktisch seine eigene "freie Republik". Lange stand die Frage, wann kommen die Alliierten, am 4. Juli wurde schließlich die sowjetische Kreiskommandantur eingerichtet. Ein eigenständiges Kapitel Lokalgeschichte hatte sein Ende, alles war nun geregelt durch die Befehle und Anordnungen der Alliierten. Die "Freie Republik Schwarzenberg" gab es allerdings nur in der literarischen Verarbeitung, sie hat Stefan Heym in seinem Roman "Schwarzenberg" erfunden.

Im vorliegenden Band sind die Textbeiträge der 21 Autoren den Abschnitten Erinnerungen, Forschungen und Betrachtungen zugeordnet; Dokumentation, Chronik, Karten und Verzeichnisse vervollständigen das Buch. Von besonderem Interesse sind natürlich die Erlebnisberichte von damaligen Zeitzeugen. Dazu gehören die Erinnerungen an den Schwarzenberger Antifaschistischen Aktionsausschuß von dessen letztem lebenden Mitglied Paul Korb. Erstmals wiedergegeben wird der vom Ersten Bürgermeister Willy Irmisch 1973 niedergeschriebene und von Heiner Müller kommentierte Bericht über das Zusammentreffen mit dem Schauspieler Heinrich Greif, dessen Vater im Schwarzenberg-

er Postamt arbeitete. Des weiteren berichten Dieter Wittich über die "Drei-Mächte-Herrschaft" im Thüringen des Frühjahr 1945, Wolfgang Kießling über die Gemeinde Beierfeld und Hans Lauter über seine Zeit im Zuchthaus Waldheim und seine Begegnung mit dem Gauleiter Mutschmann. Kritisch vermerkt Lauter über Erinnerungsberichte zum antifaschistischen Widerstand, "daß Erkenntnisse, die handelnde Personen erst in späterer Zeit gewannen, von ihnen in Zeiten transponiert werden, wo diese für ihre Haltung noch nicht ausschlaggebend gewesen sein konnten." Dies gilt wohl generell für Erinnerungen, was in jüngster Zeit hinsichtlich der DDR-Geschichte erneut sichtbar ist. Der Beitrag von Werner Groß über die Anfänge der Forschung zu Schwarzenberg leitet zum zweiten Themenkomplex über und belegt an Hand von Forschungsergebnissen und Publikationen, daß das Thema Schwarzenberg "keineswegs zu DDR-Zeiten totgeschwiegen wurde oder erst durch Stefan Heyms Roman bekannt" wurde. Eine Position die er im wesentlichen mit Czerny teilt, während Geyer/Müller die Position einer Tabuisierung vertreten.

Karl-Heinz Gräfe untersucht im zweiten Komplex detailliert die brutale deutschen Kriegsführung in Sachsen während der letzten Kriegstage. Verschiedene Beiträge widmen sich den von US Army und Roter Armee nicht sofort besetzten Gebieten. Harald Weber behandelt das Mulde-Gebiet, Peter Bukvic das Westerzgebirge. Die Skizze von Jochen Geyer und Ralf Müller über durchgeführte Befragungen von Zeitzeugen über die besatzungslose Zeit, insbesondere auch im Vergleich mit Heyms Roman, ist sehr aufschlußreich. Sie nennen als Kriterien für unterschiedliche Bewertungen die Präsenz der Erinnerung, Generationenzugehörigkeit, persönlichen Charakter, Lebenserfahrung und ideologische Muster. Heyms Roman steht im Mittelpunkt der Beiträge von Dieter Schiller über "Utopie als Geschichte" und von Sascha Reinicke

über dessen "Sowjetunion- und Russenbilder". Lothar Wendler befaßt sich mit numismatischen Kostbarkeiten, der Ausgabe eigenen Schwarzenberger Gelds 1945, und Frank Nestler mit Vorgeschichte, Herausgebern und Inhalt des Wochenblatts "Schwarzenberger Zeitung", das lediglich in vier Ausgaben erschien.

Der letzte Teil des Bandes ordnet die Schwarzenberger Geschehnisse in die Gesamtentwicklung der sowjetischen Besatzungszone ein und führt zum Teil über das Konferenzthema hinaus. Mehrere Autoren widmen sich dem Problemkreis Basisdemokratie und Zentralmacht. J. Czerny untersucht unter dem Titel "Ein (un)Passendes Beispiel. Die DDR-Geschichtsschreibung über das Antifa-Regime" sachkundig die DDR-Geschichtsschreibung in der Darstellung der Antifa-Ausschüsse, zeigt deren verzeichnende Sicht, arbeitet Stärken der Heimatgeschichtsschreibung heraus und benennt offene Forschungsfragen. Günter Benser behandelt das Thema "Das ZK der KPD und die Antifa-Ausschüsse", wobei er folgert, daß Gebiete der neutralen Zonen von der KPD-Zentrale so gut wie nicht zur Kenntnis genommen wurden. Ulla Plener rückt zwei "Demokratietraditionen" in der Arbeiterbewegung und Kurt Schumacher in den Mittelpunkt, Ingeborg Bauer Basisdemokratie und Staatsmacht. Im abschließende Beitrag reflektiert der Leipziger Philosoph Helmut Seidel über den Utopie-Begriff.

Ein eigenes Bild und Überblick über das Geschehen im Niemandsland erhält der Leser durch den Dokumententeil, eine Chronik und Karten. Abgedruckt sind 54 Dokumente, beginnend mit der Bekanntmachung des Oberbürgermeisters von Aue vom 7. Mai 1945 über eine Anordnung des Kommissarischen Bürgermeister von Schwarzenberg vom 16. Mai bis zur Mitteilung des Schwarzenberger Landrats über die Auflösung der antifaschistischen Aktionsausschüsse im Kreis am 24. Juni 1945.

Dem Band vorangestellt ist eine Meinungsäußerung von Stefan Heym. Seine tref-

fende Wertschätzung sei hier abschließend zitiert: "Ich halte die Berichte und Überlegungen in diesem Buch, auch und gerade durch ihre Vielfalt, für einen höchst wertvollen Beitrag zum Verständnis der Geschichte nicht nur eines kleinen Teils von Deutschland, sondern, indirekt, des ganzen Landes."

*Herbert Mayer*

**Karl Schirdewan: Ein Jahrhundert Leben. Erinnerungen und Visionen. Autobiographie.** edition ost, Berlin 1998, 334 S.

Gerhard Zwerenz hat mit seiner ND-Rezension vom 24.9.1998 in wesentlichen Punkten Recht: Der Verfasser dieser Autobiographie ist aller Ehren wert; sein Werk stellt über weite Strecken die Lebensbeschreibung eines zweiten Hiob dar und ist – entstanden "im Wettlauf mit dem Tod" – Fragment geblieben.

Bis zu seinem 7. Lebensjahr hatte Karl Schirdewan (1907-1998) mehrfach Pflegeeltern oder war in einem Waisenhaus untergebracht. Dann wurde er von einem Breslauer Proletarierpaar adoptiert. Der Lehrling, Laufbursche und Bürogehilfe, aufgeweckt und belesen, entwickelte sich zu einem jungen Mann, der die katholische Erziehung abstreifte und 1923 dem KJVD, 1925 der KPD beitrug. Im ersten Teil des Buches schildert er seine Tätigkeit als Jugendfunktionär, die ihn zum Verbandsvorsitzenden bzw. Verbandssekretär in Schlesien und Ostpreußen werden ließ. 1931 leitete er den KJVD-Verlag Junge Garde, wurde aber zusammen mit dem Chefredakteur des gleichnamigen Presseorgans und langjährigen Freund Friedrich Schlotterbeck abgelöst: Beide hatten entgegen der Mehrheit der Verbandsspitze nicht den zweiten Mann der Partei, Heinz Neumann, sondern den ersten, Thälmann, unterstützt. Schirdewans Sicht auf diesen war "Teddys" Ausstrahlung als eines 'Arbeiter geliebten Tribuns' wegen verklärt. In Unkenntnis wichtiger Details der Ge-

schichte vor 1925 erblickte er in ihm denjenigen, der "den Aufstieg der KPD" schlechthin bewirkt hatte (43), obwohl es vorher einen durch die erste ultralinke Phase beendeten ersten Auftrieb gegeben hatte und die maßgeblich durch Stalin bestimmte spätere Entwicklung in die Niederlage vor dem Faschismus mündete.

Zutreffend verweist Schirdewan auf Ansätze zur gemeinsamen antifaschistischen Aktionseinheit, die auch er zu erweitern bestrebt war. Sie sind aber durch Verschulden des Parteikommunismus einerseits, des Partei-sozialdemokratismus andererseits nicht zum Tragen gekommen. Daß – wie er meint – allein SPD-Führer "die verhängnisvolle Theorie eines angeblich 'schnellen Abwirtschafens' des Faschismus im Falle einer Machtübernahme" verfochten hätten (80), ist falsch. Unter Beifall der KPD-Fraktion verlautbarte z. B. Hermann Remmele am 14.10.1931 im Reichstag: "Die faschistischen Herrschaften... werden rascher abwirtschaften als jede andere Regierung." Sind sie "erst einmal an der Macht..., wird die Einheitsfront des Proletariats zustandekommen und wird alles wegfegen".

Der Verfasser stellt seine illegale, mit vielen Gefahren verbundene KJVD-Arbeit in Sachsen, an der Wasserkante und als Mitglied des sogenannten Dreierkopfs, der Inlandsleitung für ganz Deutschland, dar. Die Arbeit fand mit seiner Verhaftung im Februar 1934 durch die Gestapo ihr Ende. In Hamburg und im Berliner Columbia-Haus wurde er gefoltert, war aber nicht zu brechen. Nach Volksgerichtshofsurteil und Zuchthausaufenthalt in Coswig nahm die SS ihn in "Schutzhaft". Er durchläuft die Konzentrationslager Sachsenhausen und Flossenbürg, Letzteres als einer derjenigen, deren Überleben "unerwünscht" war. Kriminelle Häftlinge halfen die Todeskandidaten durch Lebensmittelgaben retten.

Halbwegs erholt – ein knappes Jahr später brach bei ihm offene TBC aus – stürzte sich Schirdewan 1945 in Berlin in die Partearbeit. Zunächst hatte er u. a. die West-KPD in Rhein-

land, Westfalen und Niedersachsen über die zur Zeit der Hitlerdiktatur im Exil entwickelte Linie und den Kurs auf eine demokratische Republik statt auf "Räted Deutschland" zu informieren. Nach seiner Genesung von der TBC war er Leiter des neuen Sektors "Studium der illegalen Parteigeschichte" beim SED-Vorstand sowie für die VVN und in deren Gesamtdeutschem Rat, als Leiter der Westkommission der Partei und im sogenannten Arbeitsbüro aktiv. Das Büro hatte seiner Meinung nach "das eigenständige politische Handeln der KPD", die im geteilten Deutschland zur Westpartei wurde, zu entwickeln. (230) Das war ein Widerspruch in sich, brachte ihn aber in Konflikte mit SED-Generalsekretär Walter Ulbricht. Der nämlich sah in der KPD nur den verlängerten Arm der eigenen Partei. Schirdewan teilt mit, neben ihm selbst habe der sowjetische ZK-Sekretär Suslow Ulbrichts Einmischung entgegengewirkt. (231) Ich hätte gern gewußt, wie. Doch beläßt er es beim Hinweis.

Anschließend an die Westarbeit war der Autor 1952 1. Sekretär der SED-Landesleitung Sachsen, danach der Bezirksleitung Leipzig. Die Berufung zum Sekretär des Zentralkomitees und Chef der neuen ZK-Abteilung Leitende Organe und Kader brachte ihn Ende des Jahres nach Berlin zurück. Er wurde zum zweiten Mann der Partei und führt den Aufstieg auf die Sowjets zurück. (243) Deren erneuter Entscheid für Ulbricht nach dem Debakel vom 17.6.1953 sei der Zwangslage Chruschtschows geschuldet gewesen, der sich in innerparteilichen Machtkämpfen seiner Haut wehren mußte und daher in Ostdeutschland mit bloßer "Schadensbegrenzung" begnügte. (245)

Mit keinem Wort geht Schirdewan auf seine Rolle im Kampf gegen die "Gruppe Herrstadt/Zaisser" und darauf ein, daß er eben deshalb beim 15. ZK-Plenum im Juli 1953 ins Politbüro aufgenommen wurde, trug doch sein Auftreten zur Festigung von Ulbrichts Position bei. Er behauptete damals

u. a., die "Fraktionstätigkeit" besagter Gruppe sei "erbärmliche menschwistische Taktik" gewesen. Sie habe darauf abgezielt, "den Apparat der Partei in der Mitgliedschaft zu diskreditieren und zu verleumden und so die Schlagkraft der Partei in einem entscheidenden Augenblick ihrer Entwicklung zu lähmen". "Die Troztkisten, die Neumanngruppe usw., die vor 20 Jahren Ernst Thälmann bekämpften, erleben jetzt ihre Neuaufgabe in der Gruppe Herrstadt-Zaisser."<sup>1</sup> Bei anderer Gelegenheit kanzelte er die Gestürzten als "Verräter an der Sache der Arbeiterklasse und der Partei" ab<sup>2</sup>. Im Buch hat Schirdewan leider auch darüber geschwiegen, daß er Ulbricht 1956 gegen Aufmüpfige verteidigte, die Meinungsfreiheit und Entstalinisierung verlangten<sup>3</sup>. Zur Aufklärung der Leser und im eigenen Interesse hätte der Verfasser gut daran getan, die damaligen Auftritte bei gleichzeitig wachsendem Zweifel an der SED-Politik seinerseits zu erörtern und als das zu kennzeichnen, was sie gewesen sind: Auswirkungen stalinistisch deformierter "Parteidisziplin".

Auf seine internen Zweifel geht Schirdewan ein. Sie waren demnach eine Folge von Chruschtschows Geheimrede beim XX. Parteitag über Stalins Verbrechen, die ihn erschüttert habe. Signale über solche Verbrechen waren ihm aber schon vorher zuteil geworden. (139) In hohen Parteigremien verlangte nun der Autor Auseinandersetzungen mit den Stalinismusfolgen in der DDR, volle Rehabilitierung der Opfer und wahrheitsgetreue politische Einschätzungen, so der Vorgänge in Polen und Ungarn 1956. Er drang damit nur zum geringsten Teil durch, machte sich aber bei Ulbricht unbeliebt. Nachdem die Spitze der KPdSU zum 40. Jahrestag der

Oktoberrevolution verlangt hatte, vorrangig gegen den "Revisionismus" statt weiter gegen den "Dogmatismus" zu kämpfen, geriet Schirdewan mit Genossen wie Staatssicherheitsminister Ernst Wollweber ins Visier der Politbüromehrheit. In einer früheren Darstellung hat er seine Entstalinisierungsvorstöße einen "Aufstand gegen Ulbricht" genannt. Da alles der Mitgliedschaft verborgen blieb, waren sie das leider nicht. Im Februar 1958 nutzte Ulbrichts Fraktion die 35. ZK-Tagung dazu, die "Gruppe Schirdewan, Wollweber und andere" wegen angeblicher fraktioneller Tätigkeit anzuprangern und zu stürzen. Als Chefankläger agierte Erich Honecker, der danach zum ZK-Sekretär befördert wurde und Schirdewans Posten einnahm.

Das letzte Buchdrittel ist z. T. fragmentarisch ausgefallen. Ausführlicher geht der Autor auf Freunde und Sympathisanten ein, die ihm nach dem Sturz zur Seite standen, und auf die Tätigkeit als Leiter der Staatlichen Archivverwaltung der DDR (StAv) 1958-1965. Seinem Bericht zufolge hat er eine qualitative Neugestaltung des Archivwesens, die Inbetriebnahme dreier großer neuer Magazine in Coswig, Schloß Dornburg und Ludwigsburg, den Übergang zur Sicherungsverfilmung, Publikationen wie die von Quellennachweisen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Ausstellungen zu bedeutenden Ereignissen und Zuarbeiten für den "Ausschuß für Deutsche Einheit" mit auf den Weg gebracht. Reibereien gab es mit dem MfS, das gerne Aktenbestände über die NS-Zeit und danach mit Beschlag belegte. 1965 unternahm die Honecker unterstehende ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen einen Brigadeeinsatz in der StAv, deckte deren Chef mit Vorwürfen ein und sorgte zugleich dafür, daß er nicht antworten konnte. Danach erwirkte sie seine Entlassung. Schirdewan meint, es habe ihm "keine Bühne mehr für international beachtete Leistungen" zur Verfügung stehen sollen. (283)

1 Rudolf Herrstadt: Das Herrstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953. Hrsg., eingel. und bearb. von Nadja Stulz-Herrstadt, Reinbek bei Hamburg 1990: 190f.

2 Ebd.: 242.

3 Arbeiterpolitik, Stuttgart, 22.2.1957.

Weitere Ausführungen gelten seiner Rehabilitierung 1990, nach 32 Jahren, dem Ja zur PDS, zu Gysi und zum Bruch der Partei mit dem Stalinismus als System. Der Autor verweist auf die Gefahren, die der Welt bei weiterer kapitalistischer Herrschaft drohen. Als Ziel kommunistischer Bestrebungen nennt er mit Friedrich Engels die "Versöhnung des Menschen mit sich selbst und der Natur". (306) Zur konservativen Anti-Volksfront-Kampagne stellt er fest: "Eine Volksfront in Deutschland hätte Hitler jedenfalls verhindert, und eine Volksfront, die sich undemokratisch entwickelt hätte, gibt es in der Geschichte nicht." (306) Die Aussage im ersten Teil des Satzes trifft voll zu. Die im zweiten Teil erscheint nach den Erfahrungen in Spanien und Frankreich fragwürdig.

Der Anhang des Buches birgt u. a. Auszüge aus Reden Schirdewans 1953-1957, den Bericht über den Brigadeinsatz der Abteilung Sicherheitsfragen des ZK vom März 1965 und den eines Mitarbeiters über die Absetzung seines Chefs. Daten des Verfassers stimmen nicht in allem mit denen im Handbuch "Die SED", Berlin 1998: 1069 überein. Ärgerlich sind Druckfehler bei Namen wie dem der SPD-Reichstagsabgeordneten Juchacz und des KPD-Gewerkschafters Chwalek, die hier "Jucherts" und "Qualek" heißen. (53 und 149)

*Manfred Behrend*

**Stanislaw Szwalbe: Wspomnienia. (Erinnerungen).** Energopol. Warszawa. 1996. 223 S. Fotos. ISBN: 83-909974-0-1

Die Erinnerungen folgen Tonbandaufzeichnungen, die Marek Jaworski zwischen Januar und April 1996, kurz vor dem Tode des im Alter von 98 Jahren verstorbenen polnischen Sozialisten und Funktionärs des Genossenschaftswesens, gemacht hat. Damit und mit den ergänzend eingefügten Aufzeichnungen

auch weiterer Autoren, die aus verschiedenen Anlässen niedergeschrieben worden sind, (z. B. den Erinnerungen des Sozialisten Edward Osobka-Morawski an Szwalbe) wird nahezu ein Jahrhundert der sozialistischen Bewegung in Polen, eingebettet in so unterschiedliche Zeiten wie die Endphase des unter die Teilungsmächte aufgeteilten Polens, in das Polen der Republik zwischen 1918-1939, in die Okkupationszeit und die VR Polen erinnert. Der hiezulande kaum bekannte Szwalbe (1898-1996), wurde zu einem aktiven Politiker der polnischen Sozialisten und des polnischen Genossenschaftswesens. Während des ersten Weltkriegs kam er als Student der Warschauer Universität erstmals in direkte Berührung mit der politisch-sozialen und dabei auch der Genossenschaftsbewegung "Spolem". Damit und mit den Verbindungen zur PPS (der Polnischen Sozialistischen Partei) stand er von Anfang an auf dem linken Flügel dieser politischen Bewegung, die er zeitweise als Parteiführer, aber auch in hohen staatlichen und in parlamentarischen Ämtern vertrat. Seit 1917 Mitglied der PPS, ruhte wohl infolge seiner Arbeit in der staatlichen Verwaltung des Landes und – nach Kriegsbeginn – seiner Aktivität im antifaschistischen Widerstand wegen, die formelle Mitgliedschaft ab 1922, nicht jedoch seine soziale Aktivität und seine politischen Bindungen zur PPS. Noch in der Illegalität wurde er vom Vertrauen der am antifaschistischen Kampf beteiligten Sozialisten getragen, zum Vorsitzenden der RPPS, der Arbeiterpartei Polnischer Sozialisten gewählt und übte dieses Amt auch als Vorsitzender der wiedererstandenen PPS aus. Diese Partei vertrat er sowohl im Landesnationalrat (KRN), in dem Kommunisten und Sozialisten mit anderen demokratischen Kräften bis zur Regierungsbildung zusammenwirkten (Szwalbe war Stellvertreter des Vorsitzenden) als auch in der obersten Volksvertretung, dem Sejm, dessen Vize-marschall er anschließend (seit 1948 auf parlamentarische Nebengeleis in eine Reprä-

sentationsfunktion abgeschoben) bis 1952 war. Diese Schlüsselfunktionen bei der Mitwirkung am antifaschistischen Kampf, bei der Gestaltung der ersten Jahre Nachkriegspolens auf dem Weg zur Volksrepublik ermöglichen tiefe Einblicke in die Grundlinien politischer Entwicklungen in Polen und in die heftigen politischen Auseinandersetzungen um den Weg Polens, dessen Platz in der Nachkriegszeit und die Stalinisierung des Landes. An der Seite Bieruts, mit dem er über viele Jahre hinweg (die Anfänge gingen auf die gemeinsame Genossenschaftsarbeit zurück) bekannt war und den er in der Illegalität unterstützte, verhandelt Szwalbe mit Stalin (er kann auch von seiner späteren Begegnung mit Tito berichten, dessen Aufgeblasenheit er von Anfang an durchschaute) und entscheidet sich 1948 (z. B. im Unterschied zu Jozef Cyrankiewicz) gegen die Ein- und Unterordnung in die aus der Vereinigung von PPR und Teilen der PPS gebildete Polnische Vereinigte Arbeiterpartei. Von 1953 bis 1958 widmet er sich wiederum, (vollständig aus Funktionen politischer Entwicklung verdrängt) diesmal als Präsident des Zentralrats des Verbands der Arbeitergenossenschaften und später als Vizepräsident eines Forschungsinstituts für Genossenschaftswesen seiner Lebensaufgabe, der Genossenschaftsarbeit für Arbeiter, Arbeiterkinder, den Arbeiterwohnungsbau. Annähernd 450 Titel benennt die Bibliographie seiner Schriften zur Politik der PPS-Lewica (d. h. Linken) und zur Genossenschaftsarbeit.

Sie bezeugen wie auch die Memoiren den Lebensweg und das Lebenswerk eines kritischen polnischen Sozialisten, der niemals Antikommunist war, aber immer für die Eigenständigkeit des sozialistischen Gedankens und einer von sozialistischen Idealen geprägten Politik eintrat.

*Gerhard Kaiser*

**Celina Budzynska: Strzepy Rodzinnej Sagi. (Aus der Familiensaga).** Zydowski Instytut Historyczny. Warszawa. 1998. 536 S. Foto. ISBN: 83-85888-48-9

Die "den Enkeln – wenn sie es denn lesen wollen" gewidmeten Erinnerungen der Celina Budzynska umfassen ein großes Stück Geschichte der polnischen Arbeiterbewegung im 20. Jhd. Aus erster Hand erfährt der Leser von den Beweggründen, die die Autorin zum Kommunismus brachten und den Ursachen, warum sie – mindestens zwölf Jahr zu spät, wie sie mit dem Blick auf die schamlosen antisemitischen Ausfälle der PVAP und der Regierung der VR Polen ab März 1968 schreibt – 1981 aus der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei austrat, als an die Stelle politischer Auseinandersetzung der Ausnahmezustand und die polizeiliche Verfolgung von Studenten, Arbeitern, "Solidarnosc"-Anhängern als letzte Regierungsweisheit rückte. Celina Budzynska war (wie auch ihre Lebengefährten, von denen der Arbeiter und Kommunist Zygmunt Trawinski siebzehn Jahre in sowjetische Lager geworfen, und Stanislaw Budzynski, der 1937 im Zuge des "Großen Terrors" erschossen wurde) und weitere Familienangehörige (wie Helena Budzynska, die ebenfalls dem "Großen Terror" zum Opfer fiel) lange Zeit eng mit der kommunistischen Bewegung verbunden und wie ihr Vater Waclaw Wleklinski in der PPS (der Polnischen Sozialistischen Partei) aktiv. Durch ihre Herkunft (der Vater, Jurist, stammte aus einer der Szlachta angehörenden Familie, die bereits am Aufstand von 1863 gegen den Zarismus teilgenommen hatte; die Mutter kam aus der vollständig assimilierten jüdischen Unternehmerfamilie Brun) und durch ihr Wirken in der kommunistischen Bewegung symbolisiert Celina Budzynska wie in der sozialistischen wie kommunistischen Arbeiterbewegung Polens auf der Grundlage politischer und geistiger Übereinstimmung Polen und Juden z. B. in den zwanziger und dreißiger Jahren gleichberechtigt zusammenwirkten. Die

perfiden Anwürfe der heutigen "Elite" in Polen gegen die "Judenkommune", sind auf die Diskriminierung noch im Nachhinein gerichtet und von rassistischem Gift geprägt. (Wie es die Diskriminierung durch deutsche Faschisten des "jüdisch-bolschewistischen Untermentschentums" war, die der shoa vorausging und sie begleitete).

Männer und Frauen wie Celina Budzinska, deren Weg in der kommunistischen Jugendbewegung und in der kommunistischen Partei Polens sie in polnische Gefängnisse und 1927 in die UdSSR führte, sind (bis auf wenige Ausnahmen) entweder in den dreißiger Jahren in der UdSSR hingerichtet, oder – so sie im Lande am illegalen antifaschistischen Kampf teilnahmen – Opfer des faschistischen Völkermordes geworden. Celina berichtet von ihren Begegnungen mit historischen Persönlichkeiten wie Adolf Warski, Julian Marchlewski, Feliks Dzierzynski, Boleslaw Bierut und Wladyslaw Gomulka, von der Atmosphäre und dem Geist im kommunistischen Jugendverband und in der Partei in Polen, von ihrem Leben in Moskau, u. a. an der Universität der Nationalen Minderheiten des Westens, dem Parteileben Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre in Moskau, vom Tod ihrer meisten Genossen und von ihrer politischen Verfolgung, die ihr nicht nur den Mann nahm sondern sie auch für viele Jahre von ihren beiden Kindern Hanna und Nina trennte, sie selbst über sieben Jahre lang in Lagern, zuerst in Mordowien sodann im Raum Archangelsk festhielt. Von all diesen Lebensabschnitten erzählt sie mit großer Genauigkeit: vom Alltag, der Situation in der Partei im Lande und in der Emigration, der Haftatmosphäre in polnischen und in sowjetischen Gefängnissen sowie Lagern, und gleichzeitig beschreibt sie diese Lebensstationen nicht nur, sondern analysiert auch deren Ursachen und Wirkungsmechanismen präzise. Sie gehört zu den wenigen Kommunisten aus Polen, zumeist Frauen, die überlebt haben und die 1945 durch eine Initiative Bieruts freikamen und nach

Polen zurückkehren konnten. Hier wirkte sie am Aufbau der Parteischule der kommunistisch geprägten PPR mit, war bald deren Direktorin und voller Hoffnungen, daß der polnische Weg nach dem zweiten Weltkrieg ein anderer sein würde, als der für die meisten polnischen Kommunisten tödliche Weg im Sowjetland. Schritt um Schritt mußte sie sich davon überzeugen, daß diese Hoffnungen enttäuscht wurden, bis sich der Kreis schloß und sie diese PVAP verließ um dort wieder zu beginnen, wo sie in den zwanziger Jahren die politische Arbeit aufnahm: in der Fürsorge und Hilfe für Internierte oder politische Gefangene. Von all dem erzählt sie mit großer menschlicher Wärme, mit viel Liebe zum aufschlußreichen Detail und mit scharfem analytischem Blick für politische Prozesse begabt.

*Gerhard Kaiser*

**Wolfgang Kießling: "Leistner ist Mielke". Schatten einer gefälschten Biographie.** Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 1998, 302 S.

Vorn unterm Titel prangt Erich Mielkes Konterfei über einem Hafengelände. Damit verbunden führt dieser Titel in die Irre. Genau wie Kießlings "junge Welt"-Serie im Sommer 1996 zum gleichen Thema, die hier unerwähnt bleibt, ist der langjährige Chef der Staatssicherheit nur eine – allerdings gewichtige – Randfigur. Dennoch soll zuerst von ihm die Rede sein. Nach Aufenthalt und Agentenanwerbung in der UdSSR hielt sich Mielke als "Fritz Leistner" in der spanischen Bürgerkriegsetappe auf. Er war Offiziersausbilder bei den Interbrigaden und vernahm "Trotzkisten" und Anarchisten, bevor sie dem sowjetischen Geheimdienst überantwortet wurden. (21f.) In Belgien und Frankreich wirkte er später an der stalinistischen "Disziplinierung" von Genossen mit. Anfang der 40er Jahre ließ sich Mielke im unbesetzten Teil Frankreichs durch Kreikemeyer aus Mitteln des amerika-



nischen Unitarian Service Committee (USC) unterstützen. Nach dem Einmarsch der Hitlerarmee ging er nicht zur Résistance, sondern in die Nazi-Organisation Todt, mit der er 1944 nach Deutschland zurückkehrte. Später hat er, wie der Autor feststellt, seine Biographie dahingehend heroisiert, daß herauskam, er habe Widerstandskampf organisiert und die Sowjetunion verteidigt. Die SED-Führung kolportierte bei fälligen Mielke-Ehrungen dessen erlogene Version. (9f. und 58 ff.)

Held des ersten Buchteils ist der 1894 geborene Maschinenschlosser, Obermatrose und spätere Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn Willi Kreikemeyer. Dadurch, daß er dessen in der DDR seit 1950 verschwiegenen politischen Lebensweg beschreibt, hat sich der Verfasser verdient gemacht. Kreikemeyer, Mitglied der USPD und seit 1919 der KPD, war ein Praktiker. Er wirkte als Betriebsrat und Parteifunktionär, mehrjährig auch als Vertreter von Münzenbergs Neuem Deutschen Verlag, der "Arbeiter-Illustrierten Zeitung" und des Verlagsnachfolgers Editions du Carrefour. In Spanien erwarb er den Kapitänrang und wirkte nach schwerer Verwundung in der Kaderabteilung der Interbrigaden zu Albacete. Mit seiner Frau Marthe, einer gebürtigen Französin, leistete er seit 1938 Grenzarbeit und war nach Hitlers Sieg über Frankreich 1940 Mitarbeiter der KPD-Leitung im unbesetzten Südteil des Landes, bis 1944 Mitverantwortlicher für Sozialarbeit zugunsten deutscher Antifaschisten in Marseille. Unterstützung in Aussiedlungsfragen leistete ein bürgerlicher Demokrat, Mexikos Generalkonsul Bosques; für materielle und medizinische Hilfe sorgte der amerikanische Quäker und Kommunist Field, in Marseille Direktor des USC. Interessant ist für mich Kießlings Mitteilung, Kreikemeyer sei bei Field durch dessen Mitarbeiterin Henny Stibi, vormals Sekretärin Ulbrichts in Moskau, eingeführt worden. (28f., 103, 121 und 159) Die Dame, hier als "Vertrauensperson des sowjetischen Geheimdienstes" charakterisiert (177),

bewährte sich nach 1945 als eisenharte Kaderleiterin, die bei antibürokratischer Kritik Druck auf die Kritiker ausübte.

Kreikemeyer vertrieb nach seiner Marseiller Zeit Material des Komitees "Freies Deutschland" für den Westen und präsidierte der Union deutscher antinazistischer Immigranten, die die Rückkehr in die Heimat anbahnen half. Sie wurde wiederum von Field unterstützt, der nun die USC-Europazentrale leitete. Für linke Antifaschisten setzte er sich so intensiv ein, daß man ihm Oktober 1947 fristlos kündigte. Über Kreikemeyers Karriere und Tätigkeit nach Kriegsende bei der Reichsbahn teilt Kießling wesentlich nur Daten mit. Allerdings erwähnt er "Querelen... wegen der Lohn- und Gehaltszahlungen an die im Westen wohnenden Eisenbahner" und die westliche Hetze gegen den Generaldirektor. (94) Den Westberliner S-Bahnstreik, Höhepunkt der Auseinandersetzungen, verschweigt er.

Kreikemeyers Tragödie bahnte sich 1949 an, als der inzwischen in Ungarn gekidnappte Noel H. Field beim Budapester Rajk-Prozeß im September zum Spitzenagenten des USA-Imperialismus deklariert wurde. Alle GenossInnen, die mit ihm im zweiten Weltkrieg zusammengearbeitet hatten, die Agenten sowjetischer Dienste ausgenommen, wurden hierauf in volksdemokratischen Ländern als USA-Spione und Saboteure verdächtigt und belangt. In Ostdeutschland "säuberten" eine "Kommission zur Überprüfung von Parteimitgliedern aus westlicher Emigration und Kriegsgefangenschaft", die Zentrale Parteikontrollkommission unter Hermann Matern und die von sowjetischen Instruktoren durchsetzte Staatssicherheit mit Mielke die SED. Eines ihrer prominentesten Opfer war Kreikemeyer. Im Oktober 1949 zu schriftlicher Berichterstattung über seine Beziehungen zu Field veranlaßt, wurde er Anfang Juni 1950 von Materns Stellvertreterin Herta Geffke dazu befragt, am 25.8. über seinen Parteiausschluß informiert und in das ehemalige Gestapo- und MGB-Gefängnis Albrecht-Ecke Schumannstraße in

Berlin eingeliefert. Er soll schon am 31.8.1950 – angeblich durch Selbstmord – verstorben sein, was sieben Jahre lang geheimgehalten wurde. Den Leichnam hat außer Mielke & Co. niemand zu Gesicht bekommen. Ein Totenschein wurde nicht ausgestellt, die Grabstätte ist bis heute unbekannt.

Kießling hat hieraus den meiner Meinung nach richtigen Schluß gezogen, offenbar sei Kreikemeyer durch Mielke oder in dessen Verantwortlichkeit ermordet und beseitigt worden. Das Motiv hierfür sei seine Äußerung gegenüber Geffke, Leistner, der einstige Empfänger von USC-Hilfe, sei mit dem Stasi-Chef identisch. Wäre das bei einem Schauprozess öffentlich ausgesagt worden, wie er in der DDR vorbereitet wurde, hätte es Mielke mindestens die Karriere gekostet. Er war brennend daran interessiert, daß sein Gefangener dann nicht mehr aussagen konnte. (123, 125 und 152) Die Indizienkette ist schlüssig. Es verwundert, daß der Autor die beiden von ihm selbst mitgeteilten Gefängnisbriefe Kreikemeyers hier unerörtert läßt. Darin erwähnte dieser "Leistner" nicht nur, sondern schrieb ihn sogar als Staatssekretär an. Mußte Mielke darin nicht Gefahren für sich sehen?

Heldin im zweiten Teil des Buches ist Kreikemeyers Frau Marthe. Seit dem 30.8.1950 drängte sie bei Partei- und Staatsfunktionären sowie beim MfS darauf, Auskunft über den Verbleib ihres Mannes zu bekommen. Weder die Arroganz verweigerter Antworten, noch Lügen der Stasi oder ihre "von oben" bewirkte eigene materielle Notlage konnte sie davon abbringen. Ende 1954 wurde sie vom MfS verdächtigt, Agentin des Deuxième Bureau gewesen zu sein, und aus Ostberlin vertrieben. Die Anfragenkampagne setzte Marthe nun von außen, erst aus Westberlin, dann aus ihrem Geburts- und jetzigen Wohnort Graffenstaden bei Strasbourg fort. Sie wurde in dem Maß entschiedener, wie im Osten das Lügengebäude des Stalinismus zusammenbrach. Da die SED-Spitze jeden ernsthaften Entstalinisierungsversuch verweigerte, schrieb sie am

12.7.1956 Ministerpräsident Grotewohl: "Hat man in Ihrer Partei und Regierung noch nicht begriffen, daß auch die DDR mit ihren Berijas aufräumen muß und die alten ehrlichen Kommunisten, deren Unschuld... längst erwiesen ist, endlich freizulassen und zu rehabilitieren" sind? (268) Falls dieser Brief nicht bis 30.7. beantwortet sei, werde sie ihn veröffentlichen – was am 2.8.1956 auch im Westberliner SFB geschah. Mielke stellte das als Beweis dafür hin, daß eine "Feindin" am Werk sei. (278) "Freunde" nämlich durften sich gegen keinen Willkürakt der Herrschenden ernstlich zur Wehr setzen. Der Grundsatz, von vielen in der Partei geglaubt und beherzigt, war von Anfang an falsch.

Franz Dahlem, nach mehrjähriger Verfolgung durch Ulbricht wieder ins Zentralkomitee aufgenommen, erwies sich als aufrechter Kommunist. In seiner Antwort Ende März 1957 auf einen Brief Marthes bekundete er nicht nur Solidarität, sondern gab ihr auch den Tip, sich um Hilfe an die französische KP-Führung zu wenden. Tatsächlich gelang es auf diese Weise, die SED-Spitze zu zweierlei zu veranlassen: Erstens zur Herausgabe einer nunmehr vom Stadtbezirksgericht Berlin-Prenzlauer Berg ausgestellten Todeserklärung, zweitens zu einem Brief Materns an das ZK der KPF, in dem erstmals von Kreikemeyers vorgeblichem Selbstmord 1950 die Rede war. (S. 281) Der Brief bekundete seine teilweise Rehabilitierung, aber nur hinsichtlich der Verbindungen zu Noel H. Field. Hingegen hielt die SED-Führung an der Lüge fest, Kreikemeyer habe gegen einen Beschluß des französischen ZK vom Februar 1942 "über den Einsatz deutscher Emigranten im antifaschistischen Widerstandskampf in Frankreich" verstoßen, weshalb der "Vorwurf des kapitalenhaften Verhaltens" fortbestehe. (282) Zu Recht wertet Kießling das als bodenlos gemeinen Versuch, die KPF gegen den Toten auszuspielen. Unrecht hat er m. E. mit der Ansicht, deren Parteispitze habe Materns Brief nur "wegen seiner inhaltlichen Scham-

losigkeit“ für sich behalten und Marthe nicht davon unterrichtet. (Ebd.) Damals und noch Jahre später war die KPF-Führung genauso stalinistisch wie die der SED. Durch Nichtweitergabe des Briefinhalts wollte sie offenbar Ärger mit der deutschen “Schwesterpartei” vermeiden.

Die zwei Papiere waren alles, wozu sich Ulbricht und Matern durchdrangen. Unbeantwortet blieb besonders ein Brief der tapferen Kommunistin Kreikemeyer vom 31.7.1957 an Großinquisitor Matern, worin sie die Todeserklärung als auf einem Nazi-Verschollenen-gesetz beruhend kritisierte und Papiere mit exakten Angaben einschließlich eines ärztlichen Attestes forderte: “Angesichts der ungeheuren Verbrechen, die... begangen wurden und die in vielen anderen Ländern des sozialistischen Lagers selbstkritisch zugegeben werden..., kann ich wohl erwarten, daß zumindest diese primitivste Menschenpflicht gegenüber meinem Mann und mir erfüllt wird... Außerdem wüßte ich gern, wann man gedenkt, die Rehabilitierung offiziell bekanntzugeben. Die Verleumdungen wurden damals in alle Welt posaunt...” (285)

Um Verwirrung zu stiften, fragen heimliche Anhänger des Generalissimus weiterhin gern danach, wo die allgemein gültige Definition des Stalinismus sei. Bis dahin könne man nicht von solchem sprechen. Sie wissen, Allgemeingültigkeit ist unmöglich, weil die Interessenlagen extrem verschieden sind und es keine alles lenkende Zentrale mehr gibt. Wer wissen will, was Stalinismus ist, sehe sich Kreikemeyers Vita und sein Ende an. Der Mann war ein ehrenfester, wie Millionen anderer gläubiger Kommunist, der nie gegen Parteiobere aufsässig wurde. Dennoch ist er gnadenlos zerstampft worden.

*Manfred Behrend*

**Ernst Stock/ Karl Walcher: Jacob Walcher (1887-1970). Gewerkschafter und Revolutionär zwischen Berlin, Paris und New York. Biographien europäischer Antifaschisten, hrsg. v. Ulla Plener, Bd. 4.** trafo Verlag dr. wolfgang weist, Berlin 1998.

Er war lange überfällig, dieser erste Versuch, eine Biographie Jacob Walchers vorzulegen. Autoren, Verlag und Leser sind zu dem Resultat zu beglückwünschen. Vor allem die Autoren, die den Versuch gewagt haben, die 83 Lebensjahre und nahezu sechseinhalb Jahrzehnte aktiver politischer Betätigung dieses “Gewerkschafters und Revolutionärs” nach ihren wichtigsten Stationen zu gliedern und dem Leser in einer frischen und unbeschwerteren Art nahezubringen. Worauf sie sich da eingelassen haben und was den Leser erwartet, sei mit einer längeren Passage aus der Vorbemerkung demonstriert, die für den Stil dieser Biographie charakteristisch ist und zugleich auf Walchers pralles Leben und Wirken neugierig macht.

“Sein Name barg politischen Sprengstoff. Seine Gegner, je nach politischem Lager, rechneten ihm unverzeihliche Sünden auf: Parteispaltung (in drei Fällen), eine abgesagte Revolution, eine Entscheidung für das falsche Deutschland... Berühmte Leute hatten ihn um Rat gefragt: Die Dramatiker Bertolt Brecht und Heinrich Müller, der Komponist Paul Dessau, der junge Willy Brandt, Lenin und Trotzki. Walcher diskutierte mit Ledebour, Bernstein, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Paul Levi. Clara Zetkin war seine Vertraute. Der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes...bot ihm, einem führenden KPD-Mann, im Schicksalsjahr 1923 ein Bündnis an... Sein Leben spiegelt Erfolge, Niederlagen, Widersprüche und Brüche der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts. Er war ein Sucher, ein Ketzer. Dreimal wurde er aus seiner Partei ausgeschlossen. Er begrüßte die Oktoberrevolution und war einer der ersten Kritiker Stalins. Er lebte für die Revolution, haßte aber

die revolutionäre Phrase. Den Zweifel hielt er für eine Tugend des radikalen Sozialisten. Die Hoffnung auf eine lernfähige sozialistische Bewegung gab er nie auf.“

Mit Sicherheit ist es kein Nachteil, daß die beiden Autoren, Ernst Stock und Karl Walcher, keine professionellen Historiker sind. Sie hatten den notwendigen Mut zur Lücke und zu Sprüngen, die selbst eingeweihte Leser auf manche harte Probe stellen. Dieses Leben in seiner Vielfalt und Widersprüchlichkeit auf knapp 180 Seiten zu präsentieren und dabei zugleich spüren zu lassen, hier sind auch künftig noch beachtliche Schätze zu heben, hier ist noch längst nicht alles erforscht, geklärt und ausgebreitet, das verdient Anerkennung und weckt, so ist zu hoffen, den Wunsch, das Walcher-Erbe noch gründlicher zu befragen und nutzbar zu machen. Dazu trägt auch der recht umfangreiche Anhang (ca. 60 Seiten), mit zahlreichen Proben aus Walchers Feder, bei, den die Autoren ihrem Text dankenswerter Weise hinzugefügt haben und der wohl mit Blick auf junge Leser Zeittafeln zu den elf Kapiteln des Buches und kurze biographische Angaben zu Zeitgenossen Walchers – Freunden und Widersachern – enthält.

Die Autoren hatten das Glück, sich neben eingehenden Studien, vor allem auf mehrere autobiographische Manuskripte Walchers stützen zu können, aus denen sie zum Nutzen des Lesers reichlich zitieren. Ganz im Sinne Walchers, aber auch mit dem gebotenen Respekt, sprechen sie aus, wann und wo er irrte, wann sein historischer Optimismus sich nicht erfüllte, kommentieren sie seine parteiinterne Selbstgeißelung in den 50er Jahren. Gerade hier scheint denn auch ein Phänomen auf, das für dieses Leben und zahlreiche andere Lebensläufe geradezu charakteristisch ist und über das sich heute aus unterschiedlichstem Blickwinkel so trefflich räsonieren und richten läßt, das jedoch nur im historischen Zusammenhang zu erfassen und zu erklären ist.

Jacob Walcher war kein Theoretiker, aber ein nüchterner Analytiker, der sich nach gründ-

licher Überlegung seine Meinung bildete und sie standhaft verfocht. Er war ein kluger und dynamischer Politiker, ein mitreißender Redner (wer ihn nicht selbst erlebt hat, erspürt das zumindest schon aus dem klug gewählten Einbandfoto), ein erfahrener Zeitungsmacher; vor allem aber war er ein ehrlicher, gradliniger (bisweilen dickschädlicher), lebensfroher Genosse, “ein guter Mensch”, hilfsbereit, bescheiden, gelegentlich aufbrausend, aber nie nachtragend, ein nimmermüder Streiter für eine bessere Gesellschaft. Zahlreiche Marksteine und Wendepunkte der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, insbesondere ihres linken Spektrums, sind im positiven Sinne mit seinem Namen verknüpft. Wenn Walchers Biographie nun manche Ereignisse und Zeitgenossen (wichtig sind z. B. die kurzen Bemerkungen zu Fritz Heckert, der in der DDR schon allein dadurch überzeichnet war, weil Walchers Rolle und Verdienste verschwiegen wurden) in ein anderes Licht rückt, so ist dies vielleicht schmerzlich, aber richtig und gerecht.

Selbstverständlich weist ein Buch wie das hier besprochene auch *Desiderata* auf, können Einwände gegen seine Machart vorgebracht werden. Wobei sich generell die Frage ergibt, die weit über die Walcher-Biographie hinausreicht: wie sollten – angesichts der Rückschläge der sozialistischen Bewegung – Biographien ihrer besten Repräsentanten aufbereitet werden, um jetzt und künftig vor allem junge Leser anzusprechen und zu motivieren? Eine Frage, die weitere Versuche erfordert, um beantwortet werden zu können.

Dem Lob an Autoren, Herausgeberin und Verlag seien abschließend folgende kritische Anmerkungen hinzugefügt, wohlwissend, daß einige Wünsche im gesetzten Rahmen nicht zu erfüllen waren.

Walchers Frau Hertha kommt leider viel zu kurz, gleiches gilt für Walchers Rolle in der Gruppe Internationale und im Spartakusbund, seine Leistungen und Verdienste in den Jahren 1918/19. In diesem Zusammenhang sei auch angemerkt, daß die Zeitumstände und

Hintergründe vieler Ereignisse (namentlich aus der Zeit vor 1933)<sup>1</sup> oft nur ungenügend beleuchtet und erhellt werden, was namentlich jüngeren Lesern das Verständnis der Position Walchers und vieler seiner Formulierungen erschweren dürfte. Ganz im Gegensatz dazu fühlten sich die Verfasser verpflichtet, "Hennecke-Leistungen" und CARE-Pakete in einer Klammer zu erläutern.

Wünschenswert wäre es gewesen, den täglichen Lebensumständen mehr Raum zu geben. Welch ein Alldruck und zugleich welche eine Leistung, wenn der Anfang 1941 bereits 54 Jahre zählende Jacob Walcher gezwungen ist, sich fast ohne Kenntnis der Sprache in den USA durchzuschlagen, wenn er als Dreher an die Werkbank zurückkehren muß, um in einem seit 30 Jahren nicht mehr ausgeübten Beruf sein täglich Brot zu verdienen. Demgegenüber stehen beeindruckende Schilderungen der Kindheit Walchers, seiner späteren Odyssee durch die spanischen Gefängnisse (1940) und die informativen Passagen über das Verhältnis Walcher-Brecht/Brecht-Walcher.

Dem lockeren Stil geschuldet sind offensichtlich einige Laxheiten, die sich vermeiden ließen: so der Firmengründer Bosch, "der auf die Arbeiter hörte"; Jogisches und Duncker, die "die erste Nummer der 'Roten Fahne' zusammenstellten"; die "westliche Gewerkschaftsinternationale" als Erklärung für Walchers Bezeichnung Amsterdam(er), womit er den IGB meinte.

Es ist bedrückend zu lesen, was in ZK-Aktennotizen, in ZPKK-Begründungen und auf MfS-Karteikarten über Walcher festgehalten wurde, und es ist gut, daß die Autoren uns dies nicht erspart haben. Die Walcher-Biogra-

phie ist ein gutes, ein wichtiges Buch, das zu rechten Zeit erschienen ist.

*Heinz Deutschland*

**Herbert Crüger: Ein alter Mann erzählt. Lebensbericht eines Kommunisten.**

GNN Verlagsgesellschaft für Sachsen/Berlin GmbH. Schkeuditz, 1998. 461 S. ISBN 3-932725-49-2

Dieser Bericht erschien in der Reihe von DDR-Biographien im GNN-Verlag. Sie machen mit Lebenswegen und -erfahrungen von Männern und Frauen aus unterschiedlichen Bereichen (vom Militär und Pfarrer über Lehrerin und Diplomat bis zum MfS-General) bekannt. Herbert Crüger hat etwas zu erzählen (und er geht in diesem Buch weit über das hinaus, was er im Buch "Verschwiegene Zeiten" berichtet hat, das kurz nach der politischen Wende von 1989/90 im Christoph-Links-Verlag erschienen ist – aber auch diesmal verschweigt er einiges). Er spinnt ein langes Garn mit vielen Knoten, indem er erzählt, was oder wen er gesprochen, gesehen, gehört, gesagt, gemacht, geglaubt und auch wo er sich geändert hat und bei welchen Überzeugungen er geblieben ist.

Bücher dieser Art sind das Salz in der Suppe der Memoirenliteratur. Sie unterscheiden sich inhaltlich wie auch sprachlich vorteilhaft von faden Rechtfertigungsschriften vom Typ Hager, selbstgefälliger Bespiegelung à la von Schnitzler und überschäumender Wendehälsigkeit Schabowskis. In der DDR erschienen Lebensberichte von Kommunisten Crügerscher Art nur ausnahmsweise und, wie man inzwischen weiß, oftmals gegen Widerstände; so z. B. die Lebenserinnerungen von Fritz Selbmann, von Richard Scheringer oder von Bodo Uhse. Damit knüpft Crüger auch historiographisch an Fäden an, die weit zurückreichen.

1 Ein vielleicht nicht hinreichend treffendes Beispiel dafür ist das Schicksal des Walcher-Kritikers (der Komintern) W. W. (Besso) Lominadse (S. 95 u. 97), der später von Stalin gejagt und schließlich 1935 in den Selbstmord getrieben wurde. Siehe dazu die demnächst bei der Hamburger Edition erscheinende Publikation O. Chlewnjuk. Das Politbüro. Mechanismen der Macht in der Sowjetunion der dreißiger Jahre.

Während der Dichter meint, Männer aus Berlin und Neukölln, wüßten nicht was sie wöll'n, so war dem kurz vor dem ersten Weltkrieg in Rixdorf, dem späteren Neukölln, geborenen Crügerjungen, dessen familiäre Wurzeln väterlicherseits in die Berliner Arbeiterschaft, mütterlicherseits in die Prignitz und in die Bauernschaft reichten, sehr wohl klar, daß es immer um soziale Gerechtigkeit ging und geht. So erzählt er – sentimental oder sarkastisch, politisch analysierend oder anekdotisch von seinen Kindheitserinnerungen, den Familienbindungen und von seinen politischen Irrwegen. Sie führten ihn in die bündische Jugend, die Landvolkbewegung, in die Hitlerjugend und an die Seite Otto Strassers. Freimütig berichtet er auch von seinen nationalkommunistischen Umwegen und schließlich von seinem Weg in die kommunistische Jugendbewegung und zu den Parteikommunisten.

Illegale antimilitaristische Arbeit und antifaschistisches Wirken ziehen Verfolgung nach sich, der er sich durch politische Emigration entzieht. Sie führt ihn in die Tschechoslowakei, nach Frankreich, Spanien und in die Schweiz. Der antifaschistische Kampf, in dem er unter verschiedenen Decknamen wirkt, am längsten wohl als Josef Novak, führt ihn in den politischen Informationsdienst der Spanischen Republik und 1939 in die Schweiz, wo er den antifaschistischen Kampf fortsetzt, sowohl als Internierter als auch als Student. Hier trifft er auch seine langjährige Lebensgefährtin, die Schauspielerin Mathilde Danegger, die dort u. a. am Schauspielhaus mit Wolfgang Langhoff und weiteren deutschen Emigranten spielt.

Nach dem Sieg über den deutschen Faschismus, für den auch Crüger wie Danegger gewirkt haben, geht es – nach Parteifunktionen in der KPD u. a. in Hessen, nach Berlin. Mit der auf Forderung seiner Partei vollzogenen Rückkehr in die Heimatstadt, wo er die in der Emigration begonnene wissenschaftliche Arbeit sowohl an der Humboldt-

Universität als auch an der Akademie der Wissenschaften fortsetzen wird, wirft bereits die neuerliche Verfolgung Crügers, diesmal durch seine eigenen Parteigenossen, ihre langen Schatten voraus. Sie führt ihn schließlich für Jahre ins Zuchthaus Bautzen II. Respekt nötigt seine Überzeugungstreue ab, eine Fundgrube für die wissenschaftliche Forschung sind seine Beobachtungen über diese wechselvollen Zeiten zwischen Weimarer Republik, Drittem Reich, Emigration, Besatzungspolitik und schließlich DDR. Nicht alles, wovon der Autor schreibt, ist zu Ende recherchiert (daraus macht er auch kein Hehl), in manchem Urteil mag man dem bedächtigen Erzähler nicht folgen. Aber zuhören, anhören sollte man ihn, weil Männer von diesem Schrot und Korn selten sind, selten in ihren Stärken wie auch in ihren Schwächen.

*Gerhard Kaiser*

**Monika Kaiser: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Führungsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972.** Akademie Verlag, Berlin 1997, 480 S.

Im Januar 1990 spürte die Autorin, damals historische Sachverständige der Obersten Staatsanwaltschaft der DDR für das Ermittlungsverfahren gegen Erich Honecker, in Beständen des Politbüros des ZK der SED brisante Akten auf. Sie belegten die Verdrängung Walter Ulbrichts 1971 von der Macht und die hierbei von seinen Widersachern angewandten intrigant-amoralischen Methoden. Nach Veröffentlichungen auf Grundlage der Funde in westdeutschen Magazinen und im Buch von Staatsanwalt Przybilski "Tatort Politbüro. Die Akte Honecker", Berlin 1991, stellte sich dem Rezensenten die Frage, ob die Jahre danach vorgelegte Arbeit Monika Kaisers soviel Gehalt haben könnte, daß sich das Studium lohnen würde. Er war

skeptisch, wurde aber angenehm enttäuscht.

Während die Verfasser früherer Publikationen auf Sensation aus waren und dabei lediglich Akten interpretierten, bietet Kaiser außer einem kurzgefaßten Rückblick auf die Beziehungen und Machtkämpfe zwischen Politbüro und ZK-Sekretariat unter Ulbricht nach der Stalinisierung der SED eine umfangreiche, wohlfundierte Darstellung wesentlicher politischer Vorgänge von Anfang der 60er bis Anfang der 70er Jahre. Sie verdeutlicht hierdurch, daß der pseudosozialistische deutsche Staat zum Scheitern verurteilt war, sofern die ihn beherrschende Oligarchie von Autokraten nicht durch sozialistisch-demokratische Machtorgane ersetzt werden konnte.

Die Autorin unternimmt den "Versuch, die unterschiedlichen, z. T. widersprüchlichen Entwicklungstendenzen der ostdeutschen Politik im letzten Dezennium der Ulbricht-Ära vorrangig aus der Existenz und dem Wirken von *zwei Flügeln* innerhalb der SED-Führung zu erklären, die immer wieder untereinander und in Wechselwirkung mit den politischen Interessen der sowjetischen Vormacht einen Konsens erzielen mußten". (21)

Von Ende der 40er bis Ende der 50er Jahre hatten die Vorkämpfer der beiden gleichermaßen stalinistisch gesinnten Flügel zusammengewirkt, um alle Ansätze politischer Opposition zu ersticken. Danach gerieten sie miteinander in Streit. In erster Linie ging es um die Frage, ob und wie angesichts der Änderungen in der Welt und vor allem der wissenschaftlich-technischen Revolution bei einer Arbeitsproduktivität, die den entwickelten kapitalistischen Ländern und besonders der BRD gegenüber immer mehr zurückblieb, die Strategie und Taktik erneuert werden sollte. Die Gruppe um Walter Ulbricht trat gemeinsam mit erfahrenen Praktikern, Natur- und Wirtschaftswissenschaftlern dafür ein, die Situation durch ein von oben verordnetes, auf Gewinne und den internationalen Durchbruch mit ausgewählten Spitzenerzeugnissen orientiertes Neues Ökonomisches System zu kor-

rigieren, um schließlich doch dem, was sie sich unter Sozialismus vorstellte, zum Sieg zu verhelfen. Flankierend zu diesem Programm, dem das Politbüro anfangs geschlossen zustimmte, war sie in begrenztem Maße um Freiräume für die Jugend als "Hausherr von morgen" sowie für Künstler bemüht. Hinzu kam, was die Verfasserin nicht erwähnt, die Hinwendung zu einer größeren Portion historischer Wahrheit als vorher. 1965 fand das in der achtbändigen "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" seinen Niederschlag. Gegen den Reformflügel wirkte sich das Faktum aus, daß die DDR akuten Rohstoffmangels wegen besonders hochgradig auf Zulieferungen und damit auf die UdSSR angewiesen war. Auch deshalb, zugleich aber seiner deutschlandpolitischen Ziele wegen – am Ende sollte ja die ganze Nation "sozialistisch" sein – war Ulbricht in vielfältiger Weise um Übereinkünfte mit der Bundesrepublik und vor allem mit der Sozialdemokratie bemüht.

Der von Honecker repräsentierte konservative Flügel stützte sich vornehmlich auf den durch fortschreitende Ökonomisierung und Verwissenschaftlichung der Politik bedrohten Parteiapparat und auf die Sicherheitsbereiche, die mit Entspannungstendenzen nicht viel im Sinn hatten. Akribisch beschreibt die Autorin, wie es dem Flügel Mitte der 60er Jahre gelang, zuerst die Auflockerung in der Jugend- und Kulturpolitik zu stoppen, aber auch schon Weichen für das Ende der Wirtschaftsreformen zu stellen. Später wurden diese Reformen abgebrochen und im Einvernehmen mit der Sowjetunion auch Ulbrichts deutschlandpolitische Vorhaben zunichte gemacht. Das hatte am Ende den Effekt, daß die Leute, die sich der Entspannung am meisten widersetzt hatten, deren Früchte ernteten.

Unter Angabe der Verantwortlichen geht die Verfasserin darauf ein, mit welchen Winkelzügen, Bremsmanövern und Denunziationen bei Breshnew die Honecker-Gruppe Ulbricht zu stürzen vermochte. Danach demü-

tigte sie den Geschlagenen auf übelste Art. Kaiser nennt Gründe, warum das so ablief: "Das undemokratische Parteiverständnis der SED wie der KPdSU schloß alternative Diskussionen des politischen Kurses in der Öffentlichkeit aus... Daher mußten Machtkämpfe hinter den Kulissen der offiziellen Politik mit undemokratischen und moralisch verwerflichen Methoden ausgefochten werden... Angesichts des Eingebundenseins in das von der Sowjetunion beherrschte 'sozialistische System' und der existentiellen ökonomischen Abhängigkeit der DDR konnte und mußte sich zwangsläufig jene SED-Gruppierung durchsetzen, die in vorauseilendem Gehorsam versprach, nationale abweichende, unerprobte oder experimentelle und daher potentiell systemgefährdende Gesellschaftsmodelle aufzugeben zugunsten des erneuten Einschwenkens auf das sowjetische Modell." (461)

Dem beschränkten Eigeninteresse von Apparatschiks und Politbürokratie ist die Tatsache geschuldet, daß dieselben Honecker, Hager und Mielke, die sich in den Schlamm-schlachten gegen Ulbricht als treueste Gefolgsleute der Moskauer Führung und glühende Internationalisten gebärdeten, später angesichts der "Gefahren" von Glasnost und Perestroika die Losung: "Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen" über Bord warfen und auf einen "Sozialismus in den Farben der DDR", ergo einen schwarz-rot-goldenen, schworen.

Das Buch Monika Kaisers ist mit seiner Materialfülle und Exaktheit ein begrüßenswerter und wichtiger Beitrag zur Geschichte des "realen Sozialismus" in Ostdeutschland, der wie alle seinesgleichen mangels Demokratie nicht den Anforderungen gewachsen war. Es offenbart die Ohnmacht technokratischer Reformer dem eigenen Apparat und der gleichfalls politbürokratischen UdSSR gegenüber. Fälle wie der mysteriöse Tod des Ulbricht nahestehenden Planungschefs Erich Apel 1965 und die – vergleichsweise gemäßigte – Haltung Ulbrichts 1968 der Entwick-

lung in der CSSR gegenüber bleiben in dem Buch nicht ausgespart. Für das Verhältnis zwischen SED- und KPdSU-Führung charakteristisch war die Mitte 1970 durch Breshnew bewirkte Wiedereinsetzung Honeckers in seine Funktionen, kurz nachdem Ulbricht diesen bei hierfür günstigen Mehrheitsverhältnissen im Politbüro hatte ablösen lassen. Obwohl der Kontext ein anderer war, erinnert der Vorgang doch an Stalins Eingreifen zugunsten Thälmanns in der Wittorf-Affäre.

Daß die durchgehende Kollektivierung der Landwirtschaft 1960 Folge eines "Husarenstücks" des Rostocker Bezirkssekretärs Karl Mewis entgegen Ulbrichts Wünschen gewesen sei (57f.), gehört in sagenhafte Bereiche. Die wiederholten Hinweise der Autorin auf Honeckers geringe Geistesgaben und seine verengte Sicht scheinen mir, das erste Mal ausgenommen, überflüssig zu sein. Immerhin reichten diese Gaben für die Bedürfnisse des Apparats, ein erfolgreiches Intrigieren und die Unterdrückung aller vom Amtsvorgänger verfochtenen Reformansätze aus.

*Manfred Behrend*

**Petra Schuh/Bianca M. von der Weiden: Die deutsche Sozialdemokratie 1989/90. SDP und SPD im Einigungsprozeß.** Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland. Bd. 9. Forschungsgruppe Deutschland am Centrum für angewandte Politikforschung Geschwister-Scholl-Institut für politische Wissenschaft Ludwig-Maximilians-Universität München 1997, 348 S.

Die deutschen Sozialdemokraten waren im Wende- und Einheitsjahr 1989/90 für Überraschungen, aber auch für Enttäuschungen gut. In der DDR begann mit der Gründung der SDP, der Sozialdemokratischen Partei in der DDR, am 7. Oktober 1989 in Schwante die Umwälzung des politischen Systems. Während kritische Intellektuelle und Bürger aller



Schichten sich weitgehend unter dem Dach der Kirche noch in Diskussionsgruppen zusammenfanden und in Aufrufen Dialog wie Reformen forderten, hatten einige Theologen bewußt den Schritt aus dem Kirchengumfeld und allgemeiner Unverbindlichkeit gewagt. Mit ihrer Parteigründung forderten sie die Staatspartei in doppelter Weise heraus. Einmal, weil sie es wagten, überhaupt eine Oppositionspartei zu gründen. Andererseits stellten sie die Einheitspartei selbst in Frage, die so stolz auf die erfolgreiche Vereinigung (und Gleichschaltung) von Kommunisten und Sozialdemokraten war. Ihre Parteigründung "barg ... 'den größten politischen Sprengstoff in sich' ... 'Die Machtfrage mußte gestellt werden.'" (39)

Die SDP-Gründung forderte gleichzeitig die bundesdeutsche SPD heraus. Die legte einst mit der neuen Ostpolitik das Fundament für den friedlichen Wandel des ausgehenden Jahrzehnts, pflegte nun aber in einer "quasi-gouvernementalen" Außenpolitik als Opposition den aktiven Dialog mit der SED. Sie verstand das als Vorbereitung auf einen Machtwechsel in Bonn und verband damit die Hoffnung auf die Initiierung eines "Reformkommunismus von oben" (202) im Osten. Für die DDR-Opposition hatte sie bislang wenig Zeit und Kraft übrig. Auf einmal gab es ein unerwünschtes Kind im anderen deutschen Staat. Und es kam noch schlimmer. Mit dem Fortgang der Krise und der revolutionären Veränderungen in der DDR, erst recht mit Maueröffnung und Abbruch der prosozialistischen, DDR-eigenständigen Erneuerungsbewegung im gesamtdeutschen Taumel mußte die West-SPD sich auf die deutsche Einheit einstellen. Ging der Streit zunächst um das "Ob", so wurde die weitere Entwicklung alsbald "durch die Frage nach dem 'Wann' bzw. 'Wie schnell soll die Einheit herbeigeführt werden'", überlagert. (184) Die Konflikte in der SPD waren tief, Kanzlerkandidat Lafontaine hatte wenig Verständnis für gesamtdeutsche Träumereien und einen kritischen Blick für den Preis der Einheit. Nur, diese Skepsis wollten Mehrhei-

ten in der DDR, später auch in den gesamtdeutschen Wahlen nicht teilen. Kohl verstand es, sich und seine CDU aus einer Verlierersituation in eine Einheits-Sieger-Position hineinanzumanteln. Der scheinbar so nahe Sieg im Frühjahr 1990 in der DDR ging der SPD ebenso verloren wie der erhoffte Erfolg bei den Bundestagswahlen.

Dieser komplizierten Gemengelage suchen sich die beiden Autorinnen in getrennten Beiträgen anzunehmen. Während sich *B. M. von der Weiden* mit dem "Profil der sozialdemokratischen Partei in der DDR" vom Sommer 1989 bis Januar/Februar 1990 beschäftigt, arbeitet *P. Schuh* zur "SPD (West) im Einigungsprozeß 1989/90" in der Zeit bis zur Herstellung der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990.

Von der Weiden unternimmt den Versuch, auf der Grundlage spärlicher Archivmaterialien und dafür um so aufschlußreicherer Zeitzeugenbefragungen den Diskussionsprozeß auf dem Weg zur SDP-Gründung nachzuzeichnen. Aus ihrer Sicht sind Markus Meckel und Martin Gutzeit die treibenden Köpfe, die die entscheidende Schritte aus den Bürgerbewegungen heraus einleiteten. Dabei wird – bei allen Unterschieden der Akteure – deutlich, daß von DDR-Oppositionellen eine Alternative nicht allein zum realsozialistischen Politikmodell angestrebt wurde. Sie hielten an einer sozialistischen Vision fest, auch wenn sie den Begriff "Sozialismus" als von der SED zu sehr belastet verwarfen. Eine "soziale Demokratie", die sich als Korrektiv, ja als Alternative zu marktwirtschaftlichen Verhältnissen verstehe, wollten sie aber. Zunächst meinten sie, wie Steffen Reiche, daß sie "zur Errichtung einer sozialistische Ordnung in der DDR ... zumindest eine Chance" hätten. (63) Bemerkenswert war die bei einigen Gründern der SDP, so Konrad Elmer, im Unterschied zur West-SPD betonte basisdemokratische Orientierung für die neuen Parteistrukturen. Mit dieser "bewußten Abgrenzung" wollte Elmer "mehr Bürgerbe-

wegung und weniger Partei". (49) Dazu trugen sowohl die Ablehnung der "demokratisch-zentralistischen" SED-Dogmen bei wie offenkundig auch die Skepsis gegenüber West-erfahrungen. Im Unterschied zu den anderen Bürgerbewegungen fanden die SDP-Gründer taktisch geschickter einen Umgang mit der deutschen Frage. Zwar glaubte nicht nur Markus Meckel zunächst, "daß die Zweistaatlichkeit, das heißt die Existenz der DDR auch eine Chance ist". (63) blieb die deutsche Frage in den Gründungsdokumenten noch offen, mit der vagen Möglichkeit, diese im Rahmen einer europäischen Friedensordnung neu anzugehen, so orientieren sie doch alsbald auf die deutsche Einheit, bei aller gebotenen Rücksichtnahme auf die Nachbarn und ein gleichberechtigtes Zusammengehen der beiden Staaten. Sie preschten gegenüber der noch mehrheitlichen Meinung ihrer Westpartner vor.

Schuh sucht in ihrem Beitrag den Wandel der West-SPD und ihre innere Zerrissenheit in der deutschen Frage und bei der Entwicklung einer überzeugenden Alternative zur Regierung nachzuzeichnen. Sie erinnert an die in den 80er Jahren bestimmenden SPD-Positionen, die diese gegen die Konservativen vertrat: das Primat der Sicherheit und des Friedens in einer 2. Phase der Entspannung, einen "Zwei-Staaten-Patriotismus", das Setzen auf eine "Verantwortungsgemeinschaft für den Frieden" und die Forderung nach einem "friedlichen Wettbewerb der Systeme". Erst unter dem Eindruck der akuten Krise in der DDR kam es langsam zum Richtungswechsel hin zu einem "Wandel durch Abstand". In diesem Kontext tauchte die SDP auf. Schuh analysiert die Kontroverse in der SPD um das Ziel "Deutsche Einheit". Eine "postnationale, vereinigungskritische Position" stand gegen eine "patriotisch-nationale" (219/220), ausgetragen in einem letztlich unfruchtbaren Streit zwischen Kanzlerkandidat, Ehrenvorsitzenden, Parteivorsitzenden und der Fraktion. Die fehlende Geschlossenheit der SPD und der Eifer Lafontaines beim

Aussprechen unbequemer Wahrheiten dürften für die Niederlage der SPD ausschlaggebend gewesen sein.

Leider gelingt es nicht, eine Synthese beider Entwicklungslinien in Ost und West herzustellen. Es wird von beiden Autorinnen natürlich über die zunächst distanzierte Sicht der West-SPD gegenüber der SDP geschrieben, obzwar schon am 9. Oktober 1989, also zwei Tage nach ihrer Gründung eine generell wohlwollende Erklärung des SPD-Präsidiums vorlag und Ende Oktober Vorsitzender Vogel und das Präsidium einen Emissär der SDP freundlich empfingen. Die reale Ausgestaltung der Kontakte und der möglichen Einflüsse werden jedoch nur in sehr schwachen Strichen nachgezeichnet. Dabei wird eher auf die Rolle einzelner bundesdeutscher Landesverbände und ihrer Hilfe verwiesen. Nur schwer ist das Umschwenken der SDP im Dezember und Anfang Januar zu erklären, wo sie in kurzer Zeit weitgehend Positionen ihrer bundesdeutschen Schwesterpartei übernahm, bis hin zu den Parteistrukturen. Deutlich wird allerdings die Skepsis mancher SDP-Mitglieder vor zu schneller Vereinigung mit der West-Schwester. Man wollte nicht zu "Aktentaschen-Trägern" degradiert werden. Thomas Krüger sprach auf dem entscheidenden Parteitag in Leipzig (Februar 1990) zum Namenswechsel von der SDP zur SPD: "Wenn heute das 'D' im wahrsten Sinne nach rechts rutscht, so tragen wir einerseits der großen Tradition Rechnung, andererseits aber verspielen wir womöglich auf längere Sicht hin unsere Eigenständigkeit." (98)

Der Leser wünschte sich außerdem mehr Erhellung über Aktivitäten der SDP im Umfeld des Runden Tisches, bei der Vorbereitung der 2. Modrow-Koalitionsregierung Ende Januar oder bei der Erarbeitung der Verfassung des Runden Tisches. Auch die Position gegenüber der SED/PDS bzw. PDS bleibt unterbelichtet, so spielt der spektakulär von Hamburg aus eingefädelt Übertrittversuch Wolfgang Berghofers und des gesamten Dresdner SED/

PDS-Bezirksvorstands im Januar 1990 überhaupt keine Rolle. Hier gab es aber zwischen Ost- und West-SPD grundsätzliche Unterschiede im Herangehen. Und es wäre natürlich wünschenswert, die Studie zu SDP/SPD über den Zeitpunkt des Parteitages hinaus fortzuschreiben. Die Beteiligung an den Koalitionsverhandlungen in der neu gewählten Volkskammer, die Arbeit in ihr und der Regierung, der Koalitionsbruch im August würden sicher sowohl ein Licht auf die innere Verfaßtheit der Ost-SPD werfen wie auf die Entwicklung der Positionen und die Einflußpolitik der West-SPD, die ja zu diesem Zeitpunkt massiv personell und inhaltlich die Ost-SPD unterstützte. Die vorliegende Publikation kann dazu anregen, die Forschung muß aber fortgesetzt werden.

*Stefan Bollinger*

**Eckhard Müller-Mertens: Politische Wende und deutsche Einheit. Fixierung und Reflexion der Ereignisse in der DDR 1989/1990.** Reihe: Spurensicherung. FIDES Berlin 1997. 104 S.

Wenn Historiker geschichtsgestaltende und -verändernde Momente miterleben, dann liegt es nahe, daß sie selbst zu Chronisten und Analytiker der laufenden Prozesse werden wollen. Sie wissen, daß sie als Zeitgenossen und mehr oder minder Betroffene nicht immer den nötigen Abstand zum Untersuchungsgegenstand zu gewinnen vermögen, aber sie vertrauen auf ihre Professionalität und gleichzeitig ihre Anteilnahme. So mag es nicht verwunderlich sein, wenn ein ausgewiesener Mediävist, der eigentlich an den "Monumenta Germaniae Historica" arbeitet, jenen Umbruch näher zu erfassen sucht, den er im Jahr nach seiner Emeritierung unmittelbar miterlebte: Die Herbstrevolution von 1989 und den Weg in die deutsche Einheit. Angesichts dessen hatte Müller-Mertens "Sprachlosigkeit" befallen. "Es gab für den Autor keine Fest-

punkte mehr für Gewißheiten. Es fehlten die Grundlagen, das Vermögen, überhaupt Fragen zu stellen." (13) Damit teilt er das intellektuelle Schicksal nicht weniger seiner sozialwissenschaftlichen Kollegen. Insofern ist dieses Buch auch ein Stück Selbstbestätigung und ein Freischreiben aus dieser Situation.

Von den Fakten her bringt der Autor keine überraschenden Erkenntnisse, sondern nur eine in sich stimmige und bedenkenswerte Interpretation. Nicht die differenzierte Quellenforschung, sondern das Aufgreifen der eigenen Erinnerung und der laufenden Pressemeldungen bilden das Faktengerüst. Das macht es für den Leser mit einem ähnlichen Erfahrungshorizont leicht, zu folgen, verhindert ein Verzetteln in Details, begrenzt aber natürlich den Erkenntniswert. Gleichzeitig bringt aber der geschulte analytische Blick auch bestimmte Zusammenhänge zwingender auf den Punkt als manche der Jubel- wie Schmähschriften zu diesen Ereignissen. Mit diesem schmalen Bändchen wird ein notwendiger Beitrag geleistet, das Erlebte zu durchdringen und zu verstehen. Denn in der Interpretation der Fakten stehen wir längst noch am Anfang. Die Nachkriegsgeneration mit DDR-Sozialisation, zu der der Autor gehört, wird dazu nur noch wenig leisten können, aber sie sollte nicht ungehört bleiben.

Eigentlich könnte Müller-Mertens zufrieden sein mit dem Gang der Ereignisse 1989/90. Denn er bekennt sich ausdrücklich zur Nation, "die nationale deutsche Einheit, das deutsche Volk" waren und blieben für ihn "ein Gefühlswert, der es nicht zuließ, die 1949 vollzogene staatliche Teilung Deutschlands anders als ein Provisorium und Interim zu betrachten" (10). Mit seinen Mittelalterforschungen hat er bewußt bis ins 11. und beginnende 12. Jahrhundert zurückgegriffen, um die Anfänge eines deutschen Staates zu Zeiten der Karolinger und Ottonen aufzufinden. Damit hatte er bewußt eine Gegenposition zur Geburt des Nationalstaates in einem Eroberungskrieg und in Unterdrückung anderer Völker und Nationen aufgezeigt. Dieser eben-

so nationalen wie antinationalistischen Sichtweise ist das Unbehagen über die Herstellung der deutschen Einheit 1990 geschuldet. Denn was ihn Ausgang des 20. Jahrhunderts stört, ist die gelegnete Offenheit der Geschichte. Für ihre Anerkennung auch mit Blick auf die Zukunft plädiert er nachdrücklich.

Anschaulich schildert er die Krise der DDR in ihren letzten Jahren. Er erinnert an die Entwicklung des ostdeutschen Staates, aber auch an die Tatsache, daß es ohne den Mauerbau 1961 keine DDR mehr gegeben hätte. Sein Problem ist nicht die Entwicklungsgeschichte der DDR, wohl aber das Verharren der DDR trotz allen Reformbedarfs auf einem erreichten und zunehmend anachronistischen Stand. Er macht dafür "ein endgültiges Festgefahresein, eine Verkrustung, eine Gleichgültigkeit, eine Selbstgefälligkeit, eine insgesamt in den siebziger Jahren eingetretene Veränderungs- und Handlungsunfähigkeit der Partei- und Staatsführung" verantwortlich (19f). Gleichzeitig weist er aber auf das entscheidende Dilemma hin, daß augenscheinlich die Führungsschicht der DDR lähmte, "daß sowohl Reformen wie keine Reformen die Existenz der DDR zur Disposition stellen" und diesen Fatalismus begründeten (19).

Müller-Mertens zweifelt nicht daran, daß es im Oktober 1989 zu einer revolutionären Krise kam. Die Macht lag auf der Straße und niemand war in der Lage, sie aufzuheben – so wiederholt seine etwas verzweifelte Einsicht. Die Bürgerbewegungen wurden aktiv, aber nicht zu einer wirklich führenden Kraft. Er wendet sich aber strikt dagegen, diese Entwicklung als Revolution zu verstehen. "Eine Revolution hat in der DDR ... nicht stattgefunden. Es wurden weder alte Machtstrukturen zerschlagen, noch neue errichtet." (76) Für ihn kam es eher zu einem "Schwebezustand der politischen Macht" und er wirft Demonstranten wie oppositionellen Gruppierungen und reformorientierten SED-Mitgliedern vor, nicht "die Macht ganz oder in Teilbereichen oder bestimmten Verhältnissen"

übernommen zu haben, "neue Machtstrukturen" gebildet oder alte angeeignet, "Gegenstrukturen" errichtet zu haben (41). Er verbaut sich damit allerdings einen wesentlichen analytischen Zugang, der mit dem Revolutionsverständnis in der deutschen Geschichte durchaus konform wäre. Denn erfolgreiche Revolutionen, vollendete radikale Umbrüche gab es hier selten. Typischer sind jene steckengebliebenen, abgebrochenen Revolutionen, die Scheidemarken bestimmten und neue Weichenstellungen ermöglichten. Natürlich wurden in der DDR Machtstrukturen zerstört – oft in einem Wechselspiel von äußerem Druck auf der Straße und apathischer Selbstzerstörung im Inneren der Strukturen. Das Schicksal der Staatspartei SED ist der nachdrücklichste Beleg dafür, die Zerstörung des MfS der spektakulärste. Bereits vor ihrem offiziellen Verzicht auf das Führungs- und Machtmonopol am 1. Dezember 1989 konnte sie es spätestens seit der ZK-Tagung vom 8. November und Modrows Regierungsantritt nicht mehr ausüben. Zugleich entstanden tatsächlich mehr als Keime einer neuen Machtstruktur – erinnert sei an die vielen Runden Tische und den Zentralen Runden Tisch, an die Bürgerkomitees, an die Versuche, Betriebsräte und alternative Gewerkschaften zu bilden.

Müller-Mertens weiß natürlich auch, daß eine, ja die Schlüsselfrage der Mauerfall am 9. November war: "Die Entscheidung in der Frage der politischen Macht ist ... in der zweiten Novemberwoche mit dem Sturz der Mauer gefallen." (32) Alle noch so zarten Keime einer alternativen Entwicklung waren damit einem so rabiaten Bedingungswechsel und zunehmend einem von Westen kommenden Einfluß ausgesetzt, daß die Zeit für eine eigenständige Entwicklung abgelaufen war. Er sieht natürlich auch, daß die Bürgerbewegungen ebensowenig wie die SED Antworten, ein Konzept für die Lösung der nationalen Frage hatten, sich vehement dagegen stellten und nicht mehr den Massenstimmungen entsprechen konnten. Das überlagerte sehr schnell alle Diskussionen über

die innere Entwicklung und über Alternativen in der DDR. Mit dem Mauerfall konnten sich die DDR-Bürger nicht nur auf dem Ku'damm mit einem scheinbar perfekten, glitzernden Wirtschaftssystem vertraut machen. Die Freiheit war grenzenlos – nach dem Preis dafür fragten zunächst nur wenige.

Insofern überschätzt er auch die Länge der vermeintlich noch revolutionären Periode, die er bis Mitte Januar 1990 noch zu erkennen glaubt. Denn es trat das ein, was er frühestens für Januar 1990 ausmacht: "Die DDR befand sich alsbald vollends im Schwerefeld der Bundesrepublik. Sie wurde von dieser angezogen. Die DDR wies andererseits ein Machtvakuum auf. 'Die von unten' hatten die Macht nicht übernommen, hatten keine neuen Machtstrukturen konstituiert. Das Machtvakuum begann die Bundesrepublik erst sukzessive, dann massiv spontan auszufüllen." (78)

Diesen Prozeß schildert der Autor überzeugend, ebenso vermittelt er die Einsicht, daß Kohl und die Bundesrepublik selbst gar kein Interesse mehr hatten "an einer Regierung der DDR-Opposition, an einer von den oppositionellen Gruppierungen gebildeten Übergangsregierung..." (82). Denn Bonn wollte nur sein Modell behalten und weitergeben, nicht über andere Wege oder ein Vereinigen der Vorzüge beider Systeme nachdenken. Das widerspricht selbstredend der Ausgangsfrage desjenigen Historikers, der die deutsche Nationalgeschichte in ihrem Jahrtausendzusammenhang erforscht. "Geschichte muß als offen – mit jeweils verschiedenen Möglichkeiten – angenommen werden." (91) Das betrifft für ihn den Verlauf der Ereignisse in der DDR, in Deutschland wie auch in der Sowjetunion und Osteuropa. Das ist aber für ihn auch die Frage der Alternativen, die durch den eingeschlagenen Kurs der BRD zunächst vom Tisch gewischt wurden. Der Vorwurf, daß auch und gerade in Deutschland "neue geistig-konzeptionelle und politisch-organisatorische Kräfte", eine "Neue Kraft" gefehlt haben, ist wohl stimmig. Bürgerbewegungen

wie SED-Reformer erwiesen sich als zu wenig kreativ, zu sehr verstrickt, vor allem als zu einflußlos gegenüber den neuen Segnungen von scheinbar perfekter sozialer Marktwirtschaft und parlamentarischer Demokratie. Daß damit "konservativ-restaurative Kräfte" die Prozesse bestimmen konnten, ist so ein entscheidender Mangel. Kritische Geschichtsaufarbeitung und das Verzichten auf die heute vorherrschenden Klischees von der friedlichen Revolution, die in der deutschen Einheit unter den gegebenen Vorzeichen enden mußten, sind gerade deshalb so wichtig unverzichtbar.

*Stefan Bollinger*

**Gisela Notz, Die neuen Freiwilligen. Das Ehrenamt – Eine Antwort auf die Krise?**  
AG SPAK Bücher – M 134 – Kleine Reihe,  
1. Auflage, Neu-Ulm 1998

Die Autorin untersucht (verschiedenartige) Konzepte und Perspektiven für die derzeit vieldiskutierten "neuen Arbeitsformen" der "neuen Freiwilligen", verweist auf ungelöst bleibende Probleme und leitet "Konzepte für die Zukunft" ab. Dabei geht sie grundsätzlich davon aus, daß sowohl der Sozialstaat als auch die Familie, die "Arbeitsgesellschaft", das "Normalarbeitsverhältnis" und das "Ehrenamt" in eine Krise geraten sind, deren Szenarium sie beschreibt. Den Ruf nach "neuer" Freiwilligkeit begründet Notz aus diesen miteinander verschränkten Krisenprozessen.

Bei konkreter Untersuchung erweist sich allerdings, daß ehrenamtliche Arbeit sich keineswegs als neue Erscheinung darstellt. Dabei üben Frauen mehrheitlich die dienenden Arbeiten aus, während Männer überwiegend die Ehren-Ämter innehaben. Notz verweist darauf, daß ehrenamtliche Arbeit in ihrer gebräuchlichen Form einen Arbeitsbegriff voraussetzt, der sich auf Erwerbsarbeit bezieht. Mit ehrenamtlicher Arbeit wird "zusätzliche notwendige Arbeitskraft außerhalb

der Lohnform wie außerhalb der Familie" mobilisiert. Jedoch ist die Bereitschaft dazu vor allem bei denjenigen Arbeiten rückläufig, die "etwas für andere tun, etwas (uneigennützig) an andere abgeben". Appelle, hier wieder mehr zu tun, richten sich in der Regel an Männer *und* Frauen, obwohl von vornherein fraglich ist, ob Männer mehr als bisher für unbezahlte Sorge- und Pflegearbeiten im Sozial- und Gesundheitsbereich zu gewinnen sind.

Als Ausweg aus dieser Krise spielt in der Öffentlichkeit das "neue Ehrenamt" eine immer größere Rolle. Notz gibt einen Überblick über verschiedene Arten ehrenamtlicher Arbeiten sowie ihre historischen Verläufe.

Derzeit spielt die "neue Freiwilligkeit" vor allem als Gegenfeind zur Erwerbslosigkeit eine (Wunsch)Rolle. Indem nicht-marktgängige, gemeinwohlorientierte Bürgerarbeit erschlossen wird, soll sowohl der ("erste") Arbeitsmarkt entlastet als auch die soziale Versorgung trotz sozialstaatlicher Kürzungen gesichert werden. Diese Modelle werden von ihren VerfasserInnen als "Zukunftsmodelle" bezeichnet. Anhand ihrer konkreten Analyse folgert Notz, daß sie allesamt vom Fortbestand bzw. von der Fortschreibung sozialer Ungleichheiten ausgehen, denn sie bewirken das Fortbestehen einer "gespaltenen Arbeitsgesellschaft".

Notz bemüht sich, die Möglichkeiten und Grenzen der neuen Konzepte herauszuarbeiten. Dabei bezieht sie sich auf Ansätze eines "Dritten Sektors", der "Bürgerarbeit" und der "Gemeinwirtschaft". In ihnen werden bisher nicht erschlossene Beschäftigungsmöglichkeiten vermutet. Notz macht auf mehrfache Begrenzungen und auch Illusionen dieser Ansätze aufmerksam.

Sie kommt dabei zur Schlußfolgerung, daß alle implizit oder explizit die Hoffnung enthalten, daß mehr Arbeitsplätze dadurch verfügbar werden, daß Frauen (vor allem in Ostdeutschland) ihre hohe "Erwerbsneigung" aufgeben und die "neuen Freiwilligen" durch "re-hausfrauisierte" und im Freiwilligensektor

arbeitende Mütter und pflegende Töchter Zulauf erhalten. Offensichtlich wird dabei vor allem auf "einfache Dienste" gesetzt, denn Notz stellt fest, daß in keinem der Konzepte über die "neuen Freiwilligen" auf erforderliche Qualifikationen und ihre Herausbildung eingegangen wird.

Notz bestätigt, daß eine zivile Gesellschaft nicht auf ehrenamtliche Arbeit verzichten kann. Sie folgert aber aus ungelösten Problemen bei der "neuen Freiwilligkeit", daß ehrenamtliche Arbeit künftig besser auf mehr Menschen verteilt werden und nicht den Erwerbslosen als "Ersatzarbeit" angeboten werden sollte.

Notz fragt anschließend nach neuen Handlungschancen. Hierbei analysiert sie Ansätze, welche Alternativen zum Wachstums- und Konkurrenzparadigma hervorbringen können. Notz bezieht sich hierbei vor allem auf Arbeiten außerhalb eines immer kleiner werdenden Sektors der Erwerbsarbeit, wie Subsistenz-tätigkeit, "Hauswirtschaft", Gemeinwirtschaft. Besonders die "Eigenarbeit", bei der Notz die schnell wachsenden Tauschringe hervorhebt, könne "vor allem in Großstädten dazu beitragen, mehr Austausch und mehr Lebensqualität entstehen zu lassen". Sie sei aber sicher nicht in der Lage, eine generelle Alternative für die Arbeitssuchenden zu schaffen.

Notz entlarvt schließlich die "neue Freiwilligkeit" als Arbeit, die der Auflösung von traditionellen Orten von "Gemeinschaft" entgegenwirken soll, d. h. sie soll Orte stabilisieren, die längst in ihrer Zwiespältigkeit bekannt geworden sind, wie die Familie. Sie stellt fest, daß Selbstorganisation, Basisdemokratie und Aufhebung der patriarchalen Arbeitsteilung von diesen Konzepten nicht vorgesehen sind. Mit den vorgeschlagenen "Ersatzarbeiten" entstünden lediglich neue Segmentierungen und soziale Unterschichtungen.

Notwendig werde es, Arbeit und Wachstum endlich neu zu definieren. Notz sieht es als erwiesen an, daß künftig immer weniger Zeit für (bezahlte) Erwerbsarbeit verwendet

und immer mehr freie Zeit verfügbar sein werde. Fraglich sei lediglich, ob freie Zeit erzwungen werde (wie durch unfreiwillige Teilzeitarbeit) oder ob sie mit kürzeren Wochenarbeitszeiten für alle einhergehen werde. Das sei eine ungelöste politische Frage. Hierbei plädiert Notz für eine stärkere international koordinierte Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Wichtig sei eine Globalisierung der Gegenwart. Sie sieht es aber auch als notwendig an, über Konzepte jenseits der fremdbestimmten Lohnarbeit nachzudenken. Dabei gehe es um Visionen einer zukünftigen Arbeitsgesellschaft, in der der Gesamtzusammenhang von Arbeit und Leben, Existenzsicherung und Eigentätigkeit von Individuen und Gesellschaft neu gestaltet wird. Unbezahlte Arbeiten könnten erst dann freiwillig verrichtet werden, wenn die eigenständige Existenzsicherung gewährleistet ist. Notz plädiert deshalb für eine Umverteilung aller gesellschaftlich notwendigen und sinnvollen Arbeit und für eine Umverteilung der Verantwortung für die Mit- und die Umwelt auf beide Geschlechter durch Arbeitszeitverkürzung im Bereich der Vollzeitwerbstätigkeit.

Die Veröffentlichung ist Studierenden sehr zu empfehlen, desgleichen Interessierten und MitarbeiterInnen in sozial- und arbeitsmarktpolitischen Zusammenhängen, GewerkschafterInnen, wie auch Beteiligten in selbstorganisierter Basisarbeit.

*Anneliese Braun*

**Auf den Schienen des Erfolgs. Die Geschichte der DWA von 1989 bis 1998.** Aufgeschrieben von Günther Krug, Bombardier/Transportation /Deutsche Waggonbau GmbH, Berlin 1998, 120 S., Bildanhang

Mit der Wende kam auch das Ende der Ära der Betriebsgeschichten im Osten Deutschlands. Dem schloß sich nicht nahtlos eine neue Ära der Unternehmensgeschichten an.

(Die alte war 1945 zu Ende gegangen). Das hatte vor allem zwei Gründe: Erstens steckten die Betriebe im Transformationsprozeß. Bald hatten die neugegründeten Aktiengesellschaften und GmbHs um ihre Existenz zu kämpfen. Zu Rückblicken war wenig Zeit, selbst wenn der 75. oder 100. Geburtstag des Unternehmens anstand. Zweitens entwickelte sich der Transformationsprozeß in der Industrie immer mehr zum Mortalitätsprozeß. Betriebs- oder Unternehmensgeschichten als Grabbeigaben sind unüblich.

Angesichts dieser Situation – der betriebsindividuellen Konsequenzen der größten Deindustrialisierungsperiode in der deutschen Wirtschaftsgeschichte – ist das Zustandekommen der Geschichte eines Unternehmens, genauer einer Unternehmensgruppe, der Deutschen Waggonbau AG (DWA) im Osten Deutschlands an und für sich schon erstaunlich. Der Titel selbst aber, in dem von Erfolg die Rede ist, erscheint auf den ersten Blick hochstaplerisch.

Nach diversen Ausgründungen, Schließungen und Schlankheitskuren für die ab 1995 bei der DWA verbleibenden Schienenfahrzeugbetriebe in Ammendorf, Bautzen, Görlitz, Niesky und Vetschau sowie eines Werks für Fahrzeugausrüstung in Berlin beschäftigt die Unternehmensgruppe nur noch ein Bruchteil der Arbeiter und Angestellten des 1989 existierenden VEB Kombinat Schienenfahrzeugbau.

Aber, DWA erreichte 1997 – keineswegs zum ersten Mal – einen Jahresüberschuß von über 50 Millionen DM, während im Durchschnitt die ostdeutsche Industrie im achten Jahr hintereinander Minus machte.

Und in den Augen der Wirtschaftshistoriker vielleicht noch gewichtiger: Sie erreichte ihr Ziel, auf dem einheitlichen deutschen bzw. Weltmarkt eine Rolle zu spielen, ungeachtet der Beibehaltung einer Organisationsform, die – so behaupteten die Betriebswirte westdeutscher Hochschulen unisono – viel zu schwerfällig wäre, um den Einzelbetrieben im Trans-

formationsprozeß überhaupt Überlebenschancen zu geben: Anders als in der Mehrzahl der Umwandlungsfälle, wurde beim Schienenfahrzeugbau aus dem Kombinat ein Konzern. Diesen Schritt vollzog 1990 eine ganze Reihe von Kombinat. Doch kaum einer hat dem dringlich vorgetragenen Wunsch der Investoren nach Filetierung und dem Drang der Privatisierer der Treuhand, sich durch raschen Verkauf der Filetstücke zu ihrem nicht kleinen Gehalt eine große Prämie hinzuzuverdienen, widerstanden.

Wenn der Schienenfahrzeugbau der DDR in Gestalt der DWA überlebte und heute seinen deutschen Wettbewerbern Siemens und DWA-AEG (später Adtranz) auf nationalen und internationalen Märkten die Stirn bieten kann, dann liegt das in mancher Hinsicht darin begründet, daß die Einzelbetriebe den vielfältigen Versuchen widerstanden, sich separat in ihr Privatisierungsschicksal zu ergeben. Das erlaubte in den schwierigsten Jahren zwischen den Werken der DWA einen Gewinn- und Verlustausgleich vorzunehmen und so den Konkurs einzelner Betriebe zu vermeiden. Das gab den Protesten der Belegschaften gegen die vielfachen Versuche, die DWA zur billigen Beute der Konkurrenz zu machen bzw. ihrem Transformationsschicksal einfach zu überlassen, Gewicht. Das Zusammenbleiben erlaubte aber auch, ein "Strategiekonzept 2000" zu entwickeln, in dem die Synergieeffekte von sechs (ehemaligen) Großbetrieben des Schienenfahrzeugbaus zum Tragen kommen konnten.

Natürlich war es nicht die Konzernstruktur allein, die das übliche Schicksal von Kombinatnachfolgern verhinderte. Einige Glücksfälle kamen in der Wende und während der Umwandlung hinzu: Diese betrafen erstens das Management. Die Belegschaften der Kombinatbetriebe bestanden Anfang 1990 auf der Rückkehr des zwei Jahre zuvor wegen seiner kritischen Einstellung zur offiziellen Wirtschaftspolitik der DDR entlassenen Generaldirektors Günter Groß. Der gestandene "so-

zialistischer Leiter" organisierte den Übergang von Kombinat in die DWA und brachte das Unternehmen durch den Schock der Währungsunion. Ab 1991 leitete als Aufsichtsratsvorsitzender mit Peter Witt, ein "Wessi" mit Erfahrung und ohne Nebengedanken, das Unternehmen. Abgeschirmt auch durch den Vorstandsvorsitzenden Otto Wolff von Amerongen konnte Witt eine von Einmischungsversuchen der Treuhand weitgehend ungestörte Strategie zur Konsolidierung des ostdeutschen Schienenfahrzeugbaus entwickeln, solange die DWA auf den Westmärkten noch nicht festen Fuß gefaßt hatte.

Der zweite Glücksfall war die hohe Exportbindung des Kombinat's Schienenfahrzeugbau an die Sowjetunion. (80 Prozent). Das machte ihn zu einem Eckstein in den deutsch-russischer Wirtschaftsbeziehungen und involvierte das Wirtschaftsministerium positiv in den Existenzkampf der DWA.

Drittens fand sich mit dem kanadischen Konzern Bombardier 1997 ein Investor, der an der weiteren Expansion der DWA und nicht an ihrer Unschädlichmachung als Konkurrent des westdeutschen Schienenfahrzeugbaus interessiert war.

Die Szenen und Fakten des letztlich erfolgreichen Überlebenskampfes der DWA – angesichts der schlimmen Erfahrungen ostdeutscher Industriebetriebe nach der Wende tatsächlich ein Erfolg – hat Günther Krug aufgeschrieben. Der Bericht des langjährigen Betriebsangehörigen und Pressesprechers der DWA in "Jahresschreiben" hält wichtige Bedingungen und Erfahrungen der jüngsten ostdeutschen Industriegeschichte am Beispiel eines seiner größten überlebenden Unternehmen fest. Krug hat, wie er schreibt, die Geschichte der DWA "mit Herzblut" geschrieben. Fast entschuldigend erklärt er damit im Nachwort "einige besondere Sichtweisen". Der Leser wird diese "Abweichung" von der üblichen Norm zu schätzen wissen.

Jörg Roesler



**Bruno Margadant: Hoffnung und Widerstand. Das 20. Jahrhundert im Plakat der internationalen Arbeiter- und Friedensbewegung.** Verlag Hans-Rudolf Lutz, Zürich 1998, 308 S.

In einem gediegen gestalteten großformatigen Band sind 526 Plakate, ergänzt durch über 100 weitere Plakatabbildungen im Kleinformat, aus der internationalen Arbeiter- und Friedensbewegung zusammengefaßt. Es beeindruckt die Vielfalt der Themen und die territoriale Spannweite. Die Plakate stammen aus rund 100 Ländern. Ein Blatt aus Berlin des Jahres 1848 "Auf! Auf! Gegen die Reaktion" bildet den Auftakt. Weitgehend gleichmäßig wird der zeitliche Rahmen des gesamten 20. Jahrhunderts ausgefüllt. Die letzten abgebildeten Plakate datieren von 1998.

Die mehr als 630 reproduzierten Plakate wurden der etwa 2.700 Exemplare umfassenden Sammlung Bruno Margadants entnommen, die sich im Museum für Gestaltung Zürich befindet. Margadant, 1929 geboren, hat 30 Jahre als Handsetzer gearbeitet. Seine Faszination vom bedruckten Papier, besonders vom Plakat, fand ihren Niederschlag in fruchtbarer Sammlerleidenschaft und seit den 70er Jahren auch in publizistischer Tätigkeit. 1973 erschien sein erster Band unter dem Titel "Für das Volk, gegen das Kapital" mit Plakaten der Schweizer Arbeiterbewegung seit 1919. Hohe berufliche Qualifikation, politisches Engagement in der revolutionären Arbeiterbewegung und umfangreiche Literaturkenntnisse sind Grundlage dafür, daß der Leitspruch des Bandes "Umgib dich mit Plakaten, und dich umgibt die Welt" von Friedrich Dürrenmatt (17) für den Leser greifbar wird. Zur starken Aussagekraft des Buches trägt erheblich die Kommentierung der Abbildungen bei. Die Bildlegende umfaßt – soweit bekannt – die Namen der Gestalter, das Druckverfahren, Format, Herstellungsland und Erscheinungsjahr. Bei fremdsprachigen Plakaten werden die Texte übersetzt. Jedem

Plakat sind Zitate und zum Teil Kommentare des Autors beigelegt. Die Zitate aus mehreren Hundert Literaturquellen – alle werden im Anhang nachgewiesen – und die Kommentare geben wertvolle Informationen über die jeweiligen Ereignisse und historischen Zusammenhänge. Sie vermitteln aber auch Standpunkte der Künstler sowie Kenntnisse über deren Entwicklungswege. Die Zitate stammen von Wissenschaftlern, Partei- und Staatsführern, Künstlern und Literaten. Es fehlen weder Marx, Engels und Lenin, noch Stalin und Churchill, Brecht und Ehrenburg, Thorez und Vandervelde, Kollwitz und Picasso – um nur einige zu nennen. Der Autor hatte eine glückliche Hand, jeweils die passenden Texte den Abbildungen zuzuordnen. Es gibt nur wenige Ausnahmen, so bei dem Plakat von Georg Nerlich "Märkische Volkssolidarität" von 1946 aus der Sowjetischen Besatzungszone, das mit einem Zitat von Max Bill zur Situation in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands versehen wurde.

Es ist das Verdienst Margadants, neben bekannten Plakaten viele weniger bekannte ausgewählt zu haben. Vielleicht vermißt der Leser das eine oder andere Stück, das seinen festen Platz in der geschichtswissenschaftlichen und Kunstliteratur gefunden hat. Der Reiz dieser Publikation besteht gerade in der Vielzahl der neuen Werke. Das Verzeichnis der Plakatgestalterinnen und -gestalter weist 365 Namen aus, versehen mit den Lebensdaten.

In der Einführung zum Band (7-14) gibt Martin Heller, Direktor des Museums für Gestaltung Zürich, einen Überblick über die Entwicklung des politischen Plakats, seinen Platz in der Gesellschaft sowie als historisches Dokument. Er schildert Entstehung und Bedeutung der Sammlung Margadants. Heller setzt den Beginn des politischen Plakats mit der Zeit kurz vor dem Ersten Weltkrieg an, "als Plakate erstmals in signifikantem Umfang zum Transport politischer Botschaften benutzt wurden" (9). Er hebt hervor, daß das politische Plakat eine Identifikation des Künstlers

mit seiner Botschaft und seinem Adressaten verlangt. Dies gilt für linke Gestalter in weit höherem Maße, als für ihre konservativen Gegenspieler.

Margadant ordnet sein umfangreiches Material unter fünf große Themen, die jeweils in zwei Ebenen weiter untergliedert werden. Der erste Abschnitt unter der Überschrift "Werktag" beinhaltet den tagtäglichen Kampf um politische und soziale Rechte, den Widerstand gegen Ausbeutung und Knechtung. Im ersten Unterabschnitt "Alltag" werden solche Themen aufgegriffen wie der Aufruf zur Organisierung des Proletariats, Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit, Frauenwahlrecht, aber auch konkrete historische Ereignisse wie der Generalstreik in England 1924. Es folgt der Unterabschnitt "Kampf dem Faschismus", dem sich "Neuer Anfang" mit Plakaten zur Überwindung des Faschismus und zur Gestaltung einer neuen Gesellschaft anschließt. Die nächsten Unterabschnitte sind den Menschenrechten, der Solidarität, dem Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung u. a. auch dem Kampf 1968 in Paris gewidmet.

Insgesamt sind alle fünf großen thematischen Abschnitte in lockerer chronologischer Abfolge aufgebaut. Im Bestreben, die Unterabschnitte möglichst klein zu halten, wird das Material sowohl nach inhaltlichen Gesichtspunkten und Ereignissen als auch unter formal gestalterischen Merkmalen wie "Fäuste", "Die rote Fahne", "Männer", "Noch mehr Männer" dargeboten. Das führt leider zu Überschneidungen und beeinträchtigt die Orientierung.

Der zweite große Abschnitt ist mit "Freiheit" überschrieben. Interessant und zu begrüßen ist es, daß der Reigen der Unterabschnitte mit "Der lesende Arbeiter" eröffnet wird. Dem folgt "Jahrestag" mit Plakaten u. a. zum 8. März, 1. Mai, 7. November. Unter der Überschrift "Zusammenkunft" sind Plakate zu Jugendtreffen, Kongressen, Weltkonferenzen aufgeführt. Den Schluß bildet der Unterabschnitt "Unterhaltung" mit Plakaten zu Film, Theater, Galerien, Sport usw. Es wurden nicht

nur die großen Bühnen wie die Brechts, dem ein gesonderter Teil gewidmet ist, sondern auch Plakate kleinerer Theater ausgewählt; so ein Plakat des Weiten Theaters in Berlin Hellersdorf von 1994.

Unter dem dritten Thema "Gewalt" sind sowohl die beiden Weltkriege, die Bürgerkriege in Spanien und Österreich, die Kriege in Vietnam, Lateinamerika, Afrika, im Nahen Osten, im einstigen Jugoslawien und im Kaukasus als auch die Revolutionen in Rußland, Deutschland, Ungarn, China und Kuba zusammengefaßt. Diesem Thema zugeordnet ist auch der Einmarsch der Sowjetarmee in die Tschechoslowakische Sozialistische Republik 1968. Plakate, Zitate und Kommentare verurteilten den Krieg, decken die Hintergründe und Drahtzieher des Völkermordens auf. In den Abschnitten über die Revolutionen werden die großen Leistungen der Werktätigen gewürdigt. Es wird aber auch auf Gewalt und Willkür in der Sowjetunion unter Stalin hingewiesen.

Der vierte Abschnitt trägt den Titel "Opfer". Den Auftakt bildet das Thema Hunger und Armut. Schwerpunkte sind weiter der Terror, besonders die Greuel des deutschen Faschismus, die Opfer des Kolonialismus sowie die weltweite Solidarität mit den Opfern. Unter dem Titel "Willkür" befindet sich auch ein Plakat aus der DDR von 1989, das die staatlichen Repressalien gegen Demonstranten verurteilt.

Der abschließende fünfte große Abschnitt ist dem Kampf um Frieden gewidmet. Für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg werden solche Themen aufgegriffen wie "Kapitalismus heißt Krieg", Kampf um Abrüstung und der Schutz der Sowjetunion. Schwerpunkte für die Zeit nach 1945 sind der Kampf gegen die NATO und die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland sowie gegen Atomwaffen. Mit zahlreichen Plakaten wird die Weltfriedensbewegung dokumentiert. Einen zentralen Platz nehmen dabei die Tauben Picasos ein. Den Abschluß bilden Plakate, die sich

gegen die Vernichtung der Umwelt im Interesse des Profits wenden.

Der vorliegende Band ist nicht nur eine Geschichte des revolutionären Plakats. Er ist auch ein Geschichtsbuch der revolutionären Arbeiter- und Friedensbewegung, das sich des Plakats bedient, um ein eindrucksvolles Bild der historischen Ereignisse zu zeichnen.

*Fredi Sumpf*

**Helmut Steiner / Wladimir A. Jadow (Hrsg.): Rußland – wohin? Rußland aus der Sicht russischer Soziologen.** trafo verlag Berlin 1999, 402 S. (Social Studies on Eastern Europe; Vol. 1), 58,80 DM, ISBN 3-89626-215-7

Viele der in den Sammelband aufgenommenen 24 Forschungsberichte von 28 russischen Soziologen enthalten für den an der neuesten Geschichte der Sowjetunion/Rußlands interessierten Leser aufschlußreiche Informationen über die Vorgeschichte und den Verlauf der jüngsten Krise der russischen Zivilisation. Vor allem der Hartnäckigkeit der Herausgeber ist es zu verdanken, daß dieser informative Band mit Beiträgen über die "Identität und Wertorientierungen der Russen heute"; "Sozialstrukturen und Lebensbedingungen im Umbruch"; "Intellektuelle, Macht und Herrschaft der Eliten" und "Rußland im Widerstreit der Perspektiven" doch noch Sponsoren und einen Verleger gefunden hat. Die "ungebührliche Verzögerung" der Drucklegung des 1995 fertiggestellten Bandes war immer wieder Anlaß, zu prüfen, ob die aus den empirischen Befunden abgeleiteten Aussagen und Feststellungen über den "Übergangszustand" nach wie vor zutreffend sind. Sie bleiben, ebenso wie die im Titel enthaltene Frage, höchst aktuell.

Ein im Zusammenhang mit der Titelfrage in den Jahren des "dynamischen Chaos" immer wieder aufgeworfenes Problem ist die Bestimmung des zusammengebrochenen Staats-

gebildes. Auffällig ist die Kennzeichnung des Vergangenen als totalitäres System. Diese Einschätzung teilt die Mehrheit der im Band vertretenen Soziologen. Interessant ist, daß es hier keinerlei Abstufungen in den Altersgruppen gibt. (Vgl. die Bio-bibliographischen Angaben zu den Autoren, S. 388–402.) N. Lapin skizziert den Weg zur Bürgergesellschaft und beschreibt das überwundene "totalitäre Monosystem" (anfangs wahrscheinlich Autoritarismus), das unfähig zu qualitativen Veränderungen war. Im Spannungsverhältnis der alten und neuen Eliten fallen die für die Entwicklung des Landes relevanten Entscheidungen. (S. 23) J. Krasin und A. Galkin leiten ihren Beitrag mit der Frage ein, ob eine autoritäre Macht in der jetzigen Lage der russischen Gesellschaft dazu beitragen könnte, das Land nach den bescheidenen Erfolgen 'demokratischer Experimente' aus der Krise zu führen. (S. 298) Typisch für die Jahrzehnte lang stabile totalitäre Gesellschaft waren Konstanz und Renitenz, bemerkt G. Andreewa. (S. 68) N. Naumowa beläßt es bei der Feststellung von einem mißlungenen sozialen Experiment UdSSR. (S. 38) W. Jadow hebt den Zusammenbruch des totalitären Systems und die gleichzeitige Herausbildung einer neuen Qualität sozialer Subjekte hervor. "Die total bürokratisierten Strukturen der Macht haben sich die Interessen der unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen angeeignet, und infolge des Fehlens einer Zivilgesellschaft sowie rechtlicher Grundlagen für den Ausdruck solcher Interessen wird jegliches allgemeine Interesse mit allergrößtem Mißtrauen als Interesse einer, eigennützige Ziele verfolgenden Gruppe aufgenommen." (S. 75) Entstaatlichung und Privatisierung sind Anzeichen der Entwicklung in Richtung auf die Bürgergesellschaft, heben S. Golenkowa und E. Igitchanjan hervor. (S. 119) Das Thema des Beitrages von J. Dawydow ist die Technik in ihrer Beziehung zum Totalitarismus und nicht zur modernen Gesellschaft als Ganzes. Der klassische, vaterländische Totalitarismus hat den

Tod seines Führers nicht überlebt, hebt der Vf. einleitend hervor. (S. 194) "Die Verteidiger des Totalitarismus von heute berufen sich nicht zufällig auf die Industrialisierung des Landes und die Einführung der modernsten Technik in den blutigen Jahren der 5-Jahr-Pläne. ... Nur auf dem Gebiet der Technik, vor allem der Militärtechnik, war der vaterländische Totalitarismus in der Lage, mit den liberalen Demokratien des Westens zu konkurrieren." (S. 195)

Der Prozeß der Modernisierung wird nicht von der Zunahme der sozial-beruflichen Mobilität begleitet, schreibt M. Tschernysch und vergleicht diese Situation mit der nach dem Oktober 1917 in Rußland. Diese und andere Widersprüche beeinträchtigen den Prozeß der Entwicklung der russischen Demokratie. (S. 126) A. Sdrawomyslow hingegen warnt davor, solche Analogien überzubetonen, "denn gerade solche Analogien lenken von sehr wesentlichen, mit den Besonderheiten der russischen Politik am Ende des 20. Jahrhunderts zusammenhängenden Aspekten dieser Umgestaltung ab". (S. 343) Unter der Flagge des Sozialismus triumphierte Traditionalismus und Gleichmacherei im russischen Dorf. Zwangsweise Kollektivität im Verhältnis zum Eigentum und zum sozialen Leben, die Deindividualisierung und die Unfreiheit gehörten nach Meinung von A. Wosmitel zu den wichtigsten Prinzipien der Lebensweise der sowjetischen Bauernschaft. (S. 154)

G. Batygins originelle Skizze über den Loyalitätstransfer der Intellektuellen bricht dort, wo sie anfängt interessant zu werden, leider ab. Der These, daß die Politik der Glasnost den Herrschenden die Chance gab, einen Umsturz zu verhüten, wird nicht weiter diskutiert. Die Frage, ob die Intellektuellen im Vergleich mit Farmern und Angehörigen der Business-Schicht versagt haben, wird in mehreren Beiträgen angesprochen. "Der historische Kontext der Entwicklung", schreibt B. Firsov, "macht es erforderlich, die permanenten Kopplungen und Oppositionen zweier

Termini nachzuverfolgen: Intellektuelle und Intelligenz." (S. 202) Leider ist es den Herausgebern nicht gelungen, die von O. Kryschtanowskaja und R. Rywkina untersuchte Transformation der alten Nomenklatur-Kader in die neue Elite und ihren Einfluss auf den Verlauf und die Resultate der russischen Reformen durch einen Beitrag über das russische Parteiensystem zu ergänzen. Das trifft auch auf den von L. Gordon und E. Klopow verfaßten Beitrag über die russische Arbeiterbewegung zu, der eine gute Ergänzung in einer Skizze über die neuen Gewerkschaften gefunden hätte.

*Wladislaw Hedeler*

**Elviera Thiedemann: Es kam ein langer lichter Herbst. Tagebuch der Wendezeit 1989/90.** kritische analysen zur vereinigun-gspolitik, band 3, hrsg. von Fritz Vilmar, trafo verlag, Berlin 1999, 187 S., 29,80 DM, ISBN 3-89626-223-8

Im Sommer 1997 veröffentlichten Professor Fritz Vilmar und Dr. Stefan Bollinger einen Aufruf zu einem bemerkenswerten Projekt, das sich die "kritische Würdigung sozio-kultureller Errungenschaften der DDR" zur Aufgabe machen wollte. Für die beiden Herausgeber ist "es hohe Zeit ..., genau jene Felder der DDR Gesellschaft näher zu untersuchen, die eng mit den alten Gerechtigkeitsidealen der menschlichen Gesellschaft, mit den wirklichen sozialistischen Zielen der Arbeiterbewegung und anderer sozialer Bewegungen verbunden waren. ... Es geht also nicht einfach um das Benennen jener sozio-kulturellen Errungenschaften der DDR – so es denn welche gab – sondern auch um deren kritische Würdigung; nicht allein aus historischer Sicht, sondern mit Blick auf die Zukunft" (Mitglieder-Rundbrief Gesellschaftswissenschaftliches Forum e.V., Jg. 7, Ausgabe 14, August '97, S. 9–12). Einer der beiden bisher im Rahmen des Projekts erschienenen Bände ist keine wissenschaftliche Studie, sondern vielmehr, wie

Herausgeber Fritz Vilmar in seiner Einführung vom Februar 1999 schreibt, "ein authentisches Zeugnis der Wende – aus der Mitte des Volkes" (7). Es sind Tagebuchnotizen einer 1951 geborenen ehemaligen Lehrerin vom 19. August 1989 bis zum 1. Januar 1991. Elviera Thiedemann ist seit 1992 u.a. freiberuflich als Dozentin an Volkshochschulen, als Mitautorin mehrerer neuer Schulbücher und als Verfasserin von Lyrik und Kurzprosa tätig. Sie befaßt sich mit fotografischen und bildkünstlerischen Arbeiten, hat in verschiedenen Bundesländern und in den Niederlanden ausgestellt und Lesungen aus ihrem literarischen Schaffen veranstaltet.

Die Herausgeber entschlossen sich zu diesem Band, weil sie der Meinung sind, "die fehlgeleitete DDR-Gesellschaft (hätte) sehr wohl die Kraft gehabt ..., aus eigenen Einsichten und Kräften aktiver Menschen wie Elviera Thiedemann einen Neuanfang in einem geeinten Deutschland zu realisieren, wenn die alte Bundesrepublik wirklich solidarische statt vereinnahmende Hilfe geleistet hätte" (9).

Tagebuchaufzeichnungen sind authentische Zeitdokumente, die das politische Geschehen aus der subjektiven Sicht des Autors/der Autorin spiegeln und in der Regel mehr über dessen/deren Befindlichkeit enthüllen als daß sie Geschichtsrelevantes vermitteln. Im vorliegenden Fall jedoch ist die Autorin nach Meinung von Fritz Vilmar eine Angehörige der "aktiv und kritisch Gestaltenden im Millionenheer der 'normalen' DDR-Bürger" (8), die in ihrem Tagebuch die "Alltagsicht des Normalbürgers" über die Wendezeit vermittelt. Elviera Thiedemann präzisiert die soziale Gruppe, die sie repräsentiert, als eine starke Gruppe innerhalb der keineswegs homogenen Mehrheit der DDR-BürgerInnen: "Ich bin ein Kind dieser DDR, ein behütetes und ein bevormundetes, habe selbst vier Kinder zu lebensstüchtigen, optimistischen Menschen erzogen und mehr als zwanzig Jahre als Pädagogin gearbeitet. Ich versuchte, in Funktionen unterster Leitungs-

ebene eigene Ideen umzusetzen und kapitulierte – ohne energisch rebelliert zu haben – aus Einsicht in nicht abzuschätzende Notwendigkeiten. Ich habe dieses mein verschwundenes Land geliebt und manchmal gehaßt und meine ganze Kraft, meine Leidenschaft und meinen Optimismus auf die Verwirklichung einer humanistischen Gesellschaft konzentriert, So diente ich im doppelten Sinne: im eigenen Bewußtsein einer großen Idee, im Bewußtsein anderer der 'Macht'" (11).

Für dieses Spektrum und damit für eine auch heute die politische Landschaft in Ostdeutschland prägende Gruppierung sind die Aufzeichnungen außerordentlich aufschlußreich.

Die Autorin gehört zu den DDR-BürgerInnen der zur Zeit der Wende mittleren Generation, die oft aus sozialistisch oder kommunistisch orientierten Familien stammend, in denen das NS-Regime abgelehnt, wenn nicht sogar bekämpft wurde, in der Tradition grundsätzlicher Akzeptanz des Staatswesens und des politischen Systems der DDR erzogen worden sind. Während die Kinder dieser BürgerInnen seit dem Prager Frühling 1968 immer systemkritischer und rebellischer wurden, dauerte dieser Prozeß bei der Elterngeneration, die in der DDR höhere Schulen besuchen konnten, nach deren Abschluß sie automatisch in eine sichere Arbeitsstelle vermittelt wurden, naturgemäß wesentlich länger, oft bis nach der Wende. Bei manchen fand die Abnabelung von dem gescheiterten Modell alternativer Gesellschaft niemals statt. Besonders die Frauen dieser Schicht und Generation waren überzeugt davon, daß die DDR-Führung ihnen mit der wirtschaftlichen Un-abhängigkeit durch Vollbeschäftigung die Emanzipation ermöglicht habe; sie waren weniger geneigt prinzipielle Systemkritik zu üben als die nachfolgenden Generationen, und sahen allenfalls die Mängel in der Versorgung, im Bildungs- oder Gesundheitswesen und das Defizit an Toleranz Andersdenkenden, das für sie überwindbare Schönheitsfehler waren. Männern und Frau-

en dieser und der noch älteren Generationen hat das DDR-System bestimmte bis heute prägende Wertvorstellungen vermittelt. Zu deren positiven Seiten gehört, daß sie sich für ihr Gemeinwesen wie für ihren Betrieb und ihre Familie mitverantwortlich fühlen und sich "einbringen", "mitwirken", "gesellschaftlich tätig" sein wollen. Ihr Staatsverständnis unterscheidet sich auch wesentlich von dem Bundesdeutscher. Der Staat ist für sie das Gemeinwesen, nicht in erster Linie die steuergeldverwaltende Bürokratie. Er umfaßt für sie alle drei Gewalten bis hinunter zu den örtlichen Schlichtungsausschüssen. Daraus leiten sich andersartige Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit, politischer Mitwirkung und Rechtmäßigkeit von politischen Entscheidungen ab. Die negative Seite dieser Prägung besteht in der Überbewertung von Disziplin und hierarchisch strukturierter Organisation, sowie das Mißtrauen gegen jedes spontane, anarchistische oder basisdemokratische Handeln. Diese Haltung begünstigte und begünstigt Unsicherheit, Angepaßtheit und Feigheit; es verhindert oft unabhängiges Denken und konsequentes Handeln entsprechend den eigenen Prinzipien.

Elviera Thiedemanns Aufzeichnungen beginnen im Vorwende-August 1989 und führen im ersten Abschnitt die eigentliche Wendezeit hindurch bis Ende 1989; im zweiten Teil behandeln sie die Zeit der Zerstörung und Selbsterstörung der spontan entstandenen DDR-Demokratie und die Übernahme des Landes durch die dominanten neoliberalen und konservativen Kräfte der Bundesrepublik zunächst bis zur Währungsunion; im dritten Teil geht es um die Vorgänge im persönlichen und öffentlichen Leben der Vf. bis zur in Form des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik vollzogenen Einheit Deutschlands.

Frau Thiedemanns Aufzeichnungen spiegeln aber nicht nur das ihre soziale Gruppe prägende wider, so wenn sie die DDR-kritische Haltung ihrer Kinder schmerzt und

sie erleichtert ist, daß diese aus dem Ungarnurlaub zurückkehren und nicht in den Westen gehen wie die Kinder einer Kollegin, die daraufhin Selbstmord begeht. "Was ist das nur in unserer Gesellschaft, was Kinder von zu Hause weg und Mütter in den Tod treibt?" (16), fragt sie damals noch verständnislos.

"Unsere Menschen", schreibt sie am 10.11.1989, sind eigentlich "fabelhaft erzogen. Sie gehen nach Westberlin, vor oder nach der Schicht, mit oder ohne Familie. Sie gehen nachts auf den Kudamm und morgens pünktlich zur Arbeit. Auch wegen Demos wurde in der Arbeit nicht gebummelt" (42). In dieser Äußerung kommt nicht nur Elviera damals kritiklose Übernahme dieses banalen und vereinnahmenden Stereotyps "unsere Menschen", sondern auch ihr realsozialistisches Arbeitsethos und ihre Liebe zu Gesetz und Ordnung, die über jeder Demo zu stehen haben, zum Ausdruck.

Elviera Thiedemann ist aber nicht nur Repräsentantin ihrer sozialen Gruppe. Sie ist eine vitale Frau und eine komplexe und widersprüchliche Persönlichkeit. Sie liebt die Menschen und unterhält vielfältige Beziehungen zu unterschiedlichen Persönlichkeiten. Trotz wachsender Entfremdung bleibt ihr Verhältnis zu ihrem Ehemann, mit dem sie in Scheidung lebt, kulturvoll. Sie erhält sich trotz politischen Meinungsverschiedenheiten die Liebe ihrer Kinder. Ihr Liebesverhältnis zu einem verheirateten Mann bereichert beide Partner ohne vereinnahmend oder zerstörerisch zu sein.

Ihr Tagebuch weist sie als eine begabte Schriftstellerin aus, die den Wandel in ihrem Denken und Fühlen, der sich auch in ihrer Sprache abbildet, plausibel machen kann. Sie bleibt politischen Gegnern gegenüber sachlich und fair. Auch ihren Ehemann Henry und ihren Vater verunglimpft sie nicht, obwohl sie sich von deren Haltungen distanziert. Der Vater war "viele Jahre als Volkspolizist, im letzten Jahrzehnt als Mitarbeiter einer SED-Kreisleitung tätig; er hat sein Leben lang die kommunistischen humanisti-

schen Ideale im Wortsinn gelebt, bescheiden, wenn auch mit einer 'revolutionären Sturheit'" (22). Sie verschweigt nicht, daß seine mangelnder Toleranz ihm die Kinder entfremdete. Sein blindes Vertrauen blieb Richtlinie all seines Denkens und Handelns. Das "mache es ihm heute besonders schwer, und unser beider Leben driftet weiter auseinander", schreibt sie am 8. November 1989. Ihre Kritik, ihr Zorn, ihre Empörung gelten den menschenfeindlichen Institutionen, Strukturen, politischem Handeln.

Über ihre eigene Haltung sagt sie, daß "mein eigener Widerspruchsgeist von selbst aus der Verschüttung aufstand, trotz Vertrauens in unsere Führung" (ebd.).

Im Verlauf der Aufzeichnungen wächst ihre Kritikfähigkeit gegenüber den von ihr vorher nicht wahrgenommenen Defiziten des DDR-Regimes. Sie beteiligt sich an Reformvorschlägen für das Bildungswesen und im Rahmen der Frauenorganisation DFD, deren Ortsvorsitzende sie 16 Jahre lang war. Ihre Kritik macht aber auch vor dem neuen System nicht Halt. Sie kann nicht billigen, daß die neuen SchulreformerInnen Ernst Thälmann aus den Lehrplänen streichen. "Die Bedeutung seiner Persönlichkeit ist sicherlich hochgespielt worden, doch muß man nicht, bei historischer Gesamtsicht, jede Richtung, die Geschichte geschrieben hat, gelten lassen?" (63)

Vorbehalte äußert Elviera Thiedemann auch zu sehr frühem Zeitpunkt gegen die Art, in der DDR-BürgerInnen über den Tisch gezogen werden. Sie wendet sich gegen die beginnende Enteignung von DDR-BürgerInnen auf der Grundlage der Regelung "Rückgabe vor Entschädigung". Auch die sich abbahnende Entwicklung der rechtsradikalen Szene beunruhigt sie. So erschüttern sie die "aufgeputzten Menschenmassen vor dem Palast der Republik", die noch vor der Vereinigung das DDR-Emblem herausreißen" (77).

Sie liest sehr viel, Zeitungen, Zeitschriften, viele Bücher. Mit der Lektüre von Wal-

ter Jankas Schwierigkeiten mit der Wahrheit beschleunigt sich ihre Distanz von unkritischer DDR-Loyalität. Ihr Urteil über Äußerungen von prominenten Persönlichkeiten ist ausgewogen und unabhängig davon, ob sie mit diesen Personen sonst politisch sympathisiert. Wenn die Bürgerrechtsbewegung Demokratie Jetzt betont, dass sich die beiden deutschen Staaten "aufeinanderzu reformieren" müssten, damit nicht ein "Berg von sozialen und persönlichen Problemen" auf die Menschen zukomme, die diese nicht bewältigen können, so findet das ihren Beifall. Sie stimmt der Forderung Anfang 1990 von Frau Wollenberger (später Lengsfeld), damals Sprecherin der DDR-Grünen heute in der CDU zu, eine "KSZE-Konferenz vor der Vereinigung mit dem Ziel der Auflösung der Militärblöcke" (106) einzuberufen. Als es zur Vereinigung kommt, schreibt sie: "Es ist nicht schlimm, dass die Einigung vollzogen wird, sondern wie sie alles vollzieht und verkräftet werden muß" (175f). Aus der PDS tritt sie aus, weil sie politischen Kungeleien zwischen PDS und CDU in ihrem Kreis nicht mittragen will. Das hindert sie aber nicht daran, diese Partei weiter gegen unsachliche Hetze zu verteidigen. Als alle übrigen politischen Parteien und Organisationen die PDS verteideln, erklärt sie: "Ende vergangenen Jahres war noch überall lautstark die Achtung der Meinung Andersdenkender gefordert worden. Jetzt, nachdem sie Regierungspolitik wurde, schert sich kein Mensch mehr um die nunmehr Andersdenkenden" (140).

Die bedeutsamen historischen Ereignisse am Ende unseres Jahrhunderts erleben die LeserInnen des Tagebuchs der Wendezeit als Teil der persönlichen Freuden und Leiden einer politisch engagierten und kenntnisreichen Zeitzeugin aus der osterzgebirgischen Provinz mit den daraus resultierenden Vorzügen und Grenzen. Der vorliegende Band sollte eine Vorreiterrolle beim gegenseitigen Kennenlernen der immer noch im Geiste geteilten ost- und westdeutschen Bevölkerung spielen. Man wünschte sich weitere, mög-

lichst ebenso gut geschriebene und ehrliche Berichte, vielleicht aus einem anderen sozialen und regionalen Umfeld, um das Bild der historischen Wende aus dem Blickwinkel von "NormalbürgerInnen" zu ergänzen und erweitern.

Hanna Behrend

**Jörn Rüsen (Hrsg.): Westliches Geschichtsdenken. Eine interkulturelle Debatte.**

Göttingen 1999, Vandenhoeck & Ruprecht, 322 S., 46,- DM

Rüsen's Sammelband vereint zwanzig Beiträge renommierter Wissenschaftler verschiedener Disziplinen und Nationalitäten. In seinem Zentrum stehen zehn mutige Thesen P. Burkes über *Westliches Geschichtsdenken in globaler Perspektive*, in denen der Autor versucht, eine Reihe von Merkmalen dieses Denkens vorzustellen, die als charakteristisch für 'den Westen' gelten können. Diese Merkmale sind 1. die lineare Sicht der Vergangenheit, 2. die Beschäftigung mit der historischen Perspektive, 3. Individualitätsdenken, 4. die Betonung kollektiver Akteure, 5. die Problematisierung historischer Erkenntnistheorie, 6. die Darstellung von historischen Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen, 7. Objektivität, 8. quantifizierende Verfahren, 9. spezifische literarische Formen und 10. eine charakteristische Auffassung von Raum und Zeit. Die übrigen Beiträge setzen sich mehr oder minder vorlagenbezogen mit diesen Thesen auseinander, wobei *Die Eigenart des Westens*, *Der Blick der Anderen* und *Die Differenz der Anderen* in drei Kapiteln hervorgehoben werden sollen. Die Unterschiede zwischen dem ersten dieser Kapitel, das sich aus westl. Beiträgen zusammensetzt, und den folgenden sind signifikant: Die Kommentare J. Assmanns und J. Galtungs ordnen Burkes Thesen in weiterführende Diversifikationsmodelle ein. G. G. Iggers hebt hervor, daß die bezeichneten Punkte typisch für die Moderne seien, die seit der Renaissance das westl. Geschichts-

denken präge. F. Ankersmit versucht mit der Pointierung des 'Traumas' als Ursprung westlichen Geschichtsdenkens, Burkes Ansatz zu erweitern.

Geringere Zustimmung als von seinen westl. Kollegen erfährt Burke durch die Beiträge aus Afrika und Asien. S. al-Azm relativiert die Thesen, indem er die Erfahrung der Moderne, die westl. Periodisierung der Geschichte und die aristotelische Tradition auch als Kennzeichen für die arabische Welt konstatiert. M. Sato und Ying-shih Yü weisen auf historiographiegeschichtliche Eigenarten ostasiat. Geschichtsdenken hin, erkennen aber eine deutliche Orientierung an den westl. Grundsätzen im 19. und 20. Jh. Eine wichtige Ergänzung schlagen zwei afrik. Beiträge vor: Europa sei im Gegensatz zu oralen Traditionen Afrikas durch einen "Skriptozentrismus" geprägt, den Burke am Ende des Bands freilich auch für China zutreffend hält.

Besonders auf vier Punkte kapriziert sich allgemein die Kritik an Burke: 1. das Individualitätsdenken und 2. die Vorstellung kollektiver Handlungsträger sei auch im nicht-westl. Denken festzustellen. Ebenso gebe es 3. in beiden Hemisphären lineares und zyklisches Geschichtsdenken. Viertens hänge eine Differenzierung zweier historischer Bewußtseinsformen von der Trennung unterschiedlicher Kulturen ab: Geschichtstheoretische Spezifika seien darum im Kern Ausdruck bestimmter gesamtkultureller Merkmale. (Sato)

Neben einiger Detailkritik werden auch die Grundprinzipien des Bands in Frage gestellt. H. White und J. Galtung verweisen darauf, daß die vertretenen nicht-westl. Wissenschaftler in ihrem Berufsweg westl. Bildung genossen hätten. Gewähren sie noch eine spezifisch nicht-westl. Sicht oder sind sie Bestandteil einer scientific community, die insgesamt auf westl. Wissenschaftsprinzipien basiert? Ist es überhaupt sinnvoll, die wissenschaftlich-kulturellen Unterschiede zu betonen oder sollte statt dessen, ein Bei-



trag zur 'Bestandsaufnahme der Ähnlichkeiten' geleistet werden? (Khalidi) Ist der 'Westen' das 'Abendland'?

Diese Punkte sprechen ein zentrales Problem der Debatte an. Der kulturelle 'Kolonialismus', der seit langem das Verhältnis zwischen der westl. und nicht-westl. Welt bestimmt, hat ein Janusgesicht. Einerseits bewirkt sein imperialistischer Gestus die Nivellierung nicht-westl. Besonderheiten in der westl. geprägten globalen Sicht. Andererseits erleichtert die globale Vereinheitlichung wissenschaftl. Standards den Kulturvergleich. Daraus resultieren zwei Gefahren: Eine Rückbesinnung auf spezifisch nationale oder konfessionelle Traditionen kann politisch restaurativ wirken; ein gleichmacherisches Multi-Kulti-Getue kann seinen versöhnlerischen Deckmantel über bestehende Ansprüche auf Differenz ausbreiten. Zwischen beiden Antipoden bewegt sich Rüsens Band geschickt, indem er zwar letztlich wenig verbindliche Aufschlüsse gibt, was 'wirklich' unter westl. bzw. nicht-westl. Geschichtsdendenken verstanden werden kann, dafür aber Vorschläge anbietet, die er zugleich hinterfragt. Wenn eine Diskussion nicht von vorn herein durch eindeutige politische Wege bestimmt sein soll, ist diese Position ein günstiger Ausgang, um weiter nachzudenken.

*Stefan Jordan*

**Klaus Misgeld: Den fackliga europavägen. LO, det internationella samarbetet och Europas enande 1945–1991.** (Der gewerkschaftliche Europaweg. Die schwedische Gewerkschaftsorganisation LO, die internationale Zusammenarbeit und die Einigung Europas 1945–1991). Uddevalla 1997. 448 S.

Den äußerst zahlreich, in ganz unterschiedlicher Qualität vorliegenden Publikationen über die verschiedensten Aspekte des europäischen Einigungsprozesses wurde mit dem Buch von Klaus Misgeld ein weiteres, wertvolles Mosaiksteinchen hinzugefügt. Anläß-

lich seines einhundertjährigen Jubiläums hatte der Zentralverband der schwedischen Gewerkschaften LO 1989 ein Forschungsprojekt zum Thema "Die schwedische Gewerkschaftsbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg" initiiert, in dessen Rahmen auch die vorliegende Abhandlung entstand. Misgeld widmet sich damit einem höchst aktuellen, kaum erforschten Thema, in dem er den langen, komplizierten Weg der Annäherung der schwedischen Gewerkschaften an die europäischen Einigungsprozesse nachzeichnet. Am Ende dieses Weges stand das eindeutige Bekenntnis des LO-Vorsitzenden Stig Malm auf dem Gewerkschaftskongreß 1991 für eine Teilnahme Schwedens an den europäischen Integrationsprozessen in Form einer Mitgliedschaft in der EG, um Schweden Arbeit und Wohlstand zu sichern.

Schwedens Politiker, das Wirtschaftsleben und auch die Gewerkschaften plädierten zwar in der gesamten Nachkriegszeit für eine europäische Zusammenarbeit, um den internationalen Handel, insbesondere den schwedischen Im- und Export, zu erleichtern. Allerdings waren sie ähnlich wie die Briten oder ihre skandinavischen Nachbarn nicht bereit, Souveränitätsverluste zu akzeptieren. Daher plädierten sie für eine schwedische Teilnahme am Marshallplan und engagierten sich in den Auseinandersetzungen um die politische Orientierung der internationalen Gewerkschaftsbewegung in den Jahren 1947 bis 1949 klar für den Westen. In den fünfziger Jahren begrüßten sie die Integration unter dem Aspekt der Schaffung einer großen westeuropäischen Freihandelszone. Nach deren Mißlingen wandten sie sich der EFTA zu - ein Anschluß an die EWG wurde nicht gefordert. Er schien weder aus außenpolitischen Gründen machbar noch aus wirtschaftlichen Erfordernissen nötig.

Durch die Spaltung Westeuropas in zwei Wirtschaftsblöcke teilte sich praktisch auch die europäische Abteilung des IGB in eine EWG- und eine EFTA-Gruppe, die allerdings nach der ersten EWG-Erweiterung zunehmend einflußloser wurde, so daß sich in den

siebziger Jahren eine Neuorganisation der europäischen gewerkschaftlichen Zusammenarbeit erforderlich machte, die ihren Niederschlag 1973 in der Entstehung einer neuen europäischen gewerkschaftlichen Zusammenarbeitsorganisation, dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB), fand, ihm gehörten Gewerkschaften aus EWG- und EFTA-Ländern an. Die Arbeit des EGB kam nur schwer in Gang: Selbst in zentralen Fragen konnte nur sehr schwer eine Einigung erzielt werden, das Sekretariat arbeitete nicht so effektiv wie es die Schweden europäischen Arbeitgeberorganisationen wie auch die höchsten EWG-Gremien waren nur schwer zugänglich für gewerkschaftliche Forderungen. Außerdem nahmen die Belange der Gewerkschaften aus den EWG-Ländern einen wesentlich größeren Raum ein als die aus den EFTA-Ländern. Um ihrer Stimme im EGB durch gemeinsame nordische Stellungnahmen mehr Gewicht zu verleihen, intensivierten die nordischen Gewerkschaften ihre traditionelle regionale Zusammenarbeit und gaben ihr mit der Gründung der Gewerkschaftlichen Zusammenarbeitsorganisation des Nordens eine festere Struktur. Wiederholt setzten sie sich vor allem in den Achtziger Jahren für eine sozialere Politik in Europa ein. Obwohl nicht direkt betroffen, verhielt sich die LO prinzipiell kritisch zur Reformierung des europäischen Beschlußfassungsprozesses im Zusammenhang mit der Einheitlichen Europäischen Akte 1985, der qualifizierte Mehrheitsentscheidungen ermöglichte. Besonders engagierte sich die LO in der zweiten Hälfte der Achtziger Jahre für die soziale Dimension der EG, obwohl eine Mitgliedschaft Schwedens in der EG zum damaligen Zeitpunkt noch außerhalb jeglicher Diskussion stand. Noch nach dem Fall der Berliner Mauer wurde von der schwedischen Regierung unter Hinweis auf die allianzfreie Außenpolitik eine Mitgliedschaft in der EG ausgeschlossen. Allerdings vollzog sich im Verlauf des Jahres 1990 in Schweden ein sehr schneller Anpassungsprozeß an die europäischen Integrationsprozesse, wobei vorläufig noch unklar blieb, ob der Anschluß

an den Europäischen Wirtschaftsraum das Ziel schwedischer Integrationspolitik schlechthin oder nur eine Zwischenstufe zur Vollmitgliedschaft sein sollte. Um auch auf die Beschlußfassungsprozesse Einfluß nehmen zu können, entschied sich Schweden Ende 1990 letztlich für eine Vollmitgliedschaft in der EG, was eine Modifizierung der Außenpolitik – eine Beschränkung der Neutralitätspolitik auf “militärische Bündnisfreiheit” erforderlich machte. Die LO unterstützte diesen Prozeß, war sie doch in den vorangegangenen Jahrzehnten durch ihre Mitarbeit im EGB zu der Erkenntnis gelangt, daß es zur schwedischen Mitgliedschaft in der EG keine Alternative gäbe. K. Misgeld schildert diesen langen Weg detailreich und überzeugend. Der Verfasser macht auf Schwierigkeiten, mit denen die Gewerkschaften im europäischen Rahmen zu kämpfen hatten und haben, aufmerksam, und beleuchtet auch den Widerspruch, der sich zwischen traditionellem Internationalismus und verstärktem europäischen Engagement der Gewerkschaften auf tut. Durch eine tiefgründigere Analyse der realen Möglichkeiten und Grenzen des Agierens der Gewerkschaften angesichts der bestehenden europäischen Strukturen wäre verständlicher geworden, warum die vielen gewerkschaftlichen Aktivitäten insgesamt recht magere Ergebnisse hatten bzw. wie dringend notwendig gewerkschaftliches Engagement ist, um sozialen Problemen in der EU stärkeres Gewicht zu verleihen. Dennoch hilft Misgelds Abhandlung zweifellos, eine Lücke in der Forschung über die europäischen Integrationsprozesse und die sie beeinflussenden gesellschaftlichen Kräfte zu schließen.

*Dörte Putensen*

**Eckart Mehls: Unzumutbar. Ein Leben in der DDR.**

GNN Verlag Schkeuditz 1998, 366 S.

Mit “unzumutbar” für die Humboldt-Universität zu Berlin begründete deren aus dem

Westteil Deutschlands gekommene Präsidentin die Mitte Dezember 1992 ausgesprochene Kündigung des Professors für Osteuropäische Geschichte. Die im Zorn darüber, aber auch aus der Verbitterung über Unfähigkeit und Zynismus der SED-Führungskaste geschriebene Lebensgeschichte- und -bilanz bildet den Gegenstand dieses aufschlußreichen, mit hoher Sprachkultur und fesselnd geschriebenen Buches. Doch brechen diese beiden Gemütsregungen nur an einigen besonders problemgeladenen Stellen durch. Sonst dominiert die Sicht des professionellen Historikers, der eigenes Erleben mit zeitgenössischen Erwägungen und auch Empfindungen in den größeren historischen Zusammenhang zu stellen vermag. In dieser "Alltagsbiographie, wie sie für Leben in der DDR steht" (S. 10), wird mit der schonungslosen Selbstbefragung eines DDR-Bürgers die Entwicklung dieses Staates im nichtökonomischen, vor allem im Schul- und Hochschulbereich analytisch beleuchtet, wobei immer das Ganze des "sozialistischen Weltsystems" und auch der politisch-ökonomische Widerpart im kalten Krieg sowie die Länder der "Dritten Welt" mit ihren nationalen Befreiungsbewegungen im Blick bleiben. Besonders tiefлотende Fragen, die mit spitzer Feder gestellt und beantwortet werden, sind für die letzten 60 Seiten charakteristisch, wo Probleme der "Wende" und der Entwicklung im "Beitrittsgebiet", insbesondere aber die administrative Liquidierung der marxistischen Geschichtswissenschaft an der Humboldt-Universität zur Debatte stehen.

Dem 1935 in der Familie eines Wehrmachtsoffiziers in Stettin Geborenen war das Motto "Wacht auf, Verdammte dieser Erde...!" keinesfalls in die Wiege gelegt. Vielmehr galten hier protestantische Wertvorstellungen, gepaart mit monarchistischer Nostalgie und verehrender Hochachtung für den Führer, dem man auch in den Krieg folgte. Doch dessen katastrophales Ende, die Flucht aus Stettin, der Verlust der Heimat und

das sich Wiederfinden in einer pommerschen Kleinstadt in westlicher Odnernähe bedeuteten unter dem Einfluß antifaschistischer, marxistischer Lehrer den Beginn einer neuen Werteorientierung. Mitarbeit und Funktionen in der FDJ, die Mitgliedschaft in der offiziellen DDR-Delegation bei den III. Weltfestspielen der Jugend und Studenten 1951 in Berlin erweckten in dem begeisterten Fünfzehnjährigen den Wunsch, zusammen mit gleichgesinnten Jugendlichen aus vieler Herren Länder, "eine neue Ordnung dieser Welt zu schaffen, sich wirklich über Ländergrenzen hinweg die Hände zu reichen und einen neuen Krieg nicht zuzulassen". (S. 43) Angesichts sehr unterschiedlicher politischer Standpunkte in der Familie, der Rückwärtsgewandtheit der Eltern, der Entscheidung eines Bruders für den Katechetenberuf und der Flucht des anderen in den Westen, lernte es der junge Mehls, seinen Standpunkt in der Diskussion zu behaupten und zugleich andere Auffassungen zu tolerieren. Die Restauration jener Kräfte in der BRD, bei denen er die Verantwortung für Nazismus und Krieg sah, und andererseits der SED-Beschluß von Mitte 1952, "planmäßig den Sozialismus aufzubauen", ließen bei dem nunmehr fast Volljährigen die Entscheidung reifen, den Aufnahmeantrag in die "Partei der Arbeiterklasse" zu stellen. Dies tat er bald nach Stalins Tod, der ihn, wie er "aufrichtig" bekennt, "zutiefst erschütterte". (S. 54) Der 17. Juni 1953, den er im vordergründigen Trubel des Abiturs in Greifswald erlebte, vermochte an seiner Entscheidung nichts zu ändern.

Das Studium an der Humboldt-Universität zu Berlin und besonders die nachfolgende Tätigkeit als Lehrer an der Erweiterten Oberschule in Wolgast für die Fächer Geschichte, Russisch und Staatsbürgerkunde bis zum Sommer 1961 konfrontierten den jungen SED-Genossen und seine politischen Ideale mit der rauen Wirklichkeit des "sozialistischen Aufbaus": Freude an Studium und Arbeit bei gleichzeitiger Enttäuschung

Über die Enge der politisch-geistigen Verhältnisse besonders im Parteiapparat ab Kreisebene aufwärts; Desillusionierung angesichts des zynischen Verhaltens der Parteispitze in den Krisenjahren 1956 und 1961 bei fortdauernder Überzeugung, daß "der sozialistische Entwicklungsweg, selbst in der offenbar noch unvollkommenen und für den Einzelnen oft genug schwer erträglichen Art... eine echte Alternative zum tödlichen Kreislauf der bisherigen Menschheitsgeschichte "darstelle, "einen Versuch, den vorzeitig abzubrechen" er "zutiefst bedauert hätte". (S. 108)

In den folgenden 18 Jahren sah sich der Autor, zunächst als Auslandsreferent des Rektors und dann als Direktor für internationale Beziehungen der Humboldt-Universität in folgendem objektiven Widerspruch. Stellte er sich die Aufgabe, durch die Gestaltung geeigneter wissenschaftlicher Auslandsbeziehungen einen wichtigen Faktor für die gedeihliche Entwicklung der Wissenschaft an seiner Universität zu schaffen, so ordnete die Partei- und Staatsführung schematisch die internationalen Wissenschaftsbeziehungen der jeweiligen Phase ihrer Außenpolitik völlig unter. Trotz ständiger diesbezüglicher Reibereien konnte Mehls für die Wissenschaftler so Manches erreichen, fragte sich angesichts zunehmender zentraler Borniertheit und völlig überzogener "Sicherheitsvorstellungen" aber auch, ob er mit seinen Intentionen nicht doch gescheitert sei. Als zudem im Spätherbst 1975 Vertreter des Ministeriums für Staatssicherheit, mit denen er konsequent nur die zu seinen Dienstpflichten zählenden offiziellen Kontakte gehalten hatte, in ihn drangen, als Spitzel und Zuträger Personen seines Umfeldes gezielt auszuspähen, lehnte er brüsk ab. Das hatte eine für ihn bis zur Unerträglichkeit verschlechterte Arbeitsatmosphäre zur Folge, worauf Mehls die Genehmigung zum Übergang in die wissenschaftliche Arbeit zu erreichen vermochte.

Über eine planmäßige Aspirantur habilitiert (Dr. sc. phil.), wurde er zum Dozen-

ten und 1986 zum ao. Professor für Geschichte des sozialistischen Weltsystems berufen, damit Hochschullehrer, als sich sein Gegenstand bereits im Umbruch befand. Mehls, nun auch für vier Jahre ehrenamtlicher Parteisekretär der SED-Grundorganisation Geschichte an der Humboldt-Universität, sah, was zeitgenössische Aufzeichnungen bezeugen, mit erstaunlicher Klarheit Defizite und Reformbedarf der DDR-Gesellschaft. Jedoch blieb es für ihn nach den tschechoslowakischen und polnischen Erfahrungen von 1968, 1970, 1976 und namentlich von 1980/81 ein Axiom, "daß eine wirkliche Verbesserung des Systems nur möglich sein könnte unter Sicherung des Systems selbst." (S. 254) So setzte auch er seine Hoffnungen in die Perestrojka Gorbatschows, was ihn, wieder einmal, in so mancher Hinsicht in Gegensatz zu den Positionen "der Partei" brachte. Doch diese Hoffnung trog, und so faßt die Überschrift des letzten Kapitels treffend, was für Mehls – wie für Tausende andere – nun folgte: "'Wende' des Lebens: von der Abwicklung zum Arbeitsamt". Mit unverhohlenem Sarkasmus beschreibt er die rechtsstaatlich höchst fragwürdigen Praktiken der Abwickler westlicher Provenienz, auch mit Hieben gegen vereinzelte bisherige "Marxisten", die sich mit allzu eifriger Anpassung an die neuen Machtverhältnisse eine neue wissenschaftliche Karriere zu sichern glaubten. Dieses höchst anregende Buch sei jedem empfohlen, der "kritisch und selbstkritisch" über "sein Leben in der DDR" nachdenkt; unbedingt aber auch jenen, deren Forschungsgegenstand die Geschichte dieses Staates und seiner Menschen ist. Mehls' Beitrag dazu ist gewiß subjektiv gefärbt, aber eben nicht nur schwarz-weiß oder gar tief-schwarz, was so manchem jungen Karrierehistoriker, dem ein geschöntes Geschichtsbild der Alt-BRD das Maß aller Dinge ist, der fortkommensfördernde Farbton zu sein scheint.

*Gerhard Fuchs*

**Roland W. Schindler: Rationalität zur Stunde Null. Mit Hannah Arendt in das 21. Jahrhundert.** trafo verlag dr. weist, Berlin 1998 (Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft, Bd. 6) 259 S.

In den letzten Jahren erlebt das Werk der 1975 verstorbenen politischen Theoretikerin Hannah Arendt eine große Renaissance. Dies läßt sich an der Vielzahl der in den letzten fünf Jahren in Deutschland erschienenen Einführungen zum Werk Arendts ablesen. Was die vom Verfasser nun vorgelegte Neu-Interpretation besonders auszeichnet, ist die Tatsache, daß hier das umfangreiche und so verschiedene Erkenntnisgebiete, wie Geschichtswissenschaft, Soziologie und politische Theorie, berührende Theoriegebäude Arendts im Zusammenhang dargestellt wird. Dabei arbeitet der Autor auf eindringliche Weise die zentrale Bedeutung heraus, die die nationalsozialistische Judenpolitik für das Werk der 1906 in Deutschland geborenen Jüdin einnimmt.

Der Erfahrungshintergrund der Shoah war für Arendt Anlaß, sich auf unterschiedlichen Ebenen kritisch mit den Grundzügen moderner Gesellschaften zu beschäftigen. Es ist das Verdienst des Verfassers, das er die bekannte Totalitarismustheorie Arendts in Beziehung setzt zu ihrer weitergehenden Kritik an den Grundzügen moderner Gesellschaften. Damit wird deutlich, daß Arendt nicht einfach dem Kreis derer zugehört, die in Politologie und Geschichtswissenschaft den Totalitarismus vor allem bei den anderen, sprich dem Kommunismus, vermuteten. Als Kritikerin der Moderne wußte Arendt um die Entwicklungsdynamik bürgerlicher Gesellschaften, deren Ambivalenz, wie wir heute sagen würden, sie in einem Bündel von Aspekten untersucht hat. Dazu gehören u. a.: die Paradoxie des modernen Nationalstaats, der Widerstreit von Universalismus der Menschenrechte und modernem Rassismus und die Globalisierung. Ebenso zeigt Schindler auf, wie Arendt zentrale Kategorien der Mo-

derne wie Fortschritts- und Arbeitsbegriff sowie das Geschichtsverständnis dekonstruiert hat. Im Durchgang durch die verschiedenen Ebenen der Arendtschen Analysen verdeutlicht der Autor, wie am Material der historischen und soziologischen Analysen die politische Theorie Arendts Gestalt annimmt.

Das Tableau des Arendtschen Denkens wird anhand von diversen Quellen in seiner Kohärenz eindrucksvoll aufgefähert. Die bekannten Monographien aus den 50er und 60er Jahren wie "Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft" und "Vita Activa" sowie "Rahel Varnhagen. Die Lebensgeschichte einer jüdischen Frau in der deutschen Romantik" und auch "Über die Revolution" sind Ausgangspunkte der Darstellung, in die auch die Vielzahl der kleineren publizistischen Arbeiten Arendts, etwa zum Palästina-Problem der 40er Jahre, sowie die Vielzahl der veröffentlichten Essays sowie Texte aus dem Nachlaß eingeflochten ist.

Es gelingt dem Autor in seiner Darlegung, einige der kritischen Einwände gegen einzelne Punkte mit neuen Lesarten auszuräumen. An zwei Beispielen wird dies besonders deutlich. Da ist zunächst Schindlers Aufarbeitung von Arendts umstrittener Reportage über den Eichmann-Prozeß in Jerusalem zu nennen. In einer einfühlsamen Interpretation des Textes macht Schindler klar, daß die berüchtigte These Arendts von der "Banalität des Bösen" nicht auf eine Trivialisierung der Schuld der deutschen Täter und eine unangemessene Belastung der jüdischen Funktionäre ausgerichtet ist. Kurze Hinweise auf die in der neueren historischen Forschung aufzufindende Unterstützung für Arendts These runden das Bild ab.

Das zweite Beispiel ist Schindlers Umgang mit einem anderen in der Arendt-Interpretation verworfenen Aspekt ihrer Geschichtsschreibung: Arendts Kritik an der Französischen Revolution. Diese wird zu meist so aufgenommen, daß Arendt im Einfluß der sozialen Frage in der Französischen Revolution den Grund für den Umschwung

zum Terror benannt habe. Dagegen macht Schindler klar, daß erst das aus der Unerfahrenheit im Umgang mit politischer Macht bei den politischen Akteuren, wie etwa Robbespierre und St. Just, hervorgegangene Desinteresse für die Unterschiede in den Staatsformen, ob Demokratie oder Republik, den Weg in die terroristische Diktatur der Jakobiner ermöglicht hat. Auf diese Weise erhellt der Autor die Vielschichtigkeit der Arendtschen Kritik an der Französischen Revolution, die sich nicht einseitig auf den Aspekt der Dominanz des Sozialen zurückführen läßt.

Was das Buch von Schindler darüber hinaus so einer anregenden Lektüre macht, sind die vielfach angedeuteten Berührungspunkte, die Arendts Werk mit gegenwärtiger Wissenschaft verbinden. So wird deutlich, daß die Aktualität Arendts nicht allein eine Mode im Wissenschaftsbetrieb ausdrückt, sondern darauf beruht, daß sich bei Arendt bedeutsame Anregungen für die Bearbeitung der in der späten Moderne bestehenden politischen Probleme vorliegen. Fazit: Ein wichtiger Beitrag zur Arendt-Forschung und zudem ein lesenswertes Buch, das grundlegend zum Verständnis von Hannah Arendts Denken beiträgt.

*Rolf Weitkamp*

## Annotationen

**Günther Gerstenberg: Rosa Aschenbrenner – ein Leben für die Politik.** Archiv der Münchner Arbeiterbewegung e. V., München 1998, 81 S.

Die Publikation erschien als Heft 16 der verdienstvollen "Münchner Skizzen" zu Themen der Arbeiterbewegung in Bayerns Hauptstadt. Ihr Verfasser berichtet über Rosa Aschenbrenner (1885-1967), eine jener Funktionärinnen, die in Geschichtsschreibung und Memoirliteratur zu Unrecht meist verschwiegen werden. Dabei hat die Frau einiges aufzuweisen. Seit 1909 in der SPD und ab 1917 in der kriegsgegnerrischen USPD organisiert, war sie zur Zeit der Münchner Räterepublik Sprecherin des Staatsanwalts im sogenannten Revolutionstribunal, danach in der Frauenhilfe für politische Gefangene aktiv. Dem Bayerischen Landtag gehörte sie erstmals 1920-1922 an, anfangs als Mitglied der USPD-, dann der VKPD-Fraktion. Von 1924 an saß sie erneut im Parlament, nun als KPD-Fraktionsvorsitzende. Der Autor gibt Teile einiger ihrer Reden wieder. Die "rote Rosa des bayerischen Landtags" (26), die sich stets auch in der Parteiagitation "vor Ort" betätigte, verfügte demnach über beachtliche Fähigkeiten auf sozialem wie politischem Gebiet, wobei zu ihren Waffen die Konkretheit gehörte. Sie trat sowohl dem organisierten Faschismus, als auch der diesen fördernden Staatsregierung entgegen. Zugleich übte sie an der halbherzigen SPD-Führung Kritik. Von der Exekutive wurde die Abgeordnete überwacht und schikaniert. In Kaufbeuren verbot man eine ihrer Versammlungen mit der Begründung, es müsse "angenommen werden, daß die kommunistische Rednerin gerade bei dem Thema 'Preissteigerung und die Arbeiterschaft' Worte zu finden weiß, die geeignet sind, durch be-

sondere Betonung der wirtschaftlichen Notlage die Zuhörer aufzustacheln und zu unüberlegten Schritten zu führen, die letzten Endes auf die Umwälzung der jetzigen Staatsform und Verfassung hinzielen". (23) Als Interessenvertreterin der Arbeiter und anderer "kleiner Leute" bekam sie auch Ärger mit der KPD-Spitze, als diese auf Stalins Geheiß erneut nach ultralinks steuerte und die Sozialdemokratie zum Hauptfeind auserkor. Den Ausschluß aus der Bezirksleitung Südbayern und ein mehrmonatiges Fraktionsverbot quittierte Aschenbrenner 1929 mit Partei- und Fraktionsaustritt. 1930 schloß sie sich der SPD und deren Landtagsfraktion an, wurde aber auch dort ungerne gesehen und 1932 nicht mehr als Kandidatin aufgestellt. Die Nazidiktatur brachte ihr mehrere Monate Schutz- und Strafhafte ein, Letztere unter Berufung auf das "Heimtückegesetz". Nach dem zweiten Weltkrieg war Rosa Aschenbrenner 1946 Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung, 1948-1956 SPD-Stadträtin in München. Danach wurde sie, eine erklärte Anhängerin von Verhandlungs- statt militärischer Lösungen und Gegnerin des damals grassierenden hysterischen Antikommunismus, nur in unbedeutenden Funktionen verwendet. Ob das primär durch patriarchalische Vorstellungen der Parteioberen bedingt war, wie der Autor meint (56), oder nicht vielmehr politisch, bezweifle ich. Der durch zahlreiche Quellenangaben belegten Darstellung sind instruktive Kurzbiographien von MitstreiterInnen und Gegnern Aschenbrenners beigegeben.

*Manfred Behrend*

**Zeitungen und Zeitschriften der deutschen Gewerkschaftsbewegung in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung.** Veröffentlichungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, seiner Einzelgewerkschaften und ihrer Vorläuferorganisationen. Bearbeitet von Ursula Fischer u. a.

= Veröffentlichungen der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Band 7. Bonn 1998. 234 S., Abb. ISBN 3-86077-767-X

Dieses Bestandsverzeichnis dokumentiert alle Zeitschriften und Zeitungen im Bestand der Bibliothek, die in der Tradition des DGB, seiner Einzelgewerkschaften und der entsprechenden Vorläuferorganisationen stehen, insgesamt über 1.500 Titel. Damit sind die periodischen Veröffentlichungen seit 1891 von Gewerkschaften aller beruflichen, weltanschaulichen und politischen Richtungen, der sozialdemokratischen und der bis 1933 bestehenden liberalen und christlich-konfessionell gebundenen Verbände einschließlich z. B. der Angestelltenverbände, Beamtenbünde, des Reichsverbandes angestellter Ärzte etc. erschlossen. Sie liegen teils im Original teils auf Mikrofilm vor. Die Bestände sind im lokalen Online-Katalog der FES nachgewiesen und auch über Internet abrufbar. Kostenpflichtige Direktbestellungen in Form von Kopien, Fax oder digitales Image können über Internet (<http://www-fes.de/library/index-gr.html>) aufgegeben werden.

Für Forschungen zur Gewerkschaftsgeschichte ist der übersichtlich gliederte Band, der auch Zeitschriften ausweist, die bis 1998 als unauffindbar galten, ein zeitsparendes und unersetzliches Hilfsmittel. Übergeordnete Gliederungsschwerpunkte sind u. a. "Deutsche Gewerkschaften (1863-1933)", "Deutsche Gewerkschaften in Exil und Widerstand (1933-1945)", "Deutsche Gewerkschaften der westlichen Zonen, Berlins und des Saarlandes (1945-1949)" sowie "Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Einzelgewerkschaften (1949-1998)".

Ein Titelregister und ein Körperschaftsregister ermöglichen einen schnellen und zuverlässigen Zugang zu gesuchten Quellen.

*Gerhard Kaiser*

# Vorankündigung

(Änderungen vorbehalten)

## Reihe: "BzG – Kleine Reihe: Biographien"

Der trafo verlag und die Redaktion der BzG stellen sich mit dieser Reihe das Ziel, biographische Studien, Lebenserinnerungen, Dokumente, Interviews und andere Ergebnisse biographischer Forschungen der kleinen Form einer breiten Leserschaft und den Historischen Wissenschaften zu erschließen.

**Kaiser, Gerhard:** "Die Heyms: Ernst, Guido und Karl. Drei Generationen einer Sühler Arbeiterfamilie (1850–1969)", 1999, 64 S., Abb.  
ISBN: 3-89626-271-8 16,80 DM  
Auslieferung: IV. Quartal 1999

**Kühnel, Klaus:** "Max Opitz (\*1890): 'Ich war glücklich'. Ein Lebensbericht, aufgeschrieben nach Tonbandprotokollen", 1999, ca. 60 S., Abb.  
ISBN: 3-89626-272-6 16,80 DM  
Auslieferung: IV. Quartal 1999

**Schwarz, Hans-Albert:** "Friedrich Wilhelm Fritzsche (1825–1905). – Weihnachtsbilder aus einem Proletarierleben", 1999, ca. 50 S., Abb.  
ISBN: 3-89626-273-4 16,80 DM  
Auslieferung: IV. Quartal 1999

**Kühnel, Klaus:** "Erna Raum (\*1904): 'Man kommt ja nicht als Kommunist auf die Welt'. Ein Lebensbericht, aufgeschrieben nach Tonbandprotokollen", 1999, ca. 60 S., Abb.  
ISBN: 3-89626-274-2 16,80 DM  
Vorauss. Auslieferung: IV. Quartal 1999

**Schwarz, Hans-Albert:** "Wilhelm Hasenclever (1837–1889). – Aus dem Wanderburschenleben", 2000, ca. 50 S., Abb.  
ISBN: 3-89626-275-0 ca. 17,00 DM  
Vorauss. Auslieferung: I. Quartal 2000

**John, Matthias:** "Konrad Haenisch (1876–1925): 'Und von Stund an ward er ein anderer!'", 1999, ca. 60 S., Abb.  
ISBN: 3-89626-276-9 ca. 17,00 DM  
Vorauss. Auslieferung: I. Quartal 2000

**Kühnel, Klaus:** "Paul Schäfer (1895–1981): 'Klappt es, kommen wir durch'. Ein Lebensbericht, aufgeschrieben nach Tonbandprotokollen", 2000, ca. 60 S., Abb.  
ISBN: 3-89626-277-7 ca. 17,00 DM  
Vorauss. Auslieferung: I. Quartal 2000

**Schwarz, Hans-Albert:** "Karl Grillenberger (1848–1897). – Des Wanderburschen Freud und Leid", 2000, ca. 60 S., Abb.  
ISBN: 3-89626-278-5 ca. 17,00 DM  
Vorauss. Auslieferung: II. Quartal 2000

**Herrmann, Ursula:** "Elise Schweichel (1831–1912). Ihr Versuch einer Emanzipation", 2000, ca. 100 S., Abb.  
ISBN: 3-89626-279-3 ca. 24,00 DM  
Vorauss. Auslieferung: II. Quartal 2000

**Kühnel, Klaus:** "Margarete Haak (\*1907): 'Dem ich war eben eine Rädcl ...'. Ein Lebensbericht, aufgeschrieben nach Tonbandprotokollen", 2000, ca. 60 S., Abb.  
ISBN: 3-89626-280-7 ca. 17,00 DM  
Vorauss. Auslieferung: II. Quartal 2000

**Schwarz, Hans-Albert:** "Georg Basler (1857–1900): Mein erster Gang in die Fremde vom 24. August bis 28. September 1874. Ein Reisetagebuch", 2000, ca. 100 S., Abb.  
ISBN: 3-89626-281-5 ca. 24,00 DM  
Vorauss. Auslieferung: II. Quartal 2000

**Schwarz, Hans-Albert:** "Georg Basler (1857–1900): Zweite Walze. Vom 8. November bis 24. November 1874. Leipzig–Dresden–Prag–Wien–Salzburg", 2000, ca. 70 S., Abb.  
ISBN: 3-89626-282-3 ca. 22,00 DM  
Vorauss. Auslieferung: II. Quartal 2000

**Kühnel, Klaus:** "Gertrud Lemnitz (\*1912): 'Wer aufbeehrte, wurde dort erschossen...'. Ein Lebensbericht, aufgeschrieben nach Tonbandprotokollen", 2000, ca. 60 S., Abb.  
ISBN: 3-89626-283-1 ca. 17,00 DM  
Vorauss. Auslieferung: II. Quartal 2000

**Kühnel, Klaus:** "Erich Sturm (\*1894): 'Politik ist die Kunst des Möglichen!'. Ein Lebensbericht, aufgeschrieben nach Tonbandprotokollen", 2000, ca. 60 S., Abb.  
ISBN: 3-89626-284-X ca. 17,00 DM  
Vorauss. Auslieferung: II. Quartal 2000



## Eingegangene Literatur\*

**Nakath, Detlef / Neugebauer, Gero / Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.):** "Im Krell brennt noch Licht." Die Spitzenkontakte zwischen SED/PDS und KPdSU 1989–1991. Dietz Verlag, Berlin 1998, 287 S.

**Kleßmann, Christoph / Misselwitz, Hans / Wichert, Günter (Hrsg.):** Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte. Chr. Links Verlag, Berlin 1999, 338 S. /\*/

**Roth, Karl Heinz:** Geschichtsrevisionismus. Die Wiedergeburt der Totalitarismustheorie. konkret verlag, Hamburg 1999, Reihe: Texte, Band 19, 152 S. /\*/

**Fischer, Ilse:** August Bebel und der Verband Deutscher Arbeitervereine 1867/68. Brieftagbuch und Dokumente. Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 1994, Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 14, 411 S. /\*/

**Niemann, Heinz:** Meinungsforschung in der DDR. Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED. Bund Verlag, Köln 1993, 401 S., zahlr. Faksimile /\*/

**Niemann, Heinz:** Hinterm Zaun. Politische Kultur und Meinungsforschung in der DDR – die geheimen Berichte an das Politbüro der SED. edition ost, Berlin 1995, 255 S. /\*/

**Oppelland, Torsten (Hrsg.):** Deutsche Politiker 1949–1969. Band 1: 17 Biographische Skizzen aus Ost und West, 208 S. / Band 2:

16 Biographische Skizzen aus Ost und West, 197 S. Primus Verlag, Darmstadt 1999 /\*/

**Stammberger, Gabriele / Peschke, Michael:** Gut angekommen – Moskau. Das Exil der Gabriele Stammberger 1932–1954. Erinnerungen und Dokumente. BasisDruck, Berlin 1999, 472 S.

**Ohrmund, Andreas / Tiedemann, Paul:** Internet für Historiker. Eine Praxisorientierte Einführung. Primus Verlag, Darmstadt 1999, 142 S.

**Maur, Hans:** Berliner Gedenkstätten. 1933 bis 1945. BV VdN e.V., Geschichtswerkstatt, Berlin 1998, 240 S. /\*/

**Genov, Nikolai / Krasteva, Anna (Ed.):** Bulgaria 1960–1995. Trends of social Development. Sofia 1999, 501 S. (engl.), zahlr. Tab. u. Abb. /\*/

**Kalbe, Ernstgert u.a. (Hrsg.):** Sichten auf Umbrüche im Osten. (= Osteuropa in Tradition und Wandel, Bd. 1). Rosa Luxemburg Verein, Leipzig 1994, 80 S. /\*/

**Kalbe, Ernstgert u.a. (Hrsg.):** Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (I). (= Osteuropa in Tradition und Wandel, Bd. 2). Rosa Luxemburg Verein, Leipzig 1995, 78 S. /\*/

**Kalbe, Ernstgert u.a. (Hrsg.):** Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (II). (= Osteuropa in Tradition und Wandel, Bd. 3). Rosa Luxemburg Verein, Leipzig 1996, 113 S. /\*/

**Clemens, Petra / Rauhut, Simone:** Rapportbuch. Frauen im Kraftwerk und in der Koh-

\* Für die mit /\*/ gekennzeichneten Titel sucht die Redaktion noch Rezensenten. Interessenten melden sich bitte bei der Redaktion. Gleichzeitig sind wir für Hinweise unserer Leser auf wichtige Neuerscheinungen, die wir in unsere Rubrik Rezensionen/Annotationen aufnehmen können, dankbar.

le 1957 bis 1996. trafo verlag, Berlin 1999, 205 S., zahlr. Fotos

**Hiepel, Claudia:** Arbeiterkatholizismus an der Ruhr. August Brust und der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter. (=Konfession und Gesellschaft, Beiträge zur Zeitgeschichte, Bd. 18). Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart-Berlin--Köln 1999, 288 S. /\*/

**Gerhold, Karlheinz:** 50 Jahre Achimer Falken (1948–1998). Eine Chronik der 50-jährigen Geschichte der Achimer Falken. Achim 1998, 63 S. /\*/

**Dauderstädt, Michael / Gerrits, André / Márkus, György G.:** Troubled Transition. Social Democracy in East Central Europe. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) 1999, 166 S., Abb.

**Betriebsrat der BEWAG (Hrsg.):** Im Licht der Zeit. 90 Jahre Betriebsvertretung bei der BEWAG. Berlin 1998, 175 S. /\*/

**Faulenbach, Bernd / Potthoff, Heinrich (Hrsg.):** Die Revolution 1848/49 und die Tradition der sozialen Demokratie in Deutschland. Klartext Verlag, Essen 1999, 132 S., Abb. /\*/

**Ohrmund, Andreas / Tiedemann, Paul:** Internet für Historiker. Eine praxisorientierte Einführung. Primus Verlag, 1999, 160 S. /\*/

**Kalbe, Ernstgert u.a. (Hrsg.):** Außenpolitische Wandlungen in Osteuropa. (= Osteuropa in Tradition und Wandel, Bd. 4). Rosa Luxemburg Verein, Leipzig 1997, 126 S. /\*/

**Lubitz, Wolfgang / Lubitz, Petra (Hrsg.):** Trotsky Bibliography. An Internationale List of Publications about Leon Trotsky and Trotskyism 1905–1998. 3. vollkommen überarb. u. erw. Ausgabe. K G Saur Verlag, München 1998, 2 Bände, zus. 870 S.

**Schröder, Ursula:** Kontinuitäten und Brüche. Soziale Ausbildung und Praxis in Hamburg zwischen 1933 und 1945. Sonderdruck, Hamburg 1997, 114 S., Ill. /\*/

**Helen Ernst. 1904–1948. Berlin–Amsterdam–Ravensbrück. Stationen einer antifaschistischen Künstlerin.** Hrsg.: das verborgene Museum. Traum & Raum – Verlag, Berlin 1994, 63 S., zahlr. farb. Ill. /\*/

**Beck, Stefan u.a.:** Chance oder Falle? Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften in der arbeitspolitischen Auseinandersetzung. trafo verlag, Berlin 1999, 187 S., Abb.

**Schneider, Michael:** Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1993 bis 1939. (= Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhundert, Bd. 12), Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 1999, 1184 S., Abb.

**Merson, Allan:** Kommunistischer Widerstand in Nazideutschland. Aus dem Engl. von I. u. O. Brandstädter. Verlag Pahl-Rugenstein, Bonn 1999, 310 S. /\*/

**Lindenberger, Thomas (Hrsg.):** Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR. (= Zeithistorische Studien, Bd. 12), Böhlau Verlag, Köln 1999, 370 S. /\*/

**Schöler, Uli:** Ein Gespenst verschwand in Europa. Über Marx und die sozialistische Idee nach dem Scheitern des sowjetischen Staatssozialismus. (=Reihe Politik und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 52). Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 1999, 367 S.

**Junge, Lore:** Mit Stacheldraht gefesselt. Die Rombergparkmorde. Opfer und Täter. Ruhr-echo Verlag, Bochum 1999, 166 S., Abb. /\*/

**Wadle, Anni:** Mutti, warum lachst du nie? – Erinnerungen an Zeiten der Verfolgung und des Krieges. Herausgegeben v. Loretta Walz. Huba Priductions, Drensteinfurt 1988, 189 S., Abb. /\*/

**Russig, Peter:** Das Dresdner “Volkshaus” der Gewerkschaften 1902 bis 1999. Vom ADGB-Haus über das DAF- und FDGB-Gebäude zum Haus des DGB. Dresden 1999, 136 S., zahlr. Abb. /\*/

**Balke, Fritz / Kulow, Karin / Winter, Heinz-Dieter:** Nahost – Zwischen Oslo und heutiger Realität. Ein Beitrag zur Diskussion über das Für und Wider zwischen Israels

und Palästinensern. (Gesellschaft – Geschichte – Gegenwart, Bd. 16). trafo verlag, Berlin 1999, 173 S. /\*/

**Laschitzka, Annelies:** “Die Welt ist so schön bei allem Graus”. Rosa Luxemburg im internationalen Diskurs. Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen, Dresden 1999, 151 S. /\*/

**Hübner, Peter / Tenfelde, Klaus (Hrsg.):** Arbeiter in der SBZ. (=Veröff. des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung, Schriftenreihe A: Darstellungen, Bd. 10). Klartext Verlag, Essen 1999, 912 S. /\*/

Sehr geehrte Leser,

im Rahmen unseres Leserservice könne Sie ab sofort alle in der BzG rezensierten, in der Rubrik “Eingegangene Bücher” oder als Insertionen angezeigten Titel bei uns bestellen. Dieses Angebot gilt auch für Titel, die über den Buchhandel sonst nicht orderbar sind, da sie dem Bereich der grauen Literatur zugehören (Eigendrucke, Selbstverlage, Manuskriptdrucke usw., in der Regel ohne ISBN). *Für Abonnenten der BzG in der Bundesrepublik (bitte geben Sie Ihre Kundennummer auf dem Bestellschein an) erfolgt der Versand portofrei. Ausländischen Abonnenten berechnen wir anteilige Versandkosten.* Wir liefern gegen Rechnung mit 14 Tagen Zahlungsziel.

Ihre Bestellwünsche können Sie schriftlich, via Fax oder per e-mail an uns richten:

trafo verlag, Abt. Versandbuchhandel, Finkenstraße 8, 12621 Berlin  
 Fax: 030/5670 1949 e-mail: trafoberlin@t-online.de

Sollten einzelne Titel einmal nicht lieferbar sein (weil vergriffen o.ä.), informieren wir Sie.

Bei Vorankündigungen können Sie den gewünschten Titel vormerken lassen. Sehr oft können Sie dabei von einem Subskriptionspreis gebrauch machen.

Ihr trafo verlag

Für telefonische Anfragen/Auskünfte benutzen Sie bitte die Rufnummer:  
 030/5670 1939

## Liebe Leserinnen und Leser,

zu unserem Bedauern müssen wir bekanntgeben, daß Herr Michael Bastian zum 1.9.1999 unsere Redaktion verläßt. Herr Bastian hat sich über zwei Jahre mit großem Engagement für die BzG und ihr Anliegen eingesetzt und ist vielen unserer Autorinnen und Autoren als Redakteur ein geschätzter Partner geworden. Für seinen neuen beruflichen Abschnitt wünschen wir ihm alles Gute!

Der trafo verlag kann zugleich bekanntgeben, das Herr Dr. Herbert Mayer mit dem 1.9.1999 die Funktion des Redakteurs der BzG übernimmt.

Herr Dr. Mayer wurde 1948 geboren. Er studierte von 1969–1973 in Leipzig Geschichte, absolvierte von 1975–1979 eine Aspirantur, die er mit einer Dissertation zum Thema Internationale Sozialdemokratie und Komintern in den 30er Jahren abschloß. 1988 verteidigte er seine Promotion B zur Geschichte der sozialistischen Internationale. Herr Dr. Mayer war an zahlreichen Forschungsvorhaben und Publikationen zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, insbesondere zur Sozialdemokratie, der KPD und SED sowie zur Berliner Geschichte beteiligt, darunter an den Buchprojekten: Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung in Daten (1986); Entscheidungen der SED 1948 (1995); Im Bunde mit dem Feind (1995).

Wir freuen freuen uns über die Entscheidung von Herrn Dr. Mayer, sich dem Gegenstand seiner langjährigen Forschungen ab jetzt auch an so hervorgehobener Position zur Verfügung zu stellen.

*Wolfgang Weist*  
Herausgeber

## Bildnachweis

Umschlag (l.): Theodor Leipart, um 1948.  
Quelle: SAPMO Berlin

Umschlag (r.): Karikatur Theodor Leiparts aus der Holzarbeiter-Verbandstags-Zeitung 1912. Quelle: Archiv Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Düsseldorf

## Die Autoren dieses Heftes

Dr. Hanna Behrend / Dr. Manfred Behrend / Rainer Behring / Dr. Stefan Bollinger / Prof. Dr. Anneliese Braun / Gerd Callessen / Prof. Dr. Heinz Deutschland / Prof. Dr. Gerhard Fuchs / Prof. Dr. Günther Glaser / Werner Grossert / Dr. Wladislaw Hedeler / Prof. Dr. Ursula Herrmann / Prof. Dr. Karl-Heinz Jahnke / Dr. Stefan Jordan / Dr. Gerhard Kaiser / Dr. Herbert Mayer / Dr. Dieter Mechtel / Prof. Dr. Harald Neubert / Dr. Ulla Plener / PD Dr. Dörte Putensen / Prof. Dr. Jörg Roesler / Karl-Michael Scheriau / Günter Simon / Fredi Sumpf / Karl Walcher / Dr. Rolf Weitkamp / Prof. Dr. Fritz Zimmermann

## Vorschau auf Heft 3/99

*R. Badstübner:* Vom Reich zum doppelten Deutschland. Resümee und Ausblick / *U. Plener:* Die SPD und die Spaltung Deutschlands 1945–1949 / *H. Mayer:* Die Sozialistische Internationale und die beiden deutschen Staaten / *G. Beier:* Ein vergessener Ministerpräsident der Sozialdemokratie – Heinrich Deist (1874–1963)

## Redaktion

Michael Bastian / Helga Brangsch  
ab 1.1.1999: Dr. Herbert Mayer  
Tel.: 030/44 257 95  
Postal. Anschrift: trafo verlag, Redaktion BzG,  
Finkenstraße 8, D-12621 Berlin

## Verlag/Abo-Verwaltung

trafo verlag dr. wolfgang weist, Finkenstraße  
8, D-12621 Berlin  
Tel.: 030/56 70 19 39  
Fax: 030/56 70 19 49  
e-mail: trafoberlin@t-online.de

Die BzG erscheint viermal im Jahr.  
Einzelverkauf: 10,- DM, zzgl. Versand  
Jahresabonnement: 40,- DM  
Auslandsabonnement: 55,- DM

© trafo verlag dr. wolfgang weist, 1999

**ISSN 0942-3060**